

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXVI 1–2010

LATEINAMERIKANISCHE KRÄFTEVERHÄLTNISSE IM WANDEL

Schwerpunktredaktion: Stefan Pimmer

mandelbaum *edition südwind*

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
österreichischen Universitäten

Redaktion: Markus Auinger, Gerald Faschingeder, Karin Fischer
(verantwortlich), Margit Franz, Inge Grau, Irmi Maral-Hanak, Karen
Imhof, Johannes Jäger, Bettina Köhler, René Kuppe, Bernhard Leubolt,
Andreas Novy, Christof Parnreiter, Stefan Pimmer, Petra Purkharthofer,
Kunibert Raffer, Anselm Skuhra

Board of Editors: Henry Bernstein (London), Dieter Boris (Marburg),
John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig), Jacques
Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda), Peter Jankowitsch (Wien),
Friedrich Katz (Chicago), Franz Kolland (Wien), Helmut Konrad (Graz),
Uma Kothari (Manchester), Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe
Platteau (Namur), Dieter Rothermund (Heidelberg), Heribert Steinbauer
(Wien), Paul Streeten (Boston), Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Produktionsleitung: Bettina Köhler
Umschlaggestaltung: Bettina Köhler
Titelfoto: Stefan Pimmer

Inhaltsverzeichnis

- 4 STEFAN PIMMER
Editorial: Lateinamerikanische Kräfteverhältnisse im Wandel
- 12 STEFAN PIMMER
Neun Jahre PAN-Regierung in Mexiko: Von der passiven
Revolution zur Krise der Hegemonie
- 42 LUCIO OLIVER
Schattierungen einer progressiven Regierung:
Der erweiterte Staat in Brasilien
- 72 TATIANA PÉREZ RAMÍREZ, JAIME ORTEGA REYNA
Volksaufstand, indigene Revolte und die Konturen eines
national-popularen Projekts in Bolivien
- 101 DIANA GUILLÉN
Auf dem Weg zu einem alternativen Staats- und Gesellschafts-
projekt? Überlegungen zur jüngsten Vergangenheit Ekuadors
- 130 Mónica del Carmen Cerón Díaz
Die Transformation der Kräfteverhältnisse in El Salvador:
Vom Ende des Bürgerkriegs zum Triumph der FMLN
- 153 Rezensionen
- 159 SchwerpunktredakteruInnen und AutorInnen
- 162 Impressum

STEFAN PIMMER

Lateinamerikanische Kräfteverhältnisse im Wandel

Die Krise besteht genau darin, dass das Alte am Absterben ist und das Neue noch nicht zur Welt kommt: in diesem Interregnum finden die unterschiedlichsten krankhaften Phänomene statt. (Gramsci 1999a: 37)

Im Zuge der 2007 einsetzenden Finanzkrise wurden weltweit einmal mehr die zunehmenden Schwierigkeiten sichtbar, mit denen neoliberale Kräfte bei der Umsetzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Projekte zu kämpfen haben. Die Paradigmen des *Washington Consensus* erweisen sich als ungeeignet, sowohl die Rahmenbedingungen einer funktionierenden Kapitalakkumulation zu gewährleisten, als auch die subalternen Gruppen und Klassen auf konsensuale Weise in das neoliberale Herrschaftsprojekt einzubinden (vgl. Candeias 2009). Diese Krise der neoliberalen Hegemonie wurde in Lateinamerika frühzeitig sichtbar. Symbolisch kam sie zum ersten Mal im Aufstand der Zapatisten im Jahr 1994 zum Ausdruck. Aber auch die Finanz- und Wirtschaftskrisen in Mexiko Ende 1994, in Brasilien 1999 und in Argentinien im Jahr 2001 waren durch einen breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen das neoliberale Herrschaftsprojekt geprägt. Nicht zu Unrecht wird Lateinamerika daher als „schwächstes Glied in der neoliberalen Kette“ (Sader 2008) bezeichnet. Dies drückt sich – beginnend mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez im Dezember 1998 – auch in einer Reihe von progressiven Regierungen aus, die eine Politik der Privatisierung, des „freien“ Handels und der Deregulierung mehr oder weniger radikal ablehnen.

In den Beiträgen dieser Ausgabe des *Journals für Entwicklungspolitik (JEP)* wird die These vertreten, dass die aktuellen Transformationsprozesse der politischen Landkarte Lateinamerikas auf einen Verfall neoliberaler Hegemonie hindeuten. Die zunehmende Unfähigkeit der herr-

schenden Klassen, die unterschiedlichen Krisenmomente innerhalb der alten Paradigmen zu bearbeiten, geschweige denn ihr Herrschaftsprojekt konsensual zu untermauern, verweist ebenfalls auf eine Erosion hegemonialer Herrschaftsformen. Dies impliziert jedoch keinesfalls das endgültige Ende des Neoliberalismus als organisierende Praxis innerhalb der lateinamerikanischen Gesellschaften. Mehr als drei Jahrzehnte ideologischer Offensive und der Durchsetzung neoliberaler Regierungsprogramme haben tiefe Spuren quer über den Kontinent hinterlassen. Diese zeigen sich nicht nur in den Produktions- und Lebensweisen sowie im Alltagsverstand der lateinamerikanischen Gesellschaften (vgl. Tapia 2008), sondern finden sich auch verdichtet in den staatlichen Apparaten wieder (vgl. Heigl 2007). Die Analysen in diesem Heft gehen von der Annahme einer „organischen“ Krise neoliberaler Hegemonie aus und rücken damit zwei zentrale Aspekte dieses „Interregnums“ in den Mittelpunkt: einerseits den Fortbestand des Alten in Form der neoliberalen Gesellschaftspraktiken, andererseits den Keim neuer Gesellschaftsformen, die sich den jüngsten Entwicklungen zum Trotz nur langsam und mühevoll ihren Weg bahnen (vgl. Sader 2008).

Aus emanzipatorischer Perspektive ist auf die Gefahren hinzuweisen, die ein frühzeitiger Abgesang auf eine Epoche mit sich bringt, die sich zu sterben weigert: Der Neoliberalismus wird keineswegs „automatisch“ zu Ende gehen, sondern nur als Resultat konkreter Kämpfe und Auseinandersetzungen zwischen antagonistischen gesellschaftlichen Kräften. So stellt die gegenwärtige Phase auch keine Konjunktur dar, die aus sich heraus und allein den subalternen Kräften und ihren gegen-hegemonialen Projekten in die Hände spielen würde. Obwohl jede organische Krise immer auch Transformationspotential für progressive gesellschaftliche Kräfte birgt, kann sie ebenso von den herrschenden gesellschaftlichen Gruppen genutzt werden, die ständig an der Wiederherstellung und Erneuerung bürgerlicher kapitalistischer Herrschaft arbeiten.

Diese Ablehnung eines historischen „Automatismus“ stellt die Verbindung zu Antonio Gramsci her, dessen Überlegungen rund um die Konzepte des „erweiterten Staates“ und der „Hegemonie“ den gemeinsamen theoretischen Rahmen der Beiträge dieser Ausgabe des *JEP* darstellen. Geschichte ist für Gramsci das Ergebnis und gleichzeitig der Ausgangspunkt politischer Kämpfe, also der Auseinandersetzungen zwischen Regierenden und Regierten. Die Berücksichtigung dieser grundlegenden Tatsache eröffnet den

Weg für eine Kritik des modernen Staates. Dieser ist demnach weder ein Instrument noch eine neutrale Instanz außerhalb der Gesellschaft, sondern ein andauernder Prozess der Formierung und Überwindung instabiler Gleichgewichte zwischen herrschenden und beherrschten Gruppen und Klassen.

Gegenüber den Auffassungen des orthodoxen Marxismus reduziert Gramsci den Staat nicht auf die „politische Gesellschaft“, also auf die im engeren Sinne staatlichen Apparate und ihre Zwangselemente. Der Staat, verstanden als Kräfteverhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten, umfasst auch jenen Bereich, den Gramsci als Zivilgesellschaft bezeichnet. Damit verweist er auf eine genuin politische und durch „hegemoniale Apparate“ strukturierte gesellschaftliche Dimension, die sich aus Zeitungen und Zeitschriften, Gewerkschaften und Parteien, Kirchen, dem Schulsystem und den Massenmedien zusammensetzt: also all jenen gesellschaftlichen Bereichen, in denen sich Menschen zusammenfinden, gemeinsame Interessen und Handlungsentwürfe ausarbeiten, diese als politische Projekte in die Tat umsetzen und sie gegenüber antagonistischen Interessen verteidigen. Es handelt sich dabei um eine Politisierung des Gesellschaftlichen oder, anders ausgedrückt, um eine Vergesellschaftung des Politischen, ein Phänomen, das Gramsci mit seinem Begriff des „erweiterten“ oder „integralen“ Staates zusammenfasst (Buci-Glucksmann 1979).

Wie Buci-Glucksmann aufzeigt, gelangt Gramsci zu diesem erweiterten Staatsverständnis, indem er die hegemonialen Apparate und die sich darum und darin stattfindenden Auseinandersetzungen als Teil des staatlichen Feldes begreift. Das Konzept des erweiterten Staates verweist somit unmittelbar auf jenes der Hegemonie: Die Unterordnung der beherrschten unter die herrschenden Klassen stützt sich demnach nicht nur auf Elemente des Zwangs und der Gewalt. Die herrschenden Klassen versuchen darüber hinaus, ihre politischen Projekte durch die aktive oder zumindest passive Zustimmung der Beherrschten zu untermauern. Dies geschieht vor allem durch materielle oder symbolische Zugeständnisse an die Subalternen. Will ein Projekt der herrschenden Klassen eine hegemoniale Ausstrahlungskraft entwickeln, müssen subalterne Forderungen zumindest teilweise berücksichtigt werden, ohne dabei die Grundlagen der eigenen Herrschaft zu untergraben. Die Betonung konsensualer Elemente im Rahmen hegemonialer Herrschaft verweist jedoch nicht auf die vollständige Beseitigung sozialer oder politischer Konflikte oder auf eine harmonische Gesellschaftsord-

nung. Hegemonie im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung bezieht sich vielmehr auf die Etablierung eines Referenzrahmens, innerhalb dessen die Wege und Formen der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gelenkt werden können und somit eine konsensuale Bearbeitung der kapitalistischen Widersprüche ermöglicht wird (Demirović 2007: 81). Um den prozessualen und dynamischen Charakter von Hegemonie hervorzuheben, ist in den vorliegenden Texten oft von hegemonialen Projekten die Rede (vgl. Can-deias 2004: 42ff; Jessop 1990: 207ff). Damit soll vermieden werden, Hegemonie bloß als Ergebnis vorheriger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu betrachten, indem etwa einer historischen Situation im Nachhinein ein hegemonialer Charakter attestiert wird. Vielmehr müssen die Prozesse in den Blick genommen werden, die Gramsci (1999b: 36f) als stetige Formierung und Überwindung von instabilen Kompromissgleichgewichten bezeichnet und die eine konsensuale Unterwerfung der beherrschten Klassen sicherstellen oder eben nicht.

Gerade für die Analyse der aktuellen Konjunktur Lateinamerikas, die in Anlehnung an Gramsci (ebd.: 20) als eine Phase der „großen Politik“ bezeichnet werden könnte, sollte sich der hier vorgestellte konzeptuelle Rahmen als nützlich erweisen. In dieser Periode „epochalen Wandels“ (Gilly et al. 2006) stehen nicht nur die internen sozioökonomischen Strukturen der lateinamerikanischen Gesellschaften auf dem Spiel, sondern auch die Form ihrer Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. Die jüngsten Transformationsprozesse weisen nicht selten einen „national-popularen“ Charakter auf. Damit wird vor allem im lateinamerikanischen Kontext auf jenes Moment in den hegemonialen Auseinandersetzungen Bezug genommen, das auf die „vom Volk ausgehende oder zumindest das Volk anrufende Formung des Nationalen“ (Haug 1994: 1218) hindeutet. Der Begriff des Volkes (*el pueblo*) wird in Lateinamerika übrigens häufig im Rahmen subalterner Kämpfe verwendet und bezieht sich im Gegensatz zu den Eliten oder dem Block an der Macht auf die unterdrückten und ausgebeuteten Gesellschaftssektoren (vgl. Dussel 2006: 87ff). National-populare Prozesse verweisen damit letztlich auf die Forderungen subalterner Kräfte nach einer Selbstbestimmung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die Dynamiken und die konkreten Ausprägungen dieser Prozesse sind jedoch äußerst unterschiedlich, wie die Beiträge der vorliegenden Ausgabe des *JEP* aufzeigen. Am Beispiel Mexikos untersucht Stefan Pimmer die

nach wie vor dominante Stellung der den Neoliberalismus propagierenden rechtskonservativen Kräfte. Im Kontext einer tief greifenden gesellschaftlichen Krise sehen diese sich jedoch dazu genötigt, ihr Herrschaftsprojekt vermehrt auf Zwangselemente zu stützen. Im Fall Brasiliens ist zwar seit dem Jahr 2003 eine Partei an der Macht, die eng mit den gegen-hegemonialen Kämpfen der letzten drei Dekaden in Verbindung steht. Wie Lucio Oliver erläutert, handelt es sich bei Präsident Lula da Silva und der Arbeiterpartei jedoch um eine „cäsaristische Regierung“, die die Kämpfe der subalternen gesellschaftlichen Kräfte nicht repräsentiert und unterstützt. Tatiana Pérez Ramírez und Jaime Ortega Reyna zeigen im Anschluss an den Intellektuellen René Zavaleta Mercado, dass sich in den sozialen Protesten in Bolivien zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein national-populäres Projekt herausgebildet hat. Dieses ermöglichte nicht nur den Sturz zweier Präsidenten, sondern bildete auch die Grundlage für den historischen Wahlsieg von Evo Morales Ende 2005. Trotz der jüngsten Konflikte zwischen der Regierung und den sozialen Bewegungen vertritt auch Diana Guillén die These, dass den gegen-hegemonialen Kämpfen in Ekuador und dem Wahlsieg von Rafael Correa im Jahr 2006 ein national-populäres Projekt zugrunde liegt. In beiden Fällen erweisen sich die subalternen AkteurInnen und auch deren Forderungen als äußerst heterogen, eine Tatsache, die eine Herausforderung für die Beziehung zwischen den sozialen Bewegungen und den neuen progressiven Regierungen darstellt und auch Schwierigkeiten erwarten lässt. Mónica del Carmen Cerón Díaz zeigt im Fall El Salvadors auf, dass der historische Wahlsieg der FMLN im März 2009 mit einer Transformation der sozialen und politischen Kräfte des Landes einherging. Unabhängig vom politischen Willen verweisen die aktuellen Kräfteverhältnisse jedoch auf einen relativ engen Spielraum der neuen Regierung, um das gegen-hegemoniale Projekt der progressiven zivilgesellschaftlichen Kräfte voranzutreiben. Im Fall von Bolivien, Ekuador und El Salvador stehen vor allem diejenigen Prozesse im Mittelpunkt der Analysen, die zu den historischen Regierungswechseln geführt haben. Zukünftige Untersuchungen werden jedoch nicht umhin können, zum einen die Beziehung der neuen Regierungen zu den oppositionellen Gruppen in den Blick zu nehmen; zum anderen stellt sich jedoch auch die Frage, wie sich Evo Morales, Rafael Correa und Mauricio Funes gegenüber jenen zivilgesellschaftlichen Gruppen verhalten, auf deren Kämpfen ihre Machtübernahme gründet.

Insgesamt reflektieren die Beiträge dieser Ausgabe nicht nur die Komplexität der aktuellen Konjunktur und die Errungenschaften und Rückschläge der gegen-hegemonialen Kämpfe in der aktuellen Krise neoliberaler Hegemonie. Sie widerlegen auch ein weit verbreitetes Vorurteil, dessen Ursprünge im Paradigma des Eurozentrismus wurzeln: die vermeintliche „Schwäche“ der lateinamerikanischen Zivilgesellschaften. Diesen wird unter Verweis auf Gramsci nicht selten ein „östlicher“ Charakter attestiert, es wird also von einer Situation ausgegangen, in der eine übermächtige politische Gesellschaft einer kaum vorhandenen oder wenig komplexen Zivilgesellschaft gegenübersteht. Trotz der ausgeprägten Rolle der politischen Gesellschaften Lateinamerikas im Prozess der kapitalistischen Modernisierung wäre es jedoch irreführend, automatisch auf schwache zivilgesellschaftliche Strukturen zu schließen. Diesbezüglich stellt die Geschichte des 20. Jahrhunderts – mit Gramsci gesprochen – einen langen Prozess der „Verwestlichung“ der lateinamerikanischen Gesellschaften dar (Aricó 2005: 109ff). Damit wird auf die Herausbildung jener zivilgesellschaftlichen Strukturen verwiesen, die Gramsci metaphorisch als Schützengräben und Kasematten bezeichnete und die erst eine Absicherung der im engeren Sinne staatlichen Macht durch hegemoniale Apparate ermöglichen. Mit dieser Behauptung sollen keinesfalls die Eigenheiten der lateinamerikanischen Realität geleugnet werden. Es geht vielmehr darum, hinsichtlich deren Analyse die Tauglichkeit und Anwendbarkeit der gramscianischen Staats- und Gesellschaftstheorie aufzuzeigen. Gramsci selbst entwickelte einen Großteil seiner Konzepte im Hinblick auf die italienischen Verhältnisse zu Beginn des 20. Jahrhunderts – eine typische Gesellschaftsformation des so genannten späten Kapitalismus, deren soziale und wirtschaftliche Strukturen jenen Lateinamerikas durchaus ähneln. Dies legt in der Tat nahe, dass einige seiner Reflexionen sich eher für die Analyse lateinamerikanischer Gesellschaften eignen als für Staaten des kapitalistischen Zentrums (vgl. Portantiero 1980).

Die Beiträge dieser Ausgabe des *Journals für Entwicklungspolitik* sind zwischen 2008 und 2009 im Rahmen des Seminars „Soziale Bewegungen und Institutionen“ des Masterprogramms für Lateinamerikastudien an der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM) entstanden. Damit wird einerseits dem Ziel des Journals entsprochen, als Plattform für die Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses zu fungieren. Andererseits handelt es sich um Analysen aus der Perspektive der kapitalistischen

Peripherie. Durch den gegenseitigen Austausch nicht nur zwischen zwei unterschiedlichen *scientific communities*, sondern auch zwischen verschiedenen Lebenswelten soll ein Dialog gefördert werden, der für beide Seiten fruchtbringend sein kann. Die Beiträge werden auch in spanischer Sprache im Rahmen des *Posgrado de Estudios Latinoamericanos* der UNAM veröffentlicht. Zuletzt sei noch auf die tatkräftige Unterstützung von Dana de la Fontaine und Melanie Hernandez Sanchez bei der Übersetzung der spanischen Texte verwiesen. Sowohl die AutorInnen als auch die Redaktion bedanken sich herzlich für die aufgewendete Zeit und Mühe.

Literatur

- Aricó, José (2005): *La cola del diablo. Itinerario de Gramsci en América Latina*. Buenos Aires: Siglo XXI.
- Buci-Glucksmann, Christine (1979): *Gramsci y el Estado*. México, D.F.: Siglo XXI.
- Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie*. Hamburg: Argument.
- Candeias, Mario (2009): *Die letzte Konjunktur: organische Krise und postneoliberale Tendenzen*. <http://www.linksnet.de/de/artikel/24914>, 14.12.2009.
- Demirović, Alex (2007): *Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dussel, Enrique (2006): *20 Tesis de Política*. México, D.F.: Siglo XXI/Crefal.
- Gilly, Adolfo/Gutiérrez, Raquel/Roux, Rhina (2006): *América Latina: mutación epocal y mundos de la vida*. In: Basualdo, Eduardo M./Arceo, Enrique (Hg.): *Neoliberalismo y sectores dominantes. Tendencias globales y experiencias nacionales*. Buenos Aires: CLACSO, 103-119. <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/grupos/basua/Co3Gilly.pdf>, 14.12.2009.
- Gramsci, Antonio (1999a): *Cuadernos de la cárcel*. Band 2. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: *Gefängnishefte*, 10 Bände. Hamburg: Argument, 1991ff].
- Gramsci, Antonio (1999b): *Cuadernos de la cárcel*. Band 5. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: *Gefängnishefte*, 10 Bände. Hamburg: Argument, 1991ff].
- Haug, Wolfgang Fritz (1994): *Ist „Philosophie der Praxis“ ein Tarnwort? Einleitung zu den Heften 10 und 11*. <http://www.wolfgangfritzhaug.inkrit.de/documents/Gr-Gef6-Einl.pdf>, 13.3.2010.
- Heigl, Miriam (2007): *Anfang vom Ende? Zum Zustand des neoliberalen Projekts in Lateinamerika*. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 22 (1), 125-146.

- Jessop, Bob (1990): *State Theory. Putting the Capitalist State in its Place*. University Park, Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press.
- Portantiero, Juan Carlos (1980): Gramsci para latinoamericanos. In: Sirvent, Carlos (Hg.): *Gramsci y la política*. México, D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México, 29-51.
- Sader, Emir (2008): *Refundar el Estado. Posneoliberalismo en América Latina*. Buenos Aires: CLACSO.
- Tapia, Luis (2008): La reforma del sentido común en la dominación neoliberal y en la constitución de nuevos bloques históricos nacional-populares. In: Ceceña, Ana Esther (Hg.): *De los saberes de la emancipación y la dominación*. Buenos Aires: CLACSO, 101-113.

STEFAN PIMMER

Neun Jahre PAN-Regierung in Mexiko: Von der passiven Revolution zur Krise der Hegemonie

1. Einleitung

Die Transformationsprozesse, die in letzter Zeit die politische Landkarte Lateinamerikas entscheidend verändert haben, zeigen deutlich den Verfall neoliberaler Hegemonie. Einerseits verweist der mit der zapatis-tischen Rebellion von 1994 begonnene Protestzyklus auf die Schwierigkeiten, mit denen Regierungen bei der Durchsetzung und der konsensualen Untermauerung von Privatisierungs- oder Deregulierungsmaßnahmen zu kämpfen haben (Schmalz/Tittor 2005: 33f). Durch eine Reihe von Regierungen, die sich gegen den *Washington Consensus* eingeschworen haben, konnten die anti-neoliberalen Kämpfe andererseits auch auf im engeren Sinne staatliches Terrain vordringen. Es wäre dennoch verfrüht, das endgültige Ende des Neoliberalismus auszurufen. Trotz der gerade in Lateinamerika kaum vorhandenen materiellen Zugeständnisse an die Subalternen haben sich neoliberale Paradigmen sowohl im Alltagsverstand^r festgesetzt (Tapia 2008) und sich als solche auch in den Staatsapparaten verdichtet (Heigl 2007). Sogar in den so genannten progressiven oder linken Regierungen ist beispielsweise die Maxime der makroökonomischen Stabilität, eine der Stützen des neoliberalen Projekts, bisher kaum in Frage gestellt worden.

In diesem „postneoliberalen Interregnum“ (Brand/Sekler 2009; Candeias 2005) wird die Analyse der politischen, ökonomischen und sozialen Prozesse verortet, die die soziale Realität Mexikos seit dem historischen Regierungswechsel im Jahr 2000 kennzeichneten. Obwohl Mexiko nach wie vor als eine der neoliberalen Hochburgen in Lateinamerika gilt, zeigt auch hier der wachsende Unmut der Bevölkerung mit der offiziellen Regierungspolitik die Verschleißerscheinungen neoliberaler Herrschaft. Trotzdem

haben sich die Proteste bisher nicht in einer wesentlichen Veränderung der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse des Landes niedergeschlagen. Im Folgenden wird daher versucht, einige der bedeutendsten Kämpfe sowie die Stabilitätsreserven aufzuzeigen, die es bisher ermöglicht haben, das neoliberale Herrschaftsprojekt trotz seiner Krise fortzusetzen.

Die Analyse stützt sich dabei auf das Konzept des erweiterten Staates, das eng mit jenem der Hegemonie in Verbindung steht. Die Begriffe stellen keinen abgeschlossenen theoretischen Rahmen dar, sondern dienen vielmehr als Leitfaden bei der Auswahl und Interpretation der Ereignisse. Hinsichtlich der Suche nach den gesellschaftlichen und politischen Stützen des neoliberalen Projekts weist das Konzept des erweiterten Staats auf die enge Beziehung zwischen politischer und ziviler Gesellschaft hin. Die Macht der herrschenden Klassen basiert demnach nicht nur auf dem Staat im engeren Sinne und seinem Monopol der legitimen Gewalt, sondern auch auf dem Konsens breiter Bevölkerungskreise. Anders ausgedrückt gründet sich die Beziehung zwischen Regierenden und Regierten nicht nur auf die politische Gesellschaft, sondern durchzieht das gesamte Feld der Zivilgesellschaft und der hegemonialen Apparate. An diese Überlegungen schließt das Konzept der Hegemonie an. Es verweist auf Herrschaftsbeziehungen, die neben einem gewissen Grad an Zwangsmaßnahmen immer auch auf dem Konsens der Subalternen zum Herrschaftsprojekt beruhen (Gramsci 1999b: 81). Im Kontext kapitalistischer Gesellschaften steht der Begriff des Konsenses jedoch nicht für eine bedingungslose Zustimmung der Beherrschten zum Projekt der herrschenden Klassen. Er impliziert eher einen Referenzrahmen, der es erlaubt, die Antagonismen kapitalistischer Vergesellschaftung zu bearbeiten und ihnen eine Richtung zu geben (Demirović 2007: 81). Dies schließt sowohl materielle als auch symbolische Zugeständnisse der herrschenden Klassen an die Subalternen mit ein. Ein hegemoniales Projekt kennzeichnet sich demnach durch eine Berücksichtigung subalternen Forderungen, ohne allerdings die soziale und ökonomische Basis desselben zu untergraben. Der Begriff des hegemonialen Projekts (Candeias 2004: 42ff; Jessop 1990: 207ff) soll dabei den prozessualen und dynamischen Charakter von hegemonialen Herrschaftsverhältnissen hervorheben. Es geht nicht so sehr darum, einer historischen Situation im Nachhinein einen hegemonialen Charakter zuzusprechen. Vielmehr müssen die Prozesse in den Blick genommen werden, die Gramsci (1999b: 36-37) als stetige Formierung und Überwindung von

instabilen Kompromissgleichgewichten bezeichnet hat und die eine konsensuale Unterwerfung der beherrschten Klassen sicherstellen oder eben nicht.

Aus diesem theoretischen Blickwinkel stellt der Beginn der zu untersuchenden Periode – der Wahlsieg von Vicente Fox und der Partei der Nationalen Aktion (Partido de Acción Nacional, PAN) im Jahr 2000 – keinen Bruch oder etwa die „Ankunft“ in der Demokratie dar. Im Gegensatz zu einer Literatur, die auf den Begriff des demokratischen Übergangs (*transición democrática*) abstellt und von den Ereignissen seit 2003 selbst widerlegt wurde, wird im vorliegenden Artikel der Schwerpunkt auf die Elemente der Kontinuität gelegt. Zwar war die Euphorie rund um den Wahlerfolg der PAN nur allzu verständlich: Immerhin konnte die Partei der Institutionellen Revolution (Partido Revolucionario Institucional, PRI) nach siebenzig Jahren an der Regierung aus dem Präsidentenpalast vertrieben werden. Sie lenkte aber von der Tatsache ab, dass die Regierung Fox im Grunde genommen das neoliberale Projekt weiterführen würde, das seit 1982 die offizielle Regierungspolitik bestimmte. Dieses Datum markiert auch das Ende des mexikanischen peripheren Fordismus, der sich auf eine importsubstituierende Industrialisierung und ein politisches Regime mit den drei Grundpfeilern des Präsidentialismus, Korporativismus und des Ein-Parteien-Systems gestützt hatte. In wirtschaftlicher Hinsicht führte ein begrenzter Binnenmarkt zur Extraversion, also zur Außenorientierung der Kapitalströme, und zur Finanziarisierung des Akkumulationsregimes. Zur gleichen Zeit veränderten aufeinander folgende politische und wahlrechtliche Reformen jeden einzelnen der drei Grundpfeiler des politischen Regimes. Die Formierung und Konsolidierung von Oppositionsparteien und ihre sukzessive Integration in die bundesstaatlichen und in den nationalen Kongress untergruben schrittweise das Ein-Parteien-System. Gleichzeitig wurde die Macht des Kongresses, der früher dem Präsidenten untergeordnet war, ausgeweitet und autonomisiert. Schließlich beendete auch die Trennung zwischen Staat und Gewerkschaften den „alten“ Korporativismus, der einem mit der neoliberalen Modernisierung in Einklang stehenden Neokorporativismus Platz machte (Pirker 2001).

Im Rahmen dieser Transformationsprozesse veränderten sich ebenfalls die Formen der Herrschaftsausübung sowie die Zugangskanäle zur politischen Macht. Zugleich förderten sie die Entstehung neuer Formen der sozialen Organisation: Während sich der „alte“ Korporativismus auf eine

allumfassende Kontrolle der Zivilgesellschaft von „oben“ gestützt hatte, implizierte die Schließung der korporativistischen Kanäle einen Kontrollverlust der politischen über die zivile Gesellschaft. Nicht zuletzt deshalb kam es zu einem Autonomisierungsprozess der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Diese sahen sich vermehrt mit der Notwendigkeit konfrontiert, sich unabhängig von der direkten Kontrolle des Staates neu auszurichten. Auf der einen Seite führten diese Veränderungen seit Beginn der 1980er Jahre zu einer Reorganisation des Blocks an der Macht, wie die neue Rolle des international artikulierten Unternehmertums, der katholischen Kirche und des Fernseh-Duopols veranschaulichen. Auf der anderen Seite bewirkten sie auch eine Stärkung subalternen AkteurInnen, wie etwa der unabhängigen gewerkschaftlichen oder der indigenen Bewegung.

Der vorliegende Text analysiert das Aufeinandertreffen dieser und anderer sozialer und politischer Kräfte im Zeitraum von 2000 bis 2009, unterteilt in drei Phasen: 1) die erste Hälfte der Amtsperiode von Vicente Fox bis zu den Kongresswahlen von 2003, 2) die zweite Hälfte dieser Amtsperiode im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen von 2006 und 3) die erste Hälfte der gegenwärtigen Amtsperiode von Felipe Calderón bis zu den Kongresswahlen von 2009. Diese an den Wahlen ausgerichtete Periodisierung nimmt jedoch nicht nur die im strikten Sinne politischen Ereignisse in den Blick. Die Besonderheit des mexikanischen politischen Regimes, das auf den so genannten Sexenios – sechsjährigen Präsidentschaftsperioden ohne Möglichkeit der Wiederwahl – basiert, impliziert, dass die Wahlen tendenziell den Rhythmus des gesamten politischen und sozialen Lebens des Landes beeinflussen.²

2. In Richtung Kongresswahlen 2003: Wechsel ohne Veränderung

Nach siebzig Jahren PRI-Regierung ist die Euphorie nur allzu verständlich, die der Sieg von Vicente Fox und der PAN bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 auslöste. Hinter diesem Erfolg stand ein Diskurs, der auf der Betonung demokratischer Werte und der Verurteilung der Korruption des alten PRI-Regimes beruhte, sowie das Versprechen, das neoliberale Wirtschaftsmodell zu ändern (Tello 2007: 717ff). Dies ermöglichte es, die

PRI aus dem Regierungssitz *Los Pinos* zu vertreiben: ein Ereignis, das trotz der sukzessiven Reformen des Wahlrechts für viele MexikanerInnen nicht vorstellbar gewesen war. Die Hoffnungen, die Fox mit seinen Wahlversprechen hervorgerufen hatte, ließen jedoch vergessen, dass mehrere Elemente eher auf die Fortsetzung des vorherigen Herrschaftsprojektes hindeuteten denn auf eine wirkliche „Veränderung“.

Auf der einen Seite muss berücksichtigt werden, dass seit der Regierung von Carlos Salinas de Gortari (1988–1994) die PAN nur beschränkt die Rolle einer Oppositionspartei wahrgenommen hatte. Durch einen strategischen Pakt mit der PRI, der auf der gegenseitigen Annäherung der jeweiligen ideologischen Haltungen beruhte, war sie zumindest von der politischen Verfolgung ausgenommen worden, unter der andere Parteien zu leiden hatten. Arnaldo Córdova zufolge erklärt sich die friedliche Regierungsübergabe der PRI an die PAN aus der Überzeugung der herrschenden Klassen, dass kein grundlegender Unterschied mehr zwischen der rechtsgerichteten PRI und der neuen ultrarechten Ausrichtung der PAN bestand (Córdova 2009: 99; vgl. auch Meyer 2007: 16f). Vicente Fox legte zwar eine gewisse Inkohärenz in Bezug auf die Einstellungen der extremen Rechten an den Tag. Dennoch ermöglichte und förderte er den Aufstieg von deren Repräsentanten in höchste Regierungsämter. Die Nominierung von Carlos Abascal zum Arbeitsminister und von Muñoz Gutiérrez zum Leiter der Präsidentschaftskanzlei, beide Mitglieder des Geheimbundes El Yunque, sind diesbezüglich nur zwei Beispiele (vgl. Delgado 2007; Rodríguez Araujo 2009: 283f). Außerdem setzte Fox neue Maßstäbe hinsichtlich der Annäherung der Regierung an die katholische Kirche, mit der auch die Vertreter der extremen Rechten in enger Verbindung stehen. Es ist kein Zufall, dass er just vor seiner Amtsübernahme in die Basilika der Nationalheiligen Guadalupe eilte, um dort vor laufenden Fernsehkameras zu beten und die Kommunion einzunehmen (vgl. Boris/Sterr 2002: 106).

Auf der anderen Seite war die Macht des Präsidenten schon zu Beginn seiner Amtszeit zu sehr eingeschränkt, um auf eigene Faust Reformen durchführen zu können – selbst wenn er substantielle Veränderungen beabsichtigt hätte. Fox fehlten sowohl die absolute Mehrheit im Kongress und die Unterstützung einer disziplinierten und ihm untergeordneten Partei als auch die Kontrolle über die bundesstaatlichen Regierungen, die sich mehrheitlich in der Hand der PRI befanden. Außerdem regierte in der Bundeshaupt-

stadt die Partei der Demokratischen Revolution (Partido de la Revolución Democrática, PRD) unter dem Vorsitz von Andrés Manuel López Obrador, der sich im Laufe der Zeit als erbittertster Gegner des neuen Präsidenten herausstellen sollte. Fox fehlte somit der Großteil jener machtvollen Hebel, die den Präsidentialismus des alten PRI-Regimes ausgezeichnet hatten (vgl. Aziz Nassif 2009: 28).

Einerseits zeigte sich der begrenzte Spielraum des neuen Präsidenten innerhalb der politischen Gesellschaft, vor allem hinsichtlich der Spannungen zwischen der Regierung und dem Kongress. Letzterer verweigerte Fox die Zustimmung zu praktisch allen großen Verfassungsreformen, die dieser innerhalb der ersten drei Jahre seiner Amtsperiode durchzusetzen versuchte. Deutlich wurde dies etwa im Rahmen der indigenen Reform, mit der Fox den Konflikt mit den Zapatisten in Chiapas beilegen wollte. Vor allem seine eigene Partei und die PRI stellten sich gegen einen Reformvorschlag im Sinne der Verträge von San Andrés, die 1996 zwischen den Zapatisten und dem damaligen Präsidenten Luis Echeverría vereinbart worden waren. Die Reform, die letztendlich im April 2001 verabschiedet wurde, wich in wesentlichen Punkten von diesen Vereinbarungen ab (Díaz Polanco 2001), woraufhin die EZLN den Dialog mit der Regierung abbrach. Auch die Pläne für eine Steuerreform fanden im Kongress keine Zustimmung. Um die Staatseinnahmen zu erhöhen, sah der Vorschlag des Präsidenten vor, Lebensmittel, Medikamente und Schulgelder in die Besteuerungsgrundlage aufzunehmen, gleichzeitig jedoch die Einkommenssteuer zu senken. Die Abstimmung über die Reform wurde jedoch immer wieder verschoben, und es verstärkte sich der Eindruck, „dass der Präsident drei Oppositionsparteien im Kongress hatte“ (Aziz Nassif 2009: 30).

Andererseits setzten auch die zuvor angedeuteten Transformationsprozesse in der Zivilgesellschaft, die nicht mehr der direkten Kontrolle des „alten“ Korporativismus unterworfen waren, der Macht des Präsidenten neue Grenzen. Exemplarisch dafür steht der Widerstand der EinwohnerInnen von Atenco und Texcoco gegen das Vorhaben, Tausende Hektar Land für den Bau eines neuen Flughafens für Mexiko Stadt zu enteignen. Um sich gegen die Enteignung zu wehren, gründeten die BewohnerInnen der betroffenen Gemeinden die Front der Völker zur Verteidigung des Landes (Frente de Pueblos en Defensa de la Tierra, FPDT). Aufgrund von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der FPDT und der Polizei im

Juli 2002 versuchte Fox persönlich, das Problem zu lösen. Angesichts der beharrlichen Weigerung der Ejido-Mitglieder³, ihr Land zu verkaufen, blieb dem Präsidenten allerdings nichts anderes übrig, als das Projekt offiziell für beendet zu erklären (La Jornada 2002).

Kurz und gut, diese Misserfolge förderten eine Inkompetenz und Ungeschicklichkeit des Präsidenten zutage, die mit der im Wahlkampf vorgegebenen charismatischen Persönlichkeit kontrastierte. Zudem deuteten sie die Umriss eines Regierungsprojektes an, das nichts mit den Wahlversprechen zu tun hatte. So verabsäumte es Fox, die Auflösung der autoritären Strukturen des „alten“ Regimes in Angriff zu nehmen, die er sich im Wahlkampf auf die Fahnen geschrieben hatte. Ganz im Gegenteil suchte er die Unterstützung deren wichtigster Sektoren, wie seine Annäherung an die Nationale Lehrergewerkschaft (Sindicato Nacional de Trabajadores de la Educación, SNTE) und deren Anführerin Elba Esther Gordillo veranschaulicht (Aziz Nassif 2009: 45; Montalvo Ortega 2005: 168). Vor allem aber die Vorfälle rund um die „Freunde von Fox“ (Amigos de Fox) ließen Zweifel an den angeblichen Demokratisierungsabsichten des neuen Präsidenten aufkommen. Kurz vor den Kongresswahlen 2003 bestätigte das Bundeswahlinstitut (Instituto Federal Electoral, IFE), dass diese Plattform aus Unternehmern und einflussreichen Persönlichkeiten den Wahlkampf des Präsidenten mit illegalen und ausländischen Geldern unterstützt hatte und verhängte über die Regierungskoalition eine historische Strafe von über 500 Millionen Pesos (Urrutia 2003). Auch in wirtschaftlicher Hinsicht kam Fox seinen Wahlversprechen nicht nach. Entgegen der Ankündigung, sich vom neoliberalen Wirtschaftsmodell zu distanzieren, setzte er die Privatisierungsmaßnahmen vor allem im Energiesektor fort (Ángeles Cornejo 2007). Zusammen mit der gescheiterten Steuer- und Arbeitsmarktreform und der Tatsache, dass einer wirtschaftlichen Außenöffnung des Landes Nachdruck verliehen wurde, deutete alles auf eine Fortsetzung des 1982 begonnenen neoliberalen Modells hin.

Angesichts der mageren Ergebnisse dieser Wirtschafts- und Sozialpolitik suchte Fox sowohl den ständigen Kontakt zu den Massenmedien (Aziz Nassif 2009: 31) als auch zum internationalen politischen Parkett, um dort für sein Regierungsprojekt zu werben. Die Medialisierung seiner Person und die internationalen Abkommen konnten jedoch den negativen Saldo der Regierungspolitik in anderen Bereichen nicht ausgleichen. In den Kongresswahlen vom Juli 2003, in denen Fox dazu aufrief, die „Veränderung“ nicht länger zu

bremsen (vgl. Camacho Solís 2004), erlitt die PAN eine schwere Niederlage. Die PRI hingegen konnte einen Teil ihrer früheren Stärke sowohl im Kongress als auch in einigen Bundesstaaten zurückerobern. Das wichtigste Ergebnis dieser Wahlen waren jedoch die Frustration der Bevölkerung aufgrund der gebrochenen Wahlversprechen und ein allgemeines Misstrauen der Bevölkerung gegen das politisch-institutionale System, eine Tatsache, die in einer Wahlbeteiligung von nur 58,2 % zum Ausdruck kam (Concha Cantú 2004).

3. In Richtung Präsidentschaftswahlen 2006: vorgezogener Kampf um die Nachfolge von Vicente Fox

Aus mehreren Gründen ist die zweite Hälfte der Amtszeit von Vicente Fox von großem Interesse. Zum einen bestätigte sich endgültig die neoliberale Ausrichtung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Regierung Fox trieb nicht nur den Abbau und die Privatisierung des Sozialversicherungssystems voran, vor allem im Bereich der Pensionen (Cota Sánchez 2007). Durch die Festschreibung der makroökonomischen Stabilität im Bundesgesetz für Budget und finanzielle Verantwortung (Ley Federal de Presupuesto y Responsabilidad Hacendaria; vgl. Tello 2007: 725) wurde auch das Finanzkapital einseitig begünstigt (vgl. Pérez Fernández del Castillo 2008: 20). Diese Politik ging auf Kosten des Wirtschaftswachstums und der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Das Fehlen neuer Arbeitsplätze und die ansteigende Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (Andrade 2007: 34) trugen zur Prekarisierung der Arbeit und zur Erhöhung der Armut bei und verstärkten zusätzlich die Arbeitsmigration in die USA. Die einzigen Faktoren, die ein „normales“ Funktionieren der mexikanischen Volkswirtschaft vortäuschten, waren ausländische Direktinvestitionen, der Export von Erdöl und die finanziellen Rücküberweisungen der in die USA emigrierten Arbeitskräfte (ebd.: 22). Die Wirtschaftspolitik der Regierung vertiefte mit anderen Worten die ökonomische Abhängigkeit Mexikos von den USA und ignorierte die Zeichen einer bevorstehenden Rezession, die die letzten Stützen der mexikanischen Wirtschaft zum Einsturz bringen sollte.

Zum anderen kam es in politischer Hinsicht zu einem sukzessiven Autoritätsverlust des neuen Präsidenten, welcher einen vorgezogenen Nachfolgekampf zwischen den verschiedenen politischen Kräften des Landes

nach sich zog. Die Präsidentschaftswahl von 2006 wurde schon frühzeitig zum Bezugsrahmen jedweder politischen Maßnahme, sowohl seitens der Regierungs- als auch der Oppositionsparteien (Aziz Nassif 2009: 35; Meyer 2007: 151). Auf der einen Seite spitzten sich dadurch die sozialen und politischen Kämpfe zu und führten zu einer tief greifenden Spaltung der mexikanischen Gesellschaft. Auf der anderen Seite förderte dies den Verfall der zuvor mühsam etablierten demokratischen Institutionen. Ein Vorzeichen für diesen institutionellen Verfall war die Erneuerung der Ratsmitglieder des Bundeswahlinstituts IFE Ende Oktober 2003. Aufgrund der kritischen Linie des Instituts, das etwa die illegale Finanzierung der Wahlkämpfe der PRI und PAN aus dem Jahr 2000 mit hohen Geldstrafen belegt hatte, setzten diese Parteien ihnen günstig gestimmte KandidatInnen durch und ignorierten zudem die Vorschläge der PRD (Pérez Fernández del Castillo 2008: 81ff). Diese Vorgehensweise beendete nicht nur die Autonomie und Legitimität des IFE, sondern schuf auch die Grundlagen für einen Plan, der sich ab 2004 abzuzeichnen begann: mit allen Mitteln den Wahlsieg des linken Präsidentschaftskandidaten Andrés Manuel López Obrador zu verhindern. Durch eine geschickte Wirtschafts- und Sozialpolitik hatte sich der vormalige Bürgermeister von Mexiko Stadt als aussichtsreicher Kandidat der Linken für die Präsidentschaftswahlen von 2006 positioniert. Ihm gegenüber formierte sich eine aus unterschiedlichen rechtskonservativen Kräften bestehende Front, die zunächst die Kandidatur und später gegebenenfalls den Wahlsieg des linken Kandidaten zu verhindern suchte. Ein erster Versuch bestand darin, López Obrador im Rahmen der so genannten Videoscandale mit der Korruption einiger seiner Mitarbeiter in Verbindung zu bringen. Diese zwischen der PRI, der PAN und der Bundesregierung konzertierte Aktion schlug jedoch fehl und rief eine Protestbewegung hervor, die vor allem im darauf folgenden Amtsenthebungsverfahren (*desafuero*) gegen López Obrador von entscheidender Bedeutung sein sollte. Wegen eines angeblich nicht rechtzeitig erfolgten und durch einen richterlichen Bescheid verfügten Baustopps einer Zufahrtsstraße zu einem Krankenhaus leitete die Generalstaatsanwaltschaft (Procuraduría General de la República) im Mai 2004 ein Verfahren wegen Amtsmissbrauchs gegen López Obrador ein. Als der Kongress ein Jahr später tatsächlich für die Aufhebung seiner politischen Immunität und damit für den Verlust seines passiven Wahlrechts stimmte, kam es zu massiven Protesten in der Haupt-

stadt. Aufgrund der allgemeinen Ablehnung dieser Vorgehensweise seitens der Regierung blieb Fox schließlich nichts anderes übrig, als dieses offensichtlich politisch motivierte Verfahren einzustellen und den Generalstaatsanwalt zu entlassen (Pérez Fernández del Castillo 2008: 27f). Hatte schon die Erneuerung des IFE die nur vorgetäuschten „demokratischen“ Bestrebungen der Regierung durchblicken lassen, blieb nach dem gescheiterten Immunitätsentzug gegen den Bürgermeister kein Zweifel mehr bezüglich der Bereitschaft des Präsidenten, die politischen Institutionen für parteipolitische und persönliche Zwecke zu missbrauchen.

Um dieses aggressive Verhalten der hinter der offiziellen Regierungspolitik stehenden herrschenden Gruppen zu erklären, ist es notwendig, das allgemeine gesellschaftliche Klima zu beachten, in der sich die zuvor erwähnten Ereignisse einfügten. Das hohe Niveau der Mobilisierungen wies auf die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung mit einer Regierung hin, die das Versprechen eines politischen und wirtschaftlichen Kurswechsels mehrmals gebrochen hatte. Zusammen mit einem allgemeinen Gefühl der Unzufriedenheit erklärt dies die Bereitschaft, für die jeweiligen Forderungen und Ansprüche auf die Straße zu gehen. In der zweiten Hälfte seiner Amtszeit sah sich Fox nicht nur mit den Protesten der unabhängigen gewerkschaftlichen Bewegung konfrontiert, die gegen die Reformen am Arbeitsmarkt und im Sozialversicherungssystem protestierten, sondern auch mit den vielfältigen Protesten der BäuerInnen- und LandarbeiterInnenbewegung und globalisierungskritischer Gruppierungen. In diesem Kontext fürchteten die herrschenden Gruppen zu Recht einen linken Präsidentschaftskandidaten, der bereits seine Fähigkeiten bewiesen hatte, die Massen zu mobilisieren und ihre Unzufriedenheit zu kanalisieren. Die Präsidentschaft von López Obrador hätte ein Herrschaftssystem in Frage gestellt, das auf der Ausschließung weiter Teile der Bevölkerung beruhte.

Da es den rechtskonservativen Kräften nicht gelungen war, die Kandidatur von López Obrador zu verhindern, konzentrierte man die gesamte Energie auf den bevorstehenden Wahlkampf. Wie die vorangegangenen Ereignisse vermuten ließen, artete dieser in einen „schmutzigen Krieg“ gegen López Obrador aus. Nicht nur der Präsident selbst, sondern auch der Multimillionär Victor González Torres und der Koordinationsrat der Unternehmensverbände CCE (Consejo Coordinador Empresarial)⁴ diffamierten wiederholt und entgegen den gesetzlichen Bestimmungen den

linkserichteten Präsidentschaftskandidaten.⁵ Die neuen Ratsmitglieder des IFE erfüllten die Erwartungen der PAN und der PRI mit einem äußerst zögerlichen und passiven Verhalten (Pérez Fernández del Castillo 2008: 79ff). Kurz vor den Wahlen sickerte zudem die Information durch, dass der Schwager des Präsidentschaftskandidaten der PAN, Felipe Calderón Hinojosa, direkten Zugang zu Daten des Wahlregisters hatte (La Jornada 2006). Damit war die Glaubwürdigkeit und Legitimität der politischen Institutionen endgültig zerstört. Als das IFE am Ende des Wahltags, dem 2. Juli 2006, erklärte, dass aufgrund des geringen Stimmenunterschieds zwischen Felipe Calderón und López Obrador kein endgültiges Ergebnis bekannt gegeben werden könne, waren weite Teile der Bevölkerung von einem erneuten Wahlbetrug überzeugt. Im Rahmen der massiven Proteste, die in den darauf folgenden Tagen mehr als zwei Millionen Menschen in der Hauptstadt versammelten, wurde eine komplette Neuauszählung der Stimmen gefordert. Gleichzeitig wurden die Unregelmäßigkeiten sowohl während des Wahlkampfes als auch am Wahltag selbst auf gerichtlichem Weg angefochten. Auch dies konnte jedoch eine Entscheidung nicht rückgängig machen, die allem Anschein nach abseits der Wahlurnen gefällt worden war. Am 5. September 2006 wies das oberste Wahltribunal in einem äußerst polemischen und widersprüchlichen Urteil alle legalen Anfechtungen zurück und erklärte Felipe Calderón Hinojosa von der PAN mit einem Vorsprung von nur 243.934 Stimmen oder 0,58 % zum Wahlsieger (IFE 2006; Pérez Fernández del Castillo 2008: 124ff). Der „Triumph“ von Calderón hinterließ jedoch einen bitteren Nachgeschmack, implizierte er doch die Zerstörung der demokratischen Institutionen, eine kaum vorhandene Legitimität des neuen Präsidenten und eine gesplante Gesellschaft.

Im Kontext dieser Ereignisse ist es notwendig, auf die ersten Umriss eines autoritären und militarisierten Staates hinzuweisen, die ab der zweiten Hälfte der Amtszeit von Fox sichtbar wurden. Neben der zuvor angesprochenen offenen Vereinnahmung der staatlichen Institutionen für machtpolitische Zwecke lassen sich weitere Aspekte aufzeigen, die eine Verstärkung der autoritären Tendenzen nahe legen. Zum einen deutet eine Reihe von Ereignissen auf eine Veränderung in den Formen sozialer Kontrolle und staatlicher Zwangsausübung hin. Während die korporativen Strukturen des „alten“ PRI-Regimes eine „verdeckte“ Repression und die frühzeitige Aufdeckung von Konfliktherden erleichtert hatten, führten der Zerfall und die Zerstö-

rung ebendieser Strukturen zu einem Kontrollverlust der politischen über die zivile Gesellschaft. Im neuen Regime erweist es sich als immer schwieriger, die sozialen Bewegungen mithilfe der Kooptation ihrer AnführerInnen, partiellen Zugeständnissen und einer indirekten und punktuellen Repression zu zerschlagen. Dies erklärt zumindest teilweise die „Notwendigkeit“ einer direkten, unmittelbaren und punktuellen Repression (Espeleta Olivera 2008: 120), wie sie in der Niederschlagung der globalisierungskritischen Bewegung in Guadalajara im Mai 2004, der Repression gegen die FPDT in Atenco im Mai 2006 und dem Militäreinsatz gegen die Volksversammlung der Völker Oaxacas (Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca, APPO) im November 2006 zu beobachten war. All diese Ereignisse zeichneten sich durch ein Großaufgebot von Spezialeinheiten der Polizei und des Militärs, eine brutale Niederschlagung der Demonstrationen, massive und willkürliche Verhaftungen und die systematische Folterung der Festgenommenen aus. Im Fall von Atenco kam es zudem zu einer massiven Vergewaltigung von Frauen (Centro Prodh 2006), während man in Oaxaca auf das Verschwinden lassen von willkürlich Festgenommenen zurückgriff (CCIODH 2007).

Diese faktische Abkehr vom Demokratisierungsversprechen und die neue Linie einer „harten Hand“ wurden auf legislativer Ebene durch Gesetzesinitiativen ergänzt, die auf eine Kriminalisierung der sozialen Proteste und die Einschränkung der zivilen Rechte abzielen. Hervorzuheben ist diesbezüglich das Gesetz für Nationale Sicherheit (Ley de Seguridad Nacional), das im Dezember 2004 beschlossen wurde. Es ermöglicht die Überwachung privater Kommunikation, insofern diese eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellt. Der Begriff selbst entbehrt jedoch einer präzisen Definition und ermöglicht somit eine willkürliche Anwendung der durch das Gesetz festgelegten Befugnisse (Camacho 2007).

Auch die Militarisierung des Landes, die vor allem unter Calderón besorgniserregende Ausmaße erreicht hat, ließ sich in Anfängen schon bei Fox beobachten. Anlass dazu gab die rapid ansteigende Gewalt unter den Drogenkartellen, die sich seit dem Ausbruch des Drogenbosses Joaquín Guzman aus einem Hochsicherheitsgefängnis im Jahr 2001 Gefechte um die Kontrolle von Transitrouten und Territorien liefern. Dies nützte die Regierung Fox dazu, um den Einsatz der Streitkräfte im öffentlichen Raum zu propagieren (Centro Prodh 2009: 16). Einen Vorgeschmack auf die Handlungsmaxime des folgenden Sexenio bot die Operation „Sicheres Mexiko“.

Diese Serie von Militäreinsätzen wurde im Juni 2005 gestartet, um die Stadt Nuevo Laredo aus der Hand der Drogenkartelle zu befreien. Neben der zunehmenden Präsenz der Soldaten in der Öffentlichkeit brachte sie auch eine faktische Unterordnung der zivilen Instanzen unter den Oberbefehl der Streitkräfte mit sich (Benítez Manaut 2009: 185f). Schließlich verschärfte auch die Gründung der Nordamerikanischen Allianz für Sicherheit und Wohlstand (Alianza para la Seguridad y Prosperidad de América del Norte, ASPAN) die autoritären Tendenzen. Die Vereinbarungen im Rahmen dieses Abkommens zwischen den USA, Kanada und Mexiko, das die Themenbereiche Sicherheit und Neoliberalismus miteinander verbindet, sind zumindest in Mexiko nicht der Kontrolle der legislativen Gewalt untergeordnet und verstoßen damit gegen die Mechanismen der formalen Demokratie (Arroyo Picard 2009: 20f).

4. In Richtung Kongresswahlen 2009: Umriss eines autoritären und militarisierten Staates

Die Mobilisierungen im Kontext der Präsidentschaftswahlen von 2006 und die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung veranschaulichten die fehlende Legitimität Felipe Calderóns. Angesichts der massiven Proteste der Bewegung gegen den Wahlbetrug, die López Obrador als „legitimen“ Präsidenten von Mexiko proklamierte, war Calderón dazu angehalten, seinen Amtsantritt und sein Mandat auf sichere Beine zu stellen. Er tat dies, indem er die autoritären Konturen des Staates verstärkte und das Land militarisierte. Seit Beginn seiner Amtszeit weist eine Reihe von Ereignissen auf seine Annäherung zu den Streitkräften hin. Nicht nur die Amtsübergabe zwischen Fox und Calderón fand entgegen der Tradition am 30. November 2006 in einer vorgezogenen Zeremonie in der Heroischen Militärakademie (Heróico Colegio Militar) statt. Schon zwei Tage später kehrte Calderón dorthin zurück, um den Einsatz der Streitkräfte zu loben und eine Erhöhung ihres Budgets zu versprechen. Zudem zeigte sich Calderón im Rahmen einer Truppenübung Anfang Jänner 2007 in militärischer Uniform, auch dies ein Bruch mit der Verhaltensweise seiner Vorgänger. Diese Botschaften gingen einher mit einer Ausweitung und Intensivierung der militärischen Operationen seines Vorgängers Fox. Zusammen mit der Gründung der Elitetruppe *Cuerpo*

Especial de Fuerzas de Apoyo Federal, die dem direkten Befehl des Präsidenten unterliegt, ließen diese Maßnahmen keinen Zweifel daran, dass Calderón den Streitkräften eine tragende Rolle einräumen würde (Centro Prodh 2009: 17f).

Die Aufwertung der Streitkräfte fand im Kontext einer drastisch steigenden Gewalt der Drogenkartelle statt, die sich blutige Auseinandersetzungen um die Kontrolle und Aufteilung von Territorien lieferten. Dies ermöglichte es dem Präsidenten, sowohl die Anwesenheit der Streitkräfte im öffentlichen Raum zu rechtfertigen als auch eine Kriegslogik in der Bevölkerung zu propagieren. Die Regierung nutzte die Darstellung eines „gemeinsamen“ Feindes in Form der Drogenkartelle nicht nur, um die tief greifende Spaltung der mexikanischen Gesellschaft zu verhüllen. Der Kampf gegen den Drogenhandel brachte auch einen faktischen Ausnahmezustand mit sich, in dessen Rahmen die autoritären Konturen des Staates vertieft wurden.

Dazu gehörten unter anderem die Schläge gegen die politische Opposition, die sich nicht selten außerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen bewegten. Beispiele dafür sind die mediale Zensur gegen die Präsidentin des Abgeordnetenhauses und PRD-Politikerin Ruth Zavaleta beim ersten Jahresbericht der Regierung (Informe de Gobierno) am 1. September 2007 (Pérez Ballinas 2007), oder die Abstimmung über eine Reform des staatlichen Erdölunternehmens PEMEX im Senat Ende Oktober 2008. In deren Rahmen hinderte die Bundespolizei unter der direkten Aufsicht des Ministers für öffentliche Sicherheit (Secretario de Seguridad Pública) einige Senatoren, die sich im Vorfeld gegen die Reform ausgesprochen hatten, am Zutritt zum Tagungsraum (Villamil 2008). Auch der Schlag gegen die von der PRD angeführte Landesregierung von Michoacán kurz vor den Kongresswahlen im Juli 2009 zeigt einen willkürlichen und politisch motivierten Einsatz der staatlichen Sicherheitskräfte seitens der Bundesregierung. Vierzig Tage vor den Wahlen wurde ein Militäreinsatz angeordnet, in dem mehrere Bürgermeister und Staatsfunktionäre – mehrheitlich aus den Reihen der PRD und der PRI – unter dem Vorwurf der Verstrickung mit den Drogenkartellen verhaftet wurden (Villanueva 2009: 39; Carrazco Araizaga/Castellanos 2009).

Parallel zu diesen Vorkommnissen wurden auch auf gesetzlicher Ebene die Einschränkungen der Grundrechte vorangetrieben und zugleich die Befugnisse der staatlichen Sicherheitskräfte ausgeweitet. Beispiel dafür ist das Reformpaket vom 9. März 2007, in dem der Tatbestand des „organisierten Verbrechens“ in das Strafgesetz aufgenommen wurde. Der Begriff

selbst blieb jedoch äußerst vage (Garduño/Méndez 2008a) und eröffnet damit einen breiten Spielraum für eine willkürliche Auslegung gegen soziale Protestbewegungen. Dasselbe Muster zeigte sich auch in der Gesetzesreform vom 26. April 2007, in deren Rahmen das Delikt des „Terrorismus“ in das Strafgesetz inkludiert wurde. Auch in diesem Fall entbehrt der Begriff einer exakten Definition und verleitet dadurch – wie im Fall der „vergleichenden Entführung“⁶ – zu einer Anwendung gegen soziale Protestbewegungen (Montemayor 2009: 38). Bezüglich der Erweiterung polizeilicher Befugnisse ist vor allem die Reform der Bundespolizei (Policía Federal) vom 1. Juni 2009 von Bedeutung. Dieser Spezialeinheit, deren Mitglieder vor allem aus den Reihen der Streitkräfte rekrutiert werden, wurde eine Reihe von zusätzlichen Kompetenzen eingeräumt, darunter etwa die Abhörung privater Telefongespräche (Méndez 2009). Auch die Ereignisse rund um den Ausbruch des Virus A/H1N1 im April 2009 fügen sich in diesen Kontext ein. Die Regierung zeichnete sich nicht nur durch eine tendenziöse und willkürliche Informationspolitik aus, sondern nützte den Notstand auch zur Erlassung von Sonderdekreten, die eine Einschränkung verfassungsrechtlich geschützter Grundrechte mit sich brachten⁷ (vgl. Modonesi/Oliver 2009).

Letztlich müssen auch die internationalen Verträge in Hinblick auf die Entstehung eines autoritären und militarisierten Staates berücksichtigt werden. Neben einer Erweiterung der Übereinkommen im Rahmen der ASPAN wurde im Oktober 2007 nach dem Vorbild des Plan Colombia auch der so genannte Plan Mérida beschlossen. Er umfasste allein bis zum Jahr 2009 Transferleistungen seitens der USA im Umfang von mehr als einer Milliarde US-Dollar. Diese inkludierten militärische Ausrüstung und Technologie für Spionage und Überwachung, Ausbildungsprogramme für mexikanische Streitkräfte im Kampf gegen den Drogenhandel und Mittel zum Zweck der Migrationskontrolle (Garduño/Méndez 2008b). Mit diesem Abkommen wurde die Durchdringung der mexikanischen Armee und der Regierungsapparate seitens der US-amerikanischen Streitkräfte und des militärisch-industriellen Komplexes noch weiter vertieft: ein Umstand, der in Lateinamerika historisch eng mit der Bekämpfung revolutionärer Aufstände verbunden ist (Fazio 2007).

Die steigende Gewalt der Drogenkartelle wurde von der Regierung jedoch nicht nur dazu genutzt, um die Konturen eines autoritären und militarisierten Staates zu verstärken. Angesichts der ab 2007 spürbaren Finanz-

krise in den USA diene sie auch dazu, um von den größer werdenden wirtschaftlichen Problemen des Landes abzulenken. Bedenkt man, dass die vier dynamischsten Faktoren des BIP (die Maquila- und Erdölexporte, die ausländischen Direktinvestitionen und die privaten Geldüberweisungen aus dem Ausland; vgl. Andrade 2007) eng mit der US-amerikanischen Wirtschaft verbunden sind, wird klar, dass jegliche Rezession in den USA notwendigerweise auch die mexikanische Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen würde. Tatsächlich erwies sich die den neoliberalen Paradigmen entsprechende Wirtschaftspolitik Mexikos gegenüber dem Einbruch der US-amerikanischen Wirtschaft als katastrophal (Cordera Campos/Flores Ángeles 2009: 82). Nicht nur verlor der mexikanische Peso gegenüber dem Dollar um mehr als 50 % an Wert. Auch die ausländischen Direktinvestitionen und die privaten Transferleistungen der in den USA lebenden MexikanerInnen erfuhren drastische Einbrüche (Notimex 2009; Banxico 2009). Zudem führte die Rezession auch zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, mit mehr als einer halben Million verlorener Arbeitsplätze zwischen April 2008 und April 2009 (CEPAL 2009: 6). Die Rezession in den USA schloss mit anderen Worten die wenigen Druckablassventile, die zuvor noch den Zusammenbruch der mexikanischen Wirtschaft verhindert hatten. Dass dieser nicht allein externen Faktoren geschuldet war, sondern vielmehr auf die internen wirtschaftlichen Strukturen zurückzuführen ist, lässt sich mit folgendem Beispiel veranschaulichen: Für 2009 prognostiziert eine Schätzung der CEPAL das Wachstum des mexikanischen BIP auf minus 7 %; das Land liegt damit auf dem letzten Platz in Lateinamerika, mehr als 5 % unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt von minus 1,9 % (ebd.: 1).

Angesichts dieses verheerenden Szenarios beantragte der Präsident am 1. April 2009 beim IWF einen Kredit in der Höhe von 40 Milliarden Dollar. Es war offensichtlich, dass es sich nicht um ein „Zeichen der Solidität“ handelte (Herrera Beltrán 2009), wie Calderón behauptete. Diese Rhetorik ist vielmehr im Kontext der Kongresswahlen vom Juli 2009 zu verstehen. Erwartungsgemäß versuchte die PAN im Wahlkampf, das Hauptaugenmerk auf den „Krieg gegen die Drogen“ zu lenken und unterstellte den Oppositionsparteien Verbindungen zu den Drogenkartellen. Trotz dieser neuerlichen Schmutzkampagne konnte die Regierungspartei nur 28 % der Stimmen erzielen. Größere Einbußen noch musste die PRD hinnehmen. Sie kam auf nur 12,2 % der Stimmen, ein Ergebnis, das die aufgrund innerer Auseinan-

dersetzungen erwarteten Stimmenverluste bei weitem übertraf. Die große Gewinnerin dieser Wahlen hingegen war die PRI mit 37 % der Stimmen (IFE 2009). Im Gegensatz zu ihrem Sieg bei den Kongresswahlen von 2003 liegt diesem Ergebnis ein Aufwärtstrend auf allen Ebenen zugrunde. Zusammen mit der Grünen Partei (Partido Verde) hält die PRI nicht nur die absolute Stimmenmehrheit im Abgeordnetenhaus und kontrolliert somit die Verabschiedung des Budgets. Sie konnte auch einige wichtige Bundesstaaten wie San Luis Potosí oder Querétaro, vormalige Hochburgen der PAN, zurückgewinnen, ebenso einige wichtige Städte wie beispielsweise Guadalajara, Morelos und Cuernavaca. Der bedeutsamste Erfolg jedoch ist die Bestätigung der PRI im Bundesstaat Estado de México unter dem Gouverneur Enrique Peña Nieto. Dieser konnte sich mithilfe klientelistischer Praktiken und der unverhohlenen Unterstützung des Fernsehunternehmens Televisa als aussichtsreichster Kandidat für die Präsidentschaftswahlen von 2012 positionieren. Der Wahlsieg der PRI wurde nur durch die geringe Wahlbeteiligung von 56 % und der Zunahme der ProtestwählerInnen getrübt, die eine ungültige Stimme abgaben (ebd.). Dies bestätigt nicht nur die offene Enttäuschung über das gesamte politische Regime, sondern auch über die Institutionen der liberalen Demokratie. Es ist Besorgnis erregend, dass diese Tendenz mit einer Neigung zu autoritären Regierungsformen einhergeht. Gemäß der Umfrage Latinobarómetro 2008 würde es 61 % der befragten MexikanerInnen nichts ausmachen, in einem autoritären Regime zu leben, wenn damit die ökonomischen Probleme des Landes gelöst würden (Latinobarómetro 2008: 83). Es scheint nicht gerade diese Haltung zu sein, die einer Radikalisierung des autoritären Regierungsprojekts von Calderón entgegenwirken könnte, noch weniger jedoch einer Rückkehr der ebenso autoritären PRI und ihrer klientelistischen und korporativistischen Praktiken.

5. Mexiko 2000–2009: von der passiven Revolution zur Krise der Hegemonie

Die Durchsetzung des neoliberalen Projekts in Mexiko seit 1982 wurde als eine Serie von passiven Revolutionen charakterisiert (Morton 2003; Soederberg 2001). Mit diesem Begriff verweist Gramsci auf einen Prozess, in dem die herrschenden Klassen auf eine Infragestellung ihres Herrschaftsprojekts

mit einer konservativen Modernisierung von „oben“ nach „unten“ reagieren. Eine Umstrukturierung der ökonomisch-sozialen Basis und die passive Integration der subalternen Gruppen sollen dabei die vorherrschenden Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten aufrechterhalten (Gramsci 1999b: 171ff). Im Fall von Mexiko konnte sich diese konservative Transformation unter neoliberalen Vorzeichen auf eine generelle Abneigung gegenüber den alten klientelistischen und korporativistischen Praktiken stützen. Zusammen mit einer orientierungslosen Zivilgesellschaft, die gerade erst aus den Fängen des Staates entlassen worden war, bildete dies die Basis für einen passiven Konsens, der den ideologischen und politischen Rückhalt der neuen Regierungspolitik darstellte (Oliver 2009: 134). Die Finanziarisierung und Extraversion der Wirtschaft bildeten jedoch von vornherein enge Grenzen für eine hegemoniale Untermauerung des neoliberalen Projekts. Zudem gelang den herrschenden Klassen nur teilweise eine „Aktivierung der Subalternen“ (Adolphs/Karakayali 2007), die zudem auf wenige Bevölkerungsektoren beschränkt war. Insgesamt blieb die neoliberale Hegemonie damit relativ fragil und lückenhaft und basierte vor allem auf den herrschenden Diskursen, die gesellschaftliche Alternativen ausblendeten und einer ökonomischen Sachzwanglogik das Wort redeten. Trotz einer demokratischen „Öffnung“ mittels sukzessiver Wahlrechtsreformen verstärkte das Fehlen materieller Zugeständnisse an die subalternen Gruppen bald die Unzufriedenheit mit dem neoliberalen Herrschaftsprojekt. Dies veranschaulicht paradigmatisch die breite Unterstützung für den Aufstand der Zapatisten im Jänner 1994, der eine weltweite anti-neoliberale Protestbewegung auslöste.

Die Regierungsantritt von Vicente Fox stellte diesbezüglich einen gewissen Aufschub in der Erschöpfung der neoliberalen Stabilitätsreserven dar. Der historische Regierungswechsel im Jahr 2000 war jedoch letztlich nur eine Verzögerung, die – nachdem sie ihre Vorschusslorbeeren aufgebraucht hatte – den Verfall der neoliberalen Hegemonie sogar noch beschleunigte. In diesem Sinn ist das Jahr 2003 von großer Bedeutung. Entgegen den Wahlversprechen symbolisierte es nicht nur die Fortsetzung des neoliberalen Projekts und den Bruch mit dem Demokratisierungsversprechen, sondern beinhaltete auch einen bedeutenden Kurswechsel hinsichtlich der Formen staatlicher Zwangsausübung und der sozialen Kontrolle.

Ich gehe davon aus, dass dieser Moment den Beginn einer „organischen“ Krise des neoliberalen Herrschaftsprojekts in Mexiko darstellt. Gramsci

bezeichnet damit eine Krise des Staates „in seiner Gesamtheit“ (Gramsci 1999b: 52). Der Bruch zwischen Regierenden und Regierten kommt dadurch zum Ausdruck, dass Letztere die Autorität Ersterer offen in Frage stellen. Konnten in Mexiko die vorherigen Prozesse passiver Revolution sich zumindest teilweise auf einen passiven Konsens in der Bevölkerung stützen, sah sich die Regierung ab 2003 einer massiven und offenen Kritik ausgesetzt. Die Enttäuschung über die gebrochenen Wahlversprechen der Demokratisierung und des sozialen Wohlstands mündeten in eine „Krise der Autorität“ (Gramsci 1999a: 37): Selbst die vermehrt repressiven Maßnahmen seitens der Regierung konnten nicht immer eine Umsetzung ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Vorhaben sicherstellen. Beispielhaft zeigte sich dies im Rahmen des Amtsenthebungsverfahrens gegen López Obrador, das aufgrund der massiven Proteste schließlich wieder eingestellt werden musste.

Dieser Bruch zwischen Herrschenden und Beherrschten kam in einem vorgezogenen Nachfolgekampf um die Präsidentschaft zum Ausdruck, in der die Fortführung des neoliberalen Projekts selbst auf dem Spiel stand. Obwohl das politische und wirtschaftliche Projekt von López Obrador alles andere als „radikal“ war und sich eher in die Linie einer gemäßigten Sozialdemokratie einfügte, hätte es jedenfalls eine entscheidende Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der subalternen Gruppen mit sich gebracht. Die Fähigkeit des linken Präsidentschaftskandidaten, die Unzufriedenheit der Massen zu kanalisieren, war eine Bedrohung für ein politisches Regime, das auf deren Ausschluss und der enormen Konzentration der politischen und wirtschaftlichen Macht basiert.

Die Präsidentschaftswahl 2006 stellte somit jenen Moment dar, an dem eine Lösung der Krise neoliberaler Hegemonie unter zumindest teilweiser Berücksichtigung subalternen Interessen am ehesten möglich erschien. Dass ein Sieg des linksgerichteten Präsidentschaftskandidaten letztlich nur durch eine breite Front an rechtskonservativen Kräften und den Wahlbetrug verhindert werden konnte, deutet ebenfalls auf die Brüchigkeit der neoliberalen Hegemonie hin. Die Fortführung des neoliberalen Projekts durch Felipe Calderón impliziert jedenfalls eine Verlängerung der organischen Krise, in der sich unterschiedliche Krisenmomente zu „unheilbaren Widersprüchen“ verdichten (Gramsci 1999a: 167f). In dieser Hinsicht hat das neoliberale Projekt nicht nur den konsensualen Rückhalt in der Bevölkerung verloren, sondern stößt auch wirtschaftlich an seine Grenzen. Dies

beweisen die Wachstumsraten des BIP: Mexiko, einst eines der wirtschaftlichen Motoren Lateinamerikas, ist im Jahr 2009 mit Abstand auf den letzten Platz zurückgefallen. In diesem Kontext stellt sich die Frage, warum es im Rahmen dieser organischen Krise bislang nicht zu einer effektiven Veränderung der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse gekommen ist. Basierend auf den zuvor dargestellten Ereignissen sollen in der Folge einige Aspekte aufgezeigt werden, die sowohl die Reproduktion eines von Krisen gezeichneten Herrschaftsprojektes als auch die Unzulänglichkeiten emanzipatorischer Bestrebungen in den Blick nehmen.

In Bezug auf die Fortführung des in die Krise geratenen neoliberalen Projekts ist erstens die Rolle der politischen Parteien hervorzuheben. Anstelle eines allmächtigen Präsidentialismus während des PRI-Regimes steht die mexikanische Bevölkerung heute vor einer Parteienherrschaft (*partidocracia*) (Bizberg 2007), die sich durch ihre mangelnde Repräsentativität und ihre klientelistischen Praktiken charakterisiert. Weit davon entfernt, einen demokratischen Impuls zu verkörpern, vertieft die zunehmende Macht der Parteien den Bruch zwischen der zivilen und der politischen Gesellschaft und blockiert die Forderungen der subalternen Gruppen. Die konstante Fluktuation der PolitikerInnen zwischen den einzelnen Parteien zeugt von der geringen Bedeutung ideologischer Einstellungen, und die generelle Aversion der Parteien gegenüber der Mobilisierung breiter Bevölkerungskreise verstärkt ihre konservative Rolle. Auch die PRD ist – trotz durchaus kritischer Gruppierungen innerhalb der Partei – Teil dieses Systems (Hernández Navarro 2009). Vor allem deshalb musste das politische Projekt von López Obrador die Grenzen der PRD hinter sich lassen, die sich den Regeln der formalen Demokratie auf Kosten subalternen Forderungen unterwirft.

Zweitens ist auch das Fernsehduopol, bestehend aus den Unternehmen Televisa und TV Azteca, ausschlaggebend für die Weiterführung des neoliberalen Projekts. Nach einer strengen Kontrolle unter der Herrschaft der PRI ermöglichte die demokratische „Öffnung“ eine enorme Konzentration der medialen Kräfte, die kaum einer staatlichen Kontrolle ausgesetzt sind und eindeutig autoritäre Tendenzen aufweisen. Der Einfluss dieses hegemonialen Apparats auf die öffentliche Meinung, die laut Gramsci (1984: 196) eine zentrale Verbindung zwischen ziviler und politischer Gesellschaft darstellt, kann nicht überschätzt werden. Das Fernsehduopol stellt eine unentbehr-

liche Stütze des aktuellen Regimes dar, und jedwedes gegen-hegemoniale Projekt ist darauf angewiesen, dieser medialen Vereinnahmung des öffentlichen Raums entgegenzuwirken und eigene mediale Strukturen aufzubauen. Im Fall der APPO in Oaxaca beispielsweise wurde die entscheidende Rolle der lokalen Radiostationen in der Organisation und Koordination der Proteste gegen den Gouverneur Ulises Ruiz deutlich. Nicht umsonst waren die Radiostationen in der Hand der Aufständischen vorrangiges Ziel der Angriffe der Polizei und paramilitärischer Organisationen. Der Bundesregierung und den Landesregierungen ihrerseits scheinen die Bedeutung der Kontrolle und Kooptation der Massenmedien und die Verhinderung alternativer medialer Strukturen bewusst zu sein. Nur so ist die gegenwärtige nachdrückliche Offensive gegen lokale und kommunale Radiostationen im ganzen Land zu erklären (OSAL 2009: 31).

Drittens erwiesen sich auch die zunehmende Repression und die Rolle der Streitkräfte und der militarisierten Polizeieinheiten als Stützpfiler des alten Institutionensystems (Oliver 2009: 143), sind jedoch zugleich Ausdruck ihrer tiefen Krise. Die Zunahme der autoritären und repressiven Elemente allein wäre allerdings ungenügend, um die vollständige Dimension der Krise der neoliberalen Hegemonie zu erfassen. Diesbezüglich war die konkrete Ausprägungsform hegemonialer Projekte in Mexiko immer schon eng an die autoritären Strukturen des PRI-Regimes gebunden (ebd.: 120). Es ist daher eher das veränderte Muster einer vermehrt direkten, massiven und unmittelbaren Form staatlicher Zwangsausübung, das die Ausmaße der Krise zum Ausdruck bringt und sich von einer tendenziell „versteckten“ Repression des PRI-Regimes unterscheidet. Während Letzteres die repressiven Maßnahmen nie öffentlich eingestand und sie zu verbergen suchte (González Casanova 2002: 219), bekennt sich die neue Regierung dazu öffentlich als ein notwendiges Herrschaftsinstrument. Dies markiert eine Transformation der vormals populären und inkludierenden autoritären Strukturen in solche, die auf dem Ausschluss weiter Teile der Bevölkerung basieren (Oliver 2009: 81) und sich in der Militarisierung der sozialen und politischen Verhältnisse ausdrücken. Die Militarisierung ihrerseits umfasst nicht nur die Umfunktionierung der Streitkräfte in eine Art nationale Polizeieinheit – an sich schon Zeichen von politischer Instabilität (Becker 2002: 140) –, sondern impliziert auch den wachsenden politischen Einfluss der Militärs, etwa im Bereich der nationalen Sicherheit (Moloeznik 2008:

168). Vor allem im Kontext des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und der gravierenden Sicherheitskrise ist der Ausbau eines autoritären und militarisierten Staates, die Beschneidung ziviler Rechte und die Kriminalisierung sozialer Proteste Besorgnis erregend. Im Rahmen einer systematischen Abschottung der formalen Institutionen gegenüber den Forderungen subalternen Gruppen erweisen sich die Polizei- und Militäreinheiten immer öfter als bevorzugtes Mittel, um soziale Proteste im Zaum zu halten oder niederzuschlagen. In diesem Zusammenhang ist es auch nicht verwunderlich, dass die massiven Menschenrechtsverletzungen der Streitkräfte praktisch ohne Konsequenzen bleiben: Die Angehörigen der Armee unterstehen einem von der Regierung heftig verteidigten rechtlichen Schutz, der die Anklage der Straftaten vor Zivilgerichten verhindert (Carrasco Araizaga 2009; Human Rights Watch 2009).

Zusammengefasst stellen die Zunahme und Intensivierung der autoritären Elemente und die Militarisierung des Staates eine Reaktion der herrschenden Klassen auf die Krise ihrer Autorität dar. Dies verdeutlicht jedoch nur, dass das neoliberale Herrschaftsprojekt in seiner derzeitigen Form seine hegemoniale Ausstrahlungskraft endgültig verloren hat. Obwohl subalterne Gruppen sich in dieser offenen Situation durchaus neu positionieren konnten, scheint mit dem Wahlbetrug von 2006 eine Lösung der organischen Krise zu ihren Gunsten in weite Ferne gerückt zu sein. Seit damals weisen die Ereignisse in der Tat auf eine konservative Lösung hin, die in Form einer Rückkehr der PRI und einer gewissen Wiederherstellung ihrer klientelistischen und korporativistischen Strukturen Gestalt annehmen könnte. Zudem ist es den rechtskonservativen Kräften gelungen, einen bedeutenden Teil der PRD zu kooptieren. Dies betrifft vor allem die Gruppierung der so genannten Neuen Linken (Nueva Izquierda), die sich vollständig der PAN-Regierung unterworfen hat und mithilfe gefälschter Wahlen und durch die Unterstützung der öffentlichen Wahlinstitute wichtige Positionen innerhalb der Partei besetzen konnte. Damit gelang nicht nur eine effektive Spaltung der Partei, sondern auch die Marginalisierung der Bewegung rund um López Obrador. Letzterer ist zwar noch immer in der Lage, große Massen für sein politisches Projekt zu mobilisieren – dies zeigte sich beispielsweise im Fall der Erdölreform 2008 und der Kongresswahlen 2009, in denen López Obrador mehrere Kandidaten der Arbeiterpartei (Partido de Trabajo) und der Partei der Konvergenz (Convergencia)

unterstützte. Um allerdings die eigene subalterne Position zu überwinden und ein umfassendes hegemoniales Projekt auf die Beine zu stellen, das tatsächlich auf die Kräfteverhältnisse des Landes einen entscheidenden Einfluss nehmen könnte, sind sporadische Mobilisierungen und eine ungenügende Organisation der Volksmassen, noch dazu von oben herab, nicht ausreichend. Ebenfalls als ungenügend erweist sich die Entwicklung autonomer Projekte, die isoliert von den nationalen Debatten ihr Dasein fristen, wie dies etwa am Beispiel der Zapatisten ab 2001 zu beobachten ist. Zudem werden die regelmäßigen öffentlichen Kontroversen zwischen Subcomandante Marcos und López Obrador von den rechtskonservativen Massenmedien bereitwillig aufgegriffen, die die Auseinandersetzungen der beiden wichtigsten Figuren der mexikanischen Linken zum eigenen Vorteil nutzen. Zusammenfassend ergibt dies ein Szenario, in dem eine fragmentierte Linke innerhalb der Parteienlandschaft autonomen Gruppen und Bewegungen gegenübersteht, die sich von den nationalen Debatten fernhalten. Dies lässt darauf schließen, dass es innerhalb der subalternen Gruppen kein politisches Projekt gibt, das zumindest mittelfristig eine hegemoniale Wirkung entfalten könnte. Letzteres würde nicht nur die Organisation subalternen Gruppen von „unten“ beinhalten, sondern auch die zivile und die politische Gesellschaft als entscheidende Felder des politischen Kampfes in Betracht ziehen.

Diese offensichtlichen Unzulänglichkeiten linker Gruppierungen arbeiten einer konservativen Lösung der Hegemoniekrise in die Hände. Jeglicher Versuch, mithilfe eines Projekts passiver Revolution die bestehenden Machtverhältnisse zu sichern, wird jedoch um eine wirtschaftliche Kurskorrektur und eine damit verbundene Neuzusammensetzung des Blocks an der Macht nicht umhin kommen. Zudem müssen auch die veränderten Beziehungen zwischen ziviler und politischer Gesellschaft in den Blick genommen werden. Die Schwächung der Macht des Präsidenten, die neue Rolle der politischen Parteien und der bundesstaatlichen Gouverneure, das Projekt eines militarisierten Staates von Calderón, die Macht der Drogenkartelle sowie die Erfahrungen der Proteste und der Selbstorganisation, die das mexikanische Volk in den letzten Jahren sammeln konnte, sind einige der ausschlaggebenden Faktoren in den bevorstehenden Kämpfen. Es ist allerdings noch zu früh, um über deren mögliche Ergebnisse zu spekulieren. Schon Gramsci wies darauf hin, dass politische Prozesse keinen

„objektiven“ oder „automatischen“ Verlauf nehmen. Dies gilt auch für die derzeitige Krise der Hegemonie, deren Ausgang letzten Endes durch die konkreten Strategien und Taktiken der jeweiligen sozialen und politischen Kräfte bestimmt werden wird.

¹ Mit Alltagsverstand bezeichnet Gramsci „die unkritisch von den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Milieus aufgenommene Weltauffassung, in der sich die moralische Individualität des Durchschnittsmenschen entfaltet“ (Gramsci 1984: 303).

² In diesem Sinn konditioniert und beeinflusst der Rhythmus der Wahlen andere politische und soziale Prozesse. Um nur drei Beispiele zu nennen: es ist kein Zufall, dass die wirtschaftlichen Krisen der Vergangenheit genau mit dem Rhythmus der Präsidentschaftswahlen übereinstimmen. Auch der Beginn der Nationalen Kampagne für eine andere Politik (*Campaña Nacional para Otra Política*), die so genannte *otra campaña* der Zapatisten, wurde etwa ein halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen von 2006 angesetzt. Diese Wahlen bilden außerdem den Bezugsrahmen, ohne den die Entwicklung und „Lösung“ des Konflikts der *Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca* (APPO) in Oaxaca nicht zu erklären ist.

³ Ein *Ejido* ist ein in Mexiko verbreitetes System gemeinschaftlichen Landbesitzes in bäuerlichen Gemeinden, das eine individuelle Nutzung der Anbauflächen nicht ausschließt.

⁴ Der *Consejo Coordinador Empresarial* ist die bedeutendste Unternehmensplattform Mexikos. Sie besteht aus sieben Teilorganisationen, die verschiedene Unternehmenssektoren repräsentieren, wird jedoch eindeutig von den großen und mit dem inter- und transnationalen Kapital in Verbindung stehenden Unternehmen in der Gestalt des *Consejo Mexicano de Hombres de Negocio* dominiert (vgl. Puga 2004: 45ff).

⁵ López Obrador wurde als „Gefahr für Mexiko“ bezeichnet und mit der Regierung von Hugo Chávez und Guerillagruppen in Verbindung gebracht. Die Kampagne der PAN schürte zusätzlich die Angst vor einer Enteignung privaten Besitzes, sollte der linke Präsidentschaftskandidat an die Macht kommen (vgl. Monsiváis 2009: 49).

⁶ Die vergleichende Entführung (*secuestro „equiparado“*) ist eine weitere, erst vor kurzem ins Leben gerufene juristische Figur, mit deren Hilfe versucht wird, soziale Protestbewegungen zu kriminalisieren. Im Rahmen dieses Straftatbestandes werden Mitglieder sozialer Organisationen oder Bewegungen, die für kurze Zeit öffentliche Funktionäre festhalten, mit den Höchststrafen wie im Falle einer tatsächlichen Entführung verurteilt. Die bekanntesten Fälle, in denen dieser Tatbestand zur Anwendung kam, sind die Verurteilungen von Jacinta Maciel und von Anführern der FPDT von Atenco. Letztere wurden durchgehend mit Haftstrafen von über 67 Jahren belegt (vgl. Granados Chapa 2009).

⁷ In der Verordnung des Präsidenten vom 25. April 2009 stechen vor allem die Absätze IV und VIII des zweiten Paragraphen hervor. Diese befähigen das Gesundheitsministerium, sowohl „in jedwedem Geschäftslokal oder Wohnhaus einzudringen, um den Aufgaben der Kontrolle und der Bekämpfung der Epidemie nachzukommen“, als auch „die geeigneten Mittel anzuordnen, um Ansammlungen von Personen an jedem Ort zu vermeiden“ (DOF, 25.4.2009).

Literatur

- Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (2007): Die Aktivierung der Subalternen – Gegenhegemonie und passive Revolution. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: Nomos Verlag, 121-140.
- Andrade, Graciela (2007): Balance de la política económica foxista. In: Solís de Alba, Ana Alicia/Ortega, Max/Torres, Nina/Mariña, Abelardo (Hg.): Balance del sexenio foxista y perspectivas para los movimientos sociales. México, D.F.: Editorial Itaca, 19-39.
- Ángeles Cornejo, Oliva Sarahí (2007): La política energética aplicada durante el gobierno del presidente Fox. In: Solís de Alba, Ana Alicia/Ortega, Max/Torres, Nina/Mariña, Abelardo (Hg.): Balance del sexenio foxista y perspectivas para los movimientos sociales. México, D.F.: Editorial Itaca, 147-169.
- Arroyo Picard, Alberto (2009): El proceso de globalización neoliberal en las Américas: sobreviviendo entre derrotas. In: Fuentes Morúa, Jorge/Nava Vázquez, Telésforo (Hg.): Crisis del Estado: México 2006. México, D.F.: Miguel Ángel Porrúa/ Universidad Autónoma Metropolitana, 13-43.
- Aziz Nassif, Alberto (2009): El desencanto de una democracia incipiente. México después de la transición. In: Rodríguez Araujo, Octavio (Hg.): México: ¿un nuevo régimen político? México, D.F.: Siglo XXI, 9-62.
- Banxico (2009): Balanza de pagos. CE80 – Ingresos por remesas. <http://www.banxico.org.mx/SieInternet/consultarDirectorioInternetAction.do?accion=consultarCuadro&idCuadro=CE80§or=1&locale=es>, 22.8.2009.
- Becker, Joachim (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Marburg: Metropolis.
- Benítez Manaut, Raúl (2009): La crisis de seguridad en México. In: Nueva Sociedad 220, 173-189. http://www.nuso.org/upload/articulos/3601_1.pdf, 23.8.2009.
- Bizberg, Ilán (2007): Democracia y régimen de partidos en México en la perspectiva latinoamericana. In: Cadernos PROLAM/USP 6 (1), 103-127. http://www.usp.br/prolam/downloads/2007_1_5.pdf, 12.2.2010.
- Boris, Dieter/Sterr, Albert (2002): FOXtrott in Mexiko. Demokratisierung oder Neopopulismus? Köln: ISP.
- Brand, Ulrich/Sekler, Nikola (2009): Postneoliberalism: catch-all word or valuable analytical and political concept? – Aims of a beginning debate. In: development dialogue 51, 5-13. http://www.dhf.uu.se/pdffiler/DD2009_51_postneoliberalism/Development_Dialogue_51.pdf, 5.11.2009.
- Camacho Solís, Manuel (2004): México 2003: Evaluación preliminar y previsiones electorales. In: Concha Cantú, Hugo/Melgar Adalid, Mario (Hg.): México 2003: Elecciones intermedias. <http://www.bibliojuridica.org/libros/libro.htm?l=1464>, 12.7.2009, 1-5.
- Camacho, Zósimo (2007): Un fiasco la ley de Seguridad Nacional. In: voltairenet.org, 23.10.2007. <http://www.voltairenet.org/article152338.html>, 9.8.2009.

- Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Hamburg: Argument.
- Candeias, Mario (2005): Widersprüche und Herausforderungen des „Post-Neoliberalismus“. <http://linksnet.de/de/artikel/19502>, 2.II.2009.
- Carrasco Araizaga, Jorge (2009): Oprobiosa impunidad militar. In: *Proceso* 1694, 19.4.2009, 6-10.
- Carrasco Araizaga, Jorge/Castellanos., Francisco (2009): Un golpe policíaco-electoral. In: *Proceso* 1700, 30.5.2009, 18-23.
- CCIODH – Comisión Civil Internacional de Observación de los Derechos Humanos (2007): Informe sobre los hechos en Oaxaca. http://cciodh.pangea.org/quinta/informe_final/informesinmarcas.pdf, 8.II.2009.
- Centro Prodh (2006): Atenco: Estado de derecho a la medida. http://centroprodh.org.mx/Publicaciones/Informes/info_pdf/2006/Atenco-%20Estado%20de%20derecho%20a%20la%20medida.pdf, 10.II.2009.
- Centro Prodh (2009): ¿Comandante supremo? La ausencia de control civil sobre las Fuerzas Armadas al inicio del sexenio de Felipe Calderón. <http://www.centroprodh.org.mx/Publicaciones/InformeAbusosMilitaresCOMP090309.pdf>, 22.8.2009.
- CEPAL (2009): Estudio Económico de América Latina y el Caribe 2008–2009. México. <http://www.eclac.org/publicaciones/xml/4/36464/2009-252-EEE-2009-Mexico-F.pdf>, 22.8.2009.
- Concha Cantú, Hugo (2004): Significados políticos de las elecciones intermedias de México en 2003. In: Concha Cantú, Hugo/Melgar Adalid, Mario (Hg.): México 2003: Elecciones intermedias. México : UNAM, 7-25. <http://www.bibliojuridica.org/libros/libro.htm?l=1464>, 12.7.2009.
- Cordera Campos, Rolando/Flores Ángeles, Camilo (2009): De crisis a crisis: del cambio de régimen económico al derrumbe global (trayectoria y contexto). In: Rodríguez Araujo, Octavio (Hg.): México, ¿un nuevo régimen político? México, D.F.: Siglo XXI, 63-87.
- Córdova, Arnaldo (2009): La democratización de México. Alternancia y transición. In: Rodríguez Araujo, Octavio (Hg.): México: ¿un nuevo régimen político? México, D.F.: Siglo XXI, 89-119.
- Cota Sánchez, Martha Adriana (2007): La contrarreforma a la seguridad social durante el sexenio de Vicente Fox, 2000–2006. In: Solís de Alba, Ana Alicia/Ortega, Max/Mariña Flores, Abelardo/Torres, Nina (Hg.): Balance del sexenio foxista y perspectivas para los movimientos sociales. México, D.F.: Editorial Itaca, 193-214.
- Delgado, Álvaro (2007): El Yunque. La ultraderecha en el poder. México, D.F.: Random House Mondadori.
- Demirović, Alex (2007): Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Díaz Polanco, Héctor (2001): La autonomía indígena y la reforma constitucional en México. In: *Revista OSAL* 4, 15-22. <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/osal/osal4/analisis.pdf>, 12.7.2009.

- DOF – Diario Oficial de la Federación (2009): Decreto por el que se ordenan diversas acciones en materia de salubridad general, para prevenir, controlar y combatir la existencia y transmisión del virus influenza estacional epidémica. 25.4.2009. http://www.dof.gob.mx/nota_to_word_frame.php?codnota=5088365, 8.II.2009.
- Espeleta Olivera, Mariana (2008): 28 de mayo en Guadalajara: Una apuesta por la represión. Palos de la Frontera: Universidad Internacional de Andalucía.
- Fazio, Carlos (2007): El Plan México: militarización, daños colaterales y soberanía. In: La Jornada, 21.8.2007. <http://www.jornada.unam.mx/2007/08/21/index.php?section=politica&article=012a1pol>, 20.8.2009.
- Garduño, Roberto/Méndez, Enrique (2008a): Reculan diputados en el tema de los allanamientos. In: La Jornada, 27.2.2008. <http://www.jornada.unam.mx/2008/02/27/index.php?section=politica&article=003n1pol>, 17.8.2009.
- Garduño, Roberto/Méndez, Enrique (2008b): Entrega la SRE a legisladores detalles sobre el uso de fondos del Plan Mérida. In: La Jornada, 6.3.2008. <http://www.jornada.unam.mx/2008/03/06/index.php?section=politica&article=014n1pol>, 16.8.2009.
- González Casanova, Pablo (2002): El Estado y los partidos políticos en México. México, D.F.: Era Ediciones.
- Gramsci, Antonio (1984): Cuadernos de la cárcel. Bd. 3. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: Gefängnishefte, 10 Bände. Hamburg: Argument 1991ff].
- Gramsci, Antonio (1999a): Cuadernos de la cárcel. Bd. 2. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: Gefängnishefte, 10 Bände. Hamburg: Argument 1991ff].
- Gramsci, Antonio (1999b): Cuadernos de la cárcel. Bd. 5. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: Gefängnishefte, 10 Bände. Hamburg: Argument 1991ff].
- Granados Chapa, Miguel Ángel (2009): Secuestro equiparado, esa infamia. In: Proceso 1688, 8.3.2009. <http://www.proceso.com.mx/rv/modHome/detalleExclusiva/66949>, 23.II.2009.
- Heigl, Miriam (2007): Anfang vom Ende? Zum Zustand des neoliberalen Projekts in Lateinamerika. In: Journal für Entwicklungspolitik 22 (1), 125-146.
- Hernández Navarro, Luis (2009): PRD: los Robinson en su isla parlamentaria. In: La Jornada, 8.12.2009. <http://www.jornada.unam.mx/2009/12/08/index.php?section=opinion&article=017a2pol>, 9.12.2009.
- Herrera Beltrán, Claudia (2009): Calderón solicita 40 mil mdd al Fondo Monetario. In: La Jornada, 1.4.2009. <http://www.jornada.unam.mx/2009/04/01/index.php?section=economia&article=019n1eco>, 24.8.2009.
- Human Rights Watch (2009): Impunidad Uniformada. Uso indebido de la justicia militar para investigar abusos cometidos durante operativos contra el narcotráfico y de seguridad pública. <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/mexico0409spweb.pdf>, 13.7.2009.

- IFE (2006): Estadística de las Elecciones Federales de 2006. Resultados nacionales y por entidad. <http://www.ife.org.mx/documentos/Estadisticas2006/presidente/nac.html>, 3.8.2009.
- IFE (2009): Resultado de los cómputos de Circunscripción Plurinominal de la elección de Diputados por el principio de Representación Proporcional Nacional. https://pef2009.ife.org.mx:51443/reportes_computos/nacionales/ComputosRP_Nac.html, 24.8.2009.
- Jessop, Bob (1990): *State Theory. Putting the Capitalist State in its Place*. University Park, Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press.
- La Jornada (2002): Oficializa Fox el fin del proyecto aéreo en Texcoco. In: La Jornada, 6.8.2002. <http://www.jornada.unam.mx/2002/08/06/003n1pol.php?origen=index.html>, 19.8.2009.
- La Jornada (2006): El padrón, en manos de Hildebrando. In: La Jornada, 27.6.2006. <http://www.jornada.unam.mx/2006/06/27/index.php?section=opinion&article=002aredi>, 3.8.2009.
- Latinobarómetro (2008): Informe 2008. <http://www.latinobarometro.org/>, 19.8.2009.
- Méndez, Alfredo (2009): Desde hoy, ya es legal el espionaje telefónico de la PF. In: La Jornada, 2.6.2009. <http://www.jornada.unam.mx/2009/06/02/index.php?section=politica&article=007n1pol>, 20.8.2009.
- Meyer, Lorenzo (2007): *El espejismo democrático. De la euforia del cambio a la continuidad*. México, D.F.: Editorial Oceano.
- Modonesi, Massimo/Oliver, Lucio (2009): Un ensayo general? El Virus A/H1N1, la contingencia sanitaria y la estrategia del miedo. OSAL, México. Informe de coyuntura, enero-abril 2009. http://www.clacso.org.ar/clacso/areas-de-trabajo/area-academica/osal/produccion-academica/analisis-de-coyuntura/mexico/2009/informe-de-coyuntura-de-mexico-enero-a-abril-de-2009/at_download/file, 14.8.2009.
- Moloeznik, Marcos Pablo (2008): Las Fuerzas Armadas en México: entre la atipicidad y el mito. In: Nueva Sociedad 213, 156-169. http://www.nuso.org/upload/articulos/3500_1.pdf, 22.8.2009.
- Montalvo Ortega, Enrique (2005): Alternancia, ficción democrática y soberanía. In: Solís de Alba, Ana Alicia/Ortega, Max/Torres, Nina/Mariña, Abelardo (Hg.) *Soberanía nacional, crisis política y movimientos sociales*. México, D.F.: Editorial Itaca, 165-178.
- Monsiváis, Carlos (2009): México en 2009: la crisis, el narcotráfico, la derecha medieval, el retorno del PRI feudal, la nación globalizada. In: Nueva Sociedad 220, 42-59. http://www.nuso.org/upload/articulos/3593_1.pdf, 8.11.2009.
- Montemayor, Carlos (2009): Nuevas leyes para la violencia de Estado. In: *Proceso* 1698, 17.5.2009, 36-39.
- Morton, Adam David (2003): Structural change and neoliberalism in Mexico: 'passive revolution' in the global political economy. In: *Third World Quarterly* 24 (4), 631-653.

- Notimex (2009): Prevé Carstens caída de 30% en inversión extranjera. In: La Jornada, 29.7.2009. <http://www.jornada.unam.mx/2009/07/29/index.php?section=economia&article=025nreco>, 22.8.2009.
- Oliver, Lucio (2009): El Estado ampliado en Brasil y México. México, D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México.
- OSAL – Observatorio Social de América Latina (2009): Cronología del conflicto social. México, junio 2009. http://www.clacso.org.ar/clacso/areas-de-trabajo/area-academica/osal/produccion-academica/cronologias/mexico/2009/cronologia-mexico-junio-2009/at_download/file, 30.11.2009.
- Pérez, Ciro/Ballinas, Víctor (2007): Los Pinos y tv censuran mensaje de la presidenta del Congreso. In: La Jornada, 02.09.2009. <http://www.jornada.unam.mx/2007/09/02/index.php?section=politica&article=003n1pol>, 19.8.2009.
- Pérez Fernández del Castillo, Germán (2008): México 2006: Las elecciones que dividieron al país. México, D.F.: Miguel Ángel Porrúa.
- Pirker, Kristina (2001): Der Herbst der Patriarchen ... Mexikanische Gewerkschaften und neoliberale Globalisierung. In: Journal für Entwicklungspolitik 17 (3-4), 255-271.
- Puga, Cristina (2004): Los empresarios organizados y el Tratado de Libre Comercio de América del Norte. México, D.F.: Miguel Ángel Porrúa/Facultad de Ciencias Políticas y Sociales, UNAM.
- Rodríguez Araujo, Octavio (2009): Metamorfosis del régimen político mexicano, ¿irreversible?. In: Rodríguez Araujo, Octavio (Hg.): México: ¿un nuevo régimen político? México, D.F.: Siglo XXI, 253-294.
- Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (2005): Hegemoniezyklen in Lateinamerika – Einführung und Kontext. In: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg: VSA, 7-39.
- Soederberg, Susanne (2001): From Neoliberalism to Social Liberalism: Situating the National Solidarity Program within Mexico's Passive Revolutions. In: Latin American Perspectives 28 (3), 104-123.
- Tapia, Luis (2008): La reforma del sentido común en la dominación neoliberal y en la constitución de nuevos bloques históricos nacional-populares. In: Ceceña, Ana Esther (Hg.): De los saberes de la emancipación y la dominación. Buenos Aires: CLACSO, 101-113.
- Tello, Carlos (2007): Estado y desarrollo económico: México 1920–2006. México, D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México.
- Urrutia, Alonso (2003): Multa el IFE con \$545 millones a PAN y *verdes*. In: La Jornada, 7.10.2003. <http://www.jornada.unam.mx/2003/10/07/003n2pol.php?origen=index.html&fly=1>, 1.8.2009.
- Villamil, Genaro (2008): Legisladores violentados. In: Proceso 1669, 26.10.2008, 22-23.
- Villanueva, Ernesto (2009): Michoacán, estado sin derecho. In: Proceso 1700, 31.5.2009, 39.

Abstracts

Die ab dem Jahr 1982 erfolgte Implementierung des neoliberalen Projekts in Mexiko wurde als eine Serie von passiven Revolutionen beschrieben. Trotz der kaum vorhandenen materiellen Zugeständnisse an die subalternen Gruppen gelang es, das neoliberale Herrschaftsprojekt auf die Basis eines fragilen passiven Konsenses zu stellen. Dieser zeigte jedoch schon bald erste Risse, wie die breite Unterstützung des Aufstands der Zapatisten von 1994 veranschaulicht. Der historische Regierungswechsel im Jahr 2000 beschleunigte den Zusammenbruch der neoliberalen Stabilitätsreserven und mündete ab 2003 in eine umfassende Hegemoniekrise. Bestes Beispiel dafür ist der Wahlbetrug im Rahmen der Präsidentschaftswahlen von 2006, der den Sieg des linksgerichteten Kandidaten verhinderte. Obwohl sich die subalternen Gruppen in der Hegemoniekrise neu positionieren konnten, ist es ihnen nicht gelungen, ihre Fragmentierung zu überwinden und die nationalen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Der Wahlerfolg der Partei der Institutionellen Revolution (Partido Revolucionario Institucional, PRI) in den Kongresswahlen Mitte 2009, die Konturen eines autoritären und militarisierten Staates und der enorme Einfluss der Fernsehunternehmen auf die öffentliche Meinung deuten eher auf eine konservative Lösung der Krise neoliberaler Hegemonie hin.

The implementation of neoliberalism in Mexico since 1982 has been described as a series of passive revolutions. Despite making minimal material concessions to subaltern groups, the neoliberal project succeeded in establishing a fragile basis of passive consent. However, this consent quickly showed first fractures, as was illustrated by the broad support for the Zapatista rebellion in 1994. In this context, the historic change of government in 2000 accelerated the breakdown of neoliberal stability resources and culminated in a plain hegemonic crisis which has persisted since 2003, a crisis which is also expressed by the early struggles for the search for a successor to President Vicente Fox and the use of electoral fraud as the ultimate means to secure conservative dominance. Due to their fragmentation, subaltern forces were not able to stimulate a significant change in dominant power relations. On the contrary, the victory of the PRI in the midterm elections of 2009, the outlines of an authoritarian and militarised state and the power of the television duopoly indicate a conservative solution to the crisis of neoliberal hegemony.

Stefan Pimmer

Masterprogramm für Lateinamerikastudien an der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM); stefan@pimmer.info

LUCIO OLIVER

Schattierungen einer progressiven Regierung: Der erweiterte Staat in Brasilien

1. Einleitung

Der vorliegende Artikel hat zum Ziel, einige zentrale Interpretationslinien zur aktuellen Situation in Brasilien zu liefern. Der zeitliche Analyserahmen erstreckt sich dabei vom Wahlsieg Lula da Silvas von der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores, PT) im Oktober 2002 bis November 2009, etwa ein Jahr vor Ende seiner zweiten Amtszeit. Für die Analyse dieser Periode werden zwei miteinander organisch in Verbindung stehende gesellschaftliche Bereiche analysiert: zum einen die Ausdrucksformen und Veränderungen in der brasilianischen Zivilgesellschaft und zum anderen die neuen Konturen in der politischen Gesellschaft. Das zentrale Ziel ist es, die gegenseitigen Beziehungen zwischen diesen beiden gesellschaftlichen Dimensionen zu untersuchen. Dabei sollen die politischen Projekte und die Verhältnisse der unterschiedlichen sozialen und politischen Kräfte des Landes zueinander beleuchtet werden, die in den Herrschaftsbeziehungen eine Rolle spielen. Die folgende Analyse nimmt also die gesellschaftlichen Kämpfe der letzten sieben Jahre in den Blick und analysiert diese mit Hilfe des von Antonio Gramsci geprägten Konzeptes des erweiterten Staates (vgl. Editorial). Demzufolge wird politische Macht als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse begriffen. Die Gesellschaft als aktive Gesamtheit ist mitverantwortlich für die Definition des Öffentlichen, sie stützt bzw. hinterfragt die staatlichen Institutionen sowie die politischen Projekte der herrschenden Klassen.

2. Die Dynamik der Kapitalakkumulation in Brasilien

In den letzten dreißig Jahren hat sich in der brasilianischen Ökonomie die Vorherrschaft des transnationalen Finanzkapitals fest etabliert. Dies ist eng mit der auf den Export ausgerichteten Großindustrie im Südosten und Süden des Landes und mit dem Aufschwung der industriellen Landwirtschaft verbunden, vor allem bezüglich der Produktion von Soja und Ethanol. Die gesamte Wirtschaft ist dieser Vorherrschaft untergeordnet, auch die auf den Binnenmarkt ausgerichtete industrielle Produktion, die mittel- und kleinständige Industrie, die kleinflächige Landwirtschaft und einige staatliche Unternehmen, die in den Regierungsperioden der Präsidenten Fernando Collor de Mello (1990–1992) und Fernando Henrique Cardoso (1995–2002) an Bedeutung verloren (Fiori 2003; Oliveira 2003a). Unter der neoliberalen Wirtschaftspolitik wurden dem Finanz- und Exportsektor weitgehende Zugeständnisse eingeräumt: Liberalisierung der Handels- und Finanzaufgaben, hohe Leitzinsen, niedrige Löhne, Subventionen und staatliche Beihilfen im Rahmen der so genannten Koinversionen. Während der Präsidentschaft von Fernando Henrique Cardoso zeitigte das neoliberale Akkumulationsregime äußerst negative Auswirkungen auf den Lebensstandard der Bevölkerung, vor allem im Norden und Nordosten Brasiliens bzw. unter den BewohnerInnen der Slums (Favelas) der fünf wichtigsten Städte des Landes (Rio de Janeiro, São Paulo, Porto Alegre, Belo Horizonte und Fortaleza). Es förderte die regionale Ungleichheit, die soziale Fragmentierung, die Polarisierung der Einkommen sowie die strukturelle Arbeitslosigkeit (Campello/Zucco 2008). Gleichzeitig trug es aber auch zum Zustrom zur Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais sem Terra) aus den städtischen Gebieten bei. Diese konnte zu Beginn der Regierung Lula etwa fünf Millionen Familien im Kampf um Land hinter sich vereinigen (Stedile/Mançano 1999).

3. Lulas Wirtschafts- und Sozialpolitik

Im Gegensatz zu den Erwartungen vieler seiner AnhängerInnen behielt Luiz Inácio Lula da Silva während seiner zwei Amtsperioden eine Wirtschafts- und Sozialpolitik bei, die in vielerlei Hinsicht die Fortsetzung

der neoliberalen Maßnahmen seiner Vorgängerregierungen darstellte. So sind die Begrenzung der öffentlichen Ausgaben, die Vernachlässigung und Privatisierung wichtiger Gebiete im Amazonas (Palazzesi 2009) wie auch einiger staatlicher Unternehmen (Maringoni 2006) und eine wenig auf Partizipation ausgerichtete Politik weiterhin Teil der Regierungsführung. Die Wirtschaftspolitik bevorzugt in besonderem Maß das Finanzkapital, die auf den Export ausgerichtete Industrie und die landwirtschaftlichen Großbetriebe. Und auch wenn Anreize zur Stimulierung der mittelständischen Betriebe und der kleinflächigen Landwirtschaft eingeführt wurden, so fand die Expansion der industriellen und großflächigen Landwirtschaft vor allem unter Lula statt. Unter dem Schutz des Landwirtschaftsministeriums (Ministerio da Agricultura, Pecuaria e Abastecimento) erfuhr dieser Sektor einen bedeutenden Aufschwung, der sowohl im wachsenden Anteil an den Exporten als auch in der flächenmäßigen Ausbreitung zum Ausdruck kommt (Gutiérrez 2008; www.midiatecavipec.com 2009).

Dennoch wurde diese Wirtschaftspolitik durch einen höheren Grad an staatlichem Interventionismus zur Unterstützung der lokalen Produktion und des Binnenmarktes ausgeglichen. In dieser Hinsicht erfolgten bedeutsame Veränderungen im Gefüge des unter Cardoso etablierten „neoliberalen Privatisierungsstaats“ (Oliver 2005). Diese umfassen auch eine politisch-administrative Regulierung, die Akkumulationsprozesse auf nationaler Ebene fördert, indem sie Investitionen durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu steuern sucht (Pires 2009). Die Erholung der auf den internen Markt ausgerichteten Industrie bedeutet jedoch (noch) nicht die Wiederherstellung der im peripheren Fordismus etablierten internen Wertschöpfungsketten (ebd.). Zumindest jedoch hat sie zu einem erheblichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts geführt, das in den letzten sechs Jahren verdreifacht wurde und dabei von 600 Milliarden US-Dollar auf 1838 Milliarden US-Dollar anstieg (Indexmundi 2009).

Neben diesem Impuls für den Binnenmarkt charakterisiert sich die Regierung Lula weiters durch eine auf die ArbeiterInnenschaft und die marginalisierten Bevölkerungssektoren fokussierte assistenzialistische, also durch materielle Unterstützungen und Beihilfen gekennzeichnete Sozialpolitik. Teile der staatlichen Einnahmen wurden beispielsweise zur Ankerbelung des Konsums unterprivilegierter Bevölkerungssektoren verwendet, etwa in Form der Familienbeihilfe „Programa Bolsa Família“ (Frei Betto

2004). Im Allgemeinen trug dies zu einer wesentlichen Verbesserung des Lebensniveaus eines Großteils der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen bei. In Bezug auf die Situation der ArbeiterInnen ist festzuhalten, dass Zuweisungen aus staatlichen Fonds zwar dem mit der PT assoziierten Gewerkschaftsdachverband CUT (Central Única dos Trabalhadores) zugute kamen. Auf der Ebene des Sozialversicherungssystems und des Arbeitsmarktes kam es jedoch auch zu Verschlechterungen, wie etwa der Einführung der Steuer auf Pensionen. Im Bereich der Angestellten des öffentlichen Dienstes hingegen wurden bedeutsame Investitionen durchgeführt. Zusätzlich fungierte das weit reichende Programm für Ernährungssicherheit als Ausgleich zu den sinkenden Einkommen der ArbeiterInnen wie auch der Krise der kleinen und mittelständischen Landwirtschaft (ebd.). Dies konnte jedoch die tendenzielle Marginalisierung und die Arbeitslosigkeit weiter Bevölkerungsschichten nicht verändern, wie die MST in Bezug auf das Programm „Fome Zero“ festhielt (Gutiérrez 2008).

Zusammengefasst charakterisiert sich die Regierung Lula durch eine Politik, die einerseits einen Großteil der Ressourcen zur Unterstützung des spekulativen Finanzkapitals und der transnational artikulierten Industrie aufwendet. Andererseits jedoch wird ein Teil der öffentlichen Mittel zur Ankurbelung des Konsums breiter Bevölkerungsschichten und einer verbesserten Sozialpolitik im Bereich Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit eingesetzt (Campanello/Zucco 2008). Vom ungezügelten Neoliberalismus unter Cardoso ist man damit zu einem Neoliberalismus sozialdemokratischer Prägung übergegangen, in dem die Akkumulationsprozesse auf nationaler Ebene in die Globalisierung des Kapitals eingebettet werden. Die brasilianische Wirtschaft basiert nicht mehr wie unter den vorherigen Regierungen hauptsächlich auf ausländischen Investitionen oder der Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Stattdessen wurde die Allianz zwischen dem Staat und den privaten Großunternehmen vorangetrieben, die symbolisch etwa im Wachstum des Erdölunternehmens Petrobras zum Ausdruck kommt.

Unter Lula wurde zudem der wirtschaftlichen und sozialen Mitbestimmung seitens der an die PT angegliederten Gewerkschaftsdachverbände und einiger Arbeitnehmervverbände aus dem Landwirtschaftssektor mehr Platz eingeräumt. Unabhängige Widerstandsbewegungen wie die Landlosenbewegung MST, die Obdachlosenbewegung (Movimento Sem Teto), die

Nachbarschaftsbewegungen in den Armenvierteln (Associação de Bairros e Favelas, ABF) und in den indigenen Gemeinden der Bundesstaaten des Mittleren Westens und Nordens mussten sich jedoch größtenteils durch eigene Kraft und ohne staatliche Unterstützungen aufrechterhalten. Die Regierung Lula erkannte zwar deren Forderungen und Kämpfe an, kam ihnen jedoch meist nur in einigen wenigen Anliegen entgegen und erschwerte die Abwicklung konkreter Hilfsleistungen und Kredite durch bürokratische Maßnahmen. Obwohl damit kaum den breiten Anliegen der sozialen Bewegungen entgegengekommen wurde, trug Lula dazu bei, zumindest auf nationaler Ebene demokratischen Verhandlungslösungen sozialer Konflikte den Weg zu ebnen. Diese Betonung der Aushandlung politischer und sozialer Konflikte konnte die Legitimität des Staates zumindest teilweise wieder herstellen. Die Politik der Bundesebene unterscheidet sich jedoch grundlegend von den Praktiken auf der Ebene der Länder und Gemeinden, die sich häufig durch Repression und die Niederschlagung sozialer Bewegungen auszeichnen (Serrano 2009).

4. Die Umriss einer neuen politischen Konstellation: Regierung, soziale Bewegungen und politische Partizipation

Wie kann nun die oben dargestellte Situation erklärt werden? Meines Erachtens ist dem brasilianischen Intellektuellen Francisco de Oliveira (2006) beizupflichten, dass die Rolle von Präsident Lula die eines legitimen Schiedsrichters zwischen den zwei wichtigsten sozialen und politischen Kräften des Landes ist. Die Führungsspitze der einen – die gewerkschaftliche Bürokratie der städtischen ArbeiterInnenschaft – hat einen privilegierten Zugang zu den politischen Entscheidungszentren auf nationaler Ebene, zu den Pensionsfonds und zu assistenzialistischen Sozialprogrammen. Ihr gelang es jedoch nicht, die wirtschaftliche, soziale und ideologische Vorherrschaft der zweiten Kraft, der Oligarchie der Finanzunternehmen, in Frage zu stellen. Letztere kontrolliert weiterhin sämtliche Bereiche der nationalen Wirtschaft und Kultur. In Anbetracht des politischen Patts zwischen diesen beiden Kräften wird klar, dass es das Charisma und die Persönlichkeit Lulas sind, die einen erfolgreichen Aushandlungsprozess zwischen diesen beiden Gruppierungen ermöglicht haben. Es muss

jedoch beachtet werden, dass unter seiner Führung eine autonome Organisation der ArbeiterInnenschaft nicht vorangetrieben wurde und sich der bürokratische Staat als Grundlage einer funktionierenden Akkumulation und der demokratischen Verhandlungsprozesse neu positioniert hat. In einer Situation, in der sich die Wirtschaft weiterhin unter der Ägide des großen transnationalen Finanzkapitals befindet, vertritt Lula weder die ArbeiterInnen noch die Finanzunternehmen, sondern stellt vielmehr einen Schiedsrichter zwischen diesen unterschiedlichen und entgegengesetzten Interessen dar. In diesem Sinn impliziert sein Projekt einer kapitalistischen Modernisierung notwendigerweise eine Stabilisierung der politischen und sozialen Macht der Oligarchie des Finanzkapitals.

Die Fortsetzung dieses Projekts setzt den Kämpfen der sozialen Bewegungen, die dem Neoliberalismus eine alternative soziale Agenda entgegengestellt haben, enge Grenzen. Die Bewegung für mehr Bürgerrechte und gegen den Hunger (Movimento pela cidadania e contra a fome, MCCH, 1994–1998), die gesetzlich eingeführten Verwaltungsräte für öffentliche Dienstleistungen, die lokalen Erfahrungen mit Bürgerhaushalten in mehr als hundert Städten im Nordosten und Süden des Landes (Dagnino 2004) und die Aktivitäten der Landlosenbewegung MST seit 1979 verweisen auf die gemeinsame Forderung einer breiten gesellschaftlichen Beteiligung und des Zugangs zu den Entscheidungen über öffentliche Angelegenheiten (Dagnino/Olvera/Panfichi 2006). Seit mehr als zwanzig Jahren versuchen sich diverse gesellschaftliche Kräfte am Prozess der Definition des Öffentlichen zu beteiligen (Asociación de Movimientos Sociales, 28.II.2008). Sie sehen sich dabei mit dem aktuellen Projekt eines bürokratischen Staats und eines politischen Regimes konfrontiert, das sich von der aktiven Beteiligung der Zivilgesellschaft zu distanzieren sucht (Dagnino 2004). In ihren Bemühungen und Kämpfen haben sie es sich zum Ziel gesetzt, progressive gesellschaftliche Sektoren in eine aktive Kraft auf der Straße und in den öffentlichen Foren zu verwandeln, also jenseits der Debatten und politischen Auseinandersetzungen in der Regierung und den beiden Kammern des Parlaments. So konnten sie Erfahrungen auf der Suche nach neuen und demokratisch gestalteten öffentlichen Räumen sammeln. Ziel ist es, eine direkte Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte und kollektive Entscheidungsfindungsprozesse zu ermöglichen. Diese wiederum sollen die vorherrschenden ausgrenzenden und autoritären institutionellen Politikpraxen ersetzen (Frei

Betto 2005). Die neue soziale Agenda fordert ein, dass die politische Teilhabe der StaatsbürgerInnen und öffentliche Entscheidungen auf Grundlage der partizipativen Demokratie festgemacht werden, und dass sowohl die Landreform als auch die kulturelle, wirtschaftliche und politische Aufwertung der ArbeiterInnen garantiert werden. Diese Forderungen konnten jedoch bislang nur bruchstückhaft umgesetzt werden. Das Verhältnis zwischen den sozialen Kräften des Landes bleibt jenem der politischen Gesellschaft untergeordnet, das sich in der öffentlichen Institutionenlandschaft der exekutiven, legislativen und judikativen Gewalt eingeschrieben hat. Vor allem in den letzten beiden Bereichen ist noch immer ein autoritäres politisches Projekt vorherrschend, das auf das Erbe oligarchischer Verhaltensweisen und Einstellungen verweist. Das bedeutet jedoch nicht, dass innerhalb derselben nicht auch Vorstellungen einer demokratischen Öffnung existieren.

Zusammengefasst sind in Brasilien in Bezug auf (a) den Fortschritt einer autonomen sozialen Bewegung, die für eine Erweiterung der demokratischen Räume kämpft, (b) die Ausweitung und Vertiefung der demokratischen Prozesse an sich, (c) die Beteiligung weiter Teile der Bevölkerung an den öffentlichen Angelegenheiten und (d) die Überwindung der Subalternität der ArbeiterInnenschaft keine großen Fortschritte zu verzeichnen. Beispiele dafür sind die Fortführung und Vertiefung des Klientelismus und des „Konsumismus“ der arbeitenden Bevölkerung. Diese in der Zivilgesellschaft dominanten Paradigmen beruhen auf der Vorstellung, dass die Befriedigung der dringlichsten sozialen Bedürfnisse nur über die Ausbreitung der Marktmechanismen gewährleistet werden kann, und nicht etwa mittels einer Sozialpolitik, die auf der aktiven Beteiligung der Bevölkerung basiert. In diesem Sinn – und anders, als noch vor 15 Jahren angenommen wurde (Burgos 1994) – hat sich die PT selbst vom in den 1980er Jahren entwickelten gegenhegemonialen Projekt und den sozialen Bewegungen und Organisationen distanziert, die es vorangetrieben haben. Zu jenen gehören etwa die MCCH, die MST, die Nachbarschaftsbewegungen und die Nationale Bischofskonferenz.

5. Brasilien im Kontext der südamerikanischen Region

Seitdem in Brasilien die Arbeiterpartei die Regierung stellt, hat die Außenpolitik des Landes sowohl zur Veränderung der internen politischen und sozialen Lage als auch zu den geopolitischen Transformationsprozessen in der südamerikanischen Region beigetragen. Zum einen sind die neuen politischen Maßnahmen Brasiliens in den diversen internationalen Foren und im Kontext der bilateralen Treffen mit anderen lateinamerikanischen Präsidenten von Bedeutung. Diesbezüglich ist die Bereitschaft der Regierung zu beobachten, eine demokratisierende und stabilisierende Rolle in der Region einzunehmen. Mit diplomatischen Mitteln verfolgte Brasilien eine Politik der Verhandlung und der Anerkennung nationaler Rechte. Das wiederum ermöglichte eine wirtschaftliche Expansion der in Brasilien tätigen Großkonzerne. Zudem entstanden zivilgesellschaftliche Organisationen, die an der Erarbeitung einer progressiven Außenpolitik beteiligt sind (Oliver 2008). Gerade diese Organisationen konnten in wichtigen Momenten Druck auf die Regierung ausüben, um das Land stärker hinsichtlich der internationalen Kompromisse mit der südamerikanischen Region in die Pflicht zu nehmen. Auf diese Weise wurde zum Beispiel im Jahr 2005 in Mar del Plata das durch die USA vorangetriebene Projekt einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA) zu Fall gebracht. Unter den politischen Projekten, die den Subkontinent betreffen, ist zudem Brasiliens Initiative zur Gründung einer Union Südamerikanischer Nationen (UNASUL) hervorzuheben. Diese Einrichtung dient als politischer und diplomatischer Verständigungsraum der zwölf südamerikanischen Staaten wie auch als Forum für eine gemeinsame strategische Reflexion über die Wege und Prozesse der regionalen Integration (Iruegas 2008). In Bezug auf den Mercosur, den 1991 gegründeten Gemeinsamen Markt Südamerikas, ist festzuhalten, dass die Regierung Lula zur Dynamisierung der regionalen Wirtschaftsverhandlungen und des Warenaustauschs unter den beteiligten Ländern beigetragen hat.

Unter den politischen Kräften der USA lassen sich gegensätzliche Meinungen über die regionale Außenpolitik Brasiliens ausmachen. Einige sehen in Lula eine angemessene Option für die Aufrechterhaltung der regionalen Stabilität. Andere wiederum, die dem konservativen politischen Flügel zuzurechnen sind, versuchen von Kolumbien aus und mithilfe

einiger Botschafter und Militärbasen eine Politik der regionalen Destabilisierung zu verfolgen. Der regionale Einfluss Brasiliens ist jedenfalls von großer Bedeutung, sodass einige Studien zum Schluss kommen, dass das Land wieder eine subimperiale Rolle in Südamerika einnimmt (Caccia Bava 2009). Im Bereich der militärischen Sicherheit in der Region wurde auf Brasiliens Initiative im Rahmen der UNASUL der Verteidigungsrat des Südens (Consejo de Defensa del Sur, CONDESUR) eingerichtet. Dieser Rat trägt zur Entwicklung einer autonomen strategisch-militärischen Sichtweise in der Region bei, die sich von der US-Perspektive abhebt. In diesem Rahmen warnte Lula etwa vor kurzem die USA vor der Einrichtung von sieben Militärbasen in Kolumbien (TeleSur, 6.II.2009).

6. Die soziale Macht der Oligarchie und der Cäsarismus Lulas

Hinter den Institutionen der Regierung stehen soziale, politische und kulturelle Kräfte- und Machtverhältnisse. Die gegenwärtige bürgerlich-oligarchische Macht ist weiterhin hegemonial. Sie stützt sich auf die ihr angehörigen Politiker, die sich als erbliche Eigentümer der politischen Macht ansehen (Faoro 2001). Die in der brasilianischen Zivilgesellschaft vorherrschenden kapitalistischen Werte und Visionen in Bezug auf die Beschaffenheit des Staates, dessen Potenziale, Dynamiken und Institutionen haben sich nicht ausreichend von jenen der traditionellen brasilianischen Oligarchien distanziert. Nichtsdestotrotz befindet sich die Autorität der wichtigsten oligarchischen Politiker in der Krise, wie etwa der Fall des früheren Staatspräsidenten und aktuellen Vorsitzenden des Senats, José Sarney, aufzeigt. Dieser geriet 2009 aufgrund seines autoritären Führungsstils, seines Nepotismus und korrupten Verhaltens wiederholt in die Kritik.

Während der ersten drei Jahre der Amtsperiode Lulas kursierte innerhalb der ihn unterstützenden radikal-kritischen Kreise die Frage, ob die neue Regierung Ausdruck der gegen-hegemonialen Kämpfe innerhalb der Zivilgesellschaft sei und sich in Auseinandersetzung mit den konservativen und oligarchischen Kräften des Landes befände, ob sie als Regierung also die gegen-hegemonialen Kämpfe in die politische Gesellschaft hineintragen würde. Die seit damals stattgefundenen Ereignisse weisen jedoch darauf hin, dass die Regierung der PT kein umfassender und radi-

kaler Ausdruck der Kräfte der ArbeiterInnenschaft und ihres alternativen hegemonialen Projekts ist (Oliveira 2006). Stattdessen handelt es sich vielmehr um eine Regierung, die sich zwar als Volksprojekt versteht und legitimiert, in Anlehnung an Antonio Gramsci jedoch eher eine cäsaristische Regierung mit Schiedsrichterfunktion darstellt. Um den Cäsarismus Lulas genauer zu charakterisieren, muss in Betracht gezogen werden, dass der Präsident und die PT das Land auf der Grundlage eines progressiven politischen Programms regieren, vor allem, wenn man es mit seinen Vorgängerregierungen vergleicht. Dieses verkörpert jedoch kein gegen-hegemoniales Projekt der subalternen gesellschaftlichen Gruppen, das Räume für eine transformierende historische Kraft eröffnet. Aus diesem Grund scheint es zutreffend, diese Regierung mit dem Begriff des Cäsarismus (Marx 1950; Gramsci 1999) zu beschreiben. Der Begriff verweist auf eine Situation, in der der Präsident die Regierungsgeschäfte leitet und dabei versucht, sich über die sich im Widerstreit befindlichen sozialen und politischen Kräfte des Landes zu stellen. In dieser Konstellation, in der sich die antagonistischen Gruppen und Klassen in einer Patt-Situation befinden und sich keine Kraft gegenüber der anderen durchsetzen kann, wird den GegenspielerInnen eine von der Regierung bestimmte Politik aufgezwungen (Gramsci 1999), die im Fall Brasiliens die politische Krise verwaltet und letzten Endes dem großen Finanzkapital, der landwirtschaftlichen Industrie und den großen Industriekomplexen zugute kommt. Das wiederum schließt eine Verbesserung des Lebensstandards der armen Bevölkerungsektoren nicht aus, in deren Rahmen der ArbeiterInnenschaft beispielsweise unmittelbare Sozialleistungen zugesprochen werden. Diese Politik fördert allerdings nicht die Entwicklung und Stärkung dieser Gruppe als soziale und politische nationale Kraft. In diesem Sinn scheint die Regierung Lula ein politisches Projekt der ArbeiterInnen zu vertreten, das – mit Gramsci gesprochen – nicht über das Niveau einer gewissen Klassensolidarität hinauskommt. Es entwickelt also keine hegemoniale Ausstrahlungskraft, die im Stande wäre, auch andere gesellschaftliche Gruppierungen und Klassen vom eigenen Projekt zu überzeugen und sie darin mit einzu beziehen. Die Regierung kämpft zwar für die Einhaltung der Rechte der ArbeiterInnenschaft und für deren Beteiligung in Staatsangelegenheiten, jedoch innerhalb der durch die Vorherrschaft des großen Finanzkapitals etablierten Rahmenbedingungen.

Dies bedeutet zwar nicht, dass es innerhalb der Regierung, der PT und in anderen politischen Gruppierungen und Organisationen keine kritischen Strömungen gibt, die die Entwicklung einer neuen historischen Kraft im Kampf um die Hegemonie vorantreiben. Aber diese gegen-hegemonialen Strömungen charakterisieren nicht die aktuelle Regierung. Im Gegenteil, vieles deutet darauf hin, dass deren cäsaristische Politik nicht das gegen-hegemoniale Projekt der ArbeiterInnenschaft und der popularen Sektoren vertritt. Sie ist vielmehr auf einen nationalen Kompromiss und die Entwicklung eines neo-desarrollistischen Projektes ausgerichtet, also auf eine klassische Modernisierungsstrategie, die Wirtschaftswachstum und Produktivkraftentwicklung durch eine starke Beteiligung des Staates und eine hohe Ressourcenvernutzung fördert. Im Folgenden werden einige bedeutende Momente der zwei Amtsperioden der Regierung Lula aufgezeigt, um die soeben dargelegte kritische Charakterisierung derselben zu untermauern.

7. Die zwei Amtsperioden von Lula: vier analytische Momente

In der Entwicklung seit der Wahl Lulas zum Präsidenten im Oktober 2002 können vier Momente unterschieden werden, die bis zum jetzigen Zeitpunkt, also bis zum November 2009, bedeutende politische Ereignisse markieren. Es geht um den Versuch, in den unterschiedlichen politisch-institutionellen Prozessen analytische Schwerpunkte zu setzen, aber auch wichtige Ereignisse und Veränderungen auf dem Feld der zivilgesellschaftlichen Kämpfe und der sozialen Bewegungen auszumachen, um dadurch die Kräfteverhältnisse Brasiliens zu bewerten.

7.1 Die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2002

Einen ersten Moment stellen die Präsidentschaftswahlen vom Oktober 2002 dar, aus denen Lula als Kandidat der Arbeiterpartei PT siegreich hervorging. Diese Wahlen fanden im Kontext einer wachsenden Enttäuschung über die neoliberalen Maßnahmen der Vorgängerregierung von Fernando Henrique Cardoso statt, vor allem seit Beginn dessen zweiter Amtszeit ab 1999. So kritisierten viele, dass Cardoso vor seiner Wiederwahl die Ausmaße der nationalen Wirtschaftskrise verschwiegen hatte und dass die soziale und regionale Fragmentierung, die soziale Ungleich-

heit, die Marginalisierung weiter Bevölkerungskreise und die Arbeitslosigkeit aufgrund der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik gestiegen seien. Die allgemeine Ablehnung des Regierungsprojekts von Cardoso war unter anderem auf dessen Abwendung von den Zielen der verfassunggebenden Versammlung aus dem Jahr 1988 zurückzuführen, die für Brasilien den Charakter eines „konstitutiven Schlüsselmoments“ (Zavaleta Mercado 1986) einnehmen. Die Verfassung von 1988 stellte eine wichtige konsensuale Basis in der jüngeren Geschichte des Landes dar und definierte in gewisser Hinsicht die zukünftigen Entwicklungen. In diesem Sinn beruhte die Ablehnung gegenüber Cardoso auf der Krise seines neoliberalen Projekts und dessen wichtigster Paradigmen, wie etwa den Strukturanpassungsmaßnahmen, der Privatisierungspolitik, seiner autoritären Regierungsführung, der Neo-Oligarchisierung des Staates, einer Umstrukturierung der Wirtschaft zugunsten des Finanzkapitals und des Exportsektors und der Autonomisierung der Zentralbank. Was sich in den Präsidentschaftswahlen von 2002 als allgemeiner Konsens der brasilianischen Bevölkerung darstellte, verwies klar auf deren Suche nach den Forderungen der Verfassung von 1988 und der darin verankerten sozialen Rechte sowie der nationalen Souveränität (Oliveira 2003b). Das Projekt von Lula, unterstützt von vielen sozialen Bewegungen und weiten Teilen der Zivilgesellschaft, verkörperte diese Rückkehr zu den Zielen von 1988. Dies ermöglichte letztendlich den Wahlsieg eines Präsidentschaftskandidaten der Arbeiterpartei, der nicht Teil der traditionellen Elite war.

Es muss jedoch hervorgehoben werden, dass Lula kurz vor den Wahlen den polemischen „Brief an das brasilianische Volk“ verfasste. Mit diesem viel kritisierten Schreiben versuchte er nicht nur, das Vertrauen und die Zustimmung des Finanzkapitals und der Unternehmerschaft zu gewinnen, sondern versprach auch die Fortsetzung der vorherigen Wirtschaftspolitik (Oliveira 2006). Dies deutete bereits darauf hin, dass Lula als Präsident nicht den Erwartungen vieler seiner AnhängerInnen entsprechen würde, die lang ersehnte politische Machtübernahme der ArbeiterInnenklasse zu verkörpern. Vielmehr ließ dieser Brief die ersten Konturen eines Projekts erahnen, das sich durch eine progressive Verwaltung des brasilianischen Kapitalismus auszeichnen würde. Nichtsdestotrotz hatte der Wahlsieg Lulas eine enorme politische Bedeutung. Immerhin konnte er die traditionellen politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes von der Regierung verdrängen.

Die Ablösung der traditionellen politischen Eliten in der Regierung ging jedoch nicht mit der Verdrängung der Finanzoligarchie und der großen Unternehmen aus ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rolle einher. Die neue Regierung war seit Anbeginn nicht daran interessiert, tief greifende Transformationen der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen voranzutreiben, sondern suchte nach Möglichkeiten, um zugunsten der gewerkschaftlichen Bürokratie die Geldanlagen der ArbeiterInnenschaft auf dem Finanzmarkt gewinnbringend anzulegen. Dadurch gelang es ihr, an der Seite der Finanzoligarchie ebenfalls an den Vorzügen der Finanziarisierung der brasilianischen Wirtschaft teilzuhaben, also an der Aufblähung und Autonomisierung des brasilianischen Finanzmarktes (ebd.). Auf diese Weise wuchsen sowohl der gewerkschaftliche Korporatismus als auch die Einnahmen und Pfründe der organisierten ArbeiterInnenschaft. Der im Jahr 1983 gegründete Gewerkschaftsdachverband Brasiliens (Central Única dos Trabalhadores do Brasil, CUT), das urbane und soziale Rückgrat der PT und der Politik des Präsidenten, stellt gemäß Oliveira die „neue dominante korporative ArbeiterInnenklasse“ dar (ebd.). Die in erster Linie an gremialen Interessen orientierte Position dieses Sektors im weiten Spektrum der ArbeiterInnenvereinigungen hat sich damit zu einem Hindernis für die Ausweitung des nationalen Projekts der PT entwickelt. Mit Gramsci kann somit dessen ökonomisch-korporativer Charakter konstatiert werden, der unter anderem eine Allianz mit der Landlosenbewegung MST verhinderte. Damit wurde jedoch die Landreform lediglich als ein Problem der bürokratischen Verwaltung betrachtet und nicht als ein gemeinsames politisches Ziel.

7.2 Die erste Amtszeit von Präsident Lula da Silva (2003–2006)

Die erste Amtszeit der Regierung Lula von 2003 bis 2006 stellt einen zweiten Analysezeitpunkt dar. Wie der „Brief an das brasilianische Volk“ bereits erahnen ließ, verfolgte der Präsident kein sozialistisches Projekt, wie es die PT zu Zeiten ihrer Gründung festgelegt hatte. Diese drei Jahre charakterisierten sich vielmehr durch ein neo-desarrollistisches Programm zur Unterstützung der nationalen Kapitalakkumulation und des Binnenmarktes, Lohnerhöhungen der ArbeiterInnenschaft und assistenzialistische Maßnahmen zur Ankurbelung des Konsums der marginalisierten Bevölkerungsektoren (Campello/Zucco 2008). Gleichzeitig behielt man ein sehr hohes Zinsniveau bei und ließ die Privilegien der Finanz- und Industrie-

eliten sowie der landwirtschaftlichen Monopole unangetastet. Auch wenn sich Lulas Regierungsprogramm an den Leitlinien der Verfassung von 1988 orientierte, also an der Entwicklung der internen Kapitalkreisläufe unter Berücksichtigung der etablierten Rechte und der sozialen Inklusion, ging seine Politik nicht mit einem alternativen hegemonialen Projekt einher. Mehr ArbeiterInnenrechte, ein größerer Einfluss derselben auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik und ein verbesserter Zugang zu den Programmen der Regierung führen nicht automatisch zum Aufbau einer hegemonialen Alternative zum nationalen Desarrrollismus (Dagnino 2004). Die auf Partizipation ausgerichtete assistenzialistische Sozialpolitik, wie etwa das Null-Hunger-Programm (Fome Zero), blieben auf die institutionellen Strukturen beschränkt. Im Parlament selbst griff die PT auf traditionelle Korruptionsmechanismen zurück, um dadurch die notwendige Zustimmung zu den Vorschlägen des Präsidenten zu gewährleisten. Damit verloren Regierung und Partei jedoch ihre politisch-moralische Integrität. Während Lula weiterhin seiner Idee einer nationalen kapitalistischen Entwicklung unter popularen Vorzeichen nachging und dabei die institutionelle Trennung zwischen Regierenden und Regierten aufrechterhielt, distanzieren sich die sozialen Bewegungen vom Präsidenten und seiner Partei.

Durch diese Darstellung soll keinesfalls die Bedeutung herabgemindert werden, die mit der Ablösung der traditionellen und modernen Oligarchie von den Regierungsgeschäften verbunden ist. Ohne Zweifel stellt die Wahlniederlage der die Eliten verkörpernden Parteien PMDB (Partido do Movimento Democrático Brasileiro), der Liberalen (früher Partido Frente Liberal, heute Demócratas) und PSDB (Partido Social Democrata Brasileiro) ein wichtiges historisches Ereignis in der Geschichte des Landes dar. Dennoch gründet dieser Wechsel in der Regierung nicht auf einer hegemonialen Auseinandersetzung: Es handelt sich nicht um ein gegen-hegemoniales Projekt, das auf eine stärkere politische Beteiligung der ArbeiterInnenenschaft abzielt oder Letztere in die Entscheidungen über öffentliche Angelegenheiten mit einschließt. Stattdessen respektierte man weiterhin die privilegierte Macht der Institutionen des autoritär-bürokratischen Staates. Sowohl die exekutive als auch die legislative und die judikative Macht sind deutlich von der Bevölkerung abgeschirmt und stellen einen privilegierten Raum für den Einfluss der Oligarchie dar.

Es ist daher festzuhalten, dass die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Arbeiterpartei allein nicht ausreicht, um die institutionellen Rahmenbedingungen der politischen Verhältnisse zu verändern. Diese befinden sich weiterhin in der Hand der Eliten, auch wenn diese wie im Fall der Exekutive auch RepräsentantInnen der ArbeiterInnenschaft mit einbeziehen. Das lässt darauf schließen, dass in Brasilien die Hegemonie des historischen kapitalistischen Projekts weitergeführt wird, wenn auch in einer neuen Form. In diesem Fall würde sich auch bestätigen, dass es sich nicht um eine Regierung handelt, die als Ausdruck der organisierten ArbeiterInnenschaft in Auseinandersetzung mit den rechtskonservativen und oligarchischen Kräften des Landes steht. Lulas Vorgehensweise beinhaltet eher einen Kompromiss zwischen den Klassen, der durch seine Persönlichkeit dominiert wird, wobei die Interessensunterschiede und -konflikte durch ihn ausbalanciert werden. Somit verkörpert diese Regierung nicht den hegemonialen Kampf zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Es handelt sich vielmehr um einen von oben geführten und für das transnationale Kapital offenen Staatskapitalismus, der meines Erachtens als Neodesarrollismus cäsaristischer Ausprägung charakterisiert werden kann.

7.2.1 Beziehungen zwischen der politischen und der zivilen Gesellschaft im Umfeld der neuen Regierung

In Anbetracht einer linksgerichteten Regierung und des gleichzeitigen Machterhalts oligarchischer Finanzgruppen stellt sich die Frage, ob sich der erweiterte Staat in ethisch-politischer Hinsicht verändert hat, ob sich also eine Umgestaltung in den Beziehungen zwischen ziviler und politischer Gesellschaft festmachen lässt. In Brasilien war dieses Verhältnis traditionell von der Dominanz der Eliten in der politischen Gesellschaft geprägt, denen die progressiven Sektoren der Zivilgesellschaft untergeordnet waren. In Bezug auf die neue Regierung würde der Assistenzialismus der öffentlichen Dienstleistungsprogramme einer Selbstorganisation der urbanen Sektoren und der verarmten Landbevölkerung grundsätzlich nicht entgegenstehen. Die Leitlinien einiger Regierungsprogramme (beispielsweise im Gesundheits- und Bildungswesen) erfordern sogar ein gewisses Maß an gesellschaftlicher Organisation, um die im Gesetz der „partizipativen Politikbeiräte öffentlicher Dienstleistungen“ (Consejos participativos para

las Políticas Públicas) festgeschriebene Teilhabe zu ermöglichen. Dieses Gesetz, das auf die Verfassung aus dem Jahr 1988 zurückgeht, wurde unter der Regierung Cardoso institutionalisiert und unter Lula fortgeführt. Das von Letzterem eingeführte Programm für Ernährungssicherheit, das unter anderem das Null-Hunger-Programm und das Familienstipendium (Bolsa Familia) umfasst, richtet sich ebenfalls an die Zivilgesellschaft. Aber gehen wir genauer darauf ein: Ein wichtiger Fortschritt dieser Maßnahmen bestand zwar in der Förderung autonomer Organisationsprozesse seitens der Zivilgesellschaft, da die regionalen und lokalen Entscheidungsgremien per Dekret zu je zwei Dritteln aus Mitgliedern der Zivilgesellschaft und zu je einem Drittel aus staatlichen Organen bestanden (Programa de Seguridad Alimentaria 2003). Diese fortschrittliche Veränderung der Beziehung zwischen politischer und ziviler Gesellschaft wurde jedoch nur in wenigen Bundesstaaten implementiert (Braga 2009). Die tatsächlichen Grenzen des Programms für Ernährungssicherheit liegen darin, dass es sich um ein mit geringen Ressourcen ausgestattetes Versuchsprojekt handelt, das sich zudem nur auf ein kleines Spektrum der Sozialpolitik konzentriert. Es ist nicht mit anderen sozialpolitischen Bereichen verknüpft und beruht auf einer relativ freiwilligen Umsetzung in den jeweiligen Bundesstaaten und Gemeinden. Die Regierung Lula rief als Konsultationsorgan auch den Rat für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung ins Leben (Ayala 2003). Dieser wurde zwar von Beginn an von den Unternehmensverbänden dominiert, konnte jedoch in den sieben Regierungsjahren bisher noch keine wesentlichen Aktivitäten vorweisen (Oliveira 2006). Selbst das Programm zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums wurde nicht in diesem Rat besprochen, sondern resultierte aus einer Entscheidung des Ministeriums für Entwicklung und Planung. In Anbetracht dieser Entwicklungen muss daher genau unterschieden werden zwischen einer bürokratischen Politik der Regierbarkeit, die sich auf die traditionellen Kräfte innerhalb der öffentlichen Institutionen stützt, und demokratischen Politikformen, die auf einer effektiven Beteiligung der Zivilgesellschaft an den politischen Entscheidungsfindungsprozessen beruhen.

Um zu bewerten, inwieweit die autoritären Beziehungen zwischen politischer und ziviler Gesellschaft unter der Regierung Lula fortbestehen, müssen verschiedene Aspekte berücksichtigt werden. Einer davon ist die Beziehung zwischen der Regierung und der Landlosenbewegung MST. Das

Wahlprogramm Lulas aus dem Jahr 2002 inkludierte zwar einen auf der Verfassung von 1988 gestützten Kompromiss, um die Landreform mittels der Enteignung unproduktiver Ländereien zu beschleunigen (PT 2002). Die Regierung neigte jedoch dazu, die Forderungen der Landlosenbewegung nicht als politisches Problem zu betrachten, das die Einbeziehung von unterschiedlichen sozialen und politischen Kräften erfordern würde. Mit Gramsci gesprochen trat ein ökonomisch-korporativer Standpunkt der Regierung zu Tage, der sich durch eine Fokussierung auf die eigene Klientel kennzeichnete und dadurch strategische Bündnisse mit anderen politischen Gruppierungen und sozialen Bewegungen erschwerte. Dies führte letztendlich zu einer durch technokratische Implementierungsmaßnahmen geprägten bürokratischen Umsetzung der Landreform, in der sich zudem der Einfluss der Oligarchie in den Regierungsbehörden bemerkbar machte. Damit konnte das Versprechen der ersten Legislaturperiode Lulas, eine Million LandarbeiterInnenfamilien anzusiedeln, nicht gehalten werden. Die Zahl der Ansiedlungen stieg lediglich von 60.000 auf etwa 250.000 Familien. Kritik am Ansiedlungsprogramm der Regierung wird auch von Seiten des Nationalen Forums für Landreform und Gerechtigkeit auf dem Land (Fórum Nacional pela Reforma Agrária e Justiça no Campo) geübt, dem mehr als vierzig LandarbeiterInnenvereinigungen angehören. Demzufolge werden lediglich bereits bestehende Ansiedlungen legalisiert oder unbewohnbare Böden im Amazonasgebiet vergeben (vgl. Gutiérrez 2008).

Darüber hinaus wirkte sich auch die Unterstützung, die die Regierung Lula der industriellen Landwirtschaft zu Lasten der kleinbäuerlichen Familien zukommen ließ, negativ auf Letztere aus. Zu den Unterstützungsmaßnahmen zählten Kreditzuwendungen unter anderem an Bayer, Rhodia und Louis Dreyfus in der Höhe von etwa 17 Milliarden Euro, verglichen mit Zuwendungen von nur drei Milliarden Euro an Kleinbauernfamilien. Dem Wirtschaftswissenschaftler und Anführer der MST Joao Pedro Stedile zufolge wurde darüber hinaus der Anbau genmanipulierter Nahrungsmittel gefördert. Stedile kritisiert zudem, dass noch immer hunderttausend Familien auf ihre Umsiedlung warten. Dies sei nicht zuletzt auf die unklare Haltung der Regierung Lula hinsichtlich der tatsächlichen Inhalte der Landreform zurückzuführen (www.midiatacavipec.com 2009).

Das schwerwiegendste Hemmnis im Zuge der Landreform ist jedoch die Beibehaltung der traditionellen Vorherrschaft der Oligarchie und die

Aufrechterhaltung der Distanz zwischen ziviler und politischer Gesellschaft, wie José Juliano Carvalho Filho betont. Selbst Leiter des brasilianischen Landreformverbands (Associação Brasileira de Reforma Agrária, ABRA), weist Carvalho Filho darauf hin, dass diese Politik die Machtstrukturen des brasilianischen Großgrundbesitzes nicht verändern wird können. Von einer tief greifenden Landreform ist daher nicht zu sprechen. Nur in Bezug auf die Situation des familiären Kleinbauerntums seien positive Ergebnisse zu verzeichnen. Das jedoch reiche nicht aus, um das Landmonopol der Großgrundbesitzer zu brechen (vgl. Carvalho Filho 2009). Damit wird die Glaubwürdigkeit der Regierung Lula hinsichtlich ihrer Unterstützung der sozialen Bewegungen untergraben.

Eine weitere bedeutsame Beziehung stellt jene zwischen der Regierung Lula und der Zivilgesellschaft in Bezug auf die städtischen Favelas dar, die die extreme soziale Ungleichheit des Landes veranschaulichen. Nach fast sieben Jahren gibt es noch immer keine Programme, die tatsächlich auf die Partizipation der FavelabewohnerInnen abzielen, die immerhin vierzig Prozent der Bevölkerung der Großstädte ausmachen. Rio de Janeiro ist ein markantes Beispiel für das Scheitern eines Plans, der auf bürokratischem Weg durch die Vergabe von Eigentumstiteln das Problem der Favelas zu lösen versuchte. Dadurch wurde auch die Festlegung einer Sozialpolitik, die auf die Verbesserung der Lebensbedingungen in diesen Wohnvierteln abzielt, um vier Jahre hinausgezögert (vgl. Terra 2003). Angesichts der ausbleibenden Erfolge dieser auf der Regulierung von Eigentumstiteln beruhenden sozialpolitischen Maßnahmen setzt man heute auf groß angelegte Investitionen zu deren Modernisierung und Renovierung. Diese umfassen sowohl die Verbesserung der Wohnbedingungen mittels Begrünung und der Errichtung von Solaranlagen als auch die Asphaltierung von Straßen, die Aufstellung von Sammelbecken für Regenwasser für sanitäre Anlagen und die Errichtung von Kulturzentren, Polizeistationen und Anlaufstellen für die öffentliche Gesundheitsversorgung (vgl. Arias 2007). Trotz seiner Bedeutung ändert dieses Projekt nichts an der traditionellen Vorstellung einer politischen Gesellschaft, die befiehlt, und einer zivilen Gesellschaft, die die Befehle Ersterer ausführt. Es fördert somit keinesfalls etwaige Autonomisierungs- und Organisationsprozesse der FavelabewohnerInnen hinsichtlich der Definition öffentlicher Dienstleistungen, der Gestaltung von lokalen Vorhaben und der Verwaltung von Ressourcen.

Eine dritte Beziehung zwischen der brasilianischen Zivilgesellschaft und der Regierung Lula stellt deren Politik hinsichtlich des Amazonas dar. Dieses an Bodenschätzen reiche und von indigenen Völkern bewohnte Gebiet wird von raffgierigen Oligarchien und ausländischen Unternehmen beherrscht. Die Regierung ist kaum in der Lage, die Plünderung der Bodenschätze zu verhindern, da sie versucht, das Problem lediglich durch eine bürokratische Kontrolle in den Griff zu bekommen. Jeder einzelne der 275 Angestellten der staatlichen Kontrollbehörde ist mit der Überwachung von 18.000 Quadratkilometern betraut, und das in einem Gebiet, dessen Bodenschätze und Ressourcen von vielen AkteurInnen begehrt werden, nicht zuletzt den dort tätigen 27 multinationalen Unternehmen. Brasilien ist weltweit der zweitgrößte Sojaexporteur und beherrscht zwanzig Prozent des Rindfleischmarktes, wofür jedoch riesige Waldgebiete abgeholzt werden. Zudem wird der Holzhandel oft illegal abgewickelt (so sind achtzig Prozent des im Bundesstaates São Paulo verwendeten Holzes illegaler Herkunft) und beruht auf umweltschädlichen und ineffizienten Abholzungsverfahren (vgl. Arias 2005).

Letztlich zeigen die drei hier untersuchten Politikfelder, dass die Regierung keineswegs die Selbstorganisation der zivilgesellschaftlichen Sektoren fördert. Zwar ist die Verbesserung der Lebensbedingungen vor allem der marginalisierten Bevölkerung von Bedeutung. Dazu gehören die Ausweitung der Sozialversicherung, der höheren Bildung, der wirtschaftlichen Unterstützung für Familien und die Bereitstellung von Wohnraum und Dienstleistungen für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen. Diese Errungenschaften wurden jedoch nicht im Rahmen veränderter Beziehungen zur Zivilgesellschaft erreicht, sondern durch eine traditionell bürokratische und von oben implementierte Politik.

7.3 Die Wiederwahl Lulas im Oktober 2006

Ein drittes Moment der Analyse stellt die Wiederwahl Lulas im Oktober 2006 dar, zu einem Zeitpunkt, als die Konfrontation zwischen den stärksten politischen Kräften des Landes neu auflebte. In dieser Phase zogen die linksgerichteten Kräfte des Landes Bilanz über die erste Legislaturperiode des Präsidenten und sahen sich zugleich mit den rechtskonservativen Parteien konfrontiert, die eine Wiederwahl Lulas verhindern wollten. Die progressiven städtischen Bevölkerungssektoren sowie die sozialen Bewegungen

waren jedoch enttäuscht über die Korruptionfälle der PT und enthielten Lula im ersten Wahlgang ihre Stimme. Im zweiten Wahlgang stimmten sie jedoch für seine Wiederwahl als das kleinere Übel. Lula ging hauptsächlich aufgrund der Stimmen aus dem Landesinneren als Sieger aus diesen umkämpften Wahlen hervor (vgl. Campello/Zucco 2008).

Ein für den Ausgang der Wahlen ausschlaggebender Faktor war sicherlich das Wirtschaftswachstum der ersten vier Regierungsjahre Lulas, das überraschend hoch ausgefallen war. Sowohl die industrielle Produktion als auch der Export der auf Soja und Rindfleisch ausgerichteten industriellen Landwirtschaft wuchsen beachtlich. Wie bereits erwähnt, verdreifachte sich das BIP und stieg von 600 Milliarden US-Dollar im Jahr 2002 auf 1838 Milliarden US-Dollar. Diese Zahlen belegen, dass die Kapitalakkumulation auf nationaler Ebene einen neuerlichen Aufschwung erfuhr, ein positiver Effekt der staatlichen Regulierung über die Wirtschaft und der Verringerung der Abhängigkeit vom Ausland. Dies war Ergebnis der wiedererlangten regulativen Funktion der Handelsbeziehungen sowohl innerhalb des Mercosur als auch mit dessen Partnerländern, die nicht zu den Gründungsmitgliedern dieses Abkommens zählen. Nichtsdestotrotz scheint diese Politik ungenügend zu sein angesichts der strukturellen Widersprüche und der sozialen Ungleichheit, die ständig zu Gewaltausbrüchen führen. Diesbezüglich wurden alle wichtigen Momente der Regierung Lula von der Polizeigewalt in den Favelas und den Gefängnissen São Paulos und Rio de Janeiros überschattet. Ein radikales Vorgehen gegen dieses Problem würde schließlich eine entschiedene Selbstorganisation der Zivilgesellschaft erfordern. Darauf weisen auch die von Frei Betto – während Lulas erster Amtszeit persönlicher Berater des Präsidenten und Koordinator des Null-Hunger-Programms – genannten sozialen Eckdaten hin. Ihm zufolge leben in Brasilien 54 Millionen Menschen in Armut, 80 Millionen Menschen können den täglichen Bedarf an Kalorienzufuhr nicht decken, 119 Millionen verfügen über ein monatliches Einkommen von weniger als drei Mindestlöhnen, das Einkommen der ärmsten fünfzig Prozent der Bevölkerung entspricht dem ersten Prozent der reichsten Bevölkerungsschicht und nur ein Prozent der Landeigentümer ist im Besitz von 44 Prozent der Anbauflächen (vgl. Frei Betto 2002).

Trotz dieser Missstände erwies sich Präsident Lula als guter Verwalter der öffentlichen Ausgaben, wobei er auch die Rückzahlung der Auslands-

schulden pünktlich leistete. Weiters behauptete er sich als Schiedsrichter der demokratischen Aushandlungsprozesse innerhalb der Regierungsinstitutionen, verteidigte die Interessen Brasiliens in den internationalen Foren und respektierte die demokratischen Prozesse in der Region. Dieses Image Lulas war ausschlaggebend bei den Präsidentschaftswahlen von 2006, die sich aufgrund der zuvor erwähnten ethisch-politischen Krise der PT als schwierig erwiesen. Seine progressive Herangehensweise in der Sozialpolitik und bei der Wiederherstellung der staatlichen Rolle als Regulierungsinstanz sowie seine souveräne Außenpolitik ermöglichten es ihm, die negative Bilanz seiner Regierung in anderen Bereichen auszugleichen. Allerdings war die Unterstützung weiter Teile der brasilianischen Bevölkerung, die sich enttäuscht über das Fortbestehen einer traditionellen und korrupten Politik zeigte, nicht bedingungslos. Dies eröffnete einen erstaunlich großen Spielraum für die rechtskonservativen Kräfte, die durch eine offensive Haltung versuchten, sich neu zu positionieren und die Vorherrschaft über die Regierung zurückzugewinnen. Die alten Oligarchien der Unternehmerschaft wollten dies mittels einer aggressiven Wahlkampagne des Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens (Partido da Social Democracia Brasileira, PSDB), Geraldo Alckmin, bewerkstelligen. Lula reagierte darauf mit einer Kampagne, die zwar von der PT profitierte, sich aber gleichzeitig von ihr distanzierte. Er suchte zudem die politische Unterstützung der durch die assistenzialistischen Programme begünstigten Bevölkerungssektoren. Weiters gelang es ihm, eine neutrale Haltung des in der ersten Präsidentschaftsperiode begünstigten Finanzkapitals sicherzustellen.

Zu diesen Faktoren kommt noch hinzu, dass die unabhängigen linksgerichteten Kräfte innerhalb der Parteienlandschaft und den sozialen Bewegungen, die sich zuvor von der PT distanziert hatten, ihr im letzten Augenblick ihre Unterstützung zusicherten. Im zweiten Wahlgang konnte Lula daher auf die Stimmen dieser linken Gruppierungen zählen, die öffentlich zwei Gründe für ihre Unterstützung nannten: Einerseits wollten sie damit eine Rückkehr der rechtsgerichteten Parteien an die Regierung unterbinden, andererseits die politischen und demokratischen Rahmenbedingungen aufrechterhalten, die ihnen eine autonome Entwicklung ermöglichten. Vor diesem Hintergrund konnte Lula daher trotz einer schwierigen Ausgangssituation schließlich eine Mehrheit für seine Regierung sichern.

7.4 Die gegenwärtige Situation

Derzeit verzeichnet Brasilien ein beachtliches Wirtschaftswachstum. Eine verstärkte staatliche Regulierung hat ein günstiges Umfeld für die Industrie, für die industrielle Landwirtschaft sowie für die staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen wie Petrobras und Vale do Rio Doce geschaffen. Auch international wird Lula für die demokratische Stabilität im Land und für die geschickte Handhabung der Staatsausgaben geschätzt, sowie auch für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen internationalen Finanzkrise. Dank Letzterer gelang es ihm sogar, positive wirtschaftliche Wachstumsraten aufrechtzuerhalten. Zusammen mit einigen sozialpolitischen Maßnahmen, die eine – zwar begrenzte und ungenügende – Partizipation der Bevölkerung fördern, sind dies die Gründe für den breiten Konsens in der Zivilgesellschaft gegenüber dem Präsidenten. Im Dezember 2008 erzielte Lula laut Meinungsumfragen mit mehr als 80 % die höchste Zustimmung eines Präsidenten in der Geschichte Brasiliens (Info7.mx 2008).

Zudem wurde auch schon ein mögliches Szenario für die Nachfolge Lulas in den kommenden Präsidentschaftswahlen im Oktober 2010 entworfen, das sich aus zwei Optionen zusammensetzt: zum einen eine direkte Nachfolge innerhalb der Arbeiterpartei, insbesondere falls es Dilma Roussef gelingen sollte, als Kandidatin der PT aufgestellt zu werden; zum anderen eine indirekte Nachfolge durch den Abgeordneten der PSB Ciro Gomes, sollte dieser für das Amt des Vizepräsidenten kandidieren oder eine Koalition zwischen PSB und PT anführen. Trotz des signifikanten Wirtschaftswachstums und der progressiven regierungspolitischen Maßnahmen ist die politische und juristische Institutionenlandschaft einer ständigen Spannung ausgesetzt. Deren Ursachen sind sowohl in den prekären politischen Übereinkommen zwischen den antagonistischen gesellschaftlichen Kräften zu suchen als auch in der ständigen Infragestellung der Machtspiele seitens der Oligarchie. Ein Beispiel dafür sind die vom Senat bewilligten fortwährenden parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, um Korruptionsvorwürfen nachzugehen. In diesem Zusammenhang stellt sich die wichtige Frage, ob Elemente auszumachen sind, die auf eine Erneuerung der Beziehungen zwischen politischer und ziviler Gesellschaft jenseits eines bloß modernisierten nationalen Entwicklungsprogramms hindeuten.

Die Antwort darauf scheint negativ auszufallen, unter anderem aufgrund der krisenhaften Beziehung der Regierung zu den sozialen Bewegungen des Landes.

Unmittelbar nach der erfolgreichen Wiederwahl Lulas Ende 2006 fanden sich die sozialen Bewegungen mit der Regierung zusammen, um einen kritischen Dialog in die Wege zu leiten und ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Sie übergaben dem Präsidenten einen Forderungskatalog, der eine wirtschaftspolitische Kursänderung, eine Reform des Versicherungs- und Arbeitsmarktes, eine größere Umverteilung des Reichtums, den Respekt gegenüber der Umwelt, eine effektive Landreform und die Demokratisierung der Massenmedien beinhaltete (vgl. Frei Betto 2007). Obwohl der Präsident sich bei diesem Zusammentreffen dazu verpflichtete, einen dauerhaften Dialog mit den sozialen Bewegungen zu führen, scheint es wenig wahrscheinlich, dass er den einzelnen Forderungen nachkommen wird. Letztendlich würde deren Erfüllung eine Abkehr von seiner cäsaristischen Position als Mittler zwischen den antagonistischen Projekten der unterschiedlichen Kräfte bedeuten und eine klare Parteinahme für die subalternen Gruppen und Klassen des Landes implizieren. Es ist daher wahrscheinlicher, dass auf vereinzelte und gesonderte Interessen eingegangen wird, während gleichzeitig der Ausschluss der sozialen Bewegungen von einer effektiven und breiten politischen Partizipation aufrechterhalten wird. Frei Betto zufolge würde dies die Fortsetzung des autoritär-bürokratischen Staates bedeuten, der jedoch von einer politischen Gesellschaft dominiert wird, die auf die Unterstützung der Bevölkerung zurückgreifen kann. Diese Unterstützung wäre jedoch lediglich abstrakter Natur. Sie würde nicht die Existenz neuer Vermittlungsmöglichkeiten widerspiegeln, die Ausdruck der organischen Unterstützung einer partizipativen und selbstbestimmten Zivilgesellschaft wären. Im Rahmen einer Marginalisierung der sozialen Bewegungen warnt Frei Betto vor der Gefahr eines neopopulistischen Regierungsprogramms. Das ursprüngliche Ziel der PT, die ArbeiterInnenklasse zu organisieren, würde somit einem assistenzialistischen Klientelismus Platz machen. Dieser würde zwar WählerInnenstimmen einbringen, wäre jedoch nicht in der Lage, den strukturellen Problemen und den tief liegenden Ursachen der sozialen Ungleichheit des Landes entgegenzusteuern (vgl. Frei Betto 2007).

In diesem Kontext verschleiern die Exporterlöse, die Erholung der nationalen Industrie und der sowohl auf die Erhöhung der Arbeitslöhne als auch der auf die staatlichen Unterstützungen zurückzuführende Anstieg der Konsumausgaben die politisch-institutionellen Defizite der zweiten Amtszeit Lulas. Besonders schwerwiegend sind der Prestigeverlust der Parlamentsfraktionen und die Schwächung der partizipativen Gestaltungsräume der Zivilgesellschaft. Radikale Parteien wie etwa die PSOL (Partido Socialismo e Liberdade) oder Teile der PSB (Partido Socialista Brasileiro), soziale Bewegungen (wie etwa die MST), zahlreiche politische Gruppierungen und Intellektuelle sowie die Nationale Bischofskonferenz Brasiliens (CNBB) haben in diesem Zusammenhang versucht, eine moralische Kritik an der Regierung Lulas aufrechtzuerhalten, allerdings mit nur mäßigem Erfolg. Im Umfeld der sozialen Bewegungen und der radikalen politischen Parteien scheint sich jedenfalls noch keine Strategie abzuzeichnen, die auf die Organisation der subalternen Kräfte, auf eine radikale Transformation der Institutionen und die Erweiterung sozialer und politischer Rechte abzielt. Erst dies aber würde ein gegen-hegemoniales Projekt ausmachen, das in der Lage ist, die historische Subalternität der ArbeiterInnenschaft und anderer marginalisierter Bevölkerungsteile in Frage zu stellen und den traditionellen Eliten ihre hegemoniale Position streitig zu machen.

8. Die Hegemoniedebatte

Mit dem Regierungsantritt Lulas und der PT wurden die politische Hegemonie der rechtsgerichteten Oligarchien und ihre elitären Ansichten geschwächt, denen zufolge allein die Eliten die Bedürfnisse des Landes kennen und dazu in der Lage sind, sich den nationalen Problemen zu stellen. Die Regierung Lula konnte diesen Anschauungen gegenüber aufzeigen, dass auch eine Arbeiterpartei eine politische Akteurin ist, die die Regierungsgeschäfte zu lenken vermag. Die Leitideen der zivilen Hegemonie in der Gesellschaft scheinen jedoch noch immer stark von den konservativen Führungsgruppen der Industrie, der Mehrheit der bundesstaatlichen Regierungen und den monopolistischen Massenmedien (*O globo*, *A folha de São Paulo*) auszugehen. Letztere beeinflussen in außerordentlichem Maße die in der Gesellschaft vorherrschenden Normalitätsvorstellungen und Wertauf-

fassungen, die Gramsci als Alltagsverstand bezeichnet hatte, besonders in Bezug auf die Konsumhaltungen, den Fortschrittsglauben, die Stabilität der liberalen Demokratie und die vorherrschende Rolle des Marktes (Oliver 2009). Obwohl sie ihre politische Führungsrolle konsolidiert hat, scheint die PT jedoch jegliche gegen-hegemonialen Bestrebungen aufgegeben zu haben. Aus hegemonietheoretischer Perspektive ist die aktuelle Regierung der PT nicht daran interessiert, einen auf eine radikale Veränderung des Landes abzielenden kollektiven Willensbildungsprozess voranzutreiben. Dieser müsste eine Stärkung der Macht des Volkes beinhalten, auch wenn dies nur langsam durch die schrittweise Eroberung einzelner Stellungen geschehen könnte. Der hegemoniale Stellungskrieg findet somit nicht so sehr auf dem institutionellen Terrain der politischen Gesellschaft und von Seiten der Regierung statt. Er wird in anderen gesellschaftlichen Räumen ausgetragen und durch andere AkteurInnen verkörpert, etwa in den ländlichen Gebieten und den lokalen Regierungen, die zum Tätigkeitsbereich der MST gehören, im Kampf der sozialen Bewegungen oder der Nachbarschaftsvereinigungen in den Favelas, durch lokale Gruppierungen der PT, politische Zusammenschlüsse oder Parteien, deren kritische und partizipative Ausrichtung stärker auf die autonome Organisation der breiten Bevölkerung hinarbeitet als die Führung der PT.

9. Schlussbemerkungen

Betrachtet man die Politik der Regierung Lula, so ergibt sich das Bild eines neuen progressiven Programms innerhalb der staatlichen Institutionen, ohne dass dabei jedoch Optionen einer alternativen Hegemonie bestünden. In diesem Fehlen eines national-popularen Projekts liegt die größte Kontinuität zu den vorherigen Regierungen. Dies impliziert auch die Abwesenheit einer Politik, die auf die Veränderung der subalternen Position der brasilianischen ArbeiterInnenschaft und der übrigen breiten Bevölkerung ausgerichtet ist.

Durch die von der Regierung Lula durchgeführten Veränderungen im Gefüge des neoliberalen Wettbewerbsstaates verfügt dieser nun über neue Instrumente staatlicher Regulierung und orientiert sich zudem an humanistischen Zielen wie dem Kampf gegen die Armut. Weitere neue Wesens-

züge dieser Regierung sind der Ausbau des Sozialversicherungswesens, eine demokratische Regierungsführung, eine teilweise lokale Partizipation und ein Hauch progressiver Ideologie. Das Projekt der PT verschaffte dadurch zwar der ArbeiterInnenschaft und der armen Bevölkerung mehr Einfluss, ist jedoch immer noch den Interessen des mächtigen Finanzkapitals und der Oligarchie der städtischen und ländlichen Unternehmen untergeordnet. Die vier von der Regierung Cardoso eingeführten negativen Elemente – der Funktionsverlust der Parteien als Mittlerinnen zwischen ziviler und politischer Gesellschaft, die Medienpropaganda als Mittel politischer Herrschaft und der politischen Auseinandersetzungen, die Entpolitisierung weiter Bevölkerungssektoren und die Vorherrschaft des Marktes als bevorzugter Raum für die Lösung sozialer Probleme – haben damit eine beeindruckende Fortsetzung erfahren. Der bekannte brasilianische Intellektuelle Leonardo Boff bestätigt, dass etwa durch die halbherzig durchgeführte Landreform die PT einer Entpolitisierung weiter Vorschub leistete und zudem ökologische Kriterien in der Regierungspolitik kaum berücksichtigt wurden. Ihm zufolge müsste sich die PT von der Vorstellung lösen, dass die Regierungsübernahme durch die Arbeiterpartei bereits die Erfüllung der Utopien des brasilianischen Volkes implizierte. Die PT könne sich nicht damit zufrieden geben, mehr vom selben zu bieten, sondern müsse tatsächliche Veränderungen herbeiführen (vgl. Boff 2009).

Das politische Projekt der Regierung Lula hebt sich von jenen seiner Vorgänger zwar deutlich ab. Dies hatte jedoch bislang wenig Auswirkung auf die traditionelle Hegemonie der rechtskonservativen Kräfte des Landes. Allerdings haben diese Gruppierungen einen wichtigen Baustein ihrer Hegemonie verloren, nämlich die Kontrolle über die politische Gesellschaft. Auf der anderen Seite sind in der brasilianischen Zivilgesellschaft unterschiedliche Keime eines gegen-hegemonialen Reifungsprozesses auszumachen, unter anderem in privaten Vereinigungen, politischen Parteien, bei einzelnen Intellektuellen, kulturellen Zusammenschlüssen usw. Wenn Hegemonie darin besteht, dass eine soziale und politische Kraft mit einem ideologisch-politischen Projekt einen entscheidenden Einfluss auf andere zivilgesellschaftliche Gruppierungen und Zusammenschlüsse ausübt, so trifft dies jedenfalls nicht auf die Regierung Lula zu. Ihr fehlen sowohl ein alternatives politisches Projekt als auch die vielfältigen Einflussmöglichkeiten, die auf die Entstehung einer neuen Hegemonie unter ihrer Vorherr-

schaft schließen lassen, auch wenn sich neue historische Kräfte innerhalb der Zivilgesellschaft ihren Weg bahnen.

*Aus dem Spanischen von Dana de la Fontaine und
Melanie Hernandez Sanchez*

Literatur

- Arias, Juan (2005): La Amazonia devastada. In: El País, 28.5.2005. http://www.elpais.com/articulo/sociedad/Amazonia/devastada/elpepusoc/20050528elpepisoc_4/Tes, 23.II.2009.
- Arias, Juan (2007): Lula emprende la revolución de las favelas. In: El País, 22.3.2007. http://www.elpais.com/articulo/internacional/Lula/emprende/revolucion/favelas/elpepuint/20070322elpepuint_4/Tes?print=1, 23.II.2009.
- Asociación de Movimientos Sociales (2008): Brasil: carta de los movimientos sociales al presidente Lula, 28.II.2008. http://www.prensadefrente.org/pdfb2/index.php/a/2008/II/28/brasil_carta_de_los_movimientos_sociales, 23.II.2009.
- Ayala, Natalia (2003): El Consejo de Desarrollo Económico y Social. http://www.redtercermundo.org.uy/tm_economico/texto_completo.php?id=207, 8.II.2009.
- Boff, Leonardo (2009): Una Silva sucesora de una Silva? In: América Latina en Movimiento, 21.8.2009. <http://alainet.org/active/32523&lang=es>, 23.II.2009.
- Braga, Elza Maria Franco (2009): Política pública de segurança alimentar: tessituras em busca de nova institucionalidade. In: Pires, Fernando (Hg.): Poder e políticas públicas na América Latina. Fortaleza: Editora Universidade Federal do Ceará.
- Burgos, Raúl (1994): As peripécias de Gramsci: entre Gulliver e o Pequeno Polegar. Um estudo sobre os projetos políticos do PT e da FMLN. Campinas: UNICAMP.
- Caccia Bava, Silvio (2009): Gigante pela própria natureza. In: Le Monde Diplomatique, Brasil. 13.2.2009, 3.
- Campello, Daniela/Zucco, Cesar (2008): A esquerda em um país democrático, globalizado e desigual. Uma análise do Brasil de Lula. In: Moreira, Carlos/Raus, Diego/Gómez Leyton, Juan Carlos (Hg.): La nueva política en América Latina. Rupturas y continuidades. Montevideo: Trilce, 97-124.
- Carvalho Filho, José Juliano de (2009): El gobierno Lula fracasó en la Reforma Agraria. <http://www.rebellion.org/noticia.php?id=26475>, 13.8.2009.
- Dagnino, Evelina (2004): Confluência perversa, deslocamentos de sentido, crise discursiva. In: Grimson, Alejandro (Hg.): La cultura en las crisis latinoamericanas. Buenos Aires: CLACSO/Ciudad Autónoma de Buenos Aires, 195-216.

- Dagnino, Evelina/Olvera, Alberto J./Panfichi, Aldo (Hg., 2006): La disputa por la construcción democrática en América Latina. México, D.F.: Fondo de Cultura Económica.
- Faoro, Raymundo (2001): Os donos do Poder. A formação do patronato político brasileiro. Rio de Janeiro: Editora Globo.
- Fiori, José Luis (2003): O voo da coruja: para reler o desenvolvimento brasileiro. Rio de Janeiro: Record.
- Frei Betto (2002): Desafíos al gobierno de Lula. In: Revista electrónica Vinculando, 18.12.2002. http://vinculando.org/brasil/lula/desafios_al_gobierno_de_lula.html, 23.11.2009.
- Frei Betto (2004): El programa hambre cero en Brasil. <http://www.congreso.gob.gt/plumainvitada/15.pdf>, 13.8.2009.
- Frei Betto (2005): A mosca azul. Rio de Janeiro: Rocco.
- Frei Betto (2007): Brasil. Coalición y movimientos sociales. In: América Latina en Movimiento, 16.1.2007. <http://alainet.org/active/15940&lang=es>, 23.11.2009.
- Gramsci, Antonio (1999): Cuadernos de la cárcel. Bd. 5. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: Gefängnishefte, 10 Bände. Hamburg: Argument 1991ff].
- Gutiérrez, Bernardo (2008): Lula se atraganta con la reforma agraria en Brasil. <http://www.publico.es/internacional/034607/brasil/lula/mst/stedile/latifundios/amazonia>, 2.8.2009.
- Indexmundi (2009): [http://www.indexmundi.com/es/brasil/producto_interno_bruto_\(pib\).html](http://www.indexmundi.com/es/brasil/producto_interno_bruto_(pib).html), 5.8.2009.
- Info7.mx (2008): En Brasil, popularidad de Lula en su máximo histórico incluso con la crisis. 15.12.2008. <http://www.info7.com.mx/noticia.php?id=68305&secc=5>, 3.12.2009.
- Iruegas, Gustavo (2008): UNASUR. In: La Jornada, 22.5.2008. <http://www.jornada.unam.mx/2008/05/22/index.php?section=opinion&article=021a2pol>, 23.11.2009.
- Maringoni, Gilberto (2006): PT X PSDB: rumo ao quinto governo Collor. In: Revista Margen Esquerda, Nr. 7, 7.5.2006, 31-39.
- Marx, Karl (1950): Las luchas de clases en Francia de 1848 a 1850. Moskau: Edición Progreso. [Dt.: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850. Marx/Engels Werke, Band 22. Berlin: Dietz, 1972].
- midiatecavipec (2009): Los biocombustibles relegan la reforma agraria en Brasil. http://www.midiatecavipec.com/agua_y_energia/agua_y_energia050509.htm, 2.8.2009.
- Oliveira, Francisco de (2003a): A crítica à razão dualista. O ornitorrinco. São Paulo: Boitempo.
- Oliveira, Francisco de (2003b): O enigma de Lula: ruptura ou continuidade? In: Revista Margen Esquerda, Nr. 1, 1.5.2003, 37-41.
- Oliveira, Francisco de (2006): O momento Lênin. In: Novos Estudos 75, Juli 2006, 23-47. http://www.cebrap.org.br/imagens/Arquivos/o_momento_lenin.pdf, 5.12.2009.

- Oliver, Lucio (2005): Revisitando al Estado. Las especificidades actuales del Estado en América Latina. In: Castro Escudero, Teresa/Oliver, Lucio (Hg.): Poder y política en América Latina. México, D.F.: UNAM/Siglo XXI, 50-86.
- Oliver, Lucio (2008): La sociedad brasileña frente al contexto mundial y al nuevo papel geopolítico y geoeconómico de Brasil. In: Rocha, Alberto/Preciado, Jaime (Hg.): Proyectos y estrategias de integración en América Latina y el Caribe en el contexto de América Latina del Norte y Europa. Guadalajara: Editorial del CUCSH, Universidad de Guadalajara, 527-538.
- Oliver, Lucio (2009): El Estado ampliado en Brasil y México. México, D.F.: UNAM.
- Palazzesi, Ariel (2009): Brasil y la privatización del Amazonas. 27.6.2009. <http://www.neoteo.com/brasil-y-la-privatizacion-del-amazonas.neo>, 8.12.2009.
- Pires, Fernando (Hg., 2009): Poder e políticas públicas na América Latina. Fortaleza: Editora Universidade Federal do Ceará.
- Programa de Seguridad Alimentaria (2003): Brasil: Ediciones Gobierno Brasileiro.
- PT (2002): Programa electoral. São Paulo: Ediciones PT.
- Serrano, Pascual (2009): Entrevista a Charles Trocate, líder del MST amenazado por los latifundistas y perseguido por el sistema judicial brasileño. <http://www.rebellion.org/noticia.php?id=95524>, 21.11.2009.
- Stedile, Joao Pedro/Mançano, Bernardo (1999): Brava gente, a trajetória do MST e a luta pela terra no Brasil. São Paulo: Edición Fundação Perseu Abramo.
- TeleSur (2009): Lula critica bases militares en Colombia y exige garantías a EE.UU. In: TeleSur, 6.11.2009. <http://www.telesurtv.net/noticias/secciones/nota/61208-NN/lula-critica-bases-militares-en-colombia-y-exige-garantias-a-eeuu/>, 5.12.2009.
- Terra (2003): Plan de Lula para legalizar las favelas en Brasil. 7.1.2003. <http://www.terra.com.ar/canales/internacionales/60/60537.html>, 23.11.2009.
- Zavaleta Mercado, René (1986): El Estado en América Latina. La Paz/Cochabamba: Los amigos del libro.

Abstracts

Der Wahlsieg des Gewerkschaftsführers Luiz Inácio Lula da Silva im Jahr 2002 löste viele Erwartungen an die neue Regierung unter der Führung der Arbeiterpartei aus. Nach fast zwei Regierungsperioden ist klar, dass Lula nicht die gegen-hegemonialen Kämpfe innerhalb der Zivilgesellschaft repräsentiert, die der Vorherrschaft des transnational artikulierten Finanzkapitals alternative gesellschaftliche Projekte entgegenstellen. Lulas Regierung, so die Hypothese des vorliegenden Beitrags, ist nicht Ausdruck dieser gegen-hegemonialen Kämpfe, sondern versucht, sich über die Auseinanderset-

zungen zwischen den antagonistischen Kräften des Landes zu stellen. Die Analyse der wichtigsten Momente der Regierung unter Lula zeigt sowohl ihre Distanz zu den sozialen Bewegungen als auch eine Wirtschaftspolitik, die trotz einiger Zugeständnisse an die marginalisierten Gesellschaftssektoren den oligarchischen Gruppen der großen Industriekonzerne und der Finanzunternehmen zugute kommt. Die Beziehung Lulas zu großen Teilen der Bevölkerung zeichnet sich damit nicht durch eine aktive Organisation der subalternen Kräfte aus, sondern durch einen neopopulistisch geprägten Assistenzialismus.

The victory of union leader Luiz Inácio Lula da Silva in the Brazilian presidential elections of 2002 raised many expectations about the new government under the labour party. However, after nearly two presidential terms it turns out that Lula does not represent the counter-hegemonic struggles within civil society, which oppose alternative political projects to the dominance of transnationally articulated financial capital. Instead the new government tries to position itself above the conflicts between the various antagonistic forces of the country. The analysis of the most important moments of Lula's government shows both its distance from social movements as well as economic policies which benefit the oligarchic groups of industrial and financial corporations. The president's attitude towards marginalized social sectors is not characterised by the active organization of subaltern forces but a rather neo-populist agenda based on material concessions.

Lucio Oliver
Politikwissenschaftliche Fakultät der
Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM)
Leiter des postgradualen Programms für Lateinamerikastudien
oliverbar@hotmail.com

TATIANA PÉREZ RAMÍREZ, JAIME ORTEGA REYNA

Volksaufstand, indigene Revolte und die Konturen eines national-popularen Projekts in Bolivien

1. Einleitung

Der Beginn des 21. Jahrhunderts leitete eine neue Epoche in der Geschichte Boliviens ein, geprägt durch Mobilisierungen und Erhebungen unterschiedlichster Art. Der „Wasserkrieg“ (*guerra del agua*) des Jahres 2000, der „Gaskrieg“ (*guerra del gas*) im Jahr 2003 und die Aufstände von 2005 stehen beispielhaft für eine neue Form der Politik. Sie zielt auf den Sturz der alten Eliten, konnte zwei Präsidenten aus dem Amt vertreiben und führte schließlich zur Herausbildung einer neuen politischen Herrschaft, die sich wesentlich von den vorangegangenen Regierungen unterscheidet. Dieser Transformationsprozess ist jedoch noch längst nicht abgeschlossen, da tiefe Konflikte weiterhin das Land spalten. Sowohl die politischen Prozesse selbst als auch ihre AkteurInnen in der Regierung und in der Opposition befinden sich in einem fortwährenden Umbruch. Dennoch haben sich die Kräfteverhältnisse im Land schon jetzt bedeutend verschoben. Bester Beweis dafür ist Präsident Evo Morales, der aus den Wahlen am 18. Dezember 2005 mit einer Mehrheit von 53,7 Prozent siegreich hervorging. Es ist das erste Mal in der Geschichte Boliviens, dass ein Indigener das höchste Regierungsamt einnimmt, in einem Land, in dem mehr als 60 Prozent der Bevölkerung einem der verschiedenen indigenen Völker angehören.

Der Wahlsieg des Gewerkschaftsführers der KokabäuerInnen ist auf viele Gründe zurückzuführen, von denen einige mit den Protesten zu Beginn des 21. Jahrhunderts zusammenhängen. Ohne die Teilnahme an den Aufständen seitens einer großen Bandbreite an sozialen Organisationen, Gewerkschaften, der ländlichen und bäuerlichen Bevölkerung und der ArbeiterInnenschaft aus dem Bergbau – alle zu einem Großteil indi-

gener Herkunft – ist der Wahlerfolg der Bewegung zum Sozialismus (Movimiento al Socialismo, MAS) nicht zu erklären. Vor allem im Jahr 2005 war diese Beteiligung von zentraler Bedeutung, etwa bei den Debatten um die Verstaatlichung¹ der Erdgas- und Erdölvorkommen, bei der Besetzung der Hauptstadt La Paz und der Einkesselung des Regierungssitzes und des Nationalkongresses, wie auch in Bezug auf die Rücktrittsforderungen an Präsident Carlos Mesa und die Ausrufung von Neuwahlen.

Ziel dieses Textes ist es, diesen Transformationsprozessen auf den Grund zu gehen. Dabei gehen wir von der Annahme aus, dass in den aktuellen Mobilisierungen eine Neuausrichtung und Neuzusammensetzung eines „national-popularen Projekts“ vorzufinden ist, wie es vom bolivianischen Intellektuellen René Zavaleta Mercado in Anlehnung an Antonio Gramsci konzipiert wurde. Zavaleta verweist damit auf die Aneignung des „Nationalen“ durch das „Volk“ (*pueblo*), also die subalternen gesellschaftlichen AkteurInnen. Dieser Prozess charakterisiert sich durch eine Transformation der Staatsform zusammen mit einer sozialen Demokratisierung, in der die Volksmassen eine Selbstbestimmung der eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen einfordern. Um diese Hypothese zu untermauern, ist es an erster Stelle notwendig, näher auf die zentralen Konzepte und Kategorien Zavaletas einzugehen. Auf Basis dieser Einführung in eine der interessantesten Interpretationen der bolivianischen Realität untersuchen wir in einem zweiten Schritt den Verlauf der politischen Transformationsprozesse, die im Wahlsieg von Evo Morales gipfelten.

2. Bolivien aus der Sicht von René Zavaleta Mercado

René Zavaleta Mercado ist ohne Zweifel einer der bedeutendsten bolivianischen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts. Die von ihm definierten Konzepte des „National-popularen“, der „desartikulierten Gesellschaft“ (*sociedad abigarrada*)² und des „Überschusses“ (*excedente*) – prägen bis heute die Interpretationen der sozialen Realität des Landes. Diese drei Konzepte sind jedoch nur im Zusammenhang mit anderen Begriffen, wie jenen der nationalen Krise, einer katastrophalen Patt-Situation oder der intellektuellen Reform, zu verstehen, auf die wir noch eingehen werden. Für den vorliegenden Beitrag haben wir uns jedoch dazu entschieden, hauptsäch-

lich auf die erstgenannten Konzepte Bezug zu nehmen, da sie dazu beitragen können, die politischen Prozesse des Landes bis in unsere Tage zu verstehen.

Das Werk Zavaletas steht in engem Zusammenhang mit seiner politischen Tätigkeit. Zavaleta kam 1937 in Oruro zur Welt, einer typisch proletarischen, durch den Bergbau geprägten Stadt im Westen Boliviens. Er studierte Jura, schrieb Gedichte und war als Journalist Chefredakteur der Zeitung *La Nación* wie auch Korrespondent der wichtigen Wochenzeitung *Marcha*, die in Montevideo erschien. Bereits in seiner Jugend engagierte er sich in der National-Revolutionären Bewegung (Movimiento Nacional Revolucionario, MNR), die nach dem Aufstand der Bergarbeiter am 9. April 1952 die Macht übernahm. Seit diesem Ereignis waren sein Leben und seine wissenschaftliche Tätigkeit eng mit der politischen Zukunft Boliviens verknüpft: Zavaleta arbeitete als Diplomat und Abgeordneter zum Parlament, von 1960 bis 1964 war er zudem Minister für Bergbau. 1964 ging er aufgrund des Staatsstreichs ins Exil. Er war an der Gründung der Bewegung der Revolutionären Linken (Movimiento de Izquierda Revolucionaria, MIR) beteiligt, auch wenn er sich rasch von ihr distanzierte. Bis zu seinem Tod widmete er sich schließlich voll und ganz der Kommunistischen Partei Boliviens (vgl. Miranda Pacheco 2006: 65-67). Zavaleta hielt sich zwischen 1971 und 1973 im von Salvador Allende regierten Chile auf, wo er zunächst im Planungsbüro des Präsidenten und später im renommierten Forschungszentrum der Nationalen Realität (Centro de Estudios de la Realidad Nacional, CEREN) arbeitete. Wie viele andere zwang ihn der Staatsstreich von Augusto Pinochet dazu, das Land in Richtung Mexiko zu verlassen. Dort fand er vor allem im akademischen Leben breite Anerkennung, unter anderem als erster Direktor der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales, FLACSO) im Jahr 1976. Auch seine Arbeit an der ökonomischen und politikwissenschaftlichen Fakultät der Universidad Nacional Autónoma de México ist vielen seiner zahlreichen StudentInnen in guter Erinnerung geblieben (Concheiro Bórquez 2006: 181). All diese Erfahrungen ermöglichten es Zavaleta, die Realität seines Landes tiefgründig kennen zu lernen und zu analysieren, immer vor dem Hintergrund seiner soliden intellektuellen Ausbildung.

Zavaleta reflektiert über die Geschichte Boliviens stets unter Berücksichtigung der besonderen Art und Weise, in der sich kapitalistische Produk-

tions- und Reproduktionsprozesse in ihr vollziehen. Mit seinem Begriff der „zergliederten Gesellschaft“ (*sociedad abigarrada*) verweist er nicht auf einen angeblichen wirtschaftlichen oder kulturellen Rückstand, sondern auf die Diversität gleichzeitig existierender sozialer Formen in einem einzigen nationalen Raum, der sich beständig als fragmentiert darstellt. Unter *abigarrado* (buntscheckig) versteht Zavaleta eine Gesellschaft, in der gleichzeitig unterschiedliche historische Phasen und Produktionsweisen und unterschiedliche Beziehungsformen zwischen den gesellschaftlichen AkteurInnen und der Natur existieren. Zusammengefasst handelt es sich um die Art und Weise, ein Land zu verstehen, das manchmal wie das Ergebnis einer Vielzahl von übereinander gestapelten und völlig zergliederten Schichten und Teilen erscheint. Diese Zusammensetzung ist das Resultat eines komplexen Prozesses, in welchem Trennung und Verschmelzung gleichzeitig stattfinden. Die zergliederte Gesellschaft umfasst eine Menge an sozialen Subjekten, die nur in einem spezifischen Moment aufeinandertreffen und sich artikulieren: in der nationalen politischen Krise.

Zavaleta, der sich intensiv mit den Schriften Antonio Gramscis auseinandergesetzt hat, versteht die Krise nicht als eine wirtschaftliche Katastrophe, sondern vielmehr als gesellschaftliches Totalisierungsmoment. Erst die nationale Krise ist es, die einen Einblick in die unterschiedlichen räumlichen und zeitlichen Formen eines Landes ermöglicht und sie als Teile einer gesellschaftlichen Einheit begreifen lässt. Die Krise zeigt nicht nur den nationalen Charakter einer zergliederten Gesellschaft auf, sondern ist gleichzeitig ein Ereignis, das die nationale Identität festigt, indem es den zergliederten Teilen ihre Einheit als Nation bewusst werden lässt. Die nationale Krise stellt somit die Form dar, in der sich die verschiedenen Zeiten in einem bestimmten Raum orten lassen, wo gleichsam das Raum-Zeit-Gefüge eins wird. Um es mit den Worten von Luis Antezana auszudrücken: „Alles scheint darauf hinzuweisen, dass die Untersuchung oder das Verständnis dieser lokalen Geschichten der Diversität nur Dank der Krisen möglich sind, als ob diese Krisen also die korrekteste Perspektive ermöglichten, um (erst dann) den objektiven Prozess der einzelnen Teile einer zergliederten Gesellschaft wieder zu erkennen“ (Antezana 1993: 269). Die Verbindung zwischen nationaler Krise und zergliederten Gesellschaft verläuft laut Zavaleta über die Politik, verstanden als Moment der sozialen Mobilisierung. Das National-populäre muss als geschichtlicher Prozess der langen Dauer

verstanden werden, in dem sich die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem nach Erweiterung seines Selbstbestimmungshorizontes strebenden Subjekts und den Operationsmodi des Staates feststellen lässt; oder, um es mit Gramsci auszudrücken, die Beziehung zwischen der zivilen und der politischen Gesellschaft, dem erweiterten Staat.

Luis Tapia macht auf einen weiteren Aspekt des National-popularen aufmerksam: „Die Idee des National-popularen stellt die Art und Weise dar, wie er [Zavaleta] die Analyse und Erklärung der Geschichte Boliviens ausgehend von der proletarischen Zentralität³ in Angriff nimmt, aber auf der Grundlage eines erweiterten Horizonts, den das proletarische Subjekt im Lauf der Totalisierungsprozesse in der Geschichte des Landes erworben hat“ (Tapia 2002: 345). Insofern bezieht sich das Konzept des National-popularen auf zwei Analyseniveaus. Auf der einen Seite ermöglicht es eine Interpretation der modernen Geschichte Boliviens, zum anderen lassen sich damit die gegenwärtigen Ausprägungsformen des erweiterten Staats erklären. Der Begriff des National-popularen ist eine Methode zum Verständnis der Geschichte und gleichzeitig ein Konzept, mit dem die politische Entwicklung des Landes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erklärt werden kann.

Zavaleta erprobt eine Lesart der bolivianischen Geschichte, die vom 19. Jahrhundert ausgeht. Obwohl ihn sein Tod von der Vollendung seines Werks abhielt, wissen wir, dass seiner Ansicht nach das zentrale Moment die Revolution im Jahr 1952 darstellt: „In gewisser Hinsicht ist die nachfolgende Entwicklung Boliviens nur die Entfaltung der Charakteristika der Krise von 1952“ (Zavaleta Mercado 2008: 10). Für Zavaleta ist an diesem Prozess ausschlaggebend, dass er erstmals die Möglichkeit einer katastrophalen Patt-Situation zwischen den herrschenden und beherrschten Gruppen und Klassen beinhaltet, die sich in der direkten Konfrontation zwischen deren gegensätzlichen Weltanschauungen ausdrückt. Die Patt-Situation entsteht dadurch, dass nun auch die subalternen Kräfte in der Lage sind, wichtige Gesellschaftssektoren zu mobilisieren (vgl. García Linera 2008: 30): eine bis zu diesem Zeitpunkt unbekannte Gegebenheit in der Geschichte Boliviens. Im Hinblick auf das katastrophale Patt, aus dem ein neuer Staat entstehen würde, erinnert Zavaleta zudem daran, dass die wesentliche Auswirkung dieser Periode in der politischen Präsenz der Volksmassen und in ihrer Organisation bestand (vgl. Zavaleta Mercado 1977: 105). Dies ist wahrschein-

lich der zentrale Punkt eines national-popularen Projekts: die Möglichkeit, dass der Staat nicht mehr die alten oligarchischen Strukturen verkörpert, sondern das Ergebnis einer besonderen Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse ist, die vorstoßen, zurückweichen und ständig im Widerstreit stehen.

Bis hierher wurde ein Aspekt der Definition des National-popularen behandelt: die soziale Demokratisierung, verstanden als Prozess, der auf eine erweiterte Partizipation der beherrschten Subjekte abzielt. Die Staatsform ist jedoch ein weiteres Element, mit dem sich Zavaleta auseinandergesetzt hat. Grundsätzlich ging er von der Unmöglichkeit einer „allgemeinen Theorie des Staates“ aus, da diese im jeweiligen Fall in die Geschichte des spezifischen Landes eingebettet sei. In diesem Punkt fasst er zwei Diskussionen zusammen: einerseits die Geschichte der Entstehung und Konsolidierung der verschiedenen Staaten, andererseits jene der kapitalistischen Entwicklung: „Auf der anderen Seite ist der Kapitalismus selbst die Geschichte der Entstehung seines Staates oder, in anderen Worten, die Geschichte des kapitalistischen Staates ist die Produktion, Verteilung und Anwendung des Überschusses“ (Zavaleta Mercado 2008: 39).

Der Kapitalismus stellt für Zavaleta ein Regulierungsmodell dar, das auf tendenziellen Gesetzmäßigkeiten und der daraus hervorgehenden sozialen Homogenität beruht. Demgegenüber reflektiert die Diversität der staatlichen Formen die soziale Heterogenität. Der Überschuss ist nun jenes Element, das beide Momente verbindet: die Eingliederung in den Weltmarkt und die Aneignung und Nutzung des Überschusses seitens der dominanten Subjekte, die darauf ihre Herrschaft gründen. Zavaleta zufolge existiert in Lateinamerika das Vorurteil, dass eine Veränderung und sozialer Wohlstand nur über die Produktion von Überschuss möglich sei. In diesem Sinn „ist Amerika ein konservativer Kontinent, der eher an die Transformation mittels der Produktion von Überschuss glaubt als an eine Veränderung durch eine intellektuelle Reform“ (ebd.: 36).

Der Überschuss, also der auf dem Markt zirkulierende Wert, kann in „wirtschaftlicher“ Hinsicht als der Reichtum verstanden werden, über den eine Nation verfügt, um sich als selbstreferenzielles System zu konstituieren. Es genügt jedoch nicht, über Reichtum zu verfügen. Man muss diesen auch zu nutzen und zu erweitern wissen. Was Zavaleta damit zur Diskussion stellt, ist die Tatsache, dass der Streit um den Überschuss, also die Auseinandersetzung um den Werttransfer von der kolonisierten Peripherie ins kolo-

niale Zentrum, notwendigerweise auf den Prozess der Konstituierung des Staates verweist, vor allem aber auf die radikalen Unterschiede zwischen den Staaten des kapitalistischen Zentrums (mit den Voraussetzungen für eine stabile repräsentative Demokratie) und jenen der Peripherie (die auf oligarchischen, patrimonialen und offen repressiven Strukturen basieren). Warum gibt es in einer Region wie Lateinamerika, die sich durch eine frühzeitige und markante Einbindung in den Weltmarkt auszeichnet, keine starken und autonomen Staaten, die als tatsächliche Mittler agieren? Zavaleta dazu: „Der Überschuss ist bedingt durch das, was Marx über den Wert sagte: ein *historisch-moralisches* Maß“ (ebd.: 41, Hervorhebung im Original).

An diesem Punkt gelangen wir zu jenem Weg, den Zavaleta hinsichtlich gesellschaftlicher Transformation selbst bevorzugte: der intellektuellen Reform. Er versteht darunter „den Austausch und die Ersetzung von Loyalitäten, Überzeugungen und Prinzipien“ (ebd.: 35). Diese historisch-moralische Veränderung kann nur im Bereich der Politik geschehen, also in den Willensbildungsprozessen im Inneren der Nation.

Zavaleta betrachtet die Politik immer aus einer geschichtlichen Perspektive und nimmt dabei in den Blick, dass die Nutzung des Überschusses im 19. Jahrhundert durch ein koloniales Macht- und Gesellschaftsverständnis konditioniert wurde (vgl. Gandarilla 2006: 40f). Diese Situation umzukehren impliziert allerdings nicht, die Bedeutung des Überschusses zu verkennen, sondern die intellektuelle und moralische Reform der Gesellschaft für dessen Nutzung in den Vordergrund zu stellen. Oder, um es mit Marx auszudrücken, die historisch-moralischen Elemente der Gesellschaft zu betonen. Diese können die Form einer „moralischen Ökonomie“ annehmen – so wie es Edward P. Thompson zu sagen pflegte – oder sich laut Zavaleta mit einer „Akkumulation im Schoss der Klasse“ (Zavaleta Mercado 1988: 8) verbinden. In beiden Fällen wird allerdings auf das gleiche Bezug genommen: Es handelt sich um Elemente, die weder subsumiert, kolonisiert, vergessen oder unterdrückt worden sind, die von den Handlungen des Subjekts ausgehen und die die kapitalistische Entwicklung in Frage stellen können. Der erste Schritt einer solchen intellektuellen Reform erfordert also einen radikalen Dekolonisierungsprozess, aber auch das Hinwirken auf ein optimales Verhältnis zwischen ziviler und politischer Gesellschaft, um das Problem der nationalen Autonomie im Kontext der Weltmarkteinbindung in Angriff zu nehmen (vgl. Zavaleta Mercado 2008: 23).

3. Das National-populare und der Neoliberalismus

Wenn wir Zavaleta in seiner Analyse des erweiterten Staates in Bolivien folgen, die dem Konzept des National-popularen einen zentralen Stellenwert zuschreibt, ist es notwendig, das Jahr 1985 als wichtigsten politischen Bruch in den Blick zu nehmen. Ab diesem Zeitpunkt wird das national-populare Projekt, das den subalternen AkteurInnen einen zentralen Stellenwert eingeräumt hatte, von den dominanten Sektoren der bolivianischen Gesellschaft in Frage gestellt: Es sieht sich radikalen Transformationsprozessen ausgesetzt und löst sich dabei fast auf. Der Neoliberalismus war die Form, mit der die dominanten Sektoren sich dazu entschlossen, das national-populare Projekt zu Fall zu bringen. Dieser Prozess begann mit der Einführung der Neuen Wirtschaftspolitik (Nueva Política Económica) und der Verkündung des Obersten Dekrets 21060 durch Präsident Victor Paz Estenssoro von der MNR und später durch das Oberste Dekret 22407 unter Jaime Paz Zamora. Ein weiterer entscheidender Moment ereignete sich unter dem vormaligen Diktator Hugo Banzer, der als Präsident im Jahr 1997 das staatliche Erdölunternehmen *Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos* verkaufte.

Insgesamt kann dieser Prozess in drei Punkten zusammengefasst werden:

(a) Die Transformation der wichtigsten Grundlage des Wirtschaftswachstums, das sich bis dahin auf den Bergbausektor konzentrierte, und das Ende des Binnenwachstums. Die neoliberale Reform gründete vor allem auf der Dezentralisierung der großen staatlichen Industriekonzerne und der Schließung der als obsolet eingestuften Industrien. Im Fall des Bergbaus waren schätzungsweise mehr als 25.000 Bergarbeiter und ihre Familien betroffen. Diese sahen sich dazu gezwungen, die Minen zu verlassen und auf der Suche nach einer neuen Lebensgrundlage in andere Städte abzuwandern (vgl. González Pazos 2007: 75). Auf der anderen Seite erzielte die – in ganz Lateinamerika angewandte – neoliberale Wirtschaftspolitik die erwarteten makroökonomischen Effekte, schließlich gelang es ihr doch, die Hyperinflation in den Griff zu bekommen. Dies geschah jedoch auf Kosten der Kaufkraft und damit des Konsums der Erwerbstätigen. Der Prozess, der die Inflation aufhielt, „vertiefte paradoxerweise die soziale Ungleichheit und ignorierte distributive und egalitäre Aspekte“ (Arriarán 2007: 72). Auch die staatlichen Sozialausgaben wurden stark gekürzt, vor allem in den

Bereichen Bildung und Gesundheit. Das Ergebnis dieser Maßnahmen in Bolivien glich der Entwicklung in anderen lateinamerikanischen Ländern, wie der Gini-Koeffizient zur Messung sozialer Ungleichheit aufzeigt. In Punkto Ungleichheit hat sich die Situation Boliviens in den 1990er Jahren enorm verschlechtert (vgl. Ávila 2006: 325).

(b) Die Reform der politischen Gesellschaft, die den Weg für ein auf Wahlen basierendes Regime ebnete und dabei versuchte, ein Parteiensystem mit den drei wichtigsten politischen Kräften des Landes zu konsolidieren: der MNR, der MIR und der Nationalen Demokratischen Allianz (Alianza Democrática Nacional, ADN), deren Wählerpotenzial auf die Revolution von 1952 zurückzuführen ist. Diese drei Parteien waren an der tiefen ethnischen Spaltung des Landes wesentlich beteiligt, die den „Weißen“ und der Stadt die Indigenen und das Land unterordnete, ein Beweis für die „Kolonialität der Macht“ (Quijano 2005).

(c) Die Demontage der bedeutendsten Fundamente des national-populären Projekts beinhaltete auch einen Angriff auf die subalternen Subjekte als dessen zentrale AkteurInnen, wie auch auf ihr wichtigstes Kampfinstrument. Sowohl das Proletariat aus dem Bergbau als auch *die* große Gewerkschaft, die COB (Central Obrera Boliviana), wurden dem Niedergang ausgesetzt. Die Krise der COB, Resultat systematischer Schläge gegen ihre wichtigsten AnführerInnen, verstärkte sich auch durch die Schließung großer Staatsunternehmen und den dadurch hervorgerufenen Verlust tausender Arbeitsplätze. Die Krise der wichtigsten Gewerkschaft wurde von einigen als endgültiger Niedergang der gewerkschaftlichen Bewegung angesehen (vgl. Muñoz Mata 1995: 54), als Zeichen einer „Lumpenisierung“, also einer materiellen Verarmung einhergehend mit dem Verlust klassenspezifischer Interessen (Toranzo Roca/Arrieta Abdalla 1989) oder einer Re-Proletarisierung im Kontext der kleinen Privatunternehmen (vgl. García Linera 2007b: 37). Alles in allem besteht kein Zweifel, dass dies ein heftiger Schlag gegen die wichtigste Organisation der ArbeiterInnen war. Über Jahrzehnte hinweg war diese Gewerkschaft von zentraler Bedeutung für die subalternen Subjekte, eine wahre Kampf- und Gemeinschaftsschule. Die Krise der COB bedeutete jedoch nicht, dass die Gewerkschaftsbewegung an sich verschwunden wäre. Vielmehr hat sich ein Wandel vollzogen, der sowohl eine Transformation der gewerkschaftlichen AkteurInnen als auch ihrer Aktionsformen mit einschließt. So ist nach den neoliberalen Strukturan-

passungen eine Gewerkschaftsbewegung abseits der COB entstanden, ein bis dato noch wenig untersuchtes Thema (Kruze 2001: 170-180).

4. Subalterne Subjekte im 21. Jahrhundert

Neben den ökonomischen Effekten hatte der Neoliberalismus auch entscheidenden Einfluss auf die Neukonfiguration der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse, ein Phänomen, das auch räumlich zum Ausdruck kommt. Heute stehen wir vor einer neuen Geographie der Herrschaft und des Widerstands. Der Osten Boliviens, der so genannte Halbmond (*media luna*), befindet sich in der Hand oligarchischer Gruppen, die von der jüngsten Transformation des Kapitalismus profitiert haben. Dieser neuen Oligarchie mit Sitz in Santa Cruz gelang es, ihre Herrschaft regional zu konsolidieren und das neoliberale Projekt voranzutreiben.

Im Gegensatz dazu konzentriert sich der Widerstand auf den Westen des Landes, vor allem auf die neu entstandenen großen Städte mit indigener Bevölkerung und auf die Gebiete des Kokaanbaus, deren Wachstum sich im Rahmen einer systematischen Repression seitens des Staates vollzogen hat (Escárzaga 2007). Die Entstehung von Städten wie El Alto und das Wachstum der Hauptstadt La Paz, aber auch die Organisation der bäuerlichen Bevölkerung in El Chapare oder Yungas sind die bekanntesten Fälle dieser geographischen Transformation der Herrschaft und des Widerstands. Ausgehend von dieser räumlichen Neuordnung Boliviens organisiert sich auch der Kampf um die Konstruktion eines national-popularen Projekts. In diesem Rahmen bewegen sich die neuen Subjekte, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts aufeinandertreffen werden.

Die Organisation eines national-popularen Projekts im Kontext der Revolution von 1952 war aufgrund eines Elements möglich, das Zavaleta als „proletarische Zentralität“ (*centralidad proletaria*) bezeichnete. Der entscheidende Einfluss des vor allem aus dem Bergbau stammenden Proletariats in den subalternen Kämpfen des Landes, die ihre Wurzeln in der Revolution von 1952 haben, endete symbolisch im Jahr 1986, als zehntausend Bergarbeiter die Schließung der Minen mit dem Versuch der Einkesselung von La Paz verhindern wollten. Mit der Transformation des bis dahin auf den Bergbau ausgerichteten Akkumulationsregimes, das die Grundlage

für die proletarische Zentralität in den Kämpfen der subalternen AkteurInnen dargestellt hatte, haben sich jedoch auch die historischen Subjekte selbst verändert. Unsere darauf basierende Hypothese geht davon aus, dass wir im Augenblick vor einer Rekonfiguration der Idee des National-popularen stehen, wie die Aufstände und Erhebungen von 2000 bis 2005 nahe legen. Dieses neue historische Moment verweist auf die Konstituierung von subalternen Subjekten, die aus zwei unterschiedlichen Bereichen kommen: zum einen der ArbeiterInnenschaft vor allem aus dem Bergbausektor, mit ihrer traditionellen gewerkschaftlichen Organisation, zum anderen indigene Gruppen mit ihrem ländlichen und gemeinschaftlichen Organisationshintergrund, die sich in die urbanen Räume eingliedern, wie etwa die Aymara im Hochland (*altiplano*), die KokabäuerInnen und die Nachbarschaftsbewegungen aus El Alto, um nur einige wenige zu nennen.

Ist die proletarische Zentralität des 20. Jahrhunderts auf das Akkumulationsregime und auf die damit korrespondierende Form der sozialen Ordnung zurückzuführen, so erleben wir im heranbrechenden 21. Jahrhundert das Aufkommen der Zentralität eines vielseitigen und heterogenen Subjekts. Dieses basiert auf der besten Tradition der proletarischen Kämpfe und verbindet diese mit neuen Forderungen, die während des Neoliberalismus entstanden sind: von den Rechten der KokabäuerInnen über den Kampf um den Zugang zu Wasser und allgemein zu den Gütern der öffentlichen Grundversorgung in den neu entstandenen Städten bis zur Verteidigung der Erdöl- und Erdgasvorkommen.

Vor allem im Jahr 2005 treten die Konturen eines national-popularen Projekts wieder deutlich hervor. Aufbauend auf den Erfahrungen der Mobilisierungen und Auseinandersetzungen aus dem Jahr 2000 und 2003 werden im Mai und Juni 2005 konkrete Forderungen wie die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen und die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung erhoben. Diese sich allmählich herausbildenden Umrisse eines national-popularen Projekts erleben ihren vorläufigen Höhepunkt in den Auseinandersetzungen im Jahr 2005. In der Tat kommt es in dieser Phase zu dem Versuch, die beiden wesentlichen Merkmale des National-popularen zu verbinden: eine soziale Demokratisierung im Zuge der Mobilisierungen und die Transformation der Staatsform.

Gehen wir daher näher auf die Ereignisse dieser Periode ein, die durch die Proteste für die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen gekenn-

zeichnet war, in der der Nationalkongress umstellt, der Rücktritt von Carlos Mesa und schließlich die Einberufung von Eduardo Rodríguez Veltzé als Interimspräsident und damit die Ausrufung von Neuwahlen erzwungen wurde.

Die Mobilisierungen aus dem Jahr 2005 sind das Ergebnis der offenen Forderungen aus den Auseinandersetzungen von 2000 und 2003 und weisen als zentrale diskursive Achse die Kritik an den Privatisierungsmaßnahmen seit 1985 auf. Die Diskussion konzentriert sich vor allem auf die Wiederaneignung der natürlichen Ressourcen und erweckt damit den „Kampf um den Überschuss“ zu neuem Leben. Waren die Proteste 2003 noch hauptsächlich gegen den Verkauf der Gasvorkommen gerichtet, stand 2005 deren Verstaatlichung auf dem Forderungskatalog. Es ist beachtenswert, dass es im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Erdöl- und Erdgasvorkommen zu einer Erstarkung der subalternen Kräfte des Landes kam. Neben den Interessen der Unternehmen und der herrschenden Gruppen erhoben somit auch die subalternen AkteurInnen ihre Forderungen und ihren Anspruch auf die natürlichen Ressourcen des Landes. Dadurch wurde einer Reartikulation verschiedener oppositioneller Gruppen der Weg geebnet, denen es durch eine gemeinsame Koordination gelang, sich den regierenden Eliten entgegenzustellen.

Das Thema der Energieressourcen war ein zentraler Diskussionspunkt in der Regierung von Carlos Mesa. Für den 18. Juli 2004 berief der Präsident ein bindendes Referendum über die Modalitäten des Abbaus und der Verwendung der Erdöl- und Erdgasvorkommen ein. Doch schon am 30. Dezember 2004 drängte sich das Problem von neuem auf, als Mesa das Dekret 27959 verabschiedete. Damit legte er eine Erhöhung der Gas- und Ölpreise fest. Diese Maßnahme, die als „*dieselazo*“ bezeichnet wurde, löste großen Unmut in Regionen wie El Alto und Santa Cruz de la Sierra aus (vgl. Gutiérrez Aguilar 2008: 279-283). So begann das Jahr 2005 mit Demonstrationen gegen die Erhöhung der Energiepreise, aber auch mit Protesten gegen die Privatisierung des Wassers in El Alto (vgl. ebd.: 275f). Zwar waren beide Ereignisse Auslöser der sozialen Proteste. Jedoch sollte das Thema der Erdöl- und Erdgasvorkommen zum zentralen Referenzpunkt der darauf folgenden Aufstände und auch der Auseinandersetzungen im Kongress werden.

Die allgemeinen Mobilisierungen bewogen den Präsidenten im März 2005 dazu, seinen Rücktritt mittels einer Ankündigung im staatlichen Fernsehkanal anzubieten. Durch die Proteste und Blockaden sah sich Mesa

außerstande, den Regierungsgeschäften nachzugehen. Er verwies besonders auf die Proteste und Straßensperren in El Alto gegen das Unternehmen Aguas de Illimani S.A. (AISA). Schwierigkeiten ergaben sich aber auch im Kongress, wo das neue Gesetz über die Erdöl- und Erdgasvorkommen besprochen wurde. Letzten Endes wurde der Rücktritt von Mesa jedoch nicht angenommen, weshalb der Präsident weiterhin in seinem Amt blieb. Damit begann die Periode von März bis Juni 2005, die Raquel Gutiérrez als „zweite Schlacht um die Erdöl- und Erdgasvorkommen“ bezeichnet (ebd.: 284-288). Gegenüber dem neuen Gesetz formierte sich eine breite Oppositionsbewegung, die im Mai 2005 auf die Straße ging und ihrem Unmut Ausdruck verlieh.

5. Märsche, Streiks und Blockaden im Mai 2005

„Märsche und Blockaden für die Verstaatlichung der Gasvorkommen“, stand auf der Titelseite der bolivianischen Zeitung *La Prensa* am Samstag, den 14. Mai 2005 zu lesen (La Prensa, 14.5.2005). Dieselbe Ausgabe berichtete über die Mobilisierungen der sozialen, indigenen, bäuerlichen und gewerkschaftlichen Organisationen, die das neue Erdöl- und Erdgasgesetz ablehnten. Mehr noch, diese Aktionen wurden zusätzlich zum Auslöser für den Aufstand, der einige Wochen später den Rücktritt von Präsident Carlos Mesa zur Folge hatte. Die andauernden Mobilisierungen verhinderten auch die Regierungsübernahme sowohl des Senatspräsidenten Hormando Vaca Díez als auch des Parlamentspräsidenten Mario Cossío. Damit wurde schließlich Eduardo Rodríguez Veltzé zum Interimspräsidenten ernannt, der gemäß der Verfassung dazu verpflichtet war, Neuwahlen auszurufen.

Am 16. Mai fing alles an. Die Mobilisierungen begannen mit Märschen, die sich aus unterschiedlichen Richtungen auf La Paz zubewegten (vgl. Gutiérrez Aguilar 2008: 289). Von Caracollo aus dem Departamento⁴ Oruro marschierten jene Organisationen in Richtung Hauptstadt, die seit dem 9. Mai einen nationalen Einheitsblock unter anderem mit der COB, der Bauernvereinigung CSUTCB (Confederación de Campesinos), dem Rat der Ayullus CONAMAQ (Consejo de Ayllus), der Siedlervereinigung CSCB (Confederación de Colonizadores), der Landlosenbewegung (Movimiento Sin Tierra, MST-B) gegründet hatten. Ein weiterer Marsch bewegte

sich aus El Alto auf La Paz zu. Es war der erste, der die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen und die Schließung des Parlaments einforderte (Delgado Mancilla 2005: 8), getragen vom Dachverband der Nachbarschaftsvereinigungen (Federación de Juntas Vecinales, FEJUVE), dem Regionalen Arbeiterverband (Confederación Obrera Regional, COR) und den Studierenden der Öffentlichen Universität von El Alto (Universidad Pública de El Alto, UPEA). Auch die Lehrerschaft, die sich schon zuvor in einem Streik befunden hatte und eine Erhöhung der Gehälter sowie des nationalen Bildungsbudgets einforderte, nahm an den Mobilisierungen teil (El Diario, 14.5.2005; La Razón, 16.5.2005).

Den verschiedenen Protestbewegungen war zwar die Ablehnung des neuen Erdöl- und Erdgasgesetzes gemein, das am 5. Juni 2005 vom Kongress angenommen worden war und noch der Zustimmung des Präsidenten bedurfte, um endgültig in Kraft zu treten. Dennoch bestanden einige Differenzen zwischen den aufständischen Bewegungen und Organisationen. Während etwa die Kräfte im Umfeld der MAS lediglich eine Erhöhung der Lizenzgebühren für den Abbau der Erdöl- und Erdgasvorkommen auf 50 Prozent einforderten, verlangten die Organisationen aus El Alto die Verstaatlichung der Vorkommen, den Rücktritt von Präsident Carlos Mesa und die Schließung des Parlaments. Beide Fronten traten jedoch gemeinsam für die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung ein (La Prensa, 16.5.2005). Die Forderungen nach der Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen fanden in der Regierung jedoch keinen Widerhall. Präsident Mesa ließ zwar die Frist für die Unterzeichnung des neuen Gesetzes verstreichen. Damit ging jedoch die Gesetzesvorlage wieder an den Senat zurück. Dessen Präsident Vaca Díez unterzeichnete am 17. Mai die Vorlage, die somit in Kraft trat. Auf diese Weise entzog sich Präsident Carlos Mesa der Verantwortung, eine klare Position sowohl gegenüber den aufständischen Gruppen als auch gegenüber den Unternehmen einzunehmen. Vor allem transnationale Erdölfirmer, die der im neuen Gesetz festgelegten Erhöhung der Lizenzgebühren und der Förderrechte ablehnend gegenüberstanden, kündigten an, dass sie Klagen vor internationalen Gerichten einreichen würden. Auch der Anführer der MAS, Evo Morales, trat für Abänderungen des Gesetzes ein, „um es gerechter zu gestalten“. In El Alto hingegen bezichtigte man die Politiker, den Kongress und den Präsidenten des Verrates und kündigte gemeinsam mit den indigenen Aymara

weitere Mobilisierungen, Straßensperren und Hungerstreiks an (Gomez, 17.5.2005).

Mehrere aufständische Gruppierungen, darunter etwa VertreterInnen der MAS, der Koka-BäuerInnen, der Genossenschaften, der Bergarbeiter, der Aymara-BäuerInnen und der Studierenden der UMSA und der UPEA, fanden sich auf dem Platz der Helden zu einer offenen Ratsversammlung ein. In den Ansprachen und Auseinandersetzungen wurden die unterschiedlichen Positionen der Organisationen und Bewegungen hinsichtlich der Forderungen einer Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen, dem Rücktritt von Carlos Mesa und der Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung deutlich. Während etwa die MAS zu Beginn auf die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung beharrte und sich erst durch den Druck der übrigen TeilnehmerInnen der Forderung nach einer Verstaatlichung anschloss, verlangten die Organisationen aus El Alto den Rücktritt des Präsidenten. Dennoch konnte man sich am Ende auf eine gemeinsame Vorgehensweise einigen. Es wurde vereinbart, dem Kongress eine viertägige Frist für die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung und für eine Reform des Erdöl- und Erdgasgesetzes zu setzen. Falls dies nicht geschehe, würde man den Kongress einnehmen (vgl. Gutiérrez Aguilar 2008: 290; La Prensa, 24.5.2005).

Die Forderung nach der Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen wurde somit zum Dreh- und Angelpunkt der fragmentierten aufständischen Kräfte. Der Moment, in dem sie zum zentralen Anliegen im Forderungskatalog der sozialen Proteste wurde, kann in Anlehnung an René Zavaleta als Neugründung des national-popularen Projekts festgemacht werden. Zu diesem Zeitpunkt lässt sich schließlich das Aufeinandertreffen der zwei Elemente festmachen, die für Zavaleta den Kern des National-popularen ausmachen: die Forderung nach einer Transformation der Staatsform und einer sozialen Demokratisierung, also dem Streben nach einer Selbstbestimmung seitens der Volksmassen. Die Verstaatlichung (*nacionalización*) wird mit anderen Worten weder als eine Handlung des Staates selbst aufgefasst, noch als Projekt, das auf eine Aufblähung des bürokratischen Staatsapparates abzielt. Im Gegenteil liegt ihr eine gemeinschaftliche Sichtweise der sozialen Mobilisierungen zugrunde, die auf den öffentlichen Charakter des Eigentums an den natürlichen Ressourcen des Landes verweist.

Nach der Ratsversammlung wurden die Mobilisierungen mit verstärkter Kraft fortgesetzt. Aufständische LehrerInnen, Bergarbeiter, StudentInnen und BäuerInnen gelangten bis in die Nähe des Parlaments und des Regierungspalastes. Mit der vorangetragenen *whipala*-Fahne⁵ begannen die Auseinandersetzungen mit der Polizei, die mehrere Tage hindurch andauerten. Zu diesem Zeitpunkt des Konflikts kam unter der Bevölkerung auch das Gerücht auf, dass ein Militärputsch geplant sei, was die angespannte Atmosphäre zusätzlich verstärkte. Auch das von den oligarchischen Gruppen aus dem Osten des Landes forcierte Thema einer Autonomie der Departamentos gewann an Bedeutung und spitzte sich parallel zu den Mobilisierungen der Aufständischen in La Paz zu. Mittels ihrer Anführer Abel Mamani und Edgar Patana bekräftigten die FEJUVE und die COR ihre Forderungen nach einer Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen, der Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung und einer Anklage gegen Ex-Präsident Sánchez de Lozada, während sie gleichzeitig einen Dialog mit der Regierung ablehnten.

Wie auch während der vorherigen Tage wurden am 29. Mai die Mobilisierungen in El Alto und La Paz ab den frühen Morgenstunden fortgesetzt. EinwohnerInnen aus El Alto, ArbeiterInnen, LehrerInnen, Studierende, Kaufleute, Bergarbeiter, BäuerInnen und Aymara aus dem Hochland (Gomez, 30.5.2005), fast 20.000 Angehörige der FEJUVE, des Bauernverbands Túpaj Katari (Federación de Campesinos Túpaj Katari), des Dachverbands der Betriebsräte (Confederación Nacional de Gremiales), des Verbands der Bergarbeiter (Federación de Mineros) und des Verbands Behinderter Menschen (Confederación de la Persona con Discapacidad) fanden sich zu den Demonstrationen und Blockaden ein. Diese hatten angesichts der angekündigten Sitzung des Nationalkongresses am 31. Mai zum Ziel, das Parlamentsgebäude zu umstellen, um damit die Sitzung zu verhindern (vgl. La Prensa, 30.5.2005). Wie erwartet wurde die Tagung des Nationalkongresses auch ausgesetzt. Die Mehrheit der Abgeordneten, unter ihnen der Präsident des Senats, Hormando Vaca Díez, erschienen nicht zur Sitzung und verwiesen auf die fehlenden Rahmenbedingungen. Einzig die Abgeordneten der MAS verlangten die Durchführung der Versammlung, was jedoch nicht geschah. In der Nacht vertrieb die Polizei mit Tränengas jene Menschen, die sich noch auf dem Platz der Helden befanden (vgl. Chávez 2006: 45).

6. Die Mobilisierungen im Juni und der Rücktritt von Carlos Mesa

Anfang Juni nahmen die Aymara, ländliche und städtische LehrerInnen, Angehörige der Nachbarschaftskomitees aus El Alto und andere DemonstrantInnen erneut die Straßen von La Paz ein. Während die Demonstrationen ausgehend von zentralen Orten der politischen Macht, wie etwa den Wohngebieten der Mittelklasse, durch die Stadt zogen, verkündete das Erste Regiment der Nationalpolizei erstaunlicherweise, dass es nicht gegen die Kundgebungen vorgehen würde (vgl. Gutiérrez Aguilar 2008: 292). Trotz dieser Zurückhaltung kam es durch einen anderen Aggressor zu gewalttätigen Auseinandersetzungen: Die Demonstration der Landlosenbewegung und der MAS, die entlang der Landstraße La Guardia in Richtung Santa Cruz de la Sierra verlief, wurde von der Jugendunion aus Santa Cruz (Unión Juvenil Cruceña, UJC) angegriffen (vgl. El Diario, 2.6.2005).

Aufgrund der andauernden Mobilisierungen wurde die Sitzung des Nationalkongresses auch am 1. Juni ausgesetzt, obwohl im so genannten „Nationalen Abkommen für Bolivien“ (*Acuerdo Nacional por Bolivia*) gleichzeitig von den politischen Parteien vereinbart wurde, sowohl eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen als auch das Referendum über die Autonomie der Departamentos durchzuführen (vgl. Gomez, 1.6.2005). Am 2. Juni waren schließlich mehr als 60 Prozent aller Straßen Boliviens blockiert. Am darauf folgenden Tag berief Präsident Carlos Mesa mittels des Dekrets 28195 die verfassungsgebende Versammlung ein und legte den 16. Oktober als Datum für das Referendum über die Autonomie fest (Gutiérrez Aguilar 2008: 292). Der Vorschlag des Präsidenten fand jedoch keine Unterstützung seitens der Aufständischen. Die rechtsgerichteten Gruppen des Bürgerkomitees aus Santa Cruz wandten dagegen ein, dass die Maßnahme gegen die Verfassung verstoße, und beriefen ihrerseits ein Referendum für den 12. August ein. Aber auch die von der MAS angeführten Organisationen erkannten das Vorhaben des Präsidenten nicht an. Als eine breite Ablehnung dagegen deutlich wurde, marschierten sie in den angrenzenden Straßen des Platzes der Helden und verlangten von Mesa, sein Mandat zu verkürzen und Neuwahlen auszurufen.

Da der Vorschlag des Präsidenten vorsah, die Frage des Erdöls und Erdgases erst im Rahmen der verfassungsgebenden Versammlung zu disku-

tieren, wurden in El Alto zusammen mit den Rücktrittsforderungen an Mesa auch Vorkehrungen getroffen, um das Treibstoff-Aufbewahrungslager Senkata zu umstellen. Die Blockade verursachte nicht nur einen Treibstoffmangel, sondern auch einen Anstieg der Lebensmittelpreise und wurde von den Printmedien mit großer Besorgnis kommentiert (vgl. La Razón, 5.6.2005). Angesichts möglicher Einfälle aufständischer Gruppen aus El Alto begannen sich die EinwohnerInnen im Süden von La Paz in Verteidigungskomitees zu organisieren (vgl. La Razón, 6.6.2005). Die verheerenden Auswirkungen der Belagerung der Hauptstadt wurden zusehends deutlicher. Im Verlauf des 5. und 6. Juni spitzte sich die Krise immer mehr zu. Sowohl in El Alto als auch in La Paz wurden die Lebensmittel knapp. Fleisch, Brot und andere Grundnahrungsmittel verteuerten sich oder waren nicht erhältlich. Auch die Gas- und Benzinvorräte gingen zur Neige, und es kam immer wieder zu Unterbrechungen der Wasser- und Stromversorgung. Der öffentliche Transport brach vollständig zusammen. Nicht nur Geschäfte, sondern auch Schulen und Arbeitszentren blieben geschlossen. Während die Stadt völlig zusammenbrach, setzten die aufständischen Gruppen ihre Proteste fort (vgl. La Prensa, 7.6.2005).

Die Auseinandersetzungen wurden in der Umgebung der Plaza Murillo, auf dem sich der Präsidentenpalast und das Parlamentsgebäude befinden, weitergeführt. Etwa eine halbe Million Menschen waren an den Aufständen beteiligt. Aus dem Norden und dem Süden kommend versammelten sich die Märsche auf dem Platz der Helden, auf dem eine Ratsversammlung großen Ausmaßes abgehalten wurde. Die dabei getroffenen Beschlüsse umfassten: (1) die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen mit der Drohung, die Förderstätten und Bohrlöcher einzunehmen, und (2) den Rücktritt von Carlos Mesa und die Schließung des Kongresses. Der Rücktritt von Mesa war ebenso Thema der öffentlichen Debatten. Man sah bereits voraus, dass auch Senatspräsident Hormando Vaca Díez und der Präsident des Abgeordnetenhauses Mario Cossío, die der Verfassung gemäß als mögliche Nachfolger von Mesa in Frage kamen, das Präsidentenamt nicht antreten würden können (vgl. Gomez, 6.6.2005).

Schließlich gab Carlos Mesa am 6. Juni 2005 seinen Rücktritt als Präsident Boliviens bekannt und überließ dem Parlament die Neubesetzung des Amtes (vgl. Mesa 2008: 300). Damit wurden jedoch weder die Forderungen einer Verstaatlichung des Erdöls und Erdgases noch die Einberufung einer

verfassunggebenden Versammlung einer Lösung zugeführt (vgl. Friedsky, 6.6.2005). Somit blieb ein politischer Prozess ungelöst, in dem nun Senatspräsident Vaca Díez eine zentrale Rolle zufiel. Während die Demonstrationen unbeirrt fortgeführt wurden, verlagerte Vaca Díez für den 8. Juni die Sitzung des Kongresses nach Sucre. Sofort begaben sich jedoch auch die Kontingente der Bergarbeiter dorthin. Somit befand sich nicht nur La Paz in den Händen der Aufständischen, sondern auch Sucre wurde eingekesselt.

Am Morgen des 9. Juni wurden Gerüchte laut, dass Vaca Díez mithilfe der Unterstützung von Ex-Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada die Nachfolge von Mesa antreten wolle (vgl. Juguete Rabioso, Juni 2005). Aufgrund des Drucks der in Sucre eintreffenden Bergarbeiter verkündete Vaca Díez jedoch, auf das Amt des Präsidenten zu verzichten, das ihm der Verfassung nach zugestanden wäre. Auch Mario Cossío erklärte, die Nachfolge von Mesa nicht anzutreten. Damit blieb als Kandidat nur noch der Präsident des Obersten Gerichtshofs, Eduardo Rodríguez Veltzé. Als Interimspräsident war er dazu gezwungen, innerhalb von sechs Monaten Neuwahlen auszurufen. Diese fanden schließlich am 18. Dezember 2005 statt und führten zum historischen Sieg der MAS, mit Evo Morales an der Spitze.

7. Abschließende Betrachtungen

Die in der zweiten Maihälfte des Jahres 2005 begonnenen Mobilisierungen gegen das Erdöl- und Erdgasgesetz mündeten in einen Aufstand mit indigenen, urbanen und popularen Zügen. Dies war der Augenblick, in dem die alte Ordnung auf den Kopf gestellt wurde. Die subalternen Klassen nahmen La Paz ein, blockierten die Zugänge der Stadt Sucre und übten Druck auf verschiedene Regierungsinstanzen aus, um den Rücktritt von Carlos Mesa herbeizuführen und auch seine möglichen Nachfolger an der Amtsübernahme zu hindern.

All das zeigt die Entfaltung des National-popularen, dem ausgehend von ländlichen und urbanen Erfahrungshorizonten der subalternen AkteurInnen eine neue Bedeutung zugeschrieben wurde. Nicht mehr die proletarische Zentralität, sondern ein multiples Subjekt bestehend aus Bergarbeitern, Indigenen, BäuerInnen, EinwohnerInnen aus El Alto, GenossenschaftlerInnen, Studierenden, Arbeitslosen und Straßenverkäu-

ferInnen des informellen Sektors leitete nun die Aufstände in La Paz im Mai und Juni 2005. Aus der Sicht Zavaletas stellen die Mobilisierungen der Volksmassen, die auf der Suche nach größerer Selbstbestimmung in die Terrains der politischen Macht eindringen, einen wirklich national-popularen Moment dar. Im Rahmen der Märsche und Demonstrationen wurde nicht nur der Ruf nach einer Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen laut, sondern auch nach der Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung und dem Rücktritt von Carlos Mesa. Darin liegt die Verbindung zwischen einer sozialen Demokratisierung und der Transformation der Staatsform, die auf ein neues Verhältnis zwischen der zivilen und der politischen Gesellschaft hinweist. Gleichzeitig handelt es sich um einen Prozess von langer Dauer. Das Thema der Verstaatlichung beschränkte sich nicht nur auf die Auseinandersetzungen aus dem Jahr 2005, sondern verweist auch auf ein historisches Ereignis, nämlich auf die Verstaatlichung der Minen als Ergebnis der Revolution von 1952. Gleichermaßen wurde die Forderung nach einer verfassunggebenden Versammlung bereits seit 1990 im Rahmen des Marsches für Land und Würde (*Marcha por el Territorio y la Dignidad*) der indigenen Völker aus dem Tiefland erhoben, und ab dem Jahr 2000 wieder aufgegriffen (vgl. Mokrani/Chávez 2007). Schließlich weisen auch die Forderungen nach dem Rücktritt von Carlos Mesa sowie der Schließung des Kongresses einen zutiefst demokratischen Hintergrund auf: Sie sind die Antwort auf einen effektiven Bruch zwischen ziviler und politischer Gesellschaft, wobei Letztere sich durch eine absolute Ignoranz gegenüber den Forderungen der Volksmassen auszeichnete. Damit wurde der Weg geebnet für eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen diesen beiden politischen Handlungsräumen.

Die Aufstände im Mai und Juni 2005 fügen sich damit in den Protestzyklus ein, der im Jahr 2000 mit dem „Wasserkrieg“ begann. Sie sind aber auch auf historische Ursachen zurückzuführen, die in der Vorstellungswelt und den konkreten Strategien der subalternen AkteurInnen neu zum Ausdruck kamen. Damit spielen wir auf das an, was Luis Tapia als „Struktur der Auflehnung“ (*estructura de rebelión*) bezeichnet: gemeinschaftliche und gewerkschaftliche Organisationsformen, eine gemeinsame Geschichte in Form von mehr oder weniger geteilten Erfahrungen und Empfindungen; die Erinnerung, die sich auf Elemente der Autonomie und der Freiheit gründet; die Beziehung zwischen der Erinnerung und einem politischen

Projekt, und auch zwischen dem Sinn des Gelebten und dem, was als möglich und wünschenswert erachtet wird (Gerechtigkeit, Würde, Rechte, Souveränität, Nation); die geschichtliche Erfahrung, die auf die Rebellionen von Túpaj Katari und Túpaj Amaru (1780–1781), die Revolution von 1952, den Widerstand gegen den Militärputsch von Natush Busch im November 1979 und die Aufstände aus den Jahren 2000 und 2003 verweist. All dies steht im Zusammenhang mit sozialen und politischen Gräben oder dem, was wir als Struktur des Konflikts bezeichnen können, also den Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen, der Ungleichheit und Mechanismen des Ausschlusses, alles Aspekte, die eine koloniale Dimension aufweisen (vgl. Tapia 2008: 69-84).

In den Aufständen des Jahres 2005 zeigte sich eine effektive soziale und politische Organisation der subalternen Kräfte, die nicht nur in den gemeinsam koordinierten Aktionen zum Ausdruck kam, sondern auch in der territorialen Aneignung der städtischen Gebiete und der Solidarität zwischen den urbanen und ländlichen Organisationen. Trotzdem waren die Kämpfe nicht frei von internen Konflikten, insbesondere zwischen der MAS und den sie unterstützenden Organisationen einerseits, und der FEJUVE aus El Alto und den Gemeinden der Provinz Omasuyos andererseits. Aufgrund ihrer Erfahrung in der Schaffung autonomer Räume und der indigenen und popularen Organisation hatte letztere Gruppe ihren Höhepunkt in den Mobilisierungen im Mai und Juni 2005 (vgl. Chávez 2006: 11-60). Es gelang ihr jedoch nicht, ein politisches Projekt außerhalb des im engeren Sinne staatlichen Rahmens zu konsolidieren. Der Ausgang des Konfliktes mit der Interimspräsidentschaft von Rodríguez Veltzé und der Ausrufung von Neuwahlen begünstigte daher die Position der MAS. Sie war die einzige oppositionelle Organisation, die eine landesweite Struktur, ausreichend Wahlerfahrung und außerdem einen bekannten politischen Anführer hatte: Evo Morales, dem am 18. Dezember 2005 ein überzeugender Sieg bei der Präsidentschaftswahl gelang. Es handelt sich somit um einen Prozess, in dem die „Elemente eines nationalen Programms jene mit Indio- oder indigenem Charakter überlagern“ (Tapia 2008: 84).

Auch wenn die Präsidentschaft von Evo Morales nicht mehr Thema dieser Arbeit ist, scheint es uns dennoch angemessen, kurz auf die Beziehung zwischen der neuen Regierung und den sozialen Bewegungen einzugehen. Der Wahlsieg von Evo Morales stellt einen Moment dar, in dem

die Mobilisierungen der sozialen Bewegungen, die seit den Auseinandersetzungen im Jahr 2000 eine zentrale Rolle gespielt hatten, abklingen (vgl. Chávez 2005: 11f). Mit der Regierungsübernahme durch Morales hat ein neuer politischer Diskurs Einzug gehalten: Darin wird betont, dass es die sozialen Bewegungen selbst sind, die an die Macht gelangten. Implizit wird auf diese Weise auch eine Beendigung der Aufstände und Proteste suggeriert. Damit entsteht ein neuer politischer Kontext: Die Organisationen und sozialen Bewegungen charakterisieren sich häufig durch eine persönliche und politische Nähe zur Regierung und sind nicht selten Teil derselben. Die Gruppen des linken politischen Spektrums, die der neuen Regierung offen ablehnend gegenüber stehen, befinden sich deutlich in der Minderheit. Ab dem Jahr 2006 hat damit eine Eingliederung der sozialen Bewegungen und ihrer Anliegen in die politische Gesellschaft begonnen, die jedoch eine gewisse Unterordnung Ersterer nicht beseitigt oder überwindet. Beispiel dafür ist die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung, in deren Verlauf weder die sozialen Bewegungen noch ihre Forderungen vollständig repräsentiert wurden (vgl. Mokrani/Chávez 2007). Auch die Verstaatlichungsmaßnahmen der Erdöl- und Erdgasvorkommen seitens der neuen Regierung entsprechen nur teilweise dem Anliegen einer radikalen Verstaatlichung, das die sozialen Bewegungen eingefordert hatten (Mokrani/Gutiérrez 2006).

Dennoch muss betont werden, dass sich auf nationaler Ebene die politischen Kräfteverhältnisse entscheidend verändert haben. Wie Gramsci darlegte, sind die subalternen Klassen durchaus in der Lage, den Zustand ihrer Zersplitterung zu überwinden. Diese Vereinigung der subalternen Gruppen konnte im Fall Boliviens während des hier untersuchten Zyklus der Revolten und Aufstände gut nachvollzogen werden. Dennoch bestehen angesichts der ständigen Bedrohungen durch die oligarchische Rechte noch große Herausforderungen, vor allem hinsichtlich des hegemonialen Prozesses, den Gramsci als Staatswerdung der subalternen Gruppen bezeichnete. Nur eine weitere Vereinigung der sozialen Organisationen und Bewegungen zu einem alternativen Staatsprojekt bietet die Möglichkeit einer radikalen Fortschreibung und Vertiefung der von Zavaleta proklamierten Idee des Nationalpopularen: Ein kollektiver Willensbildungsprozess der subalternen AkteurInnen, der sich auf unterschiedliche und durchaus widersprüchliche Weise eine Veränderung der Herrschaftsverhältnisse zum Ziel setzt.

Das Wiederaufleben eines national-popularen Projekts und die Staatswerdung der subalternen Gruppen sind eng mit den Anstrengungen der Regierung Morales verbunden, den nationalen Charakter des bolivianischen Staates zu verstärken. Luis Tapia zufolge schlägt sich dies in dem Versuch nieder, eine relative Autonomie des Staates gegenüber den dominanten gesellschaftlichen Gruppen und Klassen zu gewährleisten: „Die relative Autonomie impliziert eine Distanzierung derjenigen Gruppen, die den Staat lenken, gegenüber den Interessen der herrschenden Klasse. Im Kontext der peripheren Länder, die auf untergeordnete Weise in das Weltsystem eingebunden sind, bedeutet dies auch eine Distanz gegenüber der herrschenden transnationalen Klasse und den transnationalen kapitalistischen Interessen sowie gegenüber der Souveränität anderer Staaten, die sich zutiefst in die Angelegenheiten des Landes eingemischt haben“ (Tapia 2009a: 125).

Dies ist jedoch kein einfaches Unterfangen. Es hängt auch nicht allein vom politischen Willen der neuen Regierung ab, eine solche relative Autonomie zu bewerkstelligen, die im Fall Boliviens die Konstruktion eines tatsächlich „nationalen“ Staates implizieren würde. Seitens der „organischen Intellektuellen“ der aktuellen politischen Führung – also jenen Intellektuellen, die die Interessen der Regierung und der sie unterstützenden Gruppen zum Ausdruck bringen – werden diesbezüglich zwei in der Folge schematisch dargestellte zentrale Faktoren angeführt: (a) der Versuch, eine größere Kontrolle über den wirtschaftlichen Überschuss des Landes zu erlangen; damit würde Bolivien eine vorteilhaftere und weniger untergeordnete Eingliederung in den Weltmarkt ermöglicht. Luis Tapia stellt dazu fest: „Der Verstaatlichungsprozess ist der Hauptbestandteil des Landes in der Hervorbringung dieser relativen Autonomie im Verhältnis zu den transnationalen Interessen“ (Tapia 2009a: 125); (b) die Möglichkeit, mit der Oligarchie zu verhandeln, ohne dadurch die Unterstützung der indigenen Basisgemeinden zu verlieren, die sich der Existenz und Notwendigkeit eines sozialen Transformationsprozesses bewusst sind. Gerade in diesem Punkt können jedoch ernsthafte Probleme auftreten, da die früheren Herrschaftsmechanismen zumindest in den folgenden drei Niveaus weiterbestehen: „das erste davon ist gekennzeichnet durch den Fortbestand der kolonialen Herrschaftsbeziehungen; das zweite Niveau entspricht einer Konfliktlinie entlang der Auseinandersetzungen zwischen den sozialen Klassen und das dritte Niveau steht im Zusammenhang mit der Konfliktlinie zwischen Regierenden und

Regierten, in der das Parteiensystem und auch interregionale Konflikte von Bedeutung sind“ (Mokrani 2009: 195). Das Andauern dieser Herrschaftsformen erschwert Verhandlungen zwischen den traditionellen Gruppen der Oligarchie und den subalternen Gruppen. In dieser Hinsicht erweisen sich die Aufgaben und Bestrebungen der Regierung Morales als äußerst komplex: Es geht nicht nur darum, ein emanzipatorisches politisches Projekt inmitten tiefer regionaler und ethnischer Spaltungen voranzutreiben, sondern es auch als eine soziale Alternative zum Neoliberalismus zu verteidigen. Dies impliziert unausweichlich, „die bis heute vorherrschenden kolonialen und zivilisatorischen Herrschaftsstrukturen zu demontieren“ (García Linera 2007a: 88); ein umso schwierigeres Unterfangen, wenn man die relativ schwache Organisation der Partei berücksichtigt, die aus den sozialen Bewegungen ihre Kraft schöpft, diese jedoch nur unzulänglich repräsentiert (vgl. Tapia 2009b: 306). Dieses Zusammenspiel der Faktoren kann in einem Moment der Zuspitzung der ungelösten Antagonismen ausschlaggebend sein für die Aufrechterhaltung dessen, was sich trotz allem als Versuch eines alternativen Gesellschaftsmodells darstellt.

Es lässt sich also eine enge und notwendige Beziehung zwischen der Konstruktion eines „nationalen“ Staates – durch den Aufbau einer relativen Autonomie desselben zu den herrschenden Klassen – und der Erweiterung und Vertiefung des national-popularen Projekts beobachten, das während der Auseinandersetzungen in den Jahren 2000 bis 2005 eine neue Bedeutung erhielt. Schließlich waren es diese Mobilisierungen, die einen ernsthaften Versuch der Schaffung eines „nationalen“ Staates tatsächlich ermöglichten. Die Schaffung eines neuen Gleichgewichts zwischen ziviler und politischer Gesellschaft ist jedoch ein noch andauernder Prozess. Entweder gelingt den subalternen Gruppen ihre Vereinigung und damit die Staatswerdung, eine Entwicklung, in der die progressiven Kräfte der Zivilgesellschaft tonangebend wären und es endgültig möglich wäre, die oligarchischen Machtstrukturen zu überwinden. Oder aber es gelingt den oligarchischen Gruppen mittels eines Paktes und Verhandlungen, ihre Klasseninteressen zu verteidigen und damit die Vormachtstellung der politischen Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Im Fall Boliviens würde dies zusätzlich den Fortbestand der Charakteristika einer kolonialen Unterwerfung bedeuten. Das erste Szenario impliziert die Konkretisierung des national-popularen Projekts, das zweite die Herausbildung eines semi-oligarchischen Staates, dem es gelingt,

die Elemente eines kollektiven Willensbildungsprozesses zu zerstreuen und zu pulverisieren. Vizepräsident Álvaro García Linera hat dieses Problem bereits deutlich angesprochen: „Ursprünglich gingen wir davon aus, dass die Konstruktion des Staates über Mechanismen des Dialogs und der Vereinbarungen möglich sei; und tatsächlich setzen wir immer noch darauf, im Sinne einer Weggabelung demokratischen Charakters, an die wir uns schrittweise annähern. Die Logiken der Vernunft und der Geschichte legen uns jedoch immer mehr nahe, dass wir auf einen Spannungsmoment zwischen den Kräften zusteuern müssen, genau an der Stelle dieser Weggabelung, um dann zu sehen, was passiert. Ich glaube, dass dieser Punkt im Falle Boliviens näher bevorsteht, als es den Anschein hat. In jedem Fall jedoch werden diese Stelle der Weggabelung und ihre Charakteristika die Form und die Eigenschaft des neuen bolivianischen Staates in Richtung Zukunft definieren“ (García Linera 2009: 525). An diesem Punkt, an dem sich der Triumph oder die Neutralisierung des National-popularen entscheidet, wird auch das zukünftige Schicksal Boliviens im 21. Jahrhundert festgelegt.

*Aus dem Spanischen von Dana de la Fontaine,
Melanie Hernandez Sanchez und Stefan Pimmer*

- ¹ Was im Deutschen als „Verstaatlichung“ bezeichnet wird, müsste wörtlich übersetzt eigentlich „Nationalisierung“ lauten. Gerade im bolivianischen und generell im lateinamerikanischen Kontext liegt damit der Schwerpunkt nicht so sehr auf der Aneignung durch den Staat, der historisch betrachtet nur eine gesellschaftliche Minderheit repräsentiert, sondern auf der „Nation“, und damit auch dem „Volk“: Begriffe, die häufig im Kontext subalterner Kämpfe verwendet werden (Anm. St.P.).
- ² Sociedad abigarrada würde in der wörtlichen Übersetzung „bunte“ oder „buntscheckige“ Gesellschaft bedeuten. Dies geht jedoch am zentralen Punkt des Konzeptes vorbei, der auf die Desartikulation und Zergliederung der unterschiedlichen räumlichen, historischen, ethnischen etc. Teile und Schichten verweist, die zusammen die bolivianische und andere lateinamerikanische Gesellschaften konstituieren. In Anbetracht dessen haben wir uns daher entschieden, den Begriff mit „zergliederter“ Gesellschaft zu übersetzen (Anm. St.P.).
- ³ Mit dem Begriff der „proletarischen Zentralität“ verweist Zavaleta auf die entscheidende Stellung und Bedeutung des vor allem aus dem Bergbau stammenden Proletariats innerhalb der subalternen Kämpfe Boliviens im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert (Anm. St.P.).
- ⁴ Als departamentos werden die neun Bundesstaaten Boliviens bezeichnet, denen jeweils ein Präfekt (prefecto) vorsteht (Anm. St.P.).

⁵ Die whipala ist eine karierte siebenfarbige Fahne (weiß, gelb, orange, rot, lila, blau und grün), die die Identität der indigenen Aymara aus dem Hochland repräsentiert.

Literatur

- Antezana, Luis (1993): Formación abigarrada y democracia como autodeterminación. In: Miranda Pacheco, Mario (Hg.): Bolivia en la hora de su modernización. México, D.F.: UNAM, 257-283.
- Arriarán, Samuel (2007): La derrota del neoliberalismo en Bolivia. México, D.F.: Torres y Asociados.
- Ávila, José Luis (2006): América Latina: el desafío de la desigualdad y la pobreza. In: de los Ríos Méndez, Norma/Sánchez Ramos, Irene (Hg.): América Latina hoy: historia, realidades y desafíos. México, D.F.: UNAM, 325-357.
- Chávez, Marxa (2005): „Nacionalización“ e insurrección popular: Los horizontes de la rebelión. La lucha por el Agua y las Jornadas por la Nacionalización de los Hidrocarburos en 2005 en El Alto. Unveröff. Manuskript.
- Chávez, Marxa (2006): Sobre los movimientos sociales en Bolivia: Autonomía/ Autoorganización y su relación con el Estado. In: Chávez, Marxa/Choque, Lucila/Olivera, Oscar/Mamani, Pablo/Chávez, Patricia/Prada, Raúl/Mokrani, Dunia/Gutiérrez, Raquel/Bautista, Rafael/Vega, Oscar/Viaña, Jorge/Tapia, Luis (Hg.): Sujetos y formas de la transformación política en Bolivia. La Paz: Editorial Tercera Piel, 11-60.
- Concheiro Bórquez, Elvira (2006): René Zavaleta: una mirada comprometida. In: Aguiluz, Maya/de los Ríos Méndez, Norma (Hg.): René Zavaleta Mercado: ensayos, testimonios y re-visiones. Buenos Aires: UNAM/FLACSO/CIDES/ PPELA, 179-188.
- Delgado Mancilla, Abraham (2005): Rebelión de Mayo y Junio. Cronología. La Paz: Folleto.
- Escárzaga, Fabiola (2007): Los cocaleros bolivianos y peruanos, construcción de sujetos y ausencia estatal. In: Nava, Telésforo/Fuentes, Jorge (Hg.): Crisis del Estado y luchas sociales. México, D.F.: Universidad Autónoma de México, Unidad Iztapalapa, 241-288.
- Gandarilla, José (2006): América Latina en la conformación de la economía-mundo capitalista. México, D.F.: UNAM.
- García Linera, Álvaro (2007a): Estado plurinacional. In: Vega Camacho, Oscar/García Linera, Alvaro/Tapia, Luis/Prada, Raúl (Hg.): La transformación pluralista del Estado. La Paz: Comuna, 20-88.
- García Linera, Álvaro (2007b): La muerte de la condición obrera del siglo XX. La marcha minera por la vida. In: García Linera, Alvaro/Gutiérrez, Raquel/Prada, Raúl/Tapia, Luis (Hg.): El retorno de la Bolivia plebeya. La Paz: Comuna, 25-59.

- García Linera, Álvaro (2008): Bolivia: empate catastrófico y punto de bifurcación. In: Memoria 230. <http://www.memoria.com.mx/index.php?contenido=articulo&link=revistas/230/AMERICA%20LATINA%20Garcia%20Linera.html>, 13.1.2010.
- García Linera, Álvaro (2009): La potencia plebeya. Buenos Aires: CLACSO/Siglo del Hombre Editores.
- González Pazos, Jesús (2007): Bolivia: la construcción de un país indígena. Barcelona: Icaria.
- Gutiérrez Aguilar, Raquel (2008): Los ritmos del Pachakuti. La Paz: Ediciones Yachaywasi/Textos rebeldes.
- Kruze, Tom (2001): Transición política y recomposición sindical. Reflexiones desde Bolivia. In: de la Garza Toledo, Enrique (Hg.): Los sindicatos frente a los procesos de transición política. Buenos Aires: UAM/CLACSO/ILAS, 153-191.
- Mesa, Carlos (2008): Presidencia sitiada. Memoria de mi gobierno. La Paz: Fundación comunidad/Plural.
- Miranda Pacheco, Mario (2006): Memoria en los caminos a Bayamo. In: Aguiluz, Maya/de los Ríos Méndez, Norma (Hg.): René Zavaleta Mercado: ensayos, testimonios y re-visiones. Buenos Aires: UNAM/FLACSO/CIDES/PPELA, 65-75.
- Mokrani, Dunia (2009): Reflexiones sobre la democracia y el significado de un gobierno de los movimientos sociales en Bolivia. In: Favela Gavia, Margarita/Guillén, Diana (Hg.): América Latina: los derechos y las prácticas ciudadanas a la luz de los movimientos populares. Buenos Aires: CLACSO, 191-213.
- Mokrani, Dunia /Chávez, Patricia (2007): Los movimientos sociales en la Asamblea Constituyente. Hacia la reconfiguración de la política. In: Svampa, Maristella/Stefanoni, Pablo (Hg.): Bolivia. Memoria, insurgencia y movimientos sociales. Buenos Aires: Editorial El Colectivo/CLACSO/OSAL, 55-66.
- Mokrani, Dunia/Gutiérrez, Raquel (2006): Sobre las tensiones actuales en Bolivia: el gobierno de Morales, la nacionalización de los hidrocarburos y la recuperación de la soberanía social. In: Chávez, Marxa/Choque, Lucila/Olivera, Oscar/Mamani, Pablo/Chávez, Patricia/Prada, Raúl/Mokrani, Dunia/Gutiérrez, Raquel/Bautista, Rafael/Vega, Oscar/Viaña, Jorge/Tapia, Luis (Hg.): Sujetos y formas de la transformación política en Bolivia. La Paz: Editorial Tercera Piel, 139-160.
- Muñoz Mata, Laura (1995): Los trabajadores mineros en la historia del movimiento obrero boliviano. In: Panoramas de Nuestra América: movimiento obrero en América Latina II, 9-62.
- Quijano, Aníbal (2005): Colonialidad del poder, eurocentrismo y América Latina. In: Lander, Edgardo (Hg.): La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Buenos Aires: CLACSO, 201-246.
- Tapia, Luis (2002): La producción del conocimiento local. La Paz: Muela del Diablo.
- Tapia, Luis (2008): Política salvaje. La Paz: CLACSO/Muela del Diablo/Comuna.
- Tapia, Luis (2009a): La coyuntura de la autonomía relativa del estado. La Paz: CLACSO/Muela del Diablo/Comuna.

- Tapia, Luis (2009b): Bolivia: la izquierda y los movimientos sociales. In: Chávez, Daniel/Rodríguez, César/Barrett, Patrick (Hg.): La nueva izquierda en América Latina. Madrid: Catarata, 295-310.
- Toranzo Roca, Carlos/Arrieta Abdalla, Mario (1989): Nueva Derecha y desproletarización en Bolivia. La Paz: UNITAS.
- Zavaleta Mercado, René (1977): Consideraciones generales sobre la historia de Bolivia (1932-1971). In: González Casanova, Pablo (Hg.): América Latina: historia de medio siglo. México, D.F.: Siglo XXI, 74-128.
- Zavaleta Mercado, René (1988): Clases sociales y conocimiento. La Paz: Los Amigos del Libro.
- Zavaleta Mercado, René (2008): Lo nacional-popular en Bolivia. La Paz: Plural editores.

Tageszeitungen und Online-Periodika

- El Diario, La Paz, <http://www.eldiario.net/>
- Friedsky, Jean (2005): Reporter's Notebook: Jean Friedsky. <http://narcosphere.narconews.com/notebook/jean-friedsky>, 23.II.2009.
- Gomez, Luis (2005): Reporter's Notebook: Luis Gomez. <http://narcosphere.narconews.com/notebook/luis-gomez>, 23.II.2009.
- Juguete Rabioso, <http://juguetebolivia.free.fr>, 25.3.2010.
- La Prensa, La Paz, <http://www.laprensa.com.bo>, 25.3.2010.
- La Razón, La Paz, <http://www.la-razon.com>, 25.3.2010.

Abstracts

Der Wahlsieg von Evo Morales im Dezember 2005 ist eines der wichtigsten Ereignisse in Lateinamerika zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Der Beitrag untersucht die Gründe der Regierungsübernahme durch die Bewegung zum Sozialismus (Movimiento al Socialismo, MAS) und ihren indigenen Anführer. Den AutorInnen zufolge sind diese vor allem in den Mobilisierungen seit dem Jahr 2000 zu suchen. Die Analyse konzentriert sich hauptsächlich auf die Aufstände im Mai und Juni 2005. Diese setzten nicht nur die Forderungen einer Verstaatlichung der nationalen Öl- und Gasvorkommen und die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung auf die Tagesordnung, sondern hatten auch den Rücktritt von Präsident Carlos Mesa zur Folge. Die Untersuchung dieser Ereignisse stützt sich auf

die theoretischen Beiträge des bolivianischen Intellektuellen und Politikers René Zavaleta Mercado. Nach einer kurzen Einführung zu dessen Leben und Werk nimmt sich der Beitrag zum Ziel, sein von Gramsci inspiriertes Verständnis des National-popularen für die Analyse der jüngsten Vergangenheit des Landes fruchtbar zu machen.

The victory of Evo Morales in the Bolivian presidential elections in December 2005 is one of the most significant events in the political landscape of Latin America at the beginning of the 21st century. This article examines the reasons behind this coming to power of the MAS and of its indigenous union leader. According to the authors, these have to be sought in the social upheavals which have occurred since 2000. The analysis concentrates particularly on the mobilizations between May and June 2005. It was then that the demands of nationalizing the oil and gas resources and convoking a constituent assembly were put on the agenda, forcing president Carlos Mesa out of office. The analysis of these events is based on the theoretical framework of Bolivian intellectual and politician René Zavaleta Mercado. After a short introduction to his life and work, his concept of the national-popular, inspired by Antonio Gramsci, is applied to the recent history of the Andean country.

Tatiana Pérez Ramírez

Masterprogramm für Lateinamerikastudien an der
Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM)
tatiana_prz@yahoo.com.mx

Jaime Ortega Reyna

Masterprogramm für Lateinamerikastudien an der
Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM)
jaime_ortega83@hotmail.com

DIANA GUILLÉN¹

**Auf dem Weg zu einem alternativen Staats- und
Gesellschaftsprojekt? Überlegungen zur jüngsten
Vergangenheit Ekuadors**

Ziel des vorliegenden Textes ist es, einige der Transformationsprozesse zu untersuchen, die den Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert in Ekuador prägten. Das Land gehört neben Peru, Bolivien, Kolumbien und Chile zur Gruppe der Andenländer, was nicht nur seiner geographischen Einordnung dient, sondern auch auf gemeinsame historische Gegebenheiten der Region hinweist. Hervorzuheben ist die bedeutende Präsenz der indigenen Bevölkerung und ihre gleichzeitige Marginalisierung. Obwohl die ökonomischen, sozialen und politischen Herrschaftsstrukturen Ekuadors nicht allein entlang ethnischer Kriterien verlaufen, ist mit ihnen doch ein Großteil der herrschenden Ungleichheit verbunden. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Armutsrate der indigenen Bevölkerung belief sich im Jahr 1998 auf 87 Prozent, in den ländlichen Gebirgszügen sogar auf 96 Prozent, wohingegen die Armutsrate bei der nicht-indigenen Bevölkerung bei 61 Prozent lag. Die extreme Armut betraf allgemein 56 Prozent der indigenen Bevölkerung bzw. 71 Prozent der in den ländlichen Gebirgszügen lebenden Indigenen. Zugleich waren lediglich 25 Prozent der nicht-indigenen Bevölkerung von ihr betroffen (vgl. Hall/Patrinós 2006).

Die Alterität (*alteridad*) der indigenen Bevölkerung wurde jedoch nicht nur durch materielle Unterschiede, sondern durch eine Ideologie ihrer ethnischen Unterlegenheit erzeugt. In Verbindung mit einer für den oligarchisch geprägten Kapitalismus typischen Exklusion verfestigte sich die objektive und subjektive Diskriminierung in kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen. Diese reproduzierten die Subalternität der indigenen Bevölkerung und ließen lange Zeit jegliche emanzipatorischen Bestrebungen derselben scheitern. Gerade am Ende des zwanzigsten Jahr-

hunderts entstanden jedoch soziale Bewegungen, die trotz ihrer Unterschiede gemeinsam das Herrschaftssystem in Frage stellen und Vorschläge zu politischen Alternativen erarbeiten, um gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten auszuweiten und ein anderes Demokratieverständnis anzuregen (vgl. Carrillo 2003). Die ekuadorianische Gesellschaft (er)kennt jedoch nicht immer deren Dynamiken, Verfahren und Organisationsformen, vor allem nicht jene der indigenen Bewegungen und Organisationen, welche den Status quo herausforderten. „Eher im Gegenteil, die Gesellschaft zeigt Furcht gegenüber einem neuen sozialen und politischen Akteur, der lange Zeit herabgewürdigt wurde und der (Staats-)Macht eigentlich immer gleichgültig war“ (Dávalos 2001: 189). Trotzdem spielten die indigenen Bewegungen eine zentrale Rolle bei der Erarbeitung eines gegen-hegemonialen Projektes, das die subalternen Sektoren der Zivilgesellschaft angeregt hatten.

Ich gehe im Folgenden von der Annahme aus, dass die jüngste Vergangenheit Ekuadors vom Bestreben der subalternen AkteurInnen gekennzeichnet ist, den herrschenden Klassen die Macht streitig zu machen. Da die jeweiligen Prozesse noch andauern (auch wenn ich aus methodologischen Gründen lediglich den Zeitraum von 2000 bis 2007 betrachte), wäre es voreilig, von Erfolgen oder Niederlagen zu sprechen. Vielmehr soll versucht werden, die Wesenszüge eines gegen-hegemonialen Projektes der subalternen Gruppen zu identifizieren und im Kontext des erweiterten Staates zu verorten.

1. Einige konzeptuelle Bezugspunkte

Das Entstehen der Politik als differenziertem Raum geht auf ein historisches Phänomen zurück, das der modernen Welt zueigen ist: die Trennung zwischen der staatlichen und der zivilen Sphäre. Vor der Entwicklung des modernen Staates vermischten sich die unterschiedlichen Räume des sozialen Lebens. Das Religiöse kam dem Politischen gleich, das Politische dem Gesellschaftlichen und das Gesellschaftliche dem Juridischen und auch dem Moralischen (vgl. Córdova 1984: 21-24). Der Staat ging schließlich als von der Gesellschaft gesonderte Instanz hervor und schuf sich als Nutznießer des Gewaltmonopols und der Regierungsführung seinen eigenen Raum. Diese Tatsache begründet die methodologische Unterscheidung zwischen zwei bedeutenden Ebenen: der staatlichen und der zivilen. Vor diesem

Hintergrund greift Antonio Gramsci die Marx'sche Trennung zwischen Staat und Gesellschaft auf, die sich wiederum aus Hegels Gedankengut speist. Im spanischen Sprachraum kam es allerdings zu Unklarheiten, da der Marx'sche Begriff der „bürgerlichen“ Gesellschaft oft als *sociedad civil*, also als „zivile“ Gesellschaft übersetzt wurde und damit einen direkten Bezug zur gramscianischen Zivilgesellschaft suggeriert. Letztere unterscheidet sich jedoch grundlegend vom Begriff der bürgerlichen Gesellschaft von Marx und verweist auf unterschiedliche soziale und vor allem politische Phänomene (vgl. Haug 2003).

Die Begriffe der zivilen und politischen Gesellschaft bei Gramsci und ihre Zusammenfassung im integralen Staat zielen darauf ab, eine dichotome Betrachtungsweise zu überwinden, der zufolge beide Konzepte einander gegenüberliegende Pole bilden; die Staatsbildung stellt einen durch Machtzentralisierung räumlich und zeitlich begrenzten Prozess dar, der in Europa von einem neuen Raumverständnis begleitet wurde (Badie/Birnbaum 1983: 79) und Veränderungen in der Verwaltung des Raumes nach sich zog. Von diesem Moment an entstand auf der Staatsebene neben dem Gewaltmonopol auch ein Apparat mit operativen Funktionen, der der Reproduktion des Öffentlichen als ein vom Privaten differenzierter Raum diente (Weber 1984: 1056-1076).

Vor dem Hintergrund dieser Geschichtlichkeit fällt es leichter, gewisse Begriffe zu nuancieren, die oft schematisch betrachtet und als Gegensätze dargestellt werden (Staat-Gesellschaft, politische Gesellschaft-Zivilgesellschaft, öffentlich-privat). Dies ist vor allem bei Analysen von Bedeutung, die allein die im engeren Sinne politischen Prozesse in den Blick nehmen. Sie ergeben jedenfalls nur dann einen Sinn, wenn die dahinter stehenden geschichtlich determinierten sozialen Beziehungen nicht ausgeblendet werden. Die Dynamik Letzterer ließe jeden Versuch scheitern, politische Prozesse für sich und in geschlossenen Formeln zu erklären.

Meines Erachtens ist diese Nuancierung einer der wichtigsten (Erkenntnis-)Beiträge und zugleich eine der größten Herausforderungen, die uns die Auseinandersetzung mit Gramsci hinterlässt. Denn auch wenn es uns als Binsenweisheit erscheint, fördert die Unklarheit in diesem Punkt eine schematische Denkweise, die zunächst die Verschränkung des Sozialen mit dem Politischen ignoriert und sich schließlich zu stark auf eine der beiden Dimensionen konzentriert. Die Idee des vorliegenden Beitrags

ist es somit, Abstrahierungen zu vermeiden, die politische Prozesse mit einem eigenen Leben ausstatten, und fälschlicherweise anzunehmen, dass sie sich autonom und parallel zur Gesellschaft entwickeln, innerhalb derer sie stehen. Dabei soll jedoch zum einen nicht die Möglichkeit bestritten werden, dass das Politische als relativ autonomes gesellschaftliches Aktionsfeld bestimmt werden kann. Daran anschließend wird zum anderen auch nicht aberkannt, dass es sich als eigenes Wissensgebiet etabliert, das sich ständig weiterentwickelt (Zamitiz Gamboa 1999: 89-122).

Aus dieser Perspektive betrachtet bietet das Konzept des erweiterten Staates Anhaltspunkte, um die Komplexität einer sozialen Welt zu interpretieren, in der unterschiedliche und oft gegensätzliche Kräfte zusammenwirken. Um diese herum bilden sich sozial konstruierte Machtstrukturen und -praxen sowie politische Beziehungen, die unterschiedliche Formen annehmen können. Diese hängen sowohl vom Grad der direkten Herrschaft und des Konsenses ab als auch von der Art der Legitimationsquellen, die den Beziehungen zwischen Befehl und Gehorsam zu Eigen sind (vgl. Weber 1984: 170-204, 695-938).

Meines Erachtens ist es von Bedeutung, die Konzepte der Hegemonie und der Legitimität auseinanderzuhalten. Erstere schafft langfristig homogenisierende Auffassungen, Werte, Institutionen und Verhaltensformen. Sie fungiert dabei als Scharnier zwischen der politischen und der Zivilgesellschaft, ohne die Heterogenität der beiden gesellschaftlichen Räume aufzulösen. Die Legitimität hingegen bezieht sich auf die Herstellung gemeinsam geteilter Codes, die als Normen für die Handhabung öffentlicher Angelegenheiten in speziellen Situationen dienen (vgl. Beetham 1991). Der Staat verfügt nur so lange über diese, als er das nötige Akzeptanzniveau aufrechterhält, um seinen Fortbestand ohne den Einsatz von Gewalt zu sichern. Bringt man die kurze Dauer mit der Konjunktur in Verbindung, und wird die lange Frist als Struktur und als Organisation verstanden, die durch eine ausreichend feste Beziehung zwischen den gesellschaftlichen Massen und den jeweiligen Realitäten geprägt ist (Braudel 1982: 60-106), so könnte man davon ausgehen, dass die Hegemonie auf einen strukturellen Kontext verweist, während die Legitimität auf einer konjunkturellen Ebene angesiedelt ist. Dieser Rahmen ermöglicht es, das Konzept des Staates zu erweitern. Der Staat geht folglich über die eigentliche Regierungstätigkeit und

die direkte Herrschaft hinaus und nimmt auch die Hegemonieapparate der Zivilgesellschaft als wesensgleiche Komponente auf.

Das Konzept der Hegemonie findet sich trotz seiner Bedeutung für das gramscianische Denken nur verstreut in dessen Werk. Weder erscheint das Thema im Arbeitsplan des ersten noch des achten seiner Gefängnishefte (vgl. Gramsci 1981, 1984). In Gramscis Aufzeichnungen aus dem Kerker taucht also keine systematische Darstellung des Konzepts auf. Vielmehr nimmt es im Lauf seiner Überlegungen zur Beziehung zwischen Regierenden und Regierten Form an. Wir sehen uns dabei einem polysemischen Hegemoniekonzept gegenüber, das unterschiedliche Interpretationen zulässt. Aus diesem Grund sollte beim Studieren von Gramscis Werk der jeweilige Anwendungszusammenhang des Konzepts berücksichtigt werden (vgl. Pimmer 2010). Ein ähnliches Prinzip könnte hinsichtlich der Auffassungen des erweiterten Staates, der politischen Gesellschaft oder der Zivilgesellschaft angewendet werden. Ganz gleich welchen Grad theoretischer Systematisierung diese erreicht haben, sollte dadurch keine Formel geschaffen werden, um die sozialpolitischen Prozesse in geschlossene Konzepte einzuordnen. Vielmehr zielt das gramscianische Denken darauf ab, die limitierte Betrachtungsweise zu durchbrechen, die sowohl von den vertragstheoretischen und liberalen Konzeptionen aus der Tradition von Hobbes und Locke herrühren als auch von einer aus dem Marxismus abgeleiteten instrumentalistischen Staatsauffassung.

In diesem Zusammenhang – und ohne enzyklopädische Definitionen erstellen zu wollen – verorte ich im Rahmen der folgenden Darstellungen das Konzept des erweiterten Staates in der Verbindung zweier methodologisch voneinander getrennter und geschichtlich ineinander übergreifender Sphären: einerseits der politischen Gesellschaft als ein gesellschaftlicher Raum, in dem die herrschenden Klassen ihr Herrschaftsprojekt mithilfe von Zwang und bürokratischer sowie polizeilich-militärischer Regierungsapparate absichern; andererseits der Zivilgesellschaft, in der hegemoniale Apparate (dazu zählen etwa Kirchen, Schulen, politische Parteien, Gewerkschaften, Zeitschriften und allgemein die Kommunikationsmedien) dahingehend wirken, Ideologien und Weltanschauungen auszuarbeiten und zu verbreiten (vgl. ebd.).

2. Hinter den Kulissen eines gegen-hegemonialen Widerstands

Hegemoniale Beziehungen bleiben stets umkehrbar, solange bestimmte Einzelinteressen vorgeben, die Interessen der Allgemeinheit zu repräsentieren. Letztere kann sich dem Spannungsverhältnis nicht entziehen, das durch diese Widersprüchlichkeit provoziert wird (vgl. Laclau/Mouffe 2004: 12-14). Der Entstehungsprozess von Hegemonie impliziert daher, im Zuge von ständig neu verhandelten sozialen Austauschbeziehungen das Partikulare in ein universelles Bedeutungsfeld umzuwandeln (vgl. Laclau 2001: 10). Auch wenn Laclau den Schwerpunkt hauptsächlich auf die Diskursebene legt – welche im Übrigen fundamental für das Entstehen und die Reproduktion von Hegemonie ist –, sollen hier vor allem die Kräfteverhältnisse in den Blick genommen werden, auf die sich die Machtausübung stützt. So wie sich die Gesellschaft in ständiger Bewegung befindet und gleichzeitig viele ihrer Veränderungsprozesse nur indirekt zum Vorschein kommen, so sind Kontinuität und Wandel im Laufe der Geschichte miteinander verflochten. Die als soziale Konstruktionen verstandenen Strukturen fügen sich in dieses doppelte Spiel ein und entsprechen einerseits der Suche nach Stabilität, andererseits jedoch sehen sie sich Transformationstendenzen ausgesetzt. Außer der kurzen und der langen Dauer im Braudel'schen Sinne gibt es Momente, deren zeitliche Intensität sich durch die Schnelligkeit oder Langsamkeit der sozialen Veränderung und durch die möglichen Kombinationen zwischen diesen beiden Variablen charakterisieren lässt (vgl. Bagú 1981: 106-117).

Die Ereignisse im Jänner 2000, als verschiedene gesellschaftliche Sektoren und Organisationen Ekuadors die Absetzung von Präsident Jamil Mahuad Witt verlangten, zeigt das Aufeinandertreffen verschiedener solcher Momente. Obwohl die Dynamik, auf die vorhin hingewiesen wurde, chronologische Schnitte erschwert, gehe ich davon aus, dass der Sturz Mahuad Witts über einen bloßen Wechsel auf Regierungsebene hinausgeht und eine Neuzusammensetzung der Kräfteverhältnisse widerspiegelt, die es erlaubt, dieses Jahr als Beginn der aktuellen Konjunktur festzulegen. Es handelt sich also um einen fortlaufenden Prozess, innerhalb dessen im Rückblick Wendepunkte im Streit um die Hegemonie ausgemacht werden können. Um die folgenden Reflexionen abzuschließen, habe ich einen dieser Wendepunkte ausgesucht (den Wahlsieg Rafael Correas im November 2006), weil

darin einige der Fäden zusammenlaufen, die in der Folge dargestellt werden sollen.

Im Zeitabschnitt, auf den ich mich beziehe (2000–2007), stechen als erstes die Abnutzungserscheinungen der Reproduktionsmechanismen der ekuadorianischen Staatsgewalt hervor. Wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern (vgl. Favela/Guillén 2009) verschärfte sich eine Krise der Repräsentation. Diese ist auf die mangelnde Fähigkeit der im engeren Sinn politischen Gruppierungen (einschließlich der politischen Parteien) zurückzuführen, ihre Artikulationsfunktion zwischen der zivilen und der politischen Gesellschaft wahrzunehmen. Infolgedessen kam es zu Mobilisierungen, zu deren Zielen auch der Aufbau neuer Formen der gesellschaftlichen Organisation zählt. Letztere umfassten nicht nur alternative Wirtschaftsformen zum freien Markt, sondern auch die Veränderung der staatlichen Institutionen. Darin drückt sich nicht etwa eine Ablehnung gegenüber der Politik an sich aus, sondern vielmehr eine Erweiterung des politischen Raums im Vergleich zur liberalen Auffassung, die den Staat strikt von der Gesellschaft unterscheidet (vgl. Santos 2001).

Diese Ermächtigung (*empoderamiento*) der Gesellschaft hängt damit zusammen, dass die gesellschaftliche Sphäre durch eine Vielzahl von Akteu-rInnen im Begriff ist, sich als legitime Hüterin der kollektiven Rechte zu verstehen (Favela/Guillén 2009). Hierbei handelt es sich, wie erwähnt, um eine Tendenz, die sich über die gesamte Region erstreckt. In Ecuador war ihr unmittelbarer Vorbote im Jahre 1996 die Tatsache, dass sich der Kongress inmitten zahlreicher Proteste und Demonstrationen entschloss, den Präsidenten Abdalá Bucaram nur ein Jahr nach seiner Wahl wegen „geistigen Unvermögens“ abzusetzen (vgl. Andrade 2006: 167). Ausgangspunkt für die Verschärfung einer sozialen Krise, die weitere Umgestaltungen auf Exekutivebene herbeiführte, war die Ernennung Fabián Alarcóns (der zuvor dem Kongress angehört hatte) als Interimspräsident, obwohl der Verfassung nach Vizepräsidentin Rosalía Arteaga das Amt zugestanden wäre (vgl. Espinosa 1997).

Die Einberufung einer nationalen verfassunggebenden Versammlung im Jahr 1998 muss vor diesem Hintergrund betrachtet werden (vgl. Bermejillo 1998). Die vorgenommenen Verfassungsänderungen setzten sich über die Interessen der einfachen Bevölkerung hinweg und entsprachen dem existierenden Kräfteverhältnis zugunsten der dominanten Gesellschaftssek-

toren. Dies spiegelte sich bereits in der Zusammensetzung der Versammlung wider und drückte sich in Richtlinien neoliberaler Prägung aus, die zu neuen sozialen Spannungen führten und zur Zuspitzung der bereits existierenden Wirtschaftskrise beitrugen. Die Regierung Mahuad Witt, die im selben Jahr gewählt wurde, war von einer Konfliktivität geprägt, die durch die Umsetzung von Politikprogrammen mit hohen sozialen Kosten hervorgerufen wurde. Im Jahr 1999 wurde von einigen zivilgesellschaftlichen Sektoren ein 48-stündiger nationaler Streik ausgerufen, worauf die Regierung mit einer vorbeugenden Militarisierung des Landes antwortete (vgl. Biffi 1999). Die Konfrontation zwischen den aufständischen Organisationen und Bewegungen und der Regierung blieb jedoch bestehen, und im Jänner 2001 verlangten mehrere gesellschaftliche Sektoren und Organisationen die Absetzung des Präsidenten. Zur gleichen Zeit kündigte die Konföderation indigener Nationalitäten Ekuadors (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador, CONAIE) einen landesweiten Protest an und verlangte die Einsetzung einer „Regierung der nationalen Befreiung“ (La Jornada 2000).

In der letzten Dekade des zwanzigsten Jahrhunderts nahm die CONAIE eine federführende Rolle bei den Protesten ein, die sich in der ekuadorianischen Gesellschaft ereigneten. Ausgehend vom indigenen Aufstand im Mai 1990 verbreitete sich auf politischer Ebene ein Diskurs, der die Debatten über die plurinationale Identität und den Charakter des Staates aufnahm. Die CONAIE war jene politische Akteurin, die diese speziellen Forderungen mit anderen subalternen Ansprüchen an die Regierung artikuliert (vgl. Dávalos 2000). Sowohl auf die mangelnde Organisiertheit der Proteste vertrauend als auch auf die staatlichen Fähigkeiten, das Gewaltmonopol auszuüben (so verstehe ich die Ausrufung des Ausnahmezustands), ignorierte Jamil Mahuad Witt die Forderungen der Protestbewegung und verkündete Anfang Jänner 2000 unter anderem die Dollarisierung der Wirtschaft (in eineinhalb Jahren seiner Regierungsführung verlor der Sucre um 500 Prozent gegenüber dem Dollar an Wert und allein in den ersten Januartagen wurde er um 20 Prozent abgewertet), die Ausweitung der Privatisierungsmaßnahmen (auf den Energie- und Telekommunikationssektor sowie das Sozialversicherungssystem) und die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse (vgl. ANSA 2000). Die Einschätzung der Regierung ließ jedoch unberücksichtigt, dass zur Mobilisierungsfähigkeit einiger Organisationen

auch noch die Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung hinzukam. Den Ergebnissen der jährlich durchgeführten Meinungsumfragen über die Lebensbedingungen entsprechend, die zwei Monate später veröffentlicht wurden, befanden sich 69 % der Haushalte in Armut und 34 % in extremer Armut; gleichzeitig verringerte sich zwischen den Jahren 1995 und 1999 das Einkommen der untersten Einkommensschichten von monatlich 166,- auf 86,- US-Dollar (vgl. Instituto Nacional de Estadísticas y Censos 1999). Auch wenn zu diesem Zeitpunkt noch kein gegen-hegemoniales Projekt seitens der subalternen Kräfte konsolidiert werden konnte, bestand jedoch bereits ein fruchtbarer Boden dafür.

Mitte Jänner 2000 belagerte die CONAIE gemeinsam mit anderen indigenen Organisationen und einer Gruppe von Obersten aus der Armee den Kongress. Einige Tage später nahmen sie das Gebäude ein und verlautbarten einen Aufruf zur Absetzung des Präsidenten, der Kongressabgeordneten und der Richter des Obersten Gerichtshofs. Die neu gegründete Junta der Nationalen Befreiung (Junta de Salvación Nacional), die sich aus Oberst Lucio Gutiérrez, Antonio Vargas (dem Präsidenten der CONAIE) und dem ehemaligen Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, Carlos Solórzano, zusammensetzte, verfügte jedoch nicht über den notwendigen Rückhalt in Form eines politischen Projekts. Sie besaß ebenso wenig die soziale Kraft, um sich als parallele Macht neben den offiziellen Institutionen zu behaupten oder sie mittels einer Revolte zu stürzen. Die Junta zwang jedoch Mahuad Witt, den Präsidentenpalast zu verlassen, woraufhin Vizepräsident Gustavo Noboa das Amt des Präsidenten übernahm (vgl. Steinsleger 2000).

Die Koalition zwischen den Indigenen und dem Militär erscheint auf den ersten Blick ungewöhnlich. Rückblickend betrachtet zeugt sie von der Unterstützung, die mittleren Rängen der Streitkräfte seitens einer mächtigen und aufsteigenden Bewegung zuteil wurde, die jedoch noch nicht über die notwendige Bestimmtheit und Kraft verfügte. Das Bündnis dieser Bewegung mit den Streitkräften führe ich auf die konjunkturellen Rahmenbedingungen zurück, im Gegensatz zu jenen, die dahinter ideologische Übereinstimmungen sehen: „So war die Koalition zwischen den Militärs und den Indigenen kein zufälliges Zusammentreffen, sondern stützte sich, wenn auch auf unterschiedliche Weise, auf tiefere Affinitäten, wie etwa der Ablehnung gegenüber den extremen Auswirkungen des neoliberalen Modells und

der Empathie gegenüber nationalistischen Bestrebungen und Interessen“ (León Galarza 2009: 66).

Die Verbindung zwischen Indigenen und der Armee löste einen sozialen Aufruhr aus, der sich anfangs auf die Befreiung des nach dem erfolglosen Putschversuch festgenommenen Oberst Lucio Gutiérrez konzentrierte und die fast dreijährige Amtsperiode von Präsident Gustavo Noboa prägte. Den Forderungen nach einer Amnestie für die Aufständischen, die während der Proteste festgenommen worden waren, wurde fast unverzüglich nachgekommen. Dies war jedoch nicht der Fall hinsichtlich der Forderungen der Angestellten der ecuadorianischen Sozialversicherung (Instituto Ecuatoriano de Seguridad Social, IESS), die in Guayaquil, Quito und Cuenca gegen die prekären Lebensumstände und Arbeitsbedingungen auf die Straße gingen. Ihre Anliegen bezogen sich auf strukturelle Probleme, deren Lösung innerhalb der vorherrschenden Paradigmen kaum in Aussicht stand.

Ohne die strukturellen Rahmenbedingungen jedoch auch nur anzutasten, unterzeichnete die Regierung in Antwort auf die soziale Unzufriedenheit ein neuerliches Abkommen mit dem Internationalen Währungsfond, das einen Preisanstieg der Treibstoffe um 90 %, von Gas für den privaten Gebrauch um 40 % und auch der Stromversorgung vorsah. In der Folge kündigten die CONAIE, die Koordinationstelle Sozialer Bewegungen (Coordinadora de Movimientos Sociales, CMS), die Nationale Lehrervereinigung (Unión Nacional de Educadores, UNE) und die Einheitsfront der ArbeiterInnen (Frente Unitario de Trabajadores, FUT) einen Volksaufstand mit landesweiter Mobilisierung an, sowohl gegen die Wirtschaftsmaßnahmen als auch gegen das Trole-II-Gesetz (Ley Trole II, das unter anderem auf eine verstärkte Beteiligung privaten Kapitals im Bereich des Transports, der Verarbeitung, Lagerung und der Vermarktung von Erdöl- und Erdgas abzielte), ebenso gegen eine mögliche Teilnahme Ekuadors am Plan Colombia, die Nutzung des Militärstützpunktes von Manta seitens der USA, die Dollarisierung und das fünfjährige Einfrieren der Treibstoffe (vgl. OSAL 2000; Mosquera 2000).

Nach einem ergebnislosen Dialog zwischen den inkonformen Sektoren und der Regierung begann das Jahr 2001 mit der Implementierung eines Wirtschaftspaketes, das die Benzinpreise um 25 %, den Gaspreis für den privaten Gebrauch um 100 % und die Preise des öffentlichen Transportwesens um 75 % anhob. Die CMS und die Pachacutik-Bewegung (Movi-

miento Pachacutik, PK) versuchten auf legalem Weg, die Preiserhöhungen für Treibstoffe und Gas für den privaten Gebrauch anzufechten. Sie wiesen darauf hin, dass diese gegen die Verfassung verstoßen würden (vgl. OSAL 2001). Zusätzlich zu den Versuchen, gegen die Preiserhöhungen auf institutioneller Ebene vorzugehen, setzte man auch darauf, einen Raum zu schaffen, in dem die Proteste zusammenlaufen und sich radikalisieren konnten: die CONAIE, die FUT, die CMS, die Patriotische Front (Frente Patriótico), die Volksfront (Frente Popular), das Bündnis der Kichwa-Völker Ekuadors (Confederación de Pueblos de la Nacionalidad Kichwa del Ecuador, ECUARUNARI), der StudentInnenverband Ekuadors (Federación de Estudiantes Universitarios de Ecuador, FEUE), der ekuadorianische Verband der SchülerInnen weiterführender Schulen (Federación de Estudiantes Secundarios de Ecuador, FESE), die UNE und die allgemeine Arbeitervereinigung Ekuadors (Unión General de Trabajadores del Ecuador, UGTE) beriefen eine Vereinigte Volksversammlung (Asamblea Unitaria de los Pueblos) ein (vgl. Hernández Garibay 2001). Die Gefangennahme einiger AnführerInnen der Protestbewegung unter dem Vorwand der „vorbeugenden Staatssicherheit“ stellte einen eindeutigen Versuch dar, die Bewegung zu kriminalisieren, um sie dadurch zu zerschlagen (vgl. REUTERS 2001). Dieser Versuch blieb jedoch erfolglos. Die Regierung reagierte angesichts der anhaltenden massiven Mobilisierungen der bäuerlichen und indigenen Bevölkerung mit einem Verbot der Protestmärsche, Versammlungen und Demonstrationen sowie jeglicher Maßnahmen, die die öffentliche Grundversorgung behinderten.

Diese erneute Verhängung des Ausnahmezustands Anfang Februar 2001 zeigt die Abnutzungserscheinungen einer Hegemonie, die durch Tatsachen und Aktionen immer mehr in Frage gestellt wurde. Dies darf jedoch nicht als ihr Zusammenbruch ausgelegt werden, da eine Herrschaftsstruktur weder von heute auf morgen entstehen noch zerstört werden kann. Durch ihren strukturellen Charakter sind die Reproduktionsprozesse, die sie am Leben halten oder die schließlich alternativen Modellen den Weg bereiten, in langfristiger Perspektive zu betrachten. Ein Beispiel dafür bietet das Abkommen, das am 7. Februar 2001 zwischen der Regierung und verschiedenen sozialen Organisationen getroffen wurde, um ein Jahr lang die Preise für Treibstoff einzufrieren, jene von Gas für den Eigenverbrauch zu reduzieren, die Tarife des nationalen und lokalen Transportwesens zu überprüfen,

die während der Aufstände festgenommenen Personen frei zu lassen und die Familien der Verstorbenen oder Verletzten zu entschädigen (vgl. AFP/AP/REUTERS 2001; Inchalá 2001). Zu den daran beteiligten Organisationen gehörten die CONAIE, der Bund Evangelischer Indigener Ekuadors (Federación de Indígenas Evangélicos del Ecuador, FEINE), die Nationale Vereinigung der Bauern- und Indigenenorganisationen Ekuadors (Federación Nacional de Organizaciones Campesinas e Indígenas del Ecuador, FENOCIN), die Ekuadorianische Indigenenvereinigung (Federación Ecuatoriana de Indios, FEI), die Nationale Vereinigung Freier Bauern Ekuadors (Federación Nacional de Campesinos Libres del Ecuador, FENACLE) und der CONFEUNASSC.

Dieses Abkommen zwischen der Regierung und den aufständischen Bewegungen und Organisationen spiegelt die aktuellen Kräfteverhältnisse in den Auseinandersetzungen um die neoliberale Regierungspolitik wider. Es zeigt auch die ersten Konturen eines gegen-hegemonialen Projekts seitens der indigenen und bäuerlichen Bevölkerung, das ihre eigene subalterne Position und die Hegemonie der wirtschaftlichen und politischen Eliten des Landes in Frage stellt. Dennoch würde ich den bisher dargestellten Aufständen und Protesten eher einen Widerstandscharakter zusprechen. Auch wenn einige von ihnen bestimmte Erfolge erzielten und bereits getroffene Regierungsentscheidungen rückgängig machen konnten, waren sie dennoch nicht durch eine Strategie miteinander verbunden, die eine Ausstrahlungskraft auf andere gesellschaftliche Sektoren zum Ziel hatte oder versuchte, diese in das eigene politische Projekt mit einzubinden. Die eben dargestellten Ereignisse sind in diesem Sinn als gegen-hegemoniale Konstruktionsprozesse zu betrachten, die zumindest bis 2002 die Herrschaftsbeziehungen des Landes zwar nicht ausschlaggebend verändern konnten, aber dennoch zu einer Kräfteakkumulation der subalternen gesellschaftlichen Sektoren beitrugen und damit die Grundlage für die folgenden Ereignisse bis hin zum Regierungsantritt von Rafael Correa bildeten. Das neoliberale Projekt stellte dabei den gemeinsamen Feind dar, der die unterschiedlichen und heterogenen Protestbewegungen und Organisationen in Märschen und Streiks zusammenbrachte und die Herausbildung einer gemeinsamen Identität förderte. Die Proteste gegen das neoliberale Regierungsprojekt waren jedoch in der Regel durch einen reaktiven Charakter gekennzeichnet. In diesem Sinn gehe ich davon aus, dass die aufständischen Sektoren in der zivilen und

politischen Gesellschaft passive AkteurInnen waren, dass sich also ihre Aufstände und Mobilisierungen in erster Linie aus einer Abwehrhaltung gegenüber der neoliberalen Regierungspolitik erklärten und (noch) nicht auf die Entwicklung eines eigenen politischen Projektes mit hegemonialer Ausstrahlungskraft abzielten. Abgesehen davon, wie radikal ihre Handlungen waren oder welche relativen Erfolge sie dadurch erzielen konnten: die EkuadorianerInnen, die schließlich auf die Straße gingen, das gesamte Land anhielten und sogar einen Präsidenten stürzten, taten dies aus einer passiven Grundhaltung heraus. Im besten Fall trug dies dazu bei, den eingesteckten Schlägen entgegenzuhalten und die Basis für eine Neuausrichtung der Ziele und der Reichweite der Volkskämpfe zu legen.

3. Die bestehenden Institutionen übernehmen oder neue gründen?

Soziale Protestformen sind in sich selbst weder reaktiv noch proaktiv. Ihr eigentlicher Sinn hängt vielmehr von der Existenz eines hegemonialen Projekts ab, das eine universalisierende Ausrichtung aufweisen muss, um die eigenen Interessen und Überzeugungen als Referenzrahmen für andere gesellschaftliche Gruppen und Klassen zu etablieren. In dieser Hinsicht charakterisiere ich den Zeitraum von 2000 bis 2007 trotz der intensiven sozialen Aufstände als defensive Neuausrichtung derjenigen Sektoren, die ein Projekt partizipativer Demokratie vorantreiben. Dieses Projekt zeichnet sich nicht so sehr durch einen kohärenten und homogenen Diskurs oder durch die Etablierung von Praxisformen oder Institutionen aus. Es entsteht vielmehr als Folge der sozialen Kämpfe im lateinamerikanischen Raum, die in der Tat die Diskurse, Praktiken und Institutionen der repräsentativen Demokratie in Frage stellen konnten (Dagnino et al. 2006). Die Kombination dreier tief greifender Prozesse – (1) der faktischen Konsolidierung der repräsentativen Demokratie, (2) der tiefen Unzufriedenheit in Anbetracht der geringen Erfolge derselben in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, Regierungseffizienz und politische Integration und (3) der Experimente direkter und partizipativer Demokratie sowie einer Ausweitung der politischen Mitbestimmung und der staatsbürgerlichen Rechte – hat die Umsetzbarkeit dieses demokratischen Projekts aufgezeigt (ebd.), das jedoch

nur im Rahmen gegen-hegemonialer Bestrebungen seitens der subalternen Gruppen und Klassen konsolidiert werden kann.

Dies ist meines Erachtens der Hintergrund der jüngsten Vergangenheit Ekuadors. Der Gefahren bewusst, die ein Blick in eine noch nicht abgeschlossene Vergangenheit impliziert (Dutrénit Bielous 2007), wage ich zu behaupten, dass die Kämpfe eines breiten Spektrums sozialer Sektoren auf deren Bestrebungen hinweisen, ihre subalterne Position und damit zugleich die Hegemonie der wirtschaftlichen und politischen Eliten des Landes in Frage zu stellen. Auf diesem Weg voranzuschreiten bedeutet jedoch auch, über den bloßen Widerstand gegen eine extreme Prekarisierung hinauszugehen. Weite Teile der Bevölkerung wurden sich jedenfalls der strukturellen Grenzen bewusst, mit denen sich ihre Forderungen konfrontiert sahen. Dies legt den Schluss nahe, dass zwischen 2003 und 2007 die vormalige defensive und abwehrende Haltung gegenüber dem neoliberalen Regierungsprojekt einem neuen Moment der sozialen Kämpfe Platz machte: der Konstruktion eines alternativen Staats- und Gesellschaftsprojekts.

Der Sieg von Lucio Gutiérrez bei den Präsidentschaftswahlen Ende 2002 signalisierte den Aufschwung der gegen-hegemonialen Bewegungen, deren Grenzen durch ihren nicht-organischen und defensiven Charakter in Bezug auf die soziale Mobilisierung allerdings sehr bald deutlich wurden. Mit Unterstützung der Partei Sociedad Patriótica 21 de Enero (SP) gewann Gutiérrez die Präsidentschaftswahlen gegen den Kandidaten der rechtskonservativen Kräfte Álvaro Noboa. Dabei handelte es sich um einen wichtigen Sieg, hinter dem unter anderem die Absicht stand, die aufständischen Bewegungen und Organisationen aus dem Jahr 2000 in institutionelle Bahnen zu lenken. Die Schwäche des Blocks, der die gegen-hegemonialen Kräfte vereinigte, kam jedoch schon bald zum Vorschein. Im Jänner 2003, nur wenige Tage nach Amtsantritt von Lucio Gutiérrez, wurde auf dem staatlichen TV-Sender ein wirtschaftliches Maßnahmenpaket angekündigt, das eine Erhöhung der Treibstoffpreise um etwa 35 %, die Senkung der Angestelltengehälter mit einem Gehalt über 1000,- US-Dollar um 20 % und die Einfrierung der öffentlichen Ausgaben beinhaltete – dieselben Maßnahmen also, gegen die man die ganze Zeit gekämpft hatte (americaeconomica 2003a). Die Abmachung zwischen der Regierung und den Anführern der PK bzw. der CONAIE sollte die Beteiligung der sozialen Bewegungen an der Entscheidungsfindung sowie die Beibehaltung der Gaspreise für den

privaten Gebrauch garantieren. Dies hinderte jedoch den Präsidenten im Juni 2003 nicht daran, die Einrichtungen von Petroecuador militärisch besetzen zu lassen. Damit wollte er einem partiellen Streik der ArbeiterInnenschaft, die seit Anfang Juni die Rücknahme der Privatisierungsmaßnahmen von fünf Ölvorkommen im Amazonas forderten, entgegenwirken. Er hielt auch den Energieminister nicht davon ab, den Streikenden mit einer Kündigung ohne Abfindung zu drohen, woraufhin die Angestellten der Erdöl- und Elektrizitätswerke gemeinsam mit der FENOCIN und anderen gesellschaftlichen Gruppen in Quito einen Protestmarsch organisierten und dabei auch eine Gruppe von Lehrenden unterstützen, die ihren Forderungen nach pünktlichen Gehaltszahlungen mit einem Hungerstreik Nachdruck verliehen (americaeconomica 2003b; BBC Mundo 2003).

In Anbetracht dieser Situation stand die Spaltung des regierenden Blocks unmittelbar bevor. Der stellvertretende Regierungssekretär (*subsecretario de gobierno*), selbst Mitglied der PK, trat von seinem Amt zurück, und zwei Monate später endete die Allianz zwischen PK und SP. Dies hatte nicht nur eine Umstrukturierung des Kabinetts zur Folge, sondern resultierte auch in der parlamentarischen Opposition der PK gegen die Regierungsvorhaben im Kongress. Die PK bezichtigte schließlich Präsident Gutiérrez als „Verräter“ an der Sache, die ihn selbst in dieses Amt befördert hatte. Im Grunde spiegelten die Brüche im Regierungsapparat die in der Zivilgesellschaft existierenden Konfliktlinien wieder. So kam es beispielsweise dazu, dass sich an einem Tag Tausende von Menschen aus Gewerkschaften, Dachverbänden und vielen anderen sozialen Gruppierungen zu einer nationalen Protestkundgebung zusammenfanden, Veränderungen in der Regierung und in der Erdöl-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik einforderten und sich gegen den IWF, Privatisierungsmaßnahmen, den US-Militärstützpunkt von Manta, den Plan Colombia, den Freihandelsvertrag mit den USA (TLC) und die Gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA) aussprachen. Nur einen Tag später wiederum unterstützten Tausende von Menschen Lucio Gutiérrez im so genannten Marsch der Freiheit (*Marcha de la Libertad*). Dabei behaupteten allerdings nicht wenige der TeilnehmerInnen, vom Veranstalter des Protestmarsches, dem Schwager des Präsidenten, gezwungen worden zu sein.

Ende 2003 organisierte die UNE Kundgebungen, um von der Regierung eine Anhebung des Mindestlohns und der Bildungsausgaben zu

verlangen. Die Aktionen der Lehrerschaft wurden auch durch andere soziale Organisationen unterstützt und führten zu Besetzungen von Brücken und Straßen, kurzfristigen Blockaden und Märschen. Angesichts dieser Proteste sah sich die Regierung zu Verhandlungen mit der aufständischen Lehrerschaft gezwungen, die aufgrund finanzieller Zugeständnisse schließlich die Straßensperren wieder aufhob.

Auch die Geschehnisse im Jahr 2004 wiesen auf die immer tiefer werdende Kluft innerhalb des gegen-hegemonialen Blocks hin, der 2002 den Wahlsieg von Lucio Gutiérrez ermöglicht hatte. Die mangelnde Organisation und der mangelnde Zusammenhalt des Blocks der subalternen Gruppen erlaubten es dem Präsidenten, jene Forderungen zu umgehen, die es einst ermöglicht hatten, eine in vielerlei Hinsicht heterogene Bewegung zusammenzuführen. Aufgrund der Widersprüche, die aus dieser Heterogenität hervorgingen, und dem Verlust des Zusammenhaltes endeten die ehemaligen Verbündeten schließlich als erbitterte Feinde. Im Februar 2004 kündigte die CONAIE ihre geschlossene Opposition gegenüber der Regierung an und leitete eine Etappe ununterbrochener Mobilisierungen ein. Unterstützt durch indigene, politische und gewerkschaftliche Organisationen wie auch durch Universitätsbedienstete und ArbeiterInnen aus dem Elektrizitätssektor, führte sie im ganzen Land Demonstrationen durch. Dabei bezog sie sich auf die Souveränität und die Würde des Volkes und sprach sich sowohl gegen Verhandlungen über eine gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA) aus als auch gegen die Privatisierung der Erdölfelder und der Strom- und Telekommunikationsunternehmen. Neben Demonstrationen gehörten auch Verkehrsunterbrechungen auf der Schnellstraße Panamericana und Blockaden bzw. Schließungen von Verkehrswegen in einigen Provinzen zum Aktionsrepertoire. Diese Protestmaßnahmen wurden seitens des Staates mit dem Einsatz von Polizeigewalt beantwortet und hatten einen Toten, drei Verletzte und zwei von Bauern festgehaltene Soldaten zum Ergebnis (AFP 2004).

Mitte des Jahres 2004 hatte sich die Lage nicht verändert, und bei den Protesten in Quito (wie etwa beim Marsch der Einheit, „Marcha de la Unidad“) und in anderen Landesteilen wurden die Forderungen nach einem Rücktritt von Gutiérrez immer lauter. Die lokalen Wahlen im Oktober desselben Jahres, bei denen Bürgermeister (*alcaldes*), Provinzgouverneure (*prefectos provinciales*), Gemeinderäte (*concejales municipales*), Provinzräte

(*consejeros provinciales*) und Mitglieder der Kirchengemeinden (*miembros de juntas parroquiales*) gewählt wurden, gaben diese Stimmung wieder. Die zirka 8,5 Millionen Wählerinnen und Wähler, die zu den Urnen gingen, gaben den beiden stärksten Kräften der Opposition, der Christlich-Sozialen Partei (Partido Social Cristiano) und der Demokratischen Linken (Izquierda Democrática), den Vorzug. Nur fünf Prozent hingegen stimmten für die amtierende Partei, gerade genug, um nicht aus dem Wahlregister ausgeschlossen zu werden.

Im Jahr 2005 blieb das politische Bild dasselbe wie im Jahr zuvor. Die wachsende Abneigung gegen Gutiérrez kanalisierte sich sogar in Forderungen, die zwar auch für die aufständischen Bewegungen und Organisationen legitim und wünschenswert sind, jedoch im Allgemeinen von den rechtskonservativen Kräften vereinnahmt und eingefordert werden. Das Thema der sozialen Sicherheit etwa mobilisierte 100.000 Menschen im so genannten Weißen Marsch (Marcha Blanca), der vom Bürgermeister von Guayaquil gegen den Präsidenten organisiert wurde. Achttausend PräsidentschaftsanhängerInnen wiederum versammelten sich zur Gegenveranstaltung und kritisierten die Amtsführung des Bürgermeisters (Analítica 2005). In der Hauptstadt Quito war eine andere politische Institution federführend bei den Protesten gegen die Regierung. Hier rief das Stadtparlament von Quito (Asamblea de Quito) zum Marsch für die Demokratie auf, zu dem sich zirka 150.000 Menschen (unter anderem BäuerInnen, Indigene, PensionistInnen, Studierende, Angehörige von Nichtregierungsorganisationen, MenschenrechtsaktivistInnen und PolitikerInnen der ID und der PK) einfanden. Und erneut konnte die Gegenveranstaltung zur Verteidigung der Regierung mit 20.000 DemonstrantInnen nur eine wesentlich kleinere Zahl mobilisieren (Ecuadorinmediato 2005a; López 2005).

Als Folge der zunehmenden öffentlichen Ablehnung des Präsidenten und des Abbruchs seiner Verbindungen zur Gesellschaft wurde der Regierungspalast mit Stacheldraht umzäunt und die angrenzenden Straßen von Tausenden von Polizisten und Soldaten bewacht. Die Opposition in Quito verkündete eine unbefristete Protestperiode, worauf die Regierung mit der Entlassung der Richter des Obersten Gerichtshofs und der Ausrufung des Ausnahmezustands im städtischen Distrikt von Quito antwortete (Castro 2005; El Universal 2005a, 2005b). Am 20. April 2005, nur wenige Tage nach dem Beginn der Proteste, verließ Gutiérrez im Hubschrauber den Präsi-

dentepalast, nachdem eine Mehrheit von sechzig Abgeordneten ihn des Amtes enthoben hatte. Stunden später entzogen ihm auch die Streitkräfte ihre Unterstützung und versicherten, im Namen des Vaterlands und für den Frieden zu handeln. Alfredo Palacio, der bis dahin Vizepräsident gewesen war, übernahm offiziell die Regierungsgeschäfte. Dieser Wechsel an der Regierungsspitze veränderte jedoch das Szenario nicht, und die Widersprüche zwischen einer großen Anzahl an sozialen Organisationen und der Regierung sowie innerhalb Letzterer blieben bestehen. Im August desselben Jahres kündigte Wirtschaftsminister Rafael Correa seinen Rücktritt an, da die Weltbank es abgelehnt hatte, Ecuador einen Kredit von 100 Millionen US-Dollar für die Finanzierung des Haushaltsplans zu verleihen. Weiters wurden die Verhandlungen über die ALCA und den Freihandelsvertrag mit den USA von zahlreichen sozialen Organisationen abgelehnt (BBC Mundo 2005). Die gesellschaftliche Reaktion folgte auf der Stelle: In einer Protestkundgebung symbolischen Gehalts fanden sich Hunderte Menschen, ausgestattet mit Schildern, Töpfen, Fackeln, Kerzen und Spruchbändern, auf den Straßen der Hauptstadt ein. Sie demonstrierten dagegen, dass der Präsident dem Druck der USA, der multilateralen Institutionen und der Ölmultis nachgegeben und den Rücktritt von Correa akzeptiert hatte. Des Weiteren bildete sich eine Kolonne von Fahrzeugen, mit denen in der Nähe des Regierungspalastes die Proteste durch ein Hupkonzert zum Ausdruck gebracht wurden (EFE et al. 2005; El Porvenir 2005).

Von Bedeutung scheint mir dabei, dass sich die DemonstrantInnen den Spottnamen „Verbrecher“ (*forajidos*) zu Eigen machten, mit dem sie selbst von Lucio Gutiérrez herabgewürdigt worden waren. „Wir sind alle Verbrecher“ (*todos somos forajidos*), lautete eine der beliebtesten Parolen der Aufständischen. Die Aneignung dieses Spottnamens sowie dessen Einbindung in den Diskurs der Proteste stellt meines Erachtens einen Hinweis auf diesen langsamen und unscheinbaren und daher schwierig nachzuvollziehenden Übergang dar, der die Subalternität allmählich als verbindendes Element und vor allem als Referenzpunkt für die Entwicklung eines gegenhegemonialen Projektes konstituiert. Es deutet auf einen Prozess hin, der mit der Herausbildung einer subalternen Gegen-Öffentlichkeit einhergeht, also der Entwicklung von alternativen Diskursen und Interpretationen der eigenen Identitäten, Interessen und Bedürfnisse, die sich gegen die hegemonialen Auffassungen der herrschenden Klassen stellen (Fraser 1999).

Aus dieser Perspektive zeigt die Resignifikation bzw. die positive Konnotation eines Substantivs, das ursprünglich zur Herabwürdigung eingesetzt wurde, einen Fortschritt in Sachen positiver Selbstbestätigung, auch wenn die Subalternität, die hier auf der Grundlage der gegen-hegemonialen Aktionen identifiziert wurde, noch weit davon entfernt ist, einen organischen Block zu bilden.

Fakt ist, dass die sozialen Unruhen weiter anstiegen und in den letzten Monaten des Jahres 2005 zu den gewerkschaftlichen Protesten (im September legten beispielsweise Angehörige des Gesundheitssektors im ganzen Land für 48 Stunden ihre Arbeit nieder) viele weitere hinzukamen: Bauern-, LehrerInnen- und Studierendenorganisationen blockierten Verkehrswege und forderten die Zahlung der Bauernversicherung (Seguro Campesino), die Lösung der Arbeitskonflikte, die Ausweisung der US-amerikanischen Erdölfirma Petroleo Occidental (OXY) und eine Volksabstimmung über den Freihandelsvertrag mit den USA. Zudem kam es zu einem Marsch von Indigenen aus dem gesamten Land, die – begleitet von politischen AktivistInnen und StudentInnen – gegen den Besuch des kolumbianischen Präsidenten demonstrierten und zudem den Plan Colombia und die Drogenanbaubekämpfung mit Flugzeugen ablehnten. Schließlich forderten sie auch die Ausrufung einer verfassunggebenden Versammlung, die mit vollen Machtbefugnissen ausgestattet sein sollte (Ecuadorinmediato 2005b; El Universal 2005c).

Auch im Jahr 2006 wurden die Aufstände mit unverminderter Intensität fortgeführt. Von Beginn an erfolgten Mobilisierungen im ganzen Land, um das Freihandelsabkommen zu verhindern und auf eine Vertragskündigung mit dem US-amerikanischen Erdölunternehmen OXY zu drängen. In Quito führte die Patriotische Front für die Erdölsouveränität (Frente Patriótico por la Soberanía Petrolera) einen Marsch mit diesen Forderungen durch. Gleichzeitig nahmen Erdölgewerkschaften wie auch Bauern-, StudentInnen- und LehrerInnenorganisationen in anderen Teilen des Landes Straßen ein oder blockierten wichtige Verkehrswege (darunter die Schnellstraße Panamericana), worauf die Regierung mit Repression antwortete, die auch die Kommunikationsmedien betraf (Vinueza 2006). Trotz der intensiven Auseinandersetzungen mit den Kräften der staatlichen Sicherheit hielten die Proteste der aufständischen Bewegungen gegenüber der Regie-

rung stand. Im März kam es etwa zu einer Reihe von nationalen Streiks mit den bereits genannten Forderungen.

In Anbetracht dieser Proteste warf Palacio den oppositionellen Organisationen vor, das Land zu destabilisieren, und versicherte, dass er den Forderungen nicht nachgeben würde. Die Antwort der Protestbewegung war bezeichnend für den Übergang zu einer neuen Phase der Kämpfe. Diese lässt sich meines Erachtens nicht so sehr aus der Anzahl und der Größe der Proteste ablesen – die im Übrigen auch einen Indikator für die gewonnene Stärke darstellen –, sondern in der proaktiven Haltung der DemonstrantInnen, die sich abzuzeichnen begann: Falls die Verhandlungen mit den USA über die Unterzeichnung eines Freihandelsvertrags nicht eingestellt würden, „wird der Präsident nach Hause gehen“, lautete die Losung der Proteste.

In weniger als zehn Jahren zeigte sich die neu gewonnene Stärke der Zivilgesellschaft in der Absetzung von zwei Präsidenten. Diese Tatsache verweist auf eine Neudefinition des Öffentlichen: Der Druck seitens der Zivilgesellschaft wurde in Entscheidungsfindungsprozesse miteinbezogen, die normalerweise auf die politische Gesellschaft beschränkt sind. Im Widerspruch zur liberalen Vorstellung traten die sozialen Beziehungen über die Grenzen einer dichotomen Aufteilung zwischen Staat und Gesellschaft. Diesbezüglich weist die jüngste Vergangenheit Ekuadors auf die Notwendigkeit hin, die gesellschaftlichen Beziehungen neu zu bewerten und dabei auf weniger schematische Konzepte zurückzugreifen, wie etwa jenes des erweiterten Staates.

Hinter dem Rücktritt des Regierungministers (*ministro de gobierno*) Alfredo Castillo aufgrund der Mobilisierungen im Jahr 2006 steckte nicht nur dessen persönliche Unfähigkeit, die bestehenden Konflikte zu lösen, sondern vielmehr der Widerspruch zwischen einer unter Beschuss geratenen Herrschaftsstruktur und eines sich herausbildenden gegen-hegemonialen Projekts der progressiven Sektoren innerhalb der Zivilgesellschaft. Vor allem Letzteres ist der Grund, warum es trotz der Ausrufung des Ausnahmezustands, des Aufmarsches der Streitkräfte und der Verhaftung der AnführerInnen zur Weiterführung der Mobilisierungen kam. Auf der anderen Seite hatten die subalternen Sektoren der ekuadorianischen Gesellschaft auch ihre Stärke bei den Wahlgängen bewiesen. Schließlich waren aufgrund ihrer Stimmen zwei Personen an die Präsidentschaft gelangt, die sie allerdings

später bekämpfen sollten. So gibt es einige Hinweise, dass der Block Acuerdo País (AP) eine breite WählerInnenbasis mobilisieren konnte und zum Wahlsieg von Rafael Correa bei den Präsidentschaftswahlen im November 2006 führte. Correas Machtergreifung wurde offen von der CONAIE, der PK, dem MPD (Movimiento Popular Democrático), der PSE (Partido Socialista Ecuatoriano), der Confederación Ecuatoriana de Organizaciones Libres Sindicales (CEOLS), der FENOCIN, der ECUARUNARI (Confederación de Pueblos de la Nacionalidad Kichwa del Ecuador), den Landarbeitergruppierungen (Juntas de Campesinado) und den Basisgemeinden der katholischen Kirche (Juntas Parroquiales) unterstützt.

Als gewählter Präsident griff Correa vier Ziele auf, die zentrale Forderungen aus den gegen-hegemonialen Kämpfen darstellten: (a) eine Schließung der US-amerikanischen Militärbasis von Manta, (b) die Ablehnung des Freihandelsvertrags mit den USA, (c) eine Beendigung der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und (d) die Weigerung, die kolumbianische Hauptstadt aufgrund der Drogenanbaubekämpfung mit dem Herbizid Glyphosat im Norden des Landes zu besuchen. Einmal im Amt, konzentrierte er sich auf die Transformation der ecuadorianischen Gesellschaft und auf die Notwendigkeit, die angestoßenen Veränderungen mit Hilfe (a) einer Verfassungsreform, (b) des Kampfes gegen die Korruption, (c) einer unabhängigen Wirtschaftspolitik, (d) einer völlig neuen Sozialpolitik und d) der Etablierung einer „Großen Südamerikanischen Nation“ (Gran Nación Sudamericana) auf regionaler Ebene zu institutionalisieren. Die Regierung unter Correa verkörpert einen qualitativen Sprung in Bezug auf die Etablierung eines demokratischen Projekts der popularen Kräfte. Allerdings ist die Grundlage dieses Projekts in Anbetracht der Präsenz gegnerischer Gruppierungen, die sowohl von außen durch internationale Organisationen und Länder wie die USA und im Inneren durch lokale Oligarchien und Bourgeoisien verkörpert werden, noch schwach ausgeprägt. Zudem erschwert die Heterogenität an Organisationen und Interessen, die in dem von Correa angeführten Projekt zusammenfließen, dessen Konsolidierung.

Es wäre somit noch zu früh, den Erfolg oder das Scheitern dieses gegen-hegemonialen Projekts vorauszusagen, das den Regierungsapparat übernommen und diesen sogar verändert hat. Wenn wir uns an die oberflächliche Erzählung der bisherigen Ereignisse halten, so scheint der vorläufige Erfolg dieses Projekts ein Ergebnis der Kämpfe in der zivilen und der poli-

tischen Gesellschaft. Es muss dennoch viele weitere Herausforderungen meistern, damit die Neugründung der Institutionen auf einen Staat hinausläuft, dessen innere Kräfteverhältnisse sich in der Vormachtstellung der popularen Kräfte widerspiegeln.

4. Fazit

Von 2007 bis heute hat sich die von Rafael Correa angeführte Regierung das popular-demokratische Projekt auf seine Fahnen geschrieben, das sie auf ihrem Weg an die Macht unterstützt hat. Dieses Demokratisierungsprojekt steht für einen laufenden Prozess, der die Interessen der subalternen Sektoren in den Vordergrund stellt. Diesbezüglich seien am Ende der vorliegenden Darstellungen noch einige Überlegungen dazu erlaubt, was dieses Projekt eigentlich für das Verständnis eines Staates bedeutet, in welchem Aktionen aus der Zivilgesellschaft zu ihrer eigenen Ermächtigung geführt haben. Stehen wir wirklich vor dem erfolgreichen Aufstieg eines gegenhegemonialen Projekts seitens der subalternen Gruppen? Welche Interessen und welche Sektoren verkörpert es? Was bedeutet das aus der Perspektive des erweiterten Staats? Im Laufe der hier vorgenommenen Darstellungen wurden beispielsweise die internen Widersprüche offenkundig, die die unterschiedlichen AkteurInnen der Subalternität Ekuadors voneinander trennen; es wurde zwar auf ihren heterogenen Charakter hingewiesen, aber nicht genauer auf dessen Konsequenzen bei der Ersetzung der existierenden hegemonialen Strukturen eingegangen.

Da dieser Prozess meines Erachtens in Ekuador gerade im Gange ist, ist es angebracht, einen Moment innezuhalten und den klassenübergreifenden Block der subalternen AkteurInnen ins Auge zu nehmen, der ihn anführt. Meines Erachtens verweisen die Konzepte der Subalternität und des Popularen auf ähnliche Bevölkerungsschichten, deren Projekte zusammengewachsen sind. Während die Subalternität von der Idee einer veränderbaren hegemonialen Machtstruktur ausgeht, bezieht sich die Idee des Volkes auf das von den Römern abstammende universelle Prinzip *Senatus et Populus*. Letzteres bestimmte soziale Trennungslinien (mit politischen Implikationen) auf der Grundlage der Abstammung und bezeichnet heute die Unterordnung der Mehrheitsinteressen unter eine Minderheit. Die eine

oder andere Dimension wäre einem national-popularen Programm untergeordnet, das in der Lage ist, die Differenzen und Bruchlinien einer zergliederten Gesellschaft (*sociedad abigarrada*) gemäß den Kriterien der proletarischen Zentralität zu artikulieren, um es mit den Worten von René Zavaleta Mercado (1986) auszudrücken. Das Konzept der zergliederten Gesellschaftsformation bezieht sich auf die Koexistenz von unterschiedlichen Produktionsweisen, Zeitlichkeiten und politischen Formen, verweist jedoch vor allem auf deren Desartikulation untereinander (Tapia 2002; siehe auch Pérez Ramírez/Ortega Reyna in dieser Ausgabe). Dies begründet seine Anwendbarkeit auf Ecuador und praktisch auf ganz Lateinamerika.

Die Frage ist nun aber, ob die Interessen des Proletariats diesen universellen Charakter des Popularen prägen, oder ob das Proletariat seinen Platz anderen AkteurInnen überlassen hat, die sich nicht allein nach dem Kriterium der sozialen Klasse definieren. Der Widerspruch Arbeit/Kapital stellt zwar eine zentrale Konfliktachse kapitalistischer Herrschaft dar, und die Herausforderung der beherrschten Klassen besteht darin, diese Situation zu überwinden. Dennoch bin ich mir nicht sicher, ob es diese Art der Transformation ist, die momentan in Ecuador stattfindet. Diesbezüglich erkenne ich auch keine zentrale Rolle des Proletariats inmitten der subalternen Gruppen, die im staatlichen Kontext neue Räume gewonnen haben. Auch wenn man davon ausgeht, dass sich das Proletariat nicht nur entlang ökonomischer Kriterien bestimmen lässt, müssten proletarische Kämpfe doch auf eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse hinarbeiten, um ihren Kern zu bewahren. Dies jedoch ist weder Teil der diskursiven Ebene noch der konkret in Angriff genommenen Aktionen der Volksbewegung. Die Möglichkeit, Allianzen aufzubauen und einen gemeinsamen Kampf einzugehen, beruhte eher auf einem breiten Spektrum an Identitäten, das sich teilweise aus der Heterogenität und dem Durcheinander (*abigarramiento*) der ekuadorianischen Gesellschaft erklärt, und in dem sich sowohl Klassenpositionen und Ethnien als auch gewerkschaftliche, sektorale und Geschlechteridentitäten überschneiden. Auf der Grundlage der sich daraus ergebenden Intersektionen erwuchs dieser durch Frakturen und interne Widersprüche gekennzeichnete heterogene Block mit dem Ziel, ein gegen-hegemoniales Projekt auszuarbeiten. Interessant ist, dass es die Rolle des indigenen Elements für sich noch nicht definiert hat, dieses aber trotzdem als ein zentraler Aspekt inkorporiert wurde.

Wie kann man dieses Projekt in Bezug auf die Idee des National-popularen einordnen? Meines Erachtens erfordern die vorhin erwähnten Ereignisse der jüngsten Vergangenheit Ekuadors einige Nuancierungen dieses Konzepts, das Zavaleta von Gramsci übernommen hat, um damit die bolivianische Gesellschaft zu interpretieren. So werden die Regierung Correas und die sie stützende soziale Basis gerade dafür kritisiert, eine soziale Transformation mithilfe der Erweiterung staatsbürgerschaftlicher Rechte voranzutreiben, anstatt eine Neuzusammensetzung des Nationalen und des Popularen gemäß eines nach dem Klassenbewusstsein ausgerichteten kollektiven Willens voranzutreiben. Die Rolle des indigenen Elements in diesem Kontext ist von großer Bedeutung (Soriano Hernández 2006, 2007); unklar bleibt allerdings, wie sich die Forderungen nach Plurinationalität und Multikulturalität und die bereits erlangten und noch zu erlangenden Rechte (inklusive der Verteilung der kollektiven Güter und des Territoriums selbst) mit dem Überleben eines Systems artikulieren, das in die entgegengesetzte Richtung zeigt.

Gemäß den bereits dargestellten Ereignissen glaube ich, dass es dieses Paradoxon ist, das das sich entwickelnde national-populare Projekt charakterisiert. Innerhalb des breiten Spektrums an Sektoren und Gruppen, auf das es sich stützt, finden sich verschiedene Vorschläge und Wege im Hinblick auf die Errichtung einer gerechteren Gesellschaft. Sich für die demokratische Revolution entschieden zu haben, bedeutet zumindest zu Beginn den Verzicht auf einen Kampf, der sich offen als anti-kapitalistisch versteht. Dies ist auf die Kräfteverhältnisse zurückzuführen, die im Inneren der subalternen Sektoren vorherrschen. Ob sich längerfristig das der Bewegung inhärente Klassenbewusstsein neu positioniert, oder ob die Demokratisierungsprozesse selbst in Widerspruch zu den kapitalistischen Strukturen des Landes treten, wird sich zeigen müssen. Im Moment belasse ich es bei diesen Überlegungen und weise auf den innovativen Charakter der sozialen und politischen Mobilisierungen hin, die die jüngste Vergangenheit Ekuadors hervorgebracht hat.

*Aus dem Spanischen von Dana de la Fontaine und
Melanie Hernandez Sanchez*

¹ Ich danke Gabriela Melo Martínez für ihre wertvolle Unterstützung bei der Recherche, die den hier angestellten Überlegungen vorausging. Außerdem bedanke ich mich bei Ana Buriano für die gründliche Lektüre meines ersten Arbeitsentwurfes.

Literatur

- AF/AP/REUTERS (2001): Noboa e indígenas firman acuerdo que pone fin a 10 días de levantamiento. In: La Jornada, 8.2.2001. <http://www.jornada.unam.mx/2001/02/08/024nimun.html>, 17.7.2009.
- AFP (2004): Movilización en Ecuador contra el ALCA y la privatización del sector energético. In: La Jornada, 17.2.2004. <http://www.jornada.unam.mx/2004/02/17/029nimun.php?printver=1&fly=2>, 17.7.2009.
- Andrade, Pablo (2006): Democracia liberal e inestabilidad política en Ecuador. In: Oasis II, 167-189. <http://redalyc.uaemex.mx/redalyc/pdf/531/5310111.pdf>, 11.11.2009.
- americaeconomica (2003a): Tras una semana de mandato Gutiérrez se enfrenta a las primeras manifestaciones sociales en Ecuador. In: www.americaeconomica.com, 23.1.2003. <http://www.americaeconomica.com/numeros3/196/noticias/mrecuaprotegasolimi.htm>, 18.8.2009.
- americaeconomica (2003b): Lucio Gutiérrez militariza las instalaciones de Petroecuador. In: www.americaeconomica.com, 13.6.2003. <http://www.americaeconomica.com/numeros4/216/noticias/chpetroecuadorju.htm>, 18.8.2009.
- Analítica (2005): Ecuador: manifestaciones en Guayaquil. In: Analítica, 27.1.2005. <http://www.analitica.com/va/sintesis/internacionales/3755161.asp>, 19.8.2009.
- ANSA (2000): Dolariza Jamil Mahuad la economía de Ecuador. In: El Universal, 10.1.2000. http://www2.eluniversal.com.mx/pls/impreso/version_imprimir.html?id_notas=12321&tabla=nacion, 17.7.2009.
- Badie, Bertrand/Birnbaum, Pierre (1983): *The Sociology of the State*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bagú, Sergio (1981): *Tiempo, realidad social y conocimiento*. México, D.F.: Siglo XXI.
- BBC Mundo (2003): Militarizan Petroecuador. In: BBC Mundo, 11.6.2003. http://news.bbc.co.uk/hi/spanish/latin_america/newsid_2983000/2983140.stm, 18.8.2009.
- BBC Mundo (2005): Ecuador: renuncia ministro de Economía. In: BBC Mundo, 5.8.2005. http://news.bbc.co.uk/hi/spanish/latin_america/newsid_4747000/4747551.stm, 21.8.2009.
- Beetham, David (1991): *The Legitimation of Power*. London: McMillan.
- Bermejillo, Eugenio (1998): Una década de levantamientos. Entrevista con Lourdes Tibán. In: La Jornada, 10.11.1998. <http://www.jornada.unam.mx/1998/11/10/oja-decada.html>, 15.8.2009.

- Biffi, Pablo (1999): Masivo apoyo en Ecuador a las protestas contra el gobierno: In: El Clarín, 12.3.1999. <http://www.clarin.com/diario/1999/03/12/i-03201d.htm>, 8.8.2009.
- Braudel, Fernando (1982): La historia y las ciencias sociales. Madrid: Alianza. [Dt.: Braudel, Fernand (1984): Geschichte und Sozialwissenschaften. Die 'longue durée'. In: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Geschichte und Soziologie. Königstein: Taurus, 189-215].
- Carrillo, Ricardo (2003): Movimientos sociales y hegemonía. In: Aportes Andinos 6. <http://www.uasb.edu.ec/padh/centro/pdfs6/Ricardo%20Carrillo.pdf>, 11.11.2009.
- Castro, Claudia (2005): Lucio Gutiérrez había mentido demasiado: analista. In: El Universal, 20.4.2005. http://www2.eluniversal.com.mx/pls/impreso/noticia.html?id_nota=279189&tabla=notas, 21.8.2009.
- Córdova, Arnaldo (1984): Sociedad y Estado en el mundo moderno. México, D.F.: Grijalbo.
- Dagnino, Evelina/Olvera, Alberto J./Panfichi, Aldo (Hg., 2006): La disputa por la construcción democrática en América Latina. México, D.F.: Fondo de Cultura Económica/CIESAS/Universidad Veracruzana.
- Dávalos, Pablo (2000): La CONAIE: ¿Actor social? ¿Sujeto político?. In: Boletín del Instituto Científico de Culturas Indígenas ARY-RIMAY 2 (18). <http://icci.nativeweb.org/boletin/18/davalos.html>, 11.11.2009.
- Dávalos, Pablo (Hg., 2001): Yuyarinakuy: „digamos lo que somos, antes que otros nos den diciendo lo que no somos“. Una minga de ideas. Quito, Ecuador: Ediciones Abya-Yala/Instituto Científico de Culturas Indígenas.
- Dutrénit Bielous, Silvia (2007): Historiando un pasado traumático: entre la seducción de la memoria y el hallazgo de fuentes. In: de Garay, Graciela (Hg.): Para pensar el tiempo presente: aproximaciones teórico-metodológicas y experiencias empíricas. México, D.F.: Instituto Mora, 113-125.
- Ecuadorinmediato (2005a): Finaliza marcha por la Democracia en Quito. In: Ecuadorinmediato.com, 16.2.2005. http://www.ecuadorinmediato.com/Noticias/news_user_view/ecuadorinmediato_noticias--9239, 19.8.2009.
- Ecuadorinmediato (2005b): Ecuador enfrenta paro médico por 48 horas. In: Ecuadorinmediato.com, 14.9.2005. http://www.ecuadorinmediato.com/Noticias/news_user_view/ecuadorinmediato_noticias--20534, 8.8.2009.
- EFE/AFP/DPA/ANSA (2005): Protestas en Ecuador por la caída del ministro de Economía, 6.8.2005. <http://www.clarin.com/diario/2005/08/06/elmundo/i-04701.htm>, 21.8.2009.
- El Porvenir (2005): Enciende alarmas en Ecuador renuncia de ministro de economía. In: El Porvenir, 6.8.2005. http://www.elporvenir.com.mx/notas.asp?nota_id=21652, 17.7.2009.
- El Universal (2005a): Quito tranquilo tras decreto de emergencia. In: El Universal, 16.4.2005. http://internacional.eluniversal.com/2005/04/16/int_ava_16A552083.shtml, 22.8.2009.

- El Universal (2005b): Fuerzas armadas de Ecuador retiran apoyo a Lucio Gutiérrez. In: El Universal, 20.4.2005. http://tiempolibre.eluniversal.com/2005/04/20/int_ava_20A55304I.shtml, 17.7.2009.
- El Universal (2005c): FIDH denuncia „represión violenta“ de manifestaciones en Ecuador. In: El Universal, 18.11.2005. http://caracas.eluniversal.com/2005/11/18/int_ava_18A633623.shtml, 21.8.2009.
- Espinosa, Javier (1997): La presidenta de Ecuador dimite y acusa al Congreso de „machista“. In: El Mundo, 12.2.1997. <http://www.elmundo.es/papel/hemeroteca/1997/02/12/mundo/224714.html>, 19.8.2009.
- Favela, Margarita/Guillén, Diana (2009): Lucha social y derechos ciudadanos en América Latina. In: Favela, Margarita/Guillén, Diana (Hg.): América Latina: los derechos y las prácticas ciudadanos a la luz de los movimientos populares. Buenos Aires: CLACSO, 21-49.
- Fraser, Nancy (1999): Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy. In: Calhoun, Craig (Hg.): Habermas and the Public Sphere. Cambridge: MIT Press, 109-142.
- Gramsci, Antonio (1981): Cuadernos de la cárcel. Bd. 1. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: Gefängnishefte, 10 Bände. Hamburg: Argument, 1991ff].
- Gramsci, Antonio (1984): Cuadernos de la cárcel. Bd. 3. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: Gefängnishefte, 10 Bände. Hamburg: Argument, 1991ff].
- Hall, Gillette/Patrinós, Harry A. (Hg., 2006) Indigenous Peoples, Poverty and Human Development in Latin America: 1994–2004. London: Palgrave Macmillan.
- Haug, Wolfgang Fritz (2003): ¿Sociedad civil o sociedad burguesa? Ambivalencia o dialéctica de un concepto clave. <http://www.wolfgangfritzhaug.inkrit.de/texte/sociedad%20civil%20o%20sociedad%20burguesa.pdf>, 11.11.2009.
- Hernández Garibay, Jesús (2001): Los indígenas, el eje. In: Siempre, 14.02.2001. http://www.accessmylibrary.com/coms2/summary_0286-32226960_ITM, 17.7.2009.
- Hesles, José Carlos (1998): Mercurio o el político: sobre la naturaleza de los intermediarios y su contribución al orden político. In: Guillén, Diana (Hg.): Mediaciones y Política. México, D.F.: Instituto Mora, 9-47.
- Inchalá (2001): Texto completo del acuerdo entre el Gobierno de Ecuador y las Organizaciones indígenas campesinas y sociales. In: Inchalá 104, 19.2.2001. http://members.tripod.com/inchala_online/bol/104_0201.htm, 21.8.2009.
- Instituto Nacional de Estadísticas y Censos (1999): Encuesta de Condiciones de Vida. Ecuador: INEC-Ecuador. <http://www.eclac.cl/deype/mecovi/docs/TALLER3/8.pdf>, 7.8.2009.
- Laclau, Ernesto (2000): Identity and Hegemony: the role of Universality in the constitution of Political Logics. In: Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Zizek, Slavoj (Hg.): Contingency, Hegemony and Universality. London: Verso, 44-90.

- Laclau, Ernesto (2001): Democracy and the Question of Power. In: Constellations 1 (8). <http://www.unc.edu/courses/2005fall/geog/160/001/GEC%2705/laclau.pdf>, 11.11.2009.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2004): Hegemonía y estrategia socialista. Hacia una radicalización de la democracia. Buenos Aires: Fondo de Cultura Económica.
- La Jornada (2000): Dos poderes en Ecuador. In: La Jornada, 22.1.2000. <http://www.jornada.unam.mx/2000/01/22/edito.html>, 17.7.2009.
- León Galarza, Natalia Catalina (2009): Ecuador. La cara oculta de la crisis. Ideología, identidades políticas y protesta en el fin de siglo. Buenos Aires: CLACSO.
- López, Edison (2005): Oposición ecuatoriana sale fortalecida de la marcha. In: El Universal, 18.2.2005. http://deportes.eluniversal.com/2005/02/18/int_art_18148A.shtml, 21.8.2009.
- Mosquera, César (2000): Abajo las leyes de modernización. In: El Tiempo, 7.12.2000. <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-1209752#>, 21.8.2009.
- OSAL (2000): Cronología del conflicto social. Ecuador, enero-abril 2000. <http://www.clacso.org.ar/clacso/areas-de-trabajo/area-academica/osal/produccion-academica/cronologias/ecuador/2000/cronologia-ecuador-enero-abril-2000/view>, 23.11.2009.
- OSAL (2001): Cronología del conflicto social. Ecuador, enero-diciembre 2001. <http://www.clacso.org.ar/clacso/areas-de-trabajo/area-academica/osal/produccion-academica/cronologias/ecuador/2001/cronologia-ecuador-enero-diciembre-2001/view>, 23.11.2009.
- REUTERS (2001): Detienen a líder indígena. In: La República, 31.1.2001. <http://www.larepublica.com.uy/mundo/34786-detienen-a-lider-indigena>, 17.7.2009.
- Pimmer, Stefan (2010): La transformación del Estado en América Latina. Análisis del concepto de la internacionalización del Estado. Tesis de maestría para optar al grado de maestro en Estudios Latinoamericanos. México, D.F.: UNAM.
- Santos, Boaventura de Sousa (2001): Los nuevos movimientos sociales. In: Observatorio Social de América Latina 5. <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/osal/osal5/debates.pdf>, 11.11.2009.
- Soriano Hernández, Silvia (2006): Identidad-Alteridad en el movimiento indígena ecuatoriano. In: América Latina: las caras de la diversidad. México, D.F.: Centro Coordinador y Difusor de Estudios Latinoamericanos, 87-99.
- Soriano Hernández, Silvia (2007): Representaciones de la movilización social en Ecuador. In: América Latina: convergencias y divergencias. México, D.F.: Centro de Investigaciones sobre América Latina y el Caribe, 331-341.
- Steinsleger, José (2000): Cronología de los sucesos en Ecuador. In: La Jornada, 22.1.2001. <http://www.jornada.unam.mx/2001/01/22/023nimun.html>, 20.8.2009.
- Tapia, Luis (2002): La producción del conocimiento local. La Paz: Muela del Diablo.
- Vinueza, Ramiro (2006): Movilizaciones en todo el Ecuador contra la Oxy y el TLC. In: Rebelión, 17.1.2006. <http://www.rebelion.org/noticia.php?id=25644>, 21.8.2009.

- Weber, Max (1984): *Economía y Sociedad*. México, D.F.: Fondo de Cultura Económica. [Dt.: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr 1922].
- Zamitz Gamboa, Héctor (1999): *Origen y Desarrollo de la Ciencia Política: Temas y Problemas*. In: *Convergencia* 6 (20). <http://redalyc.uaemex.mx/redalyc/src/inicio/ArtPdfRed.jsp?iCve=10502003>, II.II.2009.
- Zavaleta Mercado, René (1986): *Lo nacional-popular en Bolivia*. México, D.F.: Siglo XXI.

Abstracts

Ausgehend von einigen allgemeinen Überlegungen zu den lateinamerikanischen Transformationsprozessen an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert nimmt sich der vorliegende Beitrag zum Ziel, die jüngste Vergangenheit Ekuadors nachzuzeichnen. Dies geschieht im Rahmen einer Lektüre Gramscis, dessen Überlegungen auf die Realität der ekuadorianischen Gesellschaft übertragen werden. Die sozialen und politischen Prozesse bis zum Regierungsantritt von Rafael Correa, so die These, lassen auf die Entstehung eines gegen-hegemonialen Projekts schließen, das von den heterogenen subalternen Gesellschaftssektoren des Landes vorangetrieben wird.

Starting with some general reflections on political processes and the transition from the 20th to the 21st century in Latin America, this article aims at tracing recent history in Ecuador until the accession to power of Rafael Correa in 2007. Important social and political events are analysed from a Gramscian perspective, stressing in particular his central concepts of hegemony and the extended state. According to the author, the processes which led to the taking of power of Rafael Correa clearly show the outlines of a counter-hegemonic project which is driven by a conjunction of heterogeneous subaltern forces.

Diana Guillén
Instituto Mora
Politikwissenschaftliche Fakultät der
Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM)
dianis@servidor.unam.mx

MÓNICA DEL CARMEN CERÓN DÍAZ¹

**Die Transformation der Kräfteverhältnisse in El Salvador:
Vom Ende des Bürgerkriegs zum Triumph der FMLN**

1. Einleitung

Der vorliegende Artikel hat zum Ziel, anhand des Konzepts des erweiterten Staates von Antonio Gramsci die Veränderungen im Verhältnis zwischen politischer und ziviler Gesellschaft in El Salvador in der Zeit nach dem Bürgerkrieg zu untersuchen. Von 1980 bis 1992 durchlebte das kleinste der zentralamerikanischen Länder mehr als ein Jahrzehnt Bürgerkrieg, der wiederum einer fast fünfzigjährigen Periode von Militärregierungen ein Ende gesetzt hatte. Die Unterzeichnung des Friedensvertrags im Jahr 1992 übersetzte sich in ein bescheidenes, aber konstantes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, das dem Land makroökonomische Stabilität verlieh und eine Diversifizierung der auf Kaffeeexport ausgerichteten Wirtschaft mit sich brachte. Ein besonderes Anliegen ist es, das Verhältnis der sozialen und politischen Kräfte des Landes im Augenblick des Wahlerfolgs der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional, FMLN) unter der Führung von Mauricio Funes im Jahr 2009 zu untersuchen. In diesem Kontext werden auch die möglichen Perspektiven der FMLN nach der Regierungsübernahme beurteilt, um sich als Teil eines reformierten Staates zu etablieren, also als staatliche Kraft, die mit den progressiven Kräften der Zivilgesellschaft korrespondiert (Zavaleta Mercado 2008: 46ff). Dies wird jedoch in Form eines Nachworts behandelt, um spekulative Aussagen über eine noch junge Entwicklung zu vermeiden. Am Anfang steht deshalb ein Rückblick auf die Veränderungen der politischen und sozialen Kräfte des Landes in den 1980er und 1990er Jahren.

2. Der zeitliche Kontext 1980–1992

2.1 Ausbruch des Bürgerkriegs und die Friedensverhandlungen

Als Ursachen für den Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 1980 können folgende strukturelle Faktoren genannt werden: erstens die monokulturelle Ausrichtung der Wirtschaft auf den Kaffeeanbau, die durch die Schwankungen des Weltmarktpreises der Bohne seit 1929 zur ökonomischen Instabilität des Landes führte; zweitens die Gewalt und politische Repression durch die Militärregierungen (1931–1979), die das Land in eine schwere soziale Krise stürzten; drittens das Unvermögen der Institutionen, saubere Wahlen zu garantieren, was wiederum eine Krise der Repräsentativität zur Folge hatte; viertens der US-amerikanische Interventionismus in Zentralamerika im Kontext des Kalten Krieges, der sich in der Unterstützung der Regierungsapparate bei der Niederschlagung und Kontrolle populärer² Kräfte ausdrückte; und schließlich ist auch die Zunahme sozialer Konflikte in Zentralamerika ab den 1970er Jahren zu nennen; diese äußerte sich in der politischen Radikalisierung der vor allem bäuerlich-indigenen Bewegung in Guatemala nach 1975 und dem Volksaufstand in Nicaragua zwischen 1977 und 1979, der zum Sturz der Somoza-Diktatur und zur sandinistischen Revolution führte. Beide Ereignisse gingen der Krise in El Salvador voraus und stehen mit dieser in engem Zusammenhang.

Als konjunkturelle Faktoren, die zwischen 1979 und 1980 unmittelbar den Ausbruch des Volksaufstands bewirkten, sind folgende Ereignisse zentral: zum einen der Staatsstreich des jungen Offizierskorps gegen die Regierung von General Carlos Humberto Romero; des Weiteren ist auch die Vereinigung subalternen Kräfte in der Revolutionären Koordinationsstelle der Massen (Coordinadora Revolucionaria de Masas)³ zu nennen, die sich aus dem Revolutionären Volksblock (Bloque Popular Revolucionario, BPR), der Vereinigten Front für Volksaktion (Frente de Acción Popular Unificado, FAPU), den Volksligen des 28. September (Ligas Populares del 28 de septiembre, LP), der Nationalistischen Demokratischen Unión (Unión Democrática Nacionalista, UDN) und der Befreiungsliga (Liga para la liberación) zusammensetzte; schließlich ist auch die Ermordung von Erzbischof Oscar Arnulfo Romero durch die vom Staat unterstützten Todesschwadronen von großer Bedeutung. Oscar Romero war eine zentrale Figur nicht nur hinsichtlich der Verteidigung von Menschenrechten, sondern

auch in Bezug auf die Publikmachung der Gewalttaten seitens der Militärregierungen. Kurz vor seiner Ermordung missbilligte der Bischof öffentlich, dass die USA ökonomische Unterstützung angeboten hatten, und forderte Präsident Jimmy Carter auf, nicht in die politische Situation des Landes zu intervenieren. Gleichzeitig rief er die christdemokratische Regierung auf, den Konflikt auf politischem Wege anstatt mithilfe von Waffen zu lösen (vgl. Gordon 1989: 305).

Im Laufe des Bürgerkriegs erarbeiteten die aufständischen Kräfte, angeführt durch die Demokratische Front El Salvadors (Frente Democrático Salvadoreño, FDR) und die FMLN, drei unterschiedliche Angebote für Friedensverhandlungen. Diese beinhalteten zu Beginn tief greifende politische und ökonomische Reformen, verloren jedoch zunehmend ihren radikalen Charakter und hatten gegen Ende des Konflikts vornehmlich die Einbindung der Guerillaorganisationen in die Spielregeln der repräsentativen Demokratie zum Ziel. Der erste Vorschlag wurde 1981 unterbreitet und sah die Einführung einer Demokratisch-Revolutionären Regierung (Gobierno Democrático Revolucionario, GDR) vor, die auf den Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung, der Umstrukturierung der Streitkräfte, der Religionsfreiheit, einem gemischten Wirtschaftsmodell, einer blockfreien Außenpolitik und der Einberufung von Wahlen basierte (vgl. Burgos 1994: 93). Der zweite Vorschlag entstand im Rahmen der Verhandlungen von 1984 und basierte auf der Forderung einer Regierung breiter Beteiligung (Gobierno de Amplia Participación, GAP), also auf einem Modell der „geteilten Regierungsführung“. Die soziale Basis der Guerillaorganisation stellte den revolutionären Charakter dieses Vorschlags allerdings in Frage, da er die Forderungen des ersten Vorschlags einer Demokratisch-Revolutionären Regierung untergrub. Der dritte Vorschlag wurde im Rahmen des Dialogs mit der salvadorianischen Regierung im Jahr 1989 unterbreitet, wobei die politisch-militärische Oppositionsfront FDR-FMLN einzig die allgemeinen Verhandlungsthemen wie Frieden und Demokratie aufgriff. Dieser letzte Vorschlag bildete die Grundlage der darauf folgenden Friedensverhandlungen und klammerte das radikale Reformprojekt aus, das zu Beginn der Auseinandersetzungen entworfen worden war und die Verteidigung der nationalen Souveränität, die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung und die Einführung einer unabhängigen Außenpolitik zum Inhalt hatte (vgl. ebd.). Letzten Endes

blieb von den ursprünglichen Forderungen also nur mehr die Konstituierung der Guerillaorganisation als politische Partei übrig.

Zeitgleich zu dieser allmählichen Modifikation der Forderungen der revolutionären Kräfte verfolgte das kontrarevolutionäre Projekt, unterstützt von der US-amerikanischen Regierung unter Ronald Reagan, eine militärische Lösung des Konflikts. Abseits der Verhandlungswege und aufbauend auf der Strategie eines Kriegs „niedriger Intensität“ wurde die Wiederherstellung der alten Zustände und die Einführung eines Modells repräsentativer Demokratie angestrebt. Mithilfe zweier Taktiken gelang es schließlich der christdemokratischen Regierung von José Napoleón Duarte (1984–1989), die drohende militärische Niederlage der kontrarevolutionären Kräfte abzuwenden: Einerseits setzte man in den militärischen Auseinandersetzungen zusehends auf eine gezieltere und punktuelle Bekämpfung der aufständischen Gruppen, um von der Guerrilla eingenommene Territorien wieder zu gewinnen. Andererseits wurde auch eine begrenzte politische Öffnung mittels kontrollierter Wahlen eingeleitet (vgl. ebd.: 94f). Sowohl die Vorschläge und Positionen der aufständischen als auch der kontrarevolutionären Kräfte gingen in die programmatische (1990–1992) und operative Phase (1992–1994) der Friedensverhandlungen ab 1989 ein. Diese mündeten schließlich in die Unterzeichnung der Friedensverträge von Chapultepec am 16. Jänner 1992 und gaben den Anstoß zu fünf grundlegenden Reformen: (1) der Eingliederung der FMLN in die institutionalisierte Politik und die Amnestie ihrer Mitglieder, (2) die radikale Veränderung der Beziehung zwischen zivilen und militärischen Kräften, die zur Entmilitarisierung der Polizeieinheiten und zur Bildung einer nationalen Zivilpolizei (Policía Nacional Civil) führte, (3) ein Programm sozioökonomischer Reformen, (4) Reformen des Justizsystems und (5) Reformen des Wahlsystems.

Im Rahmen des sozioökonomischen Reformprogramms suchte die Regierung anhand von drei Instrumenten, die entwaffneten Truppen der Guerilla in das zivile Leben zu integrieren: erstens mit dem Programm zur Übertragung von Land (Programa de Transferencia de Tierras, PTT), das die vom Christdemokraten José Napoleón Duarte begonnene Landreform abschloss und zur „Umverteilung“ von 295.694 Hektar Land an zirka 85.000 Familien führte, fast zwanzig Prozent der nutzbaren Anbauflächen von El Salvador (vgl. Foley et al. 1997: 2); zweitens mithilfe der Einrichtung eines Forums der Sozialen und Wirtschaftlichen Vereinbarung (Foro de Concer-

tación Social y Económico), das VertreterInnen von Gewerkschaften und Bauernverbänden, des Unternehmenssektors und der Regierung zusammenbrachte, um Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsreformen auszuarbeiten; das mangelnde Interesse der Regierung und das Ausbleiben internationalen Drucks führten allerdings dazu, dass das Forum seine Arbeit einstellte (vgl. Pirker 2008: 288); und drittens durch den Plan zum nationalen Wiederaufbau mit dem Ziel, in die vom Bürgerkrieg betroffenen Gebiete zu investieren. In diesem Sinne sollten Investitionen in „grundlegende Infrastrukturmaßnahmen im sozialen und produktiven Sektor sowie in den Erwerb von Land“ fließen (ebd.: 291). Diese Investitionen förderten zwar die Ausbreitung von Nichtregierungsorganisationen, die auf den Bereich der sozialen Entwicklung im Land spezialisiert waren. Insgesamt wurde jedoch bei der Ausarbeitung und Ausführung dieser Reformprogramme deutlich, dass die politischen Eliten kein Interesse hatten, die Forderungen der Gewerkschaften und Bauernverbände zu berücksichtigen. Damit wurde auch eine effektive Eingliederung dieser Bevölkerungsschichten in das Projekt der herrschenden Klassen unterbunden.

Aufbauend auf dieser Ausgangslage und als Resultat der Friedensverhandlungen nahm in der Zeit nach dem Bürgerkrieg eine Neukonfiguration der politischen und sozialen Kräfte El Salvadors ihren Anfang. Diese äußerte sich in einem Bruch zwischen den verschiedenen Kräften der politischen und der zivilen Gesellschaft, die die Schaffung eines neuen politisch-sozialen Gleichgewichts auf nationaler Ebene erforderlich machte. Inmitten dieser Umbrüche bewirkte die Entscheidung der FMLN, sich als politische Partei zu konstituieren, nicht nur die Zersplitterung ihrer fünf Gründungsorganisationen, sondern auch den Verlust der Unterstützung weiter Teile der organisierten Bevölkerung. Letzterer Umstand ist hauptsächlich der Tatsache geschuldet, dass mit der Einbindung der bewaffneten Linken in das repräsentative politische System auch eine neue Logik der Organisation und der politischen Auseinandersetzungen Einzug hielt. Dies nahm viele Ressourcen der ehemaligen Guerillaorganisation in Anspruch und führte letzten Endes zu einer nicht beabsichtigten Vernachlässigung ihrer sozialen Basis und zur Schwächung ihrer Verbindungen zu den popularen Organisationen und der Gewerkschaftsbewegung.

2.2 Die Eroberung der politischen Macht durch die ARENA und die Modernisierung der Oligarchie

Zur Überraschung der linksgerichteten politischen Organisationen, deren militärischer Sieg unmittelbar bevorstanden war und nur durch die Intervention der USA verhindert wurde, ging in den Präsidentschaftswahlen vom Mai 1989 die konservative Partei der Republikanisch-Nationalistischen Allianz (Alianza Republicana Nacionalista, ARENA) als Siegerin hervor. Die rechtsgerichtete Partei erlangte die Präsidentschaft hauptsächlich aufgrund ideologischer und wirtschaftlicher Faktoren, wie der allgemeinen Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und der Dringlichkeit von Hilfsmaßnahmen für die im Bürgerkrieg wirtschaftlich am stärksten betroffenen Bevölkerungsschichten. In diesem Kontext entwickelte sich zwischen den beiden stärksten politischen Kräften des Landes, der ARENA und der FMLN, eine Auseinandersetzung um den Einfluss auf die arbeitende Bevölkerung in der Stadt und auf dem Land (vgl. Ruiz Contardo et al. 1990: 287).

Neben dieser neuen politischen Situation der Nachkriegszeit kam es auch zu einer Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen El Salvadors. Die ebenfalls als Elite der „Kaffeerepublik“ bekannte Oligarchie, verkörpert durch die „14 Familien“,⁴ hatte ihre Vorherrschaft von 1880 bis 1979 erfolgreich mithilfe einer traditionellen und agrarischen Ideologie sichern können (vgl. Velásquez Carrillo 2009). Ihr Herrschaftsmodell stützte sich auf ihr Monopol in der Landwirtschaft und auf die Streitkräfte, die vor dem Bürgerkrieg die Rolle einer politischen Partei einnahmen. Die Krise der Kaffeepreise gegen Ende der 1970er Jahre, der Staatsstreich vom Oktober 1979 und die kontrarevolutionäre, von Washington entworfene Strategie während der 1980er Jahre bedeuteten jedoch einen schweren Schlag für die oligarchische Herrschaft. Dazu kam ein ideologischer Kurswechsel von Präsident Alfredo Cristiani, der die Hinwendung zum international hegemonialen Neoliberalismus und dessen von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond geförderten Wirtschaftsmodell implizierte. Die Machtergreifung von Cristiani verkörperte den Triumph des modernsten Flügels innerhalb der Oligarchie, und viele der neuen Protagonisten kamen nicht notwendigerweise aus dem historischen Kern der 14 Familien (vgl. ebd.). Währenddessen wurden seitens des traditionellen Flügels der Oligarchie zwei Wege eingeschlagen, um die eigene Krise zu bewältigen. In politischer Hinsicht versuchten die leitenden Kräfte der Oligarchie, die wenigen Einflussmittel

zu nutzen, die ihnen innerhalb von ARENA noch zur Verfügung standen. Um ihre Vorherrschaft wiederherzustellen, setzten sie auf den Präsidentschaftskandidaten Armando Calderón Sol. In wirtschaftlicher Hinsicht wurde eine Modernisierung und Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion in Gang gesetzt, die sich zudem auf den Finanz- und Importsektor stützte. Dadurch wurde der Entstehung „neuer“ regionaler Eliten, die sich transnational artikulierten, der Weg bereitet. Diese Strategie wirkte sich in hohem Maße auf die Neuzusammensetzung der Herrschaftsstrukturen aus: „Das Lager der Unternehmer und des Finanzsektors, das die neoliberale Fahne hochhielt und fast vollständig ihrer traditionellen Vergangenheit absagte, konstituierte sich in acht Unternehmergruppen, die die salvadorianische Wirtschaft seit 1989 dominieren: Cuscatlán, Banagrícola, Banco Salvadoreño, Banco de Comercio, Agrisal, Grupo Poma, Grupo de Sola und Grupo Hill“ (ebd.).

3. Die Wahlen nach den Friedensverhandlungen: 1994–1999

3.1 Zwischen der Festigung und dem Verlust der Hegemonie

Obwohl die FMLN zwar als offizielle Partei anerkannt wurde, war zwischen 1994 und 1999 ihr Einfluss als politische Kraft relativ gering. Diese Periode war von Auseinandersetzungen im Inneren der Partei geprägt, die eine Umdefinierung ihres ideologischen Projektes und eine Neuausrichtung ihrer Strukturen zum Inhalt hatten. Vor allem aber stellte sich die Frage, inwieweit die Partei bereit war, ihr ursprüngliches ideologisches Projekt abzuändern, um an den offiziellen demokratischen Prozessen teilzunehmen. Zudem sah sich die Partei mit einem Problem konfrontiert, das in Zusammenhang mit dem Resultat des Friedensabkommens stand: Sie musste den Rückschlag und die Enttäuschung großer Teile der Zivilgesellschaft und besonders ihrer eigenen sozialen Basis gewärtigen, die sich angesichts der Verwässerung ihrer Forderungen im Friedensabkommen breit machte. In diesem Sinn kennzeichnete sich diese Periode durch eine Passivität vieler progressiver zivilgesellschaftlicher Sektoren in den sozialen Kämpfen, die erst 1999 durch den Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung zu einem Ende kam.

Vor diesem Hintergrund kommt den Wahlen von 1994 und 1999 große Bedeutung zu. Jene von 1994 waren von historischer Tragweite, da sie nicht nur erstmals in Friedenszeiten stattfanden, sondern auch zum ersten Mal die FMLN in die offizielle Parteienlandschaft inkludiert wurde. Sie zeigten auch die ideologischen Verbindungen zwischen dem modernen Flügel der Oligarchie und weiten Teilen der Bevölkerung auf. Nach zwei Wahlgängen konnte sich der Kandidat der ARENA, Armando Calderón Sol, gegenüber dem Wahlbündnis zwischen der FMLN und der Demokratischen Konvergenz (Convergencia Democrática, CD) durchsetzen. Gemäß den Daten des Obersten Wahltribunals El Salvadors (Tribunal Supremo Electoral, TSE) kamen auf die ARENA im ersten Wahlgang am 20. März 49,3 % und im zweiten am 23. April 68,3 % der Wählerstimmen. Dabei erhielt sie die Stimmenmehrheit in allen Provinzen des Landes (PDBA 2009: o.S.).

Dieser Triumph des rechten Lagers kann durch mehrere Faktoren erklärt werden. An erster Stelle ist die „relativ“ gute makroökonomische Bilanz der Regierungszeit von Alfredo Cristiani zu nennen, die auf der Repatriierung des Kapitals der privaten Großunternehmen nach Kriegsende und dem überraschenden Wachstum des Dienstleistungssektors beruhte (beide Phänomene waren allerdings nur von kurzer Dauer). An zweiter Stelle spielte die autoritäre, paternalistische Tradition des Landes eine Rolle, die die Neigung eines Großteils der Wählerschaft zugunsten der rechten Kräfte implizierte. An dritter Stelle war eine generelle Demobilisierung der Gesellschaft ausschlaggebend, die sich als Folgeerscheinung des Bürgerkriegs breit machte. Und schließlich trug auch die millionenschwere Wahlkampagne der ARENA zu ihrem Triumph bei. Dabei wurde die von ihr geförderte „Friedenskultur“ und die parteiinterne Modernisierung und Demokratisierung besonders hervorgehoben (vgl. Acevedo 1994: 203f).

Die FMLN konzentrierte sich demgegenüber darauf, ihre Verhandlungsrolle in den Friedensverträgen zu betonen. Allerdings muss eingestanden werden, dass sie es trotz ihrer Bemühungen hinsichtlich der juristischen, konstitutionellen und der Wahlrechtsreform versäumt hatte, Maßnahmen für die Veränderung des Wirtschafts- und Sozialsystems festzulegen. Diesbezüglich waren ihre Versuche zur Aufrechterhaltung einer ideologischen Bindung zu den einfachen Bevölkerungsschichten nicht ausreichend. Paradoxerweise konzentrierten sich die Stimmen für die linksgerichtete Partei auf die dichtbesiedelten Gebiete und nicht auf den ländlichen Raum, der

während des Bürgerkriegs ihre soziale Basis dargestellt hatte. Damit wurde deutlich, dass die neuen Bindungen zwischen politischer und ziviler Gesellschaft neben einer veränderten ideologischen Ausrichtung auch eine andere Art von Beziehungen zwischen den progressiven Kräften und der Bevölkerung erforderten.

Im Gegensatz zur Stimmung bei den Präsidentschaftswahlen von 1994, die als „Wahlen des Jahrhunderts“ bezeichnet wurden, blieben 1999 65 % der Wahlberechtigten dem Urnengang fern. Dies war zu einem wesentlichen Teil auf die nichts sagenden Wahlkampagnen, das Fehlen einer realen Opposition und der mangelnden Repräsentativität der politisch-ideologischen Projekte der ARENA zurückzuführen. Im Grunde genommen bemühten sich sowohl Francisco Flores (ARENA) als auch Facundo Guardado (FMLN-USC) in ihren Wahlkampagnen, ein korrektes und sorgfältiges Bild vor den Massenmedien abzugeben. Der Datenbank des Obersten Wahltribunals zufolge ging Francisco Flores mit 57,7 % der Stimmen als Sieger hervor, während Facundo Guardado 35,7 % der Stimmen erhielt (BDTSE 2009). Unter den Faktoren, die den Triumph der ARENA erklären, muss insbesondere ihre Wahlkampfstrategie hervorgehoben werden. In deren Rahmen gelang es, die FMLN und ihre Kandidaten zu diskreditieren und ihr einseitig die Schuld an den Zerstörungen und Todesopfern des Bürgerkrieges zuzuschreiben. Die Wahlkoalition FMLN-USC ihrerseits ignorierte diesen Affront und konnte auch die Verschleißerscheinungen von zehn Jahren rechtsgerichteter Regierungen nicht gewinnbringend für sich ausnützen. Außerdem ging sie fälschlicherweise davon aus, dass ihr die in den Parlamentswahlen von 1997 erreichten Stimmengewinne einen politischen Vorteil verschaffen würden.

Zu den strukturellen Faktoren, die den Wahlsieg von Francisco Flores erklären, zählt unter anderem die Tatsache, dass die Auseinandersetzung zwischen den beiden stärksten politischen Kräften des Landes (ARENA/FMLN) nicht in Erwägung zog, dass das salvadorianische Volk aus der Lethargie der Nachkriegszeit erwachte und sich neu organisierte. Die Suche nach politischen Optionen verhalf so der kleinen Linkspartei Vereinigtes Demokratisches Zentrum (Centro Unido Democrático) auf den dritten Platz bei den Wahlen und bewirkte, dass diese einen beträchtlichen Anteil der Wählerstimmen der FMLN abschöpfte. Die Situation zeigte wieder einmal die Schwäche der Bindungen der FMLN zu den linksgerichteten

gesellschaftlichen Sektoren. Letztendlich trug dieses Machtvakuum im linken Spektrum dazu bei, dass das hegemoniale Projekt der rechtsgerichteten Partei eine stabile Grundlage auf wirtschaftlicher, politischer, rechtlicher und ideologischer Ebene fand, und erlaubte gleichzeitig den herrschenden Gruppen El Salvadors, die Kontrolle über den Staat auszubauen.

3.2 Das Wiederaufleben der sozialen Kämpfe: die Anti-Privatisierungsbewegung und der Gewerkschaftskampf

In der dritten Legislaturperiode der ARENA unter dem Vorsitz von Francisco Flores kam es angesichts der Notwendigkeit, die rechtsgerichtete Regierung zu legitimieren, zu einem „formellen“ Dialog zwischen politischer und ziviler Gesellschaft. Der Präsident beauftragte mehrere Umfragen in der Bevölkerung, die seinen Verlautbarungen gemäß Einfluss auf sein Regierungsprogramm haben sollten. Gleichzeitig wurden Parlamentswahlen ausgerufen und von der Gesellschaft gefordert, eine KandidatInnenliste für das Amt des Oberstaatsanwalts aufzustellen. Den Hintergrund dieser beiden „populären“ Strategien bildeten erneute soziale Unruhen. Im Zuge der Privatisierungsmaßnahmen durch die ARENA war es zwischen 1994 und 1998 zu einer Radikalisierung weiter Teile der Zivilgesellschaft gekommen. Obwohl die Kräfteverhältnisse auf politischer Ebene und die Kontrolle der ARENA über die staatlichen Institutionen einen Erfolg der Anti-Privatisierungsbewegung verhindern konnten, führten die Proteste zu einem erhöhten Zusammenhalt unterschiedlicher Bevölkerungsteile und vor allem zu einem Wiederaufleben der Gewerkschaftsbewegung. Diese rekonstituierte sich unter der Führung neuer AkteurInnen aus dem öffentlichen Sektor, allen voran der Angestellten des Gesundheitswesens. Zudem konnte die FMLN durch ihre Unterstützung der Anti-Privatisierungsbewegung ihren Einfluss auf gesellschaftliche Sektoren ausweiten, zu denen sie zuvor keinen Zugang gehabt hatte.

Der bedeutendste unter den Gewerkschaftskämpfen war der Arbeitskonflikt der Mediziner- und Arbeitergewerkschaft des Instituts für Sozialversicherung El Salvadors (Sindicato de Médicos y Trabajadores del Instituto del Seguro Social Salvadoreño, SIMETRISSS) um Lohnerhöhungen der Angestellten im Gesundheitswesen. Schlüsselemente des Konflikts waren der erste Streik zwischen 1999 und 2000 sowie der zweite zwischen September 2002 und Februar 2003. Die starke Opposition der Gewerkschaftsbewe-

gung im Gesundheitssektor gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik führte zum Aufbau von Beziehungen zu einigen sozialen Bewegungen, aber auch zum Zusammenschluss anderer gewerkschaftlicher Organisationen (vgl. Pirker 2008: 355). Beispiel für Letzteres war die Gründung der Bewegung Integrierter Arbeiterorganisationen (Movimiento de Organizaciones Laborales Integradas, MOLI) im Jahre 1999, die unter anderem die Angestelltenvertretungen im Bereich der Bildung, der Gesundheit, des öffentlichen Bausektors, des Gerichtswesens und des Zolls umfasste. Darüber hinaus erfolgte die Zusammenführung von über zwanzig Gewerkschaften in der Nationalen Bewegung für die Verteidigung des Volkes (Movimiento Nacional Pro Defensa del Pueblo) sowie die Entstehung der Bürgerallianz gegen die Privatisierung (Alianza Ciudadana Contra la Privatización) im Jahre 2002. Letzterer gehören soziale und Nichtregierungsorganisationen an, die den Gewerkschaftskampf im Gesundheitssektor unterstützen. Letztendlich deuteten diese Protestbewegungen eine tatsächliche Transformation der Zivilgesellschaft an, was wichtige Konsequenzen für den darauf folgenden Wahlkampf haben sollte.

In Anbetracht der aufgezeigten Entwicklung wird aber auch deutlich, dass die beiden wichtigsten Momente sozialer Mobilisierung sich nach dem Rhythmus der Wahlen richteten. Der Anti-Privatisierungskampf zwischen 1994 und 1998 begann und endete gleichzeitig mit dem Mandat von Armando Calderón Sol, während die Gewerkschaftsbewegung zu Beginn der Amtszeit von Francisco Flores wiedererstarkte und ihren Höhepunkt erreichte. Daraus lässt sich schließen, dass der Gewerkschaftskampf zwar zur Konsolidierung der eigenen gewerkschaftlichen Organisation führte, eine eigenständige politische Strategie seitens der sozialen Bewegungen insgesamt jedoch ausblieb.

4. Soziale Polarisierung oder Machtverschiebung?

Die Wahlgänge in den Jahren 2004 und 2006

Ende des Jahres 2003 kam es zu einer bedeutenden Zunahme anti-neoliberalen Protestaktionen seitens progressiver Sektoren der Zivilgesellschaft, ausgelöst durch zwei wichtige Entscheidungen der Regierung Francisco Flores: Zum einen wurde die Unterstützung des Irakkriegs der USA beschlossen (26. Juli 2003), zum anderen die Unterzeichnung des Plan

Puebla-Panamá und der Freihandelsverträge mit den USA und Mexiko. Während dieser Periode verstärkten sich von neuem die Verbindungen zwischen der FMLN und den sozialen Bewegungen. Die linksgerichtete Partei erkannte die internen Veränderungen der Zivilgesellschaft, die eine ideologische und politische Distanzierung der populären Sektoren vom Projekt der rechtskonservativen Kräfte zur Folge hatte. Diese Tendenzen sollte sie im Kontext der darauf folgenden Wahlen zu nutzen wissen. Die Partei versuchte ihre Führungsriege, allen voran die Parlamentsabgeordneten, als VerfechterInnen der gewerkschaftlichen Rechte darzustellen. In Anbetracht der repressiven Vorgehensweise der Regierung gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung festigte Salvador Sánchez Ceren – damals Generalsekretär der Partei – diese Position der FMLN, indem er beständig die Übergriffe der Nationalen Zivilpolizei (Policía Nacional Civil, PNC) und der Einheit für die Aufrechterhaltung der Ordnung (Unidad de Mantenimiento del Orden, UMO) anprangerte.

Dieses gesellschaftliche Panorama stellte auch die Ausgangslage für die Präsidentschaftswahlen von 2004 dar, in denen sich der Unternehmer Elías Antonio Saca (ARENA) und Shafik Handal gegenüberstanden. Handal, langjähriger Anführer der Kommunistischen Partei El Salvadors, war auch ehemaliger Guerillaführer der FMLN und vertrat die sozialistische Ideologie des orthodoxen Flügels seiner Partei. Die Wahlstrategie der ARENA maß den Massenmedien eine entscheidende Rolle hinsichtlich der Errichtung eines neoliberalen Staatsprojektes in Zentralamerika bei und stützte sich auf die Verbreitung der „Angst vor dem Kommunismus“. Die Zielgruppe dieser Kampagne, die einen möglichen Wahlsieg der FMLN mit der Destabilisierung des Landes und mit diplomatischen Konflikten mit den USA in Verbindung brachte, waren vor allem Klein-, Mittel- und GroßunternehmerInnen. Gleichzeitig wurde unter den EmpfängerInnen von *remesas* – privaten Geldüberweisungen vor allem aus den USA – und generell unter Familien, die Angehörige im Ausland hatten, ein Klima der Angst und Unsicherheit geschürt. Man versicherte etwa, dass ein Wahlsieg von Shafik Handal negative Auswirkungen auf die Geldzuwendungen aus dem Ausland haben würde. Weiters wurde die ARENA von Mitgliedern der Bush-Regierung und ihrer AnhängerInnen im US-Kongress unterstützt, die damit drohten, den *Temporal Protection Status* salvadorianischer StaatsbürgerInnen in den USA im Falle eines Wahlsieges von Handal gege-

benenfalls zu überdenken (vgl. Fundación Promotora de Cooperativas 2004: o.S.).

Im Gegenzug zur Diffamierungs- und Hetzkampagne der ARENA präsentierten Shafik Handal und Guillermo Mata – der Anführer der SIMETRISSS während des Streiks des salvadorianischen Sozialversicherungsinstituts – das Sozial- und Demokratieprogramm für El Salvador (Programa Social y Democrático para El Salvador, PSD). Dieses beinhaltete unter anderem eine Steuer- und Bildungsreform, die Neuaushandlung der öffentlichen Schulden, die Umverteilung der öffentlichen Ausgaben, eine Dezentralisierung der Investitionen für die regionale Entwicklung, die Bekämpfung der Korruption, eine Anhebung der Löhne, ein Ende der Privatisierungswelle von Staatseigentum, die Revision des Freihandelsvertrags mit den USA und die Schaffung einer nationalen Entwicklungsbank. Eine der zentralen Forderungen des Programms war auch die Wiedereinführung des Colón, die die 2001 erfolgte Dollarisierung der salvadorianischen Wirtschaft rückgängig machen sollte. Das ideologische Projekt Shafik Handals, das dieser schon seit der Gründung der FMLN als Guerillaorganisation vorangetrieben hatte, war noch in den 1990er Jahren und vor dem Hintergrund eines neoliberalen Aufschwungs und der Verringerung der Staatsinterventionen anachronistisch erschienen. Ab dem Jahre 2002 veränderte sich jedoch die subjektive Wahrnehmung in der Gesellschaft, sodass das Sozial- und Demokratieprogramm als etwas Neues dargestellt werden konnte.

Die Veränderung der politischen und sozialen Kräfteverhältnisse dieser Periode äußerte sich in zwei unterschiedlichen Strategien im Kampf um die Gunst der Wählerschaft. Die FMLN setzte auf Allianzen sowohl mit historisch wichtigen Organisationen aus dem Umfeld der Volksbewegungen als auch mit jüngeren Organisationen, die während der Anti-Privatisierungsbewegung entstanden waren. Dazu gehörten die Widerstandsbewegung des 12. Oktober (Movimiento Popular de Resistencia 12 de Octubre, MPR-12), der Soziale Volksblock (Bloque Popular y Social, BPS), die Revolutionäre Tendenz (Tendencia Revolucionaria, TR), die Bürgerallianz gegen Privatisierungen (Alianza Ciudadana Contra las Privatizaciones) und die Bewegung Heimat für alle (Movimiento Patria para Todos) (vgl. Pirker 2008: 361). Die ARENA wiederum konsolidierte ihre Beziehungen zur salvadorianischen Oligarchie und einigen Sektoren der Zivilgesellschaft. Zum Teil geschah dies mithilfe von Organisationen wie dem Nationalen Verband

Privater Unternehmen (Asociación Nacional de la Empresa Privada, ANEP), der Stiftung El Salvadors für Nachhaltige Entwicklung (Fundación Salvadoreña de Desarrollo Sostenible, FUSADES) und der Stiftung für die Freiheit (Fundación para la Libertad). Auch die Verbindungen mit den Medien wurden gefestigt, wie etwa im Fall des Fernsehunternehmens *Telecorporación Salvadoreña* (TCS), der *Prensa Gráfica*, der Zeitung *El Diario de Hoy* und den Radiosendern der Familie Saca (vgl. ebd.).

Aus diesen unterschiedlichen Wahlstrategien der beiden stärksten politischen Kräfte des Landes ging schließlich der Kandidat der ARENA mit 57,7 % der gültigen Stimmen als Sieger hervor (PDBA 2009). Eine strukturelle Interpretation dieses Ergebnisses zeigt, dass die antikommunistischen Bekundungen seitens der USA die Wahl maßgeblich beeinflussen konnten, vor allem, wenn man die enorme Abhängigkeit der Familieneinkünfte von den Rücküberweisungen aus dem Ausland bedenkt. Allein im Jahr 2002 erhielten 22,2 % der Haushalte El Salvadors Geldüberweisungen aus den USA. Diese wurden zum größten Teil für Konsumgüter, Bildung und medizinische Versorgung ausgegeben (DGECS 2003).

Im Hintergrund der Wahlen ließen massive Korruptionsvorwürfe den Verschleiß der öffentlichen Institutionen erkennen, vor allem des Obersten Gerichtshofs von El Salvador, der die Anzeigen gegen die Unregelmäßigkeiten im Wahlgang ignorierte. Dazu gehörte, dass die Wahlkampagne von Elías Antonio Saca vor der im Wahlgesetz festgelegten Periode begonnen wurde. Zweitens wurde kritisiert, dass der Oberste Gerichtshof zahlreiche Anzeigen von Verstößen gegen das Wahlgesetz unberücksichtigt ließ, wie zum Beispiel die Gewaltanwendung von ARENA-AnhängerInnen gegenüber Mitgliedern der FMLN. Schließlich ging der Oberste Gerichtshof auch nicht auf den Vorwurf der Stiftung zur Förderung von Kooperativen (Fundación Promotora de Cooperativas) ein, die nach eigenen Angaben Beweise vorgelegt hatte, die auf einen Stimmenkauf am Wahltag hindeuteten. Gegen 20 US-Dollar pro Stimme sollten WählerInnen gekauft worden sein, wobei man sich die Unwissenheit und die Not der Menschen zunutze machte. Dieser Vorwurf gewinnt auch angesichts der Untersuchung des Centro de Información, Documentación y Apoyo a la Investigación (CIDAI) der Zentralamerikanischen Universität José Simeón Cañas (UCA) an Bedeutung. Diese Studie der Wahlen von 2004 belegte, dass die ARENA in dem Maße höhere prozentuelle Stimmenanteile gegenüber der FMLN gewinnen konnte, je niedriger

der Human Development Index (HDI) war. Stieg der HDI hingegen, verringerte sich auch der prozentuelle Vorteil der ARENA gegenüber der FMLN substantiell. Dies gilt ebenso in Bezug auf den Bildungsindex: In Gebieten mit niedriger Bildung erhöhte sich der Stimmenanteil der ARENA gegenüber der FMLN, während ein höheres Bildungsniveau mit dem Stimmenverlust der ARENA einherging (vgl. González 2004: 233ff). Diese Ergebnisse untermauern die Hypothese, dass das ideologische Angebot der FMLN für die popularen Bevölkerungssegmente nicht ausreichend war. Obwohl die FMLN in der Wahl von 2004 ein alternatives Programm ausarbeiten konnte, zeigte die fehlende Unterstützung in den ländlichen Gebieten und seitens der Bevölkerungsschichten mit geringerem Bildungsstand, dass sie sich noch nicht wirklich als populäre Option etabliert hatte.

Während der Kommunal- und Parlamentswahlen im Jahr 2006 wurde offensichtlich, dass die politische Polarisierung zwischen ARENA und FMLN auf die Gesellschaft übergegangen war und keine der beiden Parteien eindeutige Siege verzeichnen konnte. In wiederholten Protestkundgebungen auf den Straßen äußerte sich der Missmut der Bevölkerung, während sich ein Großteil von den Wahlen fernhielt (vgl. CIDAI 2006: 202). 54,2 % der Wahlberechtigten nahmen nicht an den Wahlen teil, ein Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit der Menschen und auch des Wunsches nach einer institutionellen Erneuerung mit Veränderungen der Funktionsweise und der Dynamik des Wahlsystems. Letztendlich ging die ARENA siegreich aus den Wahlen hervor und konnte neben 147 BürgermeisterInnen auch die meisten Abgeordnetensitze im Parlament für sich verbuchen (34 der 84 Sitze, die zur Wahl standen). Gegen den Sieg der ARENA sprach allerdings die geringe Legitimität der Regierung von Elías Antonio Saca. Gemäß dem Universitätsinstitut für Öffentliche Meinung (Instituto Universitario de Opinión Pública (IUDOP) der Zentralamerikanischen Universität José Simeón Cañas fiel die Zustimmung für die Regierung zwischen August 2004 und Mai 2007 auf einer Skala von 1 bis 10 von 7,3 auf 5,7 Punkte (vgl. Aguilar 2007: 505). Dieses Umfragetief gründete auf zwei strukturellen Problemen: Zum einen schlug sich die Wirtschaftspolitik der Regierung und deren makroökonomische Stabilisierung nicht in einer Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung nieder. Zum anderen wurden nur beschränkte Maßnahmen zur Verhinderung sozialer Gewalt eingeleitet, sodass die Mordraten weiter stiegen.

5. Das Ende der ARENA-Regierungen und der Wahlsieg von Mauricio Funes

5.1 Das ökonomische Erbe der ARENA-Regierungen

Die soziale und ökonomische Hinterlassenschaft von zwei Dekaden ARENA-Regierungen und ihrem auf ausländische Investitionen fokussierten Entwicklungsmodell ist entmutigend. Seit den Jahren 1991/1992 wurde in Zentralamerika ein Wirtschaftsmodell durchgesetzt, das auf der Liberalisierung der Preise, der Abschaffung von Zöllen und anderer Handelshemmnisse, der Förderung des Exports nicht-traditioneller Güter und der Privatisierung öffentlicher Wirtschafts- und Industrieunternehmen basierte (vgl. Pirker 2008: 302f). Wesentliche Ziele waren dabei die Dezentralisierung und Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen im Bereich Bildung, Gesundheit und der Pensionen, die Öffnung für ausländische Investitionen, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Integration der Region in den US-Markt durch das Zentralamerikanische Freihandelsabkommen (CAFTA) zwischen den USA, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik.

In El Salvador kamen diese Maßnahmen durch die Wirtschaftspolitik der ARENA-Regierungen fast vollständig zur Anwendung. Obwohl aufgrund der Proteste der SIMETRISSS die Privatisierungsmaßnahmen im Gesundheitssektor begrenzt werden konnten, wurde das Pensionssystem im Jahr 1998 auf das Modell der individuellen Kapitalvorsorge umgestellt. Der Bildungssektor wurde formell betrachtet nicht von der Privatisierungswelle erfasst, auch wenn die Kredite der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) für höhere Bildung im Jahr 2005 als Privatisierung wahrgenommen wurden.

Die ausländischen Investitionen, besonders jene US-amerikanischer Herkunft, spielten für die Dynamik der salvadorianischen Wirtschaft eine besondere Rolle, was einem durch die ARENA vorangetriebenen Subventionsmodell für die Oligarchie gleichkam (vgl. Boyer 2009: 10). Zwischen 1998 und 2008 nahmen die aus den USA kommenden Direktinvestitionen konstant den ersten Rang ein. Ein wesentlicher Anstieg auf 40,5 % der gesamten Direktinvestitionen wurde im Jahr 2001 verzeichnet, was mit der Dollarisierung der salvadorianischen Wirtschaft in Verbindung stand. Obwohl sich von 1998 bis 2004 Direktinvestitionen aus Venezuela

an zweiter Stelle hinter den USA befanden, brach die venezolanische Regierung ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit El Salvador ab. Dies hatte zur Folge, dass Mexiko nach den USA zum zweitgrößten Investor des zentralamerikanischen Landes aufstieg. Im Allgemeinen verteilen sich die Investitionen auf die Sektoren Elektrizität, Kommunikation, Industrie und Handel, wobei ab 2006 der Anstieg der Direktinvestitionen im Finanzsektor von Bedeutung ist (vgl. BCRS 2008).

In Bezug auf die Landwirtschaft kam es zu einer Diversifizierung des vormals allein auf Kaffee ausgerichteten Anbaus, die neben dem Exportprodukt Zuckerrohr auch Produkte für den Eigenbedarf wie Mais, Bohnen und Reis umfasste. Nichtsdestotrotz war der durch die ARENA angestoßene Impuls im Bereich der Landwirtschaft zu schwach und trug zu einer ideologisch-politischen Distanzierung der ländlichen Bevölkerung vom rechtskonservativen Lager bei. Die Vernachlässigung des ländlichen Raums seitens der ARENA-Regierungen spiegelt sich auch in den geringen Ausgaben für den landwirtschaftlichen Sektor im Vergleich zu den staatlichen Gesamtausgaben wieder. So nahmen die öffentlichen Ausgaben für die Landwirtschaft zwischen 1995 und 2008 stetig ab und fielen zwischen 2005 und 2007 auf 1,2 % des Staatshaushaltes (vgl. Serna Hidalgo 2009: 32). Im Bereich der Sozialpolitik war die Tätigkeit der Regierung eng mit den Programmen internationaler Organisationen wie der Weltbank, der BID und der Europäischen Union abgestimmt. Dies geschah im Rahmen der Finanzierung für die Umsetzung von sozialpolitischen Maßnahmen, die die Entwicklungslinien des Landes ausschlaggebend determinierte.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die wirtschaftliche Basis El Salvadors von ihrem Fokus auf die Landwirtschaft löste und sich die Akkumulationsgrundlage auf die Besteuerung, die Rücküberweisungen aus dem Ausland, den Finanzdienstleistungssektor und die Maquiladoras, vor allem in der Textil- und Lederverarbeitung, ausweitete. Diese Wirtschaftspolitik hatte jedoch für weite Teile der Bevölkerung kaum positive Konsequenzen. Sehr wohl spielte sie jedoch in der Rekonfiguration der sozialen Kräfte des Landes eine Rolle, eine Tatsache, die sich auf die Wahlen von 2009 maßgeblich auswirkte.

5.2 Schlussbetrachtungen: Der Sieg der FMLN und die Präsidentschaft von Mauricio Funes

Schon 2007 betonte die FMLN in der Ankündigung der Präsidentschaftskandidatur von Mauricio Funes und Salvador Sánchez Ceren, dass Funes weder aus der Führungsgruppe noch aus den Reihen der eigenen Partei stammte. Diese von einigen Sektoren der FMLN getroffene Entscheidung wurde von der Bevölkerung positiv aufgenommen. Die Strategie einer Doppelführung sollte für die eigene Partei außerdem ein Bild der Erneuerung und der Einheit verkörpern.

Nach vier verlorenen Präsidentschaftswahlen schaffte es die FMLN 2009 schließlich unter der Führung des Präsidentschaftskandidaten Mauricio Funes und Salvador Sánchez Ceren, der als Vizepräsident antrat, die ARENA um zehn Prozentpunkte zu schlagen (PDBA 2009). Bei einer Analyse des Wählerverhaltens der Präsidentschaftswahlen von 2004 und 2009 hinsichtlich des Einkommens und des Bildungsgrades fällt auf, dass der Erfolg der FMLN mit einer Transformation der sozialen und politischen Kräfte des Landes einherging. Während die ARENA einen Teil ihrer Stimmen aus dem Lager der oberen und unteren Mittelschicht verlor (Reduktion der Stimmenanteile von jeweils 33,3 % auf 14,3 % und von 24,2 % auf 15,7 %), konnte die FMLN AnhängerInnen in den marginalisierten und ländlichen Bevölkerungsschichten hinzugewinnen (Anstieg von jeweils 26,3 % auf 42,6 % und von 18,6 % auf 34,4 %). Gleichzeitig erweiterte sie ihre Wählerbasis in der oberen Mittelschicht (Anstieg von 33,3 % auf 71,4 %). In Bezug auf den Bildungsgrad konnte beobachtet werden, dass die ARENA zwischen 2004 und 2009 ihre WählerInnenbasis mit niedrigem Bildungsstand konsolidieren konnte, während die FMLN im gleichen Zeitraum ihre AnhängerInnen mit hohem Bildungsgrad, also mit Schulabschluss oder universitärem Hintergrund, halten konnte (vgl. IUDOP 2009: o.S.).

Abgesehen von der Frage, wer genau für Funes und die FMLN gestimmt hatte, deuten die politischen Kräfteverhältnisse zu Beginn seiner Amtszeit auf eine schwierige Regierungsführung und zahlreiche vorprogrammierte Konflikte hin. In Bezug auf die gesetzgebende Gewalt werden die Abgeordneten der ARENA und der FMLN etwa mit der Partei der Nationalen Versöhnung (Partido Conciliación Nacional, PCN) verhandeln müssen. Die PCN, die in der Vergangenheit eher mit dem rechtskonservativen Lager kooperierte, konnte 11 Parlamentssitze für sich gewinnen. Auf der

anderen Seite werden die sechs Abgeordnetensitze, die die Partei des Demokratischen Wandels (Partido Cambio Democrático, PCD) erringen konnte, kaum helfen, wesentliche Entscheidungen im Sinne der FMLN durchzusetzen. Einen starken Widersacher wird die FMLN auch in der Regierung der Landeshauptstadt San Salvador vorfinden. Dort hatte die FMLN-Kandidatin Violeta Menjívar gegen Norman Quijano von der ARENA verloren. Letzterer konnte, unter Vorwürfen des Wahlbetrugs, 35 % der Stimmen für sich verbuchen.

Auf welche Arte und Weise sich die Regierung Funes mit der ökonomischen Elite der Oligarchie arrangieren wird, zeichnete sich bereits in den ersten Monaten ihrer Amtszeit ab. Funes äußerte zwar die Absicht, ein Finanz- und Steuerpakt mit der Privatwirtschaft durchzusetzen, das die Zuschüsse zu Strom, Flüssiggas, Transportkosten und Wasser „rationalisieren“ und gleichzeitig auch die Steuerhinterziehung der Banken und multinationalen Unternehmen verringern sollte (vgl. Boyer 2009: 10). Trotz dieser „guten Absichten“ ist vorherzusehen, dass die Umsetzbarkeit des Regierungsprojekts zum Großteil von der internationalen Kooperation und massiven Krediten der Weltbank und der BID sowie von der Neuverhandlung der Auslandsschulden abhängen wird (ebd.). Weiters muss berücksichtigt werden, dass Funes vielleicht in der eigenen Partei auf die größten Widerstände stoßen wird. Wie die Führung der FMLN bei mehreren Gelegenheiten betonte, „ist das Verhältnis mit dem Präsidenten nicht ganz harmonisch“ (ebd.). Die Unstimmigkeiten zwischen dem Präsidenten und Vizepräsident Salvador Sánchez Ceren hinsichtlich der Landwirtschaftspolitik und dem Beharren von Funes auf einen Konsens mit dem rechten Lager könnten die wichtigsten Streitpunkte mit der Partei darstellen (ebd.: 9f).

Nicht weniger relevant ist die Frage der Neuordnung der sozialen Kräfte. Die sozialen Bewegungen und die Nichtregierungsorganisationen, die die FMLN seit ihrer Parteigründung unterstützt haben, werden ihre Rolle als Akteurinnen in den hegemonialen Auseinandersetzungen und als Gegengewicht zum Staat überdenken müssen. Dabei wird es für die Agenda der sozialen Bewegungen von Bedeutung sein, ihre Konditionierung durch die Wahlzyklen zu beenden und autonom gegenüber der politischen Klasse, vor allem gegenüber der FMLN, aufzutreten.

Auf der Ebene der Tatsachen wird das Regierungsprojekt von Mauricio Funes (2009–2014) sich zur zentralen Aufgabe stellen, einen sozialdemokra-

tischen und marktwirtschaftlichen Rahmen herzustellen (vgl. Boyer 2009: 11) – ein Vorhaben, das sich erheblich vom radikalen Inhalt des Sozial- und Demokratiprogramms (PSD) von Shafik Handal aus dem Jahr 2004 unterscheidet. Das Projekt von Funes stützt sich auf vier strukturelle Achsen: eine Sozialreform, eine Wirtschaftsreform, die Umweltpolitik und eine politische Reform. Die ersten beiden Achsen stellen eine noch nicht beglichene Rechnung der politischen Gesellschaft seit der Rückkehr zum Frieden dar (vgl. Funes/Ceren 2009). Obwohl Funes versucht, das für die ärmsten Bevölkerungsschichten ungünstige Kräfteverhältnis zu verändern, sind seine Reformvorschläge in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht wenig profund und von begrenzter Wirkung. Der globale Anti-Krisenplan der Regierung nimmt einige der Vorschläge der Wahlkampagne auf, wie etwa die Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen innerhalb von 18 Monaten, die Errichtung und Renovierung von 25.000 städtischen Wohnungen und die Gründung einer staatlichen Bank für Wirtschaftsförderung (vgl. Funes 2009). Auffällig ist, dass Funes und Ceren im Bereich der Reformvorschläge im Sozialbereich auf das „Programm Solidarisches Netz“ (Programa Red Solidaria) zurückgreifen. Dieses Projekt der ARENA-Regierungen, das kaum zur Verringerung der Armut beitrug, wird von der neuen Regierung unter dem Namen „universelle und solidarische Gemeinschaften“ (Comunidades Solidarias Universales) weitergeführt. In der Amtszeit von Elías Antonio Saca wurden im Rahmen dieses Programms monatlich 15,- US-Dollar an die bedürftigsten Familien ausbezahlt. Neben der Vermeidung populistischer Strategien ist es seitens der FMLN auch notwendig, ihr Augenmerk verstärkt auf die progressiven Sektoren der salvadorianischen Zivilgesellschaft zu richten: Diese haben sich nicht nur in ihrer Zusammensetzung verändert, sondern fordern auch einen Staat ein, der auf die neuen Bedürfnisse und Vorgaben dieser organisierten Bevölkerungsschichten eingeht.

*Aus dem Spanischen von Dana de la Fontaine,
Melanie Hernandez Sanchez und Stefan Pimmer*

- ¹ Für methodologische und konzeptuelle Hinweise bei der Erarbeitung des Artikels bedanke ich mich bei Kristina Pirker und Lucio Oliver.
- ² Im lateinamerikanischen Kontext verweist der Begriff *pueblo* (Volk) in der Regel auf ausgebeutete und unterdrückte gesellschaftliche Gruppen (vgl. Dussel 2006: 87ff), also auf jene, die Antonio Gramsci als Subalterne bezeichnete und die den herrschenden

Eliten gegenüberstehen. Wenn hier also von „Volk“ die Rede ist, sind damit subalterne gesellschaftliche Gruppen gemeint. Um auf diese Konnotation auch im Adjektiv popular hinzuweisen, wird dieses in der deutschen Übersetzung unverändert belassen, etwa auch im von Gramsci geprägten Begriff des National-popularen (vgl. dazu Pérez Ramírez und Ortega Reyna in dieser Ausgabe).

- ³ Die Coordinadora ist die erste Vorläuferin der Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN), die sich wiederum aus fünf Organisationen zusammensetzt: den Fuerzas Populares de Liberación del „Farabundo Martí“, der Resistencia Nacional (NR), des Ejército Revolucionario del Pueblo (ERP), der Partido Comunista de El Salvador (PC) und der Partido Revolucionario de los Trabajadores Centroamericanos (PRTC).
- ⁴ Die „14 Familien“ repräsentieren eine symbolische Zahl der einheimischen, von spanischen Einwanderern abstammenden Oligarchie, die sich auf die Kontrolle der 14 Provinzen von El Salvador bezieht. Als besonders einflussreich gelten folgende Familien: Meléndez-Quiñonez, Dueñas, Araujo, Orellana, Álvarez und Meza-Ayau.

Literatur

- Acevedo, Carlos (1994): Las elecciones de 1994: consolidación de la hegemonía de ARENA. In: *Revista Estudios Centroamericanos (ECA)* 545/546, 195-211.
- Aguilar, Jeannette (2007): La evaluación ciudadana del tercer año de gobierno de Antonio Saca: las paradojas de la opinión pública salvadoreña. In: *Revista Estudios Centroamericanos (ECA)* 705, 503-506.
- BCRS – Banco Central de la Reserva de El Salvador (2008): Encuestas a empresas del sector privado y balances del banco de sistemas. <http://www.bcr.gob.sv>, 3.II.2009.
- BDTSE (2009): Base de datos oficiales del Tribunal Supremo Electoral de El Salvador. <http://www.tse.gob.sv/>, 3.II.2009.
- Boyer, Jean François (2009): El Salvador: una izquierda prudente y conservadora. In: *Le Monde diplomatique México* 14, octubre de 2009, 8-11.
- Burgos, Raúl (1994): As peripécias de Gramsci entre Gulliver e O Pequeno Polegar. Um estudo sobre os projetos políticos do PT e da FMLN. Campinas: Unicamp.
- CIDAI – Centro de Información, Documentación y Apoyo a la Investigación (2006): Las elecciones presidenciales: un triunfo del bloque hegemónico de la derecha. In: *Revista Estudios Centroamericanos (ECA)* 665/666, 227-245.
- DGECS – Dirección General de Estadística y Censos de El Salvador (2003): Encuesta de Hogares de Propósito Múltiples 2002. San Salvador: Ministerio de Economía de la República de El Salvador, CA.
- Dussel, Enrique (2006): 20 tesis de política. México, D.F.: Siglo XXI.
- Foley, Michael W./Vickers, George R./Thale, Geoff (1997): *Tierra, Paz y Participación: El desarrollo de una política agraria de posguerra en El Salvador y el papel del*

- Banco Mundial. Washington: Washington Office on Latin America. <http://lasa.international.pitt.edu/LASA97/foleyspa.pdf>, 9.2.2010.
- Fundación Promotora de Cooperativas (2004): Elecciones presidenciales en El Salvador. El miedo ganó una batalla a la esperanza. <http://www.unite-ch.org>, 3.II.2009.
- Funes, Mauricio (2009): Discurso de toma de posesión del 1 de junio de 2009. <http://lavanguardiaelsalvador.wordpress.com/2009/06/01/discurso-de-presidente-mauricio-funes-completo/>, 18.II.2009.
- Funes, Mauricio/Salvador Ceren (2009): Programa de Gobierno 2009–2014. <http://www.fmln.org.sv/fmlnORG/archivos/file/2008/gobierno%20del%20cambio.pdf>, 18.II.2009.
- González, Luis Armando (2004): De la ideología al pragmatismo: ensayo sobre las trayectorias ideológicas de ARENA y el FMLN. In: Revista Estudios Centroamericanos (ECA) 661/662, 1173-1202.
- Gordon, Sara (1989): Crisis política y guerra en El Salvador. México, D.F.: Siglo XXI/ Instituto de Investigaciones Sociales, UNAM.
- IUDOP – Instituto Universitario de Opinión Pública (2009): Encuesta de preferencias políticas para las elecciones legislativas, municipales y presidenciales de 2009. Consulta de opinión pública septiembre de 2008. San Salvador, octubre de 2008. Serie de informes 117. San Salvador: Universidad Centroamericana José Simeón Cañas.
- PDBA – Political Database of the Americas (2009): Electoral Systems and Data. Georgetown University. <http://pdba.georgetown.edu/>, 13.9.2009.
- Pirker, Kristina (2008): La redefinición de lo posible: militancia política y movilización social en El Salvador 1970–2004. México, D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México.
- Ruiz Contardo, Eduardo/Benítez Manaut, Raúl/Córdova Macías, Ricardo (1990): Luchas y conflictos. In: Vuskovic, Pedro/González Casanova, Pablo/Camacho, Daniel/Zemelman, Hugo/Ruiz Contardo, Eduardo/Benítez Manaut, Raúl/Córdova Macías, Ricardo (Hg.): América Latina, hoy. México, D.F.: Siglo XXI/ Editorial de la Universidad de las Naciones Unidas, 242-312.
- Serna Hidalgo, Braulio (2009): Istmo Centroamericano y República Dominicana: desafíos de la crisis global al crecimiento agropecuario. Serie Estudios y Perspectivas, Documento 109. México, D.F.: Sede Subregional de la CEPAL en México.
- Velásquez Carrillo, Carlos (2009): ¿Existe aún oligarquía, existen las „14 familias“? In: Revista Envío 238. <http://www.envio.org.ni/articulo/4023>, 18.II.2009.
- Zavaleta Mercado, René (2008): Lo nacional-popular en Bolivia. La Paz: Plural editores.

Abstracts

Gegenstand des vorliegenden Beitrags sind die sozialen und politischen Transformationsprozesse nach dem Ende des salvadorianischen Bürgerkriegs 1992. Aufgrund wirtschaftlicher Diversifizierungsprozesse und der Nachwehen des Bürgerkriegs konnte sich in den 1990er Jahren eine hegemoniale Konstellation unter neoliberalen Vorzeichen etablieren, die von den oligarchischen Kräften des Landes getragen wurde. Das neoliberale Herrschaftsprojekt geriet jedoch schon ab 1999 wieder unter Beschuss. Unter Mitwirkung der Gewerkschaftsbewegung gelang eine allmähliche Neuausrichtung der subalternen Kräfte des Landes, die im März 2009 schließlich im Wahlsieg der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional, FMLN) unter dem Kandidaten Mauricio Funes gipfelte. Unabhängig vom politischen Willen erweist sich der Gestaltungsspielraum der neuen Regierung jedoch als relativ eng. Dies gilt nicht nur in Hinblick auf die oligarchischen Kräfte sondern auch bezüglich der möglichen Konflikte zwischen dem Präsidenten und der FMLN.

This article examines the social and political transformations in El Salvador after the end of civil war in 1992. As a result of the aftermath of the war and economic diversification processes, conservative forces managed to establish an hegemonic constellation under the leadership of oligarchic groups affiliated to neoliberal ideology. Since 1999, a realignment of subaltern forces, which involved a resurrection of the union movement, began to undermine the political project of neoliberalism. After several setbacks, this reorganization of subaltern forces finally culminated in the victory of Mauricio Funes and the FMLN in presidential elections in 2009. However, his government has turned out to be full of counterweights which will influence the course of the new government.

Mónica del Carmen Cerón Díaz
Masterprogramm für Lateinamerikastudien an der
Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM)
monica_ceron@hotmail.com

Miriam Heigl: Der Staat in der Privatisierung: Eine strategisch-relationale Analyse am Beispiel Mexikos. *Baden-Baden: Nomos 2009, 231 Seiten, 49.- Euro.*

Miriam Heigls Buch beruft sich auf die materialistische Staatstheorie im Anschluss an die Arbeiten von Nicos Poulantzas, Joachim Hirsch und Bob Jessop, stellt jedoch – ähnlich wie die Beiträge im *Journal für Entwicklungspolitik* (JEP 2/2008) und die Analyse der brasilianischen Außenpolitik von Schmalz (2008) – eine angenehme Ausnahme in dieser Diskussion dar. Hier finden sich keine hoch abstrakt geführten theoretischen Debatten oder empirische Arbeiten, die sich bloß auf die kapitalistischen Zentren beziehen. Heigl verfolgt hingegen ein „doppeltes Ziel: Erstens soll der strategisch-relationale Ansatz fruchtbar gemacht werden für die Analyse von Privatisierungsprozessen in Lateinamerika, um Defizite bisheriger entwicklungstheoretischer Bemühungen zu umgehen. Zweitens soll auf dieser Grundlage geklärt werden, weshalb es in Mexiko zu den genannten Ausnahmen von der regionalen Privatisierungstendenz kommt“ (S. 14). Die „genannten Ausnahmen“ beziehen sich auf die Sektoren Elektrizität und Erdöl in Mexiko, deren

Privatisierungen – entgegen dem allgemeinen Trend in Lateinamerika – ins Stocken bzw. nicht zur zügigen Durchführung kamen.

Um ihrem Ziel gerecht zu werden, beginnt Heigl mit einem Überblick zu theoretischen Zugängen zum Thema Privatisierung in Lateinamerika in der akademischen Literatur: (1) Die neue Institutionenökonomik wird treffend als legitimatorische Theorie in Bezug auf Privatisierungen erfasst. Andere Ansätze mit größerem kritischen Potenzial wie (2) Imperialismustheorie, (3) Neo-Statism, (4) historischer Institutionalismus und (5) Policy-Transfer-Theorien werden ebenfalls kurz dargestellt und kritisiert. Während die Imperialismustheorie für ihren ökonomischen Reduktionismus und mangelnden Akteursbezug kritisiert wird, wird beim Neo-Statism die Überbewertung staatlicher Handlungsfähigkeit beanstandet. Beim historischen Institutionalismus wird mangelnde Berücksichtigung der AkteurInnen konstatiert und bei den Policy-Transfer-Theorien deren Eliten-Fixierung.

Darauf aufbauend erarbeitet Heigl ein alternatives theoretisches Instrumentarium auf Basis des strategisch-relationalen Zugangs von Bob Jessop. Hier stellt sie kompakt

auf 25 Seiten – inhaltlich aber äußerst ergiebig und weitreichend – zunächst die Grundlagen für das Verständnis von ökonomischer und politischer Sphäre dar, die die Handlungsspielräume der gesellschaftlichen AkteurInnen maßgeblich beeinflussen, und geht schließlich auf die Notwendigkeit einer Periodisierung ein, wobei sie für Lateinamerika den Übergang vom Entwicklungsstaat zum Wettbewerbsstaat diagnostiziert.

In diesem Kapitel versucht sie neben der exzellenten Rekonstruktion der für den atlantischen Raum entwickelten Staatstheorie auch deren Adaptierung auf den peripheren bzw. semi-peripheren Raum. Hier betritt Heigl weitgehend Neuland. Ökonomisch diagnostiziert sie in Anlehnung an die Regulationstheorie die Existenz eines „peripheren Fordismus“ und verweist auf die Relevanz der Weltmarktintegration für periphere Staaten. Abgesehen von einem kurzen kritischen Hinweis auf Welt-system- und Dependenztheorie (als Staatsableitungsdebatte erfasst) in Bezug auf deren mangelnde Beachtung einzelstaatlich angesiedelter Kräfteverhältnisse wird diese wichtige Grundlage kritischen lateinamerikanischen Denkens leider erst später angeführt – jedoch nur als für

Lateinamerika relevanter Diskurs, er wird aber nicht zur Anreicherung der Theorie verwendet. Akteursbezogene Arbeiten der Dependenztheorie (z.B. Cardoso/Faletto 1976) werden hier ebenso wenig einbezogen wie Imperialismustheorien, deren eingehende Darstellung ausschließlich der Abgrenzung zu dienen scheint. Auch in der Analyse der politischen Sphäre kommt die Berücksichtigung (semi)peripherer Realitäten leider zu kurz. Der in der Literatur immer wieder auffindbare Hinweis auf begrenzte Hegemoniefähigkeit wird hier verbunden mit einem Hinweis auf „eine relativ schwache Ausprägung der Zivilgesellschaft“ (S. 46). Letzteres erscheint im Hinblick auf die Aktivitäten von sozialen Bewegungen in Lateinamerika als fragwürdig.

Abgesehen von diesen Kritikpunkten besticht dieses Kapitel jedoch durch die ebenso kompakte wie umfassende Operationalisierung eines strategisch-relationalen Ansatzes, was als Grundlage für die Darstellung des gesellschaftlichen Kontexts der Privatisierungsprozesse dient. Angelehnt an die *scale*-Debatte beschreibt Heigl erst den lateinamerikanischen Kontext, um dann eine facettenreiche Analyse der Entwicklung der mexikanischen Staatlichkeit im 20. Jahrhundert durchzuführen.

Hier arbeitet Heigl ein, was theoretisch zu kurz gekommen schien, und beschreibt anschaulich Aufstieg und Niedergang eines nationalistischen Staatsprojekts – mit progressiven und autoritären Zügen. Ab den 1980er Jahren wird dieses von einem neoliberalen Staatsprojekt abgelöst, das als Hintergrund der untersuchten Privatisierungsprozesse verstanden wird. Besonderen Fokus legt sie dabei auf die Rolle der Staatsbediensteten in verschiedenen Staatsapparaten, die sie in Anlehnung an Poulantzas als „materielle Verdichtungen von Kräfteverhältnissen“ begreift, und zeigt dabei empirisch auch Machtverschiebungen in Bezug auf dominante Ministerien.

Für die vergleichende Analyse der Privatisierungsprozesse des Erdöl- und des Energiesektors operationalisiert Heigl auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse die für die Analyse der Fallstudien relevanten Kategorien. Bezüglich Interessen und Strategien von AkteurInnen benennt sie deren Allianzen-Bildung, Verfügungsgewalt über finanzielle Ressourcen und diskursive Referenzpunkte sowie die historischen Grundlagen als relevant. Im Hinblick auf institutionelle Faktoren stellt sie auf das institutionelle Gewicht von staatlichen und nicht-staatlichen

AkteurInnen ab. Mittels ExpertInneninterviews und Inhaltsanalyse ermittelt Heigl dann, dass die Privatisierung in beiden Fällen trotz strategischer Vorteile der BefürworterInnen gegenüber ihren GegnerInnen nicht zügig vonstatten ging, da einzelne mächtige AkteurInnen – insbesondere das Finanzministerium – Interesse am Fortbestand der Staatsbetriebe hatten.

Die Arbeit Heigls stellt eine Bereicherung für die staatstheoretische Debatte dar, da hier komplexe Theorien hervorragend für die Analyse von konkreten politischen Prozessen operationalisiert werden. Die empirischen Analysen sind sowohl für Mexiko- und Lateinamerika-Interessierte wie auch für politisch interessierte BeobachterInnen von Privatisierungsprozessen lesenswert.

Bernhard Leubolt

Literatur

- Cardoso, Fernando Henrique/Faletto, Enzo (1976): *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schmalz, Stefan (2008): *Brasilien in der Weltwirtschaft: Die Regierung Lula und die neue Süd-Süd-Kooperation*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Jens Kastner, Tom Waibel (Hg.): ... mit Hilfe der Zeichen por medio de signos ... Transnationalismus, soziale Bewegungen und kulturelle Praktiken in Lateinamerika. Wien: LIT Verlag 2009 (*Atención! – Jahrbuch des Österreichischen Lateinamerika-Instituts, Bd. 13*), 288 Seiten, 24,90 Euro.

Kämpfe um gesellschaftliche Macht und Teilhabe werden immer „mit Hilfe der Zeichen“ geführt. Wie ein roter Faden zieht sich diese These, dass symbolische Ordnung und Deutungsmacht für die Kämpfe sozialer Bewegungen in Lateinamerika von zentraler Bedeutung sind, durch den von Jens Kastner und Tom Waibel herausgegebenen Sammelband, der 2009 im Rahmen der Jahrbuchreihe *¡Atención!* des Österreichischen Lateinamerika Instituts (LAI) erschienen ist. In vier thematisch geordneten Abschnitten – kulturelle Praktiken, populäre Praktiken, Geschlechterverhältnisse sowie Bewegungen und Politiken – sind Beiträge von AutorInnen unterschiedlicher fachlicher Disziplinen versammelt, deren einendes Merkmal die Frage nach der Rolle von Kultur für die Konstitution gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse

ist. In Anlehnung an die britischen Cultural Studies wird Kultur in einem umfassenden Sinne gedacht, als „*whole way of life*“, als Kampf um und Zirkulation von Bedeutung. Soziale Bewegungen werden als kulturelle Formationen analysiert, die neben ökonomischen Verteilungskämpfen zunehmend kulturelle Kämpfe um gesellschaftliche Definitionsmacht führen. Das Ringen um die symbolische Ordnung vollzieht sich im Feld der Kultur, in dem sich immer auch Machtverhältnisse artikulieren.

Der geo-kulturelle Raum der Auseinandersetzung ist Lateinamerika, die Forschungsperspektive stets eine transnationale. Seltsam ist die Intention der Herausgeber: Die in der Anthologie versammelten Beiträge werden den LeserInnen „keineswegs als Wille zum Wissen anempfohlen“, sondern „vielmehr zur Diskussion gestellt“ (S. 30). Abgesehen davon, wie überhaupt ein Wille zum Wissen „anempfohlen“ werden kann, stellen sich die Fragen, *ob* sich ein Text, als Teil einer diskursiven Formation, diesem überhaupt entziehen *kann* und welchen Beitrag ein solch geschmälerter Anspruch zur Debatte zu leisten vermag. Diese Rezension möchte sich in die „dialogische Debatte“ einmischen

und gewisse Aspekte des Sammelbandes schlaglichtartig beleuchten, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Sprache als Zeichensystem, als soziokultureller Code, der Sinn und Bedeutung generiert, ist ein wichtiges Thema des Buches – sowohl in einem engeren Sinn in den einzelnen Beiträgen als auch in einem weiteren Sinn in der Gestaltung und Konzeption der Anthologie selbst. Sprache und damit auch die symbolische Ordnung können als zentrale Orte der Konstitution von Wirklichkeit betrachtet werden. In diesem Sinn sind Wissenschaft, gesellschaftliche Verhältnisse und kulturelle Praktiken untrennbar miteinander verwoben. Wie schon der Titel suggeriert, zeichnet sich das Werk „... *mit Hilfe der Zeichen por medio de signos* ...“ durch Zweisprachigkeit aus. Fünf der insgesamt 15 Beiträge sind in spanischer Sprache verfasst. Im Sinne eines „viestimmigen Dialogs“ sollen die Originalfassungen der Artikel, so die Herausgeber, die Debatte um die „Hilfe der Zeichen“ auf produktive Weise vertiefen (S. 9). Die Anthologie richtet sich primär an ein zweisprachiges Zielpublikum, was insofern nicht verwundert, als sämtliche im Buch vorliegenden Artikel im Kontext einer im Sommersemester

2009 abgehaltenen Ringvorlesung des *Interdisziplinären Universitätslehrgangs für Höhere Lateinamerika-Studien* am LAI und der Universität Wien entstanden sind. Schade ist, dass somit die vollständige Lektüre allen des Spanischen nicht mächtigen LeserInnen erschwert bis verunmöglicht wird. Die kurzen, in beide Sprachen übersetzten Zusammenfassungen der einzelnen Beiträge im Anhang sind hier nur ein schwacher Trost.

Eine Stärke des Sammelbandes ist seine thematische Vielfalt und inhaltliche Bandbreite. Die einzelnen Beiträge überzeugen mit konkreten Beispielen, ihrer Anschaulichkeit und Aktualität. Jedoch setzen einige Artikel thematisches Vorwissen voraus. Der erste inhaltliche Schwerpunkt enthält unter der Überschrift „Kulturelle Praktiken“ Aufsätze, die sich mit dem Verhältnis von politisierter Kunst – Literatur, Film, Architektur usw. – und politischen, ökonomischen und sozialen Realitäten auseinandersetzen. In Lateinamerika lässt sich seit den 1960er Jahren eine zunehmende Verknüpfung von Kunst und Politik feststellen. KünstlerInnen beziehen in ihrer Arbeit verstärkt zu gesellschaftspolitischen Problemen Stellung, um auf diese Weise an der Umgestaltung

von gesellschaftlichen Verhältnissen und symbolischen Ordnungen mitzuwirken. Ein Beispiel hierfür ist das in den späten 1950er Jahren entstandene brasilianische *Cinema Novo*, das, wie Rodrigo Nunes in seinem Artikel aufzeigt, als direkte künstlerische Reaktion auf politische Unterdrückung und Armut entstand. Der zweite Abschnitt versammelt zwei Beiträge, die den Blick auf populärkulturelle Praktiken lenken. Hansel Sato beispielsweise weist auf die wichtige soziale Funktion lateinamerikanischer Telenovelas für die Konstruktion einer populären lateinamerikanischen Identität hin, vergisst dabei jedoch auf eine kritische Auseinandersetzung mit der Thematik. Der dritte Abschnitt handelt von Geschlechterverhältnissen und feministischen Interventionen in Lateinamerika. Maria Galindo etwa übt Kritik am Machismus und ethnischen Nationalismus eines Evo Morales und seiner Bewegung zum Sozialismus in Bolivien, Elisabeth Tuider reflektiert über die soziale Konstruktion eines dritten Geschlechts in Juchitán. Im vierten Themenschwerpunkt werden schließlich soziale Bewegungen und politische Prozesse im Subkontinent aus unterschiedlichen, heterogenen Perspektiven beleuchtet. Daniel Emilio Rojas

Castro illustriert den Kampf sozialer Bewegungen um gesellschaftliche Teilhabe an den Länderbeispielen Brasilien und Venezuela. Es ist ein Kampf um eine Umverteilung des ökonomischen Reichtums, um die Öffnung gesellschaftlicher Institutionen beziehungsweise um den Zugang zu und die Anwendung von Wissen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die bisweilen umständliche, sperrige und ermüdende Wissenschaftssprache sowohl in einigen deutschen als auch spanischen Aufsätzen zu einem Unlustgefühl beim Lesen beiträgt. Dies ist schade, da die Analysen und Recherchen inhaltlich durchaus bereichernd und interessant sind. Zeitweise sehen sich die LeserInnen gar mit Satzkonstruktionen konfrontiert, die auch bei mehrmaligem Lesen jeglichen Sinnes entbehren. Die Kunst, in präziser, verständlicher und klarer Sprache zu formulieren und Wissenschaft so aus ihrem „Elfenbeinturm“ herauszuführen, ist nicht gerade eine Stärke des vorliegenden Sammelbandes.

Sarah Funk, Koshina Switil

SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen

Mónica del Carmen Cerón Díaz ist Studentin des Masterprogramms für Lateinamerikastudien an der Universidad Nacional Autónoma de México in Mexiko Stadt. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Jugendbanden in Zentralamerika und Mexiko sowie Themen der öffentlichen Sicherheit.

Diana Guillén ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Instituto Mora und unterrichtet an der Universidad Nacional Autónoma de México in Mexiko Stadt. Ihre Arbeitsschwerpunkte im Rahmen der politischen Soziologie sind unter anderem Institutionalisierungsprozesse und die Aneignung und Nutzung von Raum.

Lucio Oliver ist Professor am Zentrum für Lateinamerikastudien an der politikwissenschaftlichen Fakultät und Leiter des postgradualen Programms für Lateinamerikastudien der Universidad Nacional Autónoma de México in Mexiko Stadt. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen unter anderem Staatstheorie, politische Institutionen, soziale Bewegungen und ideologische und kulturelle Prozesse in Lateinamerika.

Jaime Ortega Reyna ist Student im Masterprogramm für Lateinamerikastudien an der Universidad Nacional Autónoma de México in Mexiko Stadt. Seine Forschungsschwerpunkte sind Staats- und Dependenztheorie, er schreibt derzeit seine Masterarbeit über René Zavaleta Mercado.

Tatiana Pérez Ramírez ist Studentin der Politikwissenschaft im Masterprogramm für Lateinamerikastudien an der Universidad Nacional Autónoma de México in Mexiko Stadt. Sie forscht zu subalternen Gruppen in Lateinamerika und schreibt derzeit ihre Masterarbeit über den indigenen und urbanen Aufstand in Bolivien im Jahr 2005.

Stefan Pimmer ist Student des Masterprogramms für Lateinamerikastudien an der Universidad Nacional Autónoma de México in Mexiko Stadt. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Staatstheorie, soziale Bewegungen, Lateinamerika.

Die letzten Ausgaben

- 1/05 „Entwicklung“ im Schulunterricht / “Development” in School Education
2/05 Alternative Entwicklungen in Lateinamerika / Alternative Developments in Latin America
3/05 Recht auf Nahrung / Right to Food
4/05 WTO at the Crossroads. Stand und Perspektiven des Welthandelsregimes / WTO at the Crossroads. State and Perspectives of the Global Trading System
1/06 In Memoriam Andre Gunder Frank
2/06 Regionale Integration / Regional Integration
3/06 Konflikttransformationen und Friedensprozesse / Conflict Transformation and Peacebuilding
4/06 Entwicklung und Bildung / Education and Development
1/07 Approaches to Governance / Governance
2/07 Perspectives on Development Studies / Entwicklungsforschung
3/07 Paulo Freire heute / Popular Education
4/07 Entwicklungspolitik und Sicherheitsinteressen / Development Cooperation and Security Politics
1/08 Medien und Entwicklung / Media and Development
2/08 Periphere Staatlichkeit / Peripheral statehood
3/08 Wachstum – Umwelt – Entwicklung / Growth – Environment – Development
4/08 Global Uneven Development / Globale ungleiche Entwicklung
1/09 Transformation of Global Finance / Transformation des globalen Finanzsystems
2/09 Global Commodity Chains and Production Networks / Globale Güterketten und Produktionsnetzwerke
3/09 Solidarische Ökonomie zwischen Markt und Staat / Solidarity Economics between Market and State
4/09 25 Jahre Journal für Entwicklungspolitik / 25 Years Journal for Development Studies

Die kommenden Hefte

- 2/10 Think Tanks und Entwicklungspolitik / Think Tanks and Development Politics
3/10 EntwicklungsexpertInnen / Development Experts

Informationen für AutorInnen

Das Journal für Entwicklungspolitik (JEP) ist eine der führenden wissenschaftlichen Zeitschriften für Fragen von Entwicklungstheorie und -politik im deutschsprachigen Raum. Alle Beiträge werden anonym begutachtet (double-blind). Die Publikation erfolgt in Englisch oder Deutsch. Die Zielsetzung des JEP ist es, ein Forum für eine breite kritische Diskussion und Reflexion für verschiedene Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklungen in Süd und Nord zu bieten. Dabei wird auch das Verhältnis zwischen theoretischen Weiterentwicklungen im Bereich von Entwicklungsforschung und konkreten entwicklungspolitischen Prozessen ausgelotet. Gesellschaftlich relevantes Wissen über Entwicklungsprobleme und Entwicklungspolitik wird in einer interdisziplinären Herangehensweise aufbereitet und zugänglich gemacht.

Manuskriptvorschläge können
eingesendet werden an:
office@mattersburgerkreis.at
Weitere Hinweise unter:
www.mattersburgerkreis.at/jep

Information for Contributors

The Austrian Journal of Development Studies is one of the leading journals in its field in the German speaking area. Articles are reviewed anonymously (double-blind) and published in German or English. The journal provides a forum for a broad critical debate and reflection on different dimensions of societal transformation and on North-South relations. Specifically, the relationship between cutting edge theoretical advances in the field of development studies and actual development policies is addressed. Politically relevant knowledge about issues of development is provided in an accessible, interdisciplinary way.

Article proposals can be sent to:
office@mattersburgerkreis.at
Further information:
www.mattersburgerkreis.at/jep

Gefördert aus öffentlichen Mitteln der

Österreichische

Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich

Heft XXVI, 1-2010, ISBN 978-3-85476-334-5

Preis des Einzelhefts: Euro 9,80; sFr 17,50

Preis des Jahresabonnements: Euro 39,80; sFr 69,-

Abonnementbezug über die Redaktion:

Journal für Entwicklungspolitik, Sensengasse 3, A-1090 Wien,

office@mattersburgerkreis.at, www.mattersburgerkreis.at/jep

Das Abonnement kann unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zum Jahresende gekündigt werden.

I. Auflage 2010

© Mandelbaum Verlag Wien / Mattersburger Kreis

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Satz: Julia Löw, weiderand.net, Wien

Druck: Interpress, Budapest

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Hochschulen, Sensengasse 3, A-1090 Wien

Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die AutorInnen bzw. die Redaktion.



VERLINKT
 MIT DER
 BASIS

SOLIDARISCH # KRITISCH
 # UNABHÄNGIG

Probabo // 3 Monate LN lesen #
 für 10 Euro # ohne Kündigung #
 bestellen unter: 030 - 894 81 00 oder

www.lateinamerika-nachrichten.de



117 PERIPHERIE

Publiziert: die Politik und Ökonomie in der Dritten Welt

fußball peripher

1997/1998/2010 in der globalen Fußballwelt
 Die für Deutschland-Corona Fußball - Nationalmannschaft
 haben von Mexiko 2006 in Costa Rica, Weltweit bekannt,
 Bente der Soccer in China (Chingua) Pläne sind
 Generalstaaten von Mega-Sportevents können helfen
 Coritiba (Petro) Real (Kapitel) Soccer. Die Produktion
 der Fußballspiele in Brasilien (Welt) Mexico, Japan's
 Platz in: Coritiba (Welt) der Spiel im Wettbewerb

Eröffnung einer B. Stadion (Welt)
 Roman-Ökonomie (Welt)

Wie (Welt) Produktion (Welt) der
 Fußball (Welt) (Welt) (Welt)

Rezeption

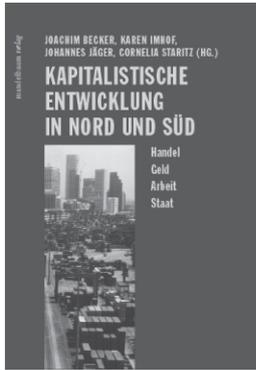
WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

*Fußballweltmeisterschaft in Südafrika:
 Auch 14 Jahre nach dem offiziellen Ende
 der Apartheid sind die sozialen Probleme,
 die mit diesem System verknüpft waren,
 nicht geringer geworden. Hinzu kommt
 die schwere Krise des politischen Systems.
 Aber auch die Folgen dieser Entwicklun-
 gen für die wachelige Lösung in Zimbabwe
 beschäftigen die Öffentlichkeit. Im übrigen
 Afrika dürfte die Ambivalenz ähnlich
 groß sein. Schließlich ist Südafrika alles
 andere als ein unbinterfragter Repräsen-
 tant des Kontinents. Die Vergabe der Spie-
 le an Südafrika lässt sich daher keineswegs
 ungebrochen als Symbol erfolgreichen
 Aufgebrens gegen die politische, soziale
 und ökonomische Marginalisierung des
 Kontinents feiern.*

2010 - 156 S. - € 10,50

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

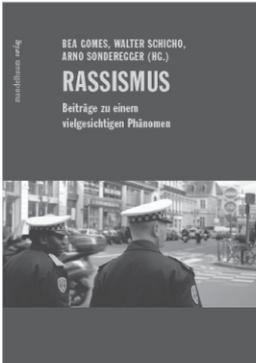


J.Becker, K.Imhof, J.Jäger, C.Staritz (Hg.)
**KAPITALISTISCHE ENTWICKLUNG IN
NORD UND SÜD**

Handel, Geld, Arbeit, Staat

mandelbaum *verlag*, 2007, 300 Seiten, Euro 16.80

In diesem Band wird globalen entwicklungsökonomischen Fragen anhand theoretischer und empirischer Analysen nachgegangen.



B.Gomes, W.Schicho, A.Sonderegger (Hg.)

RASSISMUS

Beiträge zu einem vielgesichtigen Phänomen

mandelbaum *verlag*, 2008, 293 Seiten, Euro 16.80

Der Band regt eine Analyse von Rassismus in seinen vielgesichtigen Dimensionen an.



K. Fischer, G. Hödl, W. Sievers (Hg.)

KLASSIKER DER ENTWICKLUNGSTHEORIE

Von Modernisierung bis Post-Development

mandelbaum *verlag*, 2009, 300 Seiten, Euro 16.80

Dieser Band präsentiert die wichtigsten Denkschulen der Entwicklungstheorie anhand ihrer einflussreichsten und prägnantesten Texte.



F. Kolland, P. Dannecker, A. Gächter, C. Suter (Hg.)

SOZIOLOGIE DER GLOBALEN GESELLSCHAFT

Eine Einführung

mandelbaum *verlag*, 2010, 385 Seiten, Euro 16.80

Dieser Band führt in zentrale Dimensionen einer transnationalen Sozialstrukturanalyse und Ungleichheitsforschung ein.

